REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 389 · 4.4.1996

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 57 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. REP-Alleingang oder "Runder Tisch"? - ES
2. Nach den Landtagswahlen: Rechtskurs ohne Kompromisse - Js.
3. 26. Mai: Bundesweite Demonstration gegen Abschiebeknast Büren (NRW) - NRW
4. Lübeck: Ermittlungsergebnisse immer zweifelhafter - ga.
5. Wer kontrolliert die Nahrung der Welt? UN- Konferenz über pflanzengenetische Ressourcen in Leipzig - Werner Rätz
6. Deutsche Atombomben made in München - Dieter Asselhoven, Ökologische Linke Köln
7. Am besten gar keinen Prozeß. Abschiebungen im im Ex- und Hopp-Verfahren - Büro Ulla Jelpke
8. Newroz-Demonstrationen blockiert. Demonstrationsfreiheit für KurdInnen abgeschafft - Bürokollektiv Ulla Jelpke
9. Alt- und Neonazis riefen in Nürnberg zur Wahl des CSU-Kandidaten auf - Al., Nürnberg
10. Im Süden nichts Neues! Zu den Kommunalwahlen in Bayern - Martin Bayer
11. Also sprach der Wähler - Kt.
12. Rot-grüner Aufbruch im Norden? - hn, Flensburg
13. Schleswig-Holstein: DVU nur knapp gescheitert - Js.
14. Baden-Württemberg: REPs auf dem Weg zur Volkspartei - mh, Tübingen
15. "Zum Verhindern zu schwach." Sieg der Staatsräson bei den Grünen in NRW - M. und mb., Berlin
16. Die Ruhe vor dem Sturm? Zu einigen Aspekten der grünen Bundesversammlung in Mainz - M. und mb., Berlin
17. Jenseits von Böhse Onkelz und Screwdriver: Darkwave. Über (neo-)faschistische Tendenzen in der Independent-Musik - Jean Cremet
18. "Public Enemy Number One". Zur Geschichte der Black Panther Party - Michael Hahn
19. Kunst gegen die Todesstrafe. Wanderausstellung als Solidarität mit Mumia Abu-Jamal - Michael Hahn
20. "Panther" oder: Was hat eine Fußgängerampel mit der Revolution zu tun? (Filmbesprechung) - lg, Köln
21. Helms-Burton Gesetz verabschiedet. Auswirkungen auf wirtschaftliche Erholung Kubas noch nicht abzusehen - kuk
22. Wider die Bündnis-Logik des kalten Krieges. Einspruch gegen die verkürzte Kuba-Berichterstattung in ak 388 - Al., Nürnberg
23. Peru zwischen Neoliberalismus und Repression - Peter Nowak
24. "Es gibt eine fast gesetzlose Situation." Gespräch mit dem palästinensischem Wissenschaftler Azmi Bishara - Radio Z, Nürnberg
25. Jugoslawien und die internationale Politik. Eine Broschüre der PDS-Bundestagsgruppe: nützlich, lesenswert und kostenlos - Js.
26. Neue Regierung in der Türkei: ANAYOL - Hauptstraße des Krieges - N.M.
27. Repression in der Türkei geht weiter. Interview mit dem Vorsitzenden des Istanbuler Menschenrechtsverein - Peter Nowak
28. 125 Jahre Pariser Kommune - Js.
29. Die "Protokolle der Weisen von Zion". Wege einer Fiktion - Kt.
30. Sozialismus und Antisemitismus - Teil 1 - Mario Keßler
31. 75 Jahre "Märzaktion" der VKPD - Sascha Möbius
32. Wolfgang Harich und der Club of Rome - Hannes Hofbauer
33. Wolfgang Harich - Streiter für ein besseres Deutschland. Die Alternative Enquetekommission würdigte ... - Angela Martin
34. Zwangsprostitution im KZ. Rezension - Ulrike Jensen
35. Volksverhetzer erneut vor Gericht. Berufungsverhandlung gegen Siegerist und Hempen geplatzt - Hamburger Bündnis Kein Fußbreit ...

36. Der Ökologen Lust, der Frauen Frust. Eine feministischen Kritik an der Studie "Zukunftsfähiges Deutschland" - BUKO-Frauen
37. Tödliche Bayer-Pestizide - Philipp Minkes, Coordination gegen Bayer-Gefahren e.V.
38. "... schon bist Du ein Verfassungsfeind." Der Versuch, sich die Opposition selber zu zimmern - Ulla Jelpke
39. Bündnis für Arbeit - tot oder lebendig - gg.
40. "Sinkende Ruderboote und vergoldete Jachten." Großdemo gegen Sparhaushalt in Berlin - Ann Stafford
41. Voll im Trend - leider. Die Ausstellung "Tempolinsen und P2" zur DDR-Alltagskultur - Angela Martin
42. Schweizer Nationalliga: Antirassisten als Trikotsponsoren - Dietrich Schulze-Marmeling
43. Der rote Faden. Die Lebenserinnerungen der Kommunistin Rita Sprengel. Annotation - F.H.
44. Zapatisten rufen nach Berlin. 1. Europäisches Treffen für eine menschliche Gesellschaft ... - Mexiko-Gruppe im FDCL, Berlin
45. Deutsche Antinationalisten und Kurdistan. J.W. im Kampf gegen "völkischen kurdischen Nationalismus" - Nora Mielke
46. Lizenz zum Töten. Euthanasie-Befürworter Peter Singer will wieder in der BRD auftreten - Anti-Euthanasie-Gruppe Köln
47. Quelldatei 24bu.htm
48. Quelldatei 31.htm
49. Quelldatei 34.htm
50. Quelldatei 35.htm
51. Quelldatei 36.htm
52. Tschernobyl ist überall
53. Sozialisten und Juden
54. Sofortige Stillegung aller Atomanlagen!
55. Spendenziel erreicht!
56. Türken, Kurden und Deutsche
57. Nach den Landtagswahlen:

1. REP-Alleingang oder "Runder Tisch"?

Nach den Landtagswahlen:

Autor: ES · Rubrik: Republikaner · CD-Datei: daten/aksuche/ak389/45.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:389:45

Mit dem Wiedereinzug in den baden-württembergischen Landtag, so ließ der REP-Bundesvorsitzende Rolf Schlierer verlauten, sei der "Durchbruch für die demokratische Rechte" in Deutschland geschafft. Mit diesem Wahlergebnis, so unisono der baden-württembergische Landesvorsitzende und Landtagsabgeordnete Christian Käs, sei "altrechter Ballast abgeworfen". Die Republikaner seien insgesamt auf dem besten Weg zu einer "modernen rechten Partei - wie die FPÖ".

Gegen wen das zielte, war schon am Wahlabend klar: gegen unliebsame Konkurrenz aus dem rechten Lager. Genüßlich wurde das knappe Scheitern der DVU in Schleswig-Holstein zur Kenntnis genommen, mit der die Reps sich in den letzten Jahren spannende Duelle um das "richtige" Politikkonzept geliefert hatten. Dabei stand die DVU (mit der Deutschen Liga für Volk und Heimat) für die Kontinuität des Faschismus in der BRD, während die Republikaner diese Nähe zur NPD oder "Nationalzeitung" zu meiden suchten (bis Schönhuber Mitte 1994 diese Abgrenzungspolitik aufgab und prompt innerhalb der Partei kaltgestellt wurde). War die DVU in Bremen/Bremerhaven und Schleswig-Holstein erfolgreich, so konnten die Reps anfangs mit Westberlin und dann mit Baden-Württemberg aufwarten. Dieser Streit - so der Tenor der REP-Fürsten in Stuttgart - sei mit den baden-württembergischen Wahlen endgültig zugunsten der Republikaner entschieden.

Doch bei näherem Hinsehen halten die starken Sprüche der siegreichen Republikaner den Realitäten nicht ganz stand: Auch sie haben um knapp zwei Prozent Federn lassen müssen. Gemessen an den Verlusten sind sie damit durchaus mit der DVU in Schleswig-Holstein ebenbürtig. Und wenn eine DVU in Schleswig-Holstein ohne Landtagsfraktion (diese war in der Legislaturperiode auseinandergefallen) und ohne jede lokale Infrastruktur nur knapp an der Fünfprozent-Hürde scheitert, so zeigt dies mehr den Anteil unverbesserlich rechtsradikaler Wähler in diesem Land auf als eine Abwendung von den "Alt- und Uraltrechten" hin zu den angeblich so "modernen" Republikanern. Von einer Etablierung einer Partei, die mehr sein will als eine regionale Besonderheit, kann wohl nur dann gesprochen werden, wenn sie auch bundesweit eine gewisse Wählerbasis hat.

Was den Republikanern in Baden-Württemberg aber gelungen ist, ist die Stabilisierung ihrer eigenen Kräfte, die durch den Abgang ihres Gründungsvaters Franz Schönhuber Ende 1994 erheblich ins Straucheln geraten waren. Ohne die Stuttgarter Landtags-Pfründe hätte der Partei ein ungewisses Schicksal gedroht. Insbesondere die Opposition gegen Schlierer in den eigenen Reihen hätte bei einem Scheitern in Baden-Württemberg Aufwind bekommen.

Denn rechts von den Republikanern haben sich mit vielen "Runden Tischen" Initiativen gebildet, die auf die Neugründung einer rechten Partei hinarbeiten wollen und deren Teilnehmer aus allen konservativen Strömungen kommen. Eine dieser Plattformen der rechten Einheit ist die sogenannte "Pulheimer Erklärung", die seit Monaten in dem rechten Blatt "Europa vorn" des Manfred Rouhs (Deutsche Liga) verbreitet wird. Dort heißt es: "Doch der deutschen Rechten droht der Sturz in die dauerhafte Bedeutungslosigkeit (...) Jahrelanger Schlingerkurs und unnötige Querelen in den eigenen Reihen haben uns vor Millionen Wählern entfremdet und auch die Leidensfähigkeit der Treuesten überfordert. (...) Wir brauchen jetzt ein kraftvolles Signal zur Versöhnung und Bündelung aller seriösen Kräfte von rechts. (...) Nur wenn die vernünftigen Patrioten zusammenfinden, kann der Zerfall gestoppt werden und eine neue Aufbruchstimmung entstehen."

Ehemalige NPDler finden sich hier ebenso wie deren abgespaltene ehemalige Parteifreunde von der "Deutschen Liga"; Republikaner ebenso wie einige CDU-Mitglieder oder Mitglieder der (traditionell Frey-orientierten) "Initiative für Ausländerrückführung" (IFA). Auch DVU-Mitglieder (die DVU grenzt sich offiziell von den "Runden Tischen ab") gehören zu den Teilnehmern, Mitglieder von Brunners "Bund freier Bürger - die Freiheitlichen" oder der "Deutschen Sozialen Union".

Während die CDU ihre Kreisverbände angewiesen hat, die angeblichen CDU-Unterschriften unter solche Erklärungen zu überprüfen und den Parteiausschluß der Betreffenden einzuleiten, dürfte dies den Republikanern erheblich schwerer fallen. Denn in diesen "Runden Tischen" und "Erklärungen" setzt sich der parteiinterne Streit der Republikaner fort, den Schlierer und Co. mit dem Abgang von Schönhuber am liebsten

für beendet erklärt hätten. Schönhuber nutzt die "Runden Tische" und speziell die Plattform von "Europa vorn", wo er seit Monaten regelmäßig seine Beiträge veröffentlicht. Noch in der Märzausgabe orakelte er: "Noch nie haben rechte Parteien für sie günstigere Bedingungen vorgefunden wie gerade jetzt. Die Tore zum Einzug in die Parlamente stehen sperrangelweit offen. Die besten Voraussetzungen haben dabei die Republikaner bei den Wahlen in Baden-Württemberg, die keine Konkurrenz auf der rechten Seite vorfinden."

Zu den rechten Einheits-Initiativen gehören u.a.:

- Das "Eisenacher Signal" in Thüringen, gegründet am 1. Juni 1995 unter führender Beteiligung des Thüringer REP-Landesvorstands. Der REP-Landesvorsitzende Kleindienst trat im November 1995 aus der Partei aus und agiert seither als "Freundeskreis Ein Herz für Deutschland". Kleindienst schreibt für die rechtsextremistische "Berlin-Brandenburger Zeitung", deren Herausgeber Frank Schwerdt Vorsitzender der Kleinpartei "Die Nationalen e.V." ist.

- Der "Förderkreis Bündnis Deutschland/ Runder Tisch NRW" mit seiner Zeitung "Forum Bündnis Deutschland", in dem u.a. der umtriebige Manfred Rouhs von einer Veranstaltung mit Franz Schönhuber vor 250 Teilnehmern berichtet (Auflage angeblich mindestens 8.000 Exemplare, von denen 6.000 an aktive und ehemalige rechte Funktionsträger, Mitglieder und Sympathisanten verschickt werden).

- Ein Pfälzer Aufruf vom 2. Oktober 1995, gegründet auf Initiative des rheinland-pfälzischen Landesverbandes der "Deutschen Liga für Volk und Heimat".

Welche Basis diese "Runden Tische" derzeit haben, ist allerdings umstritten. Ob sie, wie Sönke Braasch es im "blick nach rechts" formulierte, "für eine neue Partei bereit" sind, oder ob es sich hier um eine neuerliche Koalition erfolgloser Rechtsradikaler handelt, ist noch nicht ausgemacht.

Der Wiedereinzug der Republikaner in den Landtag von Baden-Württemberg hat den sich von allzu rechten Strömungen abgrenzenden Flügel um den Parteivorsitzenden Rolf Schlierer erst einmal gestärkt. Ob damit aber der Traum der "Runden Tische" von der ganz breiten Rechtspartei dauerhaft ausgeträumt ist, bleibt abzuwarten.

ES, Hamburg

REPs gegen

"Runde Tische" Fortsetzung von Seite 1

Gemessen an den Verlusten sind sie damit durchaus mit der DVU in Schleswig-Holstein ebenbürtig. Und wenn eine DVU in Schleswig-Holstein ohne Landtagsfraktion (diese war in der Legislaturperiode auseinandergefallen) und ohne jede lokale Infrastruktur nur knapp an der Fünfprozent-Hürde scheitert, so zeigt dies mehr den Anteil unverbesserlich rechtsradikaler Wähler in diesem Land auf als eine Abwendung von den "Alt- und Uraltrechten" hin zu den angeblich so "modernen" Republikanern. Von einer Etablierung einer Partei, die mehr sein will als eine regionale Besonderheit, kann wohl nur dann gesprochen werden, wenn sie auch bundesweit eine gewisse Wählerbasis hat.

Was den Republikanern in Baden-Württemberg aber gelungen ist, ist die Stabilisierung ihrer eigenen Kräfte, die durch den Abgang ihres Gründungsvaters Franz Schönhuber Ende 1994 erheblich ins Straucheln geraten waren. Ohne die Stuttgarter Landtags-Pfründe hätte der Partei ein ungewisses Schicksal gedroht. Insbesondere die Opposition gegen Schlierer in den eigenen Reihen hätte bei einem Scheitern in Baden-Württemberg Aufwind bekommen.

Denn rechts von den Republikanern haben sich mit vielen "Runden Tischen" Initiativen gebildet, die auf die Neugründung einer rechten Partei hinarbeiten wollen und deren Teilnehmer aus allen konservativen Strömungen kommen. Eine dieser Plattformen der rechten Einheit ist die sogenannte "Pulheimer Erklärung", die seit Monaten in dem rechten Blatt "Europa vorn" des Manfred Rouhs (Deutsche Liga) verbreitet wird. Dort heißt es: "Doch der deutschen Rechten droht der Sturz in die dauerhafte Bedeutungslosigkeit (...) Jahrelanger Schlingerkurs und unnötige Querelen in den eigenen Reihen haben uns vor Millionen Wählern entfremdet und auch die Leidensfähigkeit der Treuesten überfordert. (...) Wir brauchen jetzt ein kraftvolles Signal zur Versöhnung und Bündelung aller seriösen Kräfte von rechts. (...) Nur wenn die vernünftigen Patrioten zusammenfinden, kann der Zerfall gestoppt werden und eine neue Aufbruchstimmung entstehen."

Ehemalige NPDler finden sich hier ebenso wie deren abgespaltene ehemalige Parteifreunde von der "Deutschen Liga"; Republikaner ebenso wie einige CDU-Mitglieder oder Mitglieder der (traditionell Frey-orientierten) "Initiative für Ausländerrückführung" (IFA). Auch DVU-Mitglieder (die DVU grenzt sich offiziell von den "Runden Tischen ab") gehören zu den Teilnehmern, Mitglieder von Brunners "Bund freier Bürger - die Freiheitlichen" oder der "Deutschen Sozialen Union".

Während die CDU ihre Kreisverbände angewiesen hat, die angeblichen CDU-Unterschriften unter solche Erklärungen zu überprüfen und den Parteiausschluß der Betreffenden einzuleiten, dürfte dies den Republikanern erheblich schwerer fallen. Denn in diesen "Runden Tischen" und "Erklärungen" setzt sich der parteiinterne Streit der Republikaner fort, den Schlierer und Co. mit dem Abgang von Schönhuber am liebsten für beendet erklärt hätten. Schönhuber nutzt die "Runden Tische" und speziell die Plattform von "Europa vorn", wo er seit Monaten regelmäßig seine Beiträge veröffentlicht. Noch in der Märzausgabe orakelte er: "Noch nie haben rechte Parteien für sie günstigere Bedingungen vorgefunden wie gerade jetzt. Die Tore zum Einzug in die Parlamente stehen sperrangelweit offen. Die besten Voraussetzungen haben dabei die Republikaner bei den Wahlen in Baden-Württemberg, die keine Konkurrenz auf der rechten Seite vorfinden."

Zu den rechten Einheits-Initiativen gehören u.a.:

- Das "Eisenacher Signal" in Thüringen, gegründet am 1. Juni 1995 unter führender Beteiligung des Thüringer REP-Landesvorstands. Der REP-Landesvorsitzende Kleindienst trat im November 1995 aus der Partei aus und agiert seither als "Freundeskreis Ein Herz für Deutschland". Kleindienst schreibt für die rechtsextremistische "Berlin-Brandenburger Zeitung", deren Herausgeber Frank Schwerdt Vorsitzender der Kleinpartei "Die Nationalen e.V." ist.

- Der "Förderkreis Bündnis Deutschland/ Runder Tisch NRW" mit seiner Zeitung "Forum Bündnis Deutschland", in dem u.a. der umtriebige Manfred Rouhs von einer Veranstaltung mit Franz Schönhuber vor 250 Teilnehmern berichtet (Auflage angeblich mindestens 8.000 Exemplare, von denen 6.000 an aktive und ehemalige rechte Funktionsträger, Mitglieder und Sympathisanten verschickt werden).

- Ein Pfälzer Aufruf vom 2. Oktober 1995, gegründet auf Initiative des rheinland-pfälzischen Landesverbandes der "Deutschen Liga für Volk und Heimat".

Welche Basis diese "Runden Tische" derzeit haben, ist allerdings umstritten. Ob sie, wie Sönke Braasch es im "blick nach rechts" formulierte, "für eine neue Partei bereit" sind, oder ob es sich hier um eine neuerliche Koalition erfolgloser Rechtsradikaler handelt, ist noch nicht ausgemacht.

Der Wiedereinzug der Republikaner in den Landtag von Baden-Württemberg hat den sich von allzu rechten Strömungen abgrenzenden Flügel um den Parteivorsitzenden Rolf Schlierer erst einmal gestärkt. Ob damit aber der Traum der "Runden Tische" von der ganz breiten Rechtspartei dauerhaft ausgeträumt ist, bleibt abzuwarten.

ES, Hamburg

REPs gegen "Runde Tische"

Mit dem Wiedereinzug in den baden-württembergischen Landtag, so ließ der REP-Bundesvorsitzende Rolf Schlierer verlauten, sei der "Durchbruch für die demokratische Rechte" in Deutschland geschafft. Mit diesem Wahlergebnis, so unisono der baden-württembergische Landesvorsitzende und Landtagsabgeordnete Christian Käs, sei "altrechter Ballast abgeworfen". Die Republikaner seien insgesamt auf dem besten Weg zu einer "modernen rechten Partei - wie die FPÖ".

Gegen wen das zielte, war schon am Wahlabend klar: gegen unliebsame Konkurrenz aus dem rechten Lager. Genüßlich wurde das knappe Scheitern der DVU in Schleswig-Holstein zur Kenntnis genommen, mit der die Reps sich in den letzten Jahren spannende Duelle um das "richtige" Politikkonzept geliefert hatten. Dabei stand die DVU (mit der Deutschen Liga für Volk und Heimat) für die Kontinuität des Faschismus in der BRD, während die Republikaner diese Nähe zur NPD oder "Nationalzeitung" zu meiden suchten (bis Schönhuber Mitte 1994 diese Abgrenzungspolitik aufgab und prompt innerhalb der Partei kaltgestellt wurde). War die DVU in Bremen/Bremerhaven und Schleswig-Holstein erfolgreich, so konnten die REPs anfangs mit Westberlin und dann mit Baden-Württemberg aufwarten. Dieser Streit - so der Tenor der REP-Fürsten in Stuttgart - sei mit den

baden-württembergischen Wahlen endgültig zugunsten der Republikaner entschieden. Doch bei näherem Hinsehen halten die starken Sprüche der siegreichen Republikaner den Realitäten nicht ganz stand: Auch sie haben knapp zwei Prozentpunkte verloren.

Fortsetzung auf Seite 9

Gemessen an den Verlusten sind sie damit durchaus mit der DVU in Schleswig-Holstein ebenbürtig. Und wenn eine DVU in Schleswig-Holstein ohne Landtagsfraktion (diese war in der Legislaturperiode auseinandergefallen) und ohne jede lokale Infrastruktur nur knapp an der Fünfprozent-Hürde scheitert, so zeigt dies mehr den Anteil unverbesserlich rechtsradikaler Wähler in diesem Land auf als eine Abwendung von den "Alt- und Uraltrechten" hin zu den angeblich so "modernen" Republikanern. Von einer Etablierung einer Partei, die mehr sein will als eine regionale Besonderheit, kann wohl nur dann gesprochen werden, wenn sie auch bundesweit eine gewisse Wählerbasis hat.

Was den Republikanern in Baden-Württemberg aber gelungen ist, ist die Stabilisierung ihrer eigenen Kräfte, die durch den Abgang ihres Gründungsvaters Franz Schönhuber Ende 1994 erheblich ins Straucheln geraten waren. Ohne die Stuttgarter Landtags-Pfründe hätte der Partei ein ungewisses Schicksal gedroht. Insbesondere die Opposition gegen Schlierer in den eigenen Reihen hätte bei einem Scheitern in Baden-Württemberg Aufwind bekommen.

Denn rechts von den Republikanern haben sich mit vielen "Runden Tischen" Initiativen gebildet, die auf die Neugründung einer rechten Partei hinarbeiten wollen und deren Teilnehmer aus allen konservativen Strömungen kommen. Eine dieser Plattformen der rechten Einheit ist die sogenannte "Pulheimer Erklärung", die seit Monaten in dem rechten Blatt "Europa vorn" des Manfred Rouhs (Deutsche Liga) verbreitet wird. Dort heißt es: "Doch der deutschen Rechten droht der Sturz in die dauerhafte Bedeutungslosigkeit (...) Jahrelanger Schlingerkurs und unnötige Querelen in den eigenen Reihen haben uns vor Millionen Wählern entfremdet und auch die Leidensfähigkeit der Treuesten überfordert. (...) Wir brauchen jetzt ein kraftvolles Signal zur Versöhnung und Bündelung aller seriösen Kräfte von rechts. (...) Nur wenn die vernünftigen Patrioten zusammenfinden, kann der Zerfall gestoppt werden und eine neue Aufbruchstimmung entstehen."

Ehemalige NPDler finden sich hier ebenso wie deren abgespaltene ehemalige Parteifreunde von der "Deutschen Liga"; Republikaner ebenso wie einige CDU-Mitglieder oder Mitglieder der (traditionell Frey-orientierten) "Initiative für Ausländerrückführung" (IFA). Auch DVU-Mitglieder (die DVU grenzt sich offiziell von den "Runden Tischen ab") gehören zu den Teilnehmern, Mitglieder von Brunners "Bund freier Bürger - die Freiheitlichen" oder der "Deutschen Sozialen Union".

Während die CDU ihre Kreisverbände angewiesen hat, die angeblichen CDU-Unterschriften unter solche Erklärungen zu überprüfen und den Parteiausschluß der Betreffenden einzuleiten, dürfte dies den Republikanern erheblich schwerer fallen. Denn in diesen "Runden Tischen" und "Erklärungen" setzt sich der parteiinterne Streit der Republikaner fort, den Schlierer und Co. mit dem Abgang von Schönhuber am liebsten für beendet erklärt hätten. Schönhuber nutzt die "Runden Tische" und speziell die Plattform von "Europa vorn", wo er seit Monaten regelmäßig seine Beiträge veröffentlicht. Noch in der Märzausgabe orakelte er: "Noch nie haben rechte Parteien für sie günstigere Bedingungen vorgefunden wie gerade jetzt. Die Tore zum Einzug in die Parlamente stehen sperrangelweit offen. Die besten Voraussetzungen haben dabei die Republikaner bei den Wahlen in Baden-Württemberg, die keine Konkurrenz auf der rechten Seite vorfinden."

Zu den rechten Einheits-Initiativen gehören u.a.:

- Das "Eisenacher Signal" in Thüringen, gegründet am 1. Juni 1995 unter führender Beteiligung des Thüringer REP-Landesvorstands. Der REP-Landesvorsitzende Kleindienst trat im November 1995 aus der Partei aus und agiert seither als "Freundeskreis Ein Herz für Deutschland". Kleindienst schreibt für die rechtsextremistische "Berlin-Brandenburger Zeitung", deren Herausgeber Frank Schwerdt Vorsitzender der Kleinpartei "Die Nationalen e.V." ist.

- Der "Förderkreis Bündnis Deutschland/ Runder Tisch NRW" mit seiner Zeitung "Forum Bündnis Deutschland", in dem u.a. der umtriebige Manfred Rouhs von einer Veranstaltung mit Franz Schönhuber vor 250 Teilnehmern berichtet (Auflage angeblich mindestens 8.000 Exemplare, von denen 6.000 an aktive und ehemalige rechte Funktionsträger, Mitglieder und Sympathisanten verschickt werden).

- Ein Pfälzer Aufruf vom 2. Oktober 1995, gegründet auf Initiative des rheinland-pfälzischen Landesverbandes der "Deutschen Liga für Volk und Heimat".

Welche Basis diese "Runden Tische" derzeit haben, ist allerdings umstritten. Ob sie, wie Sönke Braasch es im "blick nach rechts" formulierte, "für eine neue Partei bereit" sind, oder ob es sich hier um eine neuerliche Koalition erfolgloser Rechtsradikaler handelt, ist noch nicht ausgemacht.

Der Wiedereinzug der Republikaner in den Landtag von Baden-Württemberg hat den sich von allzu rechten Strömungen abgrenzenden Flügel um den Parteivorsitzenden Rolf Schlierer erst einmal gestärkt. Ob damit aber der Traum der "Runden Tische" von der ganz breiten Rechtspartei dauerhaft ausgeträumt ist, bleibt abzuwarten.

ES, Hamburg

2. Nach den Landtagswahlen: Rechtskurs ohne Kompromisse

Autor: Js. · Rubrik: Wahlen; CDU/CSU; SPD · CD-Datei: daten/aksuche/ak389/53.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:389:53

Seitdem es in Deutschland die parlamentarische Demokratie gibt, sind die damit verbundenen Risiken für die Herrschenden stets überschaubar geblieben. Der alte Traum der Sozialdemokratie, mit 51% der Stimmen den arbeitenden Menschen Freiheit und Sozialismus zu bescheren, konnte schon deshalb nicht als Illusion entlarvt werden, weil die SPD (und die Linke insgesamt) nie auch nur in die Nähe der magischen Zahl vordringen konnte. Gerade in Zeiten der Krise, die - rein theoretisch - das Aufbegehren der Ausgebeuteten und Unterdrückten begünstigen, sucht stets eine satte Mehrheit der Deutschen ihr Heil mehr oder weniger weit rechts.

Die Ergebnisse der Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein bestätigen diese Beobachtung. Obwohl das Thema Arbeitslosigkeit alle drei Länderwahlkämpfe beherrschte, haben die Bonner Regierungsparteien, insbesondere die FDP, zugelegt. Die sozialdemokratische Opposition dagegen erlitt bei dieser zur "kleinen Bundestagswahl" hochgeredeten Volksbefragung Verluste.

Die Wahlforscher haben für diesen erstaunlichen Vorgang eine einfache Erklärung: Für den Wahlausgang sei es "von schicksalhafter Bedeutung" gewesen, "daß in der öffentlichen Wahrnehmung die Krisensymptome wie Massenarbeitslosigkeit, Firmenpleiten oder Staatsverschuldung im wesentlichen als Probleme der internationalen Konkurrenz, des wirtschaftlich-technologischen Strukturwandels und als Vorboten einer allgemeinen Modernisierungskrise erschienen. Die Krise wurde nicht in erster Linie als Gerechtigkeits- oder gar Verteilungsproblem wahrgenommen und bewertet." (Arbeitsgruppe Wahlen der Uni Freiburg)

Fortsetzung auf Seite 8

Maßgebliche Teile der SPD haben diese massenhaften Wahrnehmungsstörungen noch gefördert. Von Schröder stammt der Satz, es gebe nur den Unterschied zwischen "moderner" und "unmoderner" Wirtschaftspolitik; gleichzeitig ließ er damit durchblicken, daß seine Partei noch nicht auf der Höhe der Zeit sei, solange er selbst nicht den Kurs bestimme. Lafontaines Gefolgsleute trugen mit ihrer Kampagne gegen die "Aussiedler" wahrscheinlich zum guten Abschneiden der Rechtsextremen, mit Sicherheit aber zur weiteren Ausgrenzung unerwünschter Nicht-Deutscher bei. Das "Gerechtigkeits- oder Verteilungsproblem" ist für diese SPD kein Wahlkampfthema mehr. Und die sozialdemokratisch dominierte IG Metall wird mit ihrem "Bündnis"-Angebot brüsk abgewiesen - von denselben Kapitalisten, die früher den "Konfrontationskurs" der Gewerkschaften geißelten und "Sozialpartnerschaft" einklagten.

Die Ergebnisse der drei Landtagswahlen haben die Unternehmer in ihrer kompromißlosen Haltung bestärkt. Der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) gab sogleich die Direktive aus, die kommenden eineinhalb Jahre, in denen keine Wahlen stattfinden, zu "standortsichernden Entscheidungen und zum Abbau der Arbeitslosigkeit" zu nutzen. Die Bundesregierung müsse die damit verbundenen Konflikte "austragen und durchstehen"; die Wahlergebnisse seien ein "Votum für die konsequente Umsetzung" des 50-Punkte-Programms der Bundesregierung für Investitionen und Beschäftigung.

Die Bonner Regierungsparteien stehen zum Vollzug bereit. CDU-Generalsekretär Hintze versprach, die 50 Punkte des Aktionsprogramms sollten nun "Zug um Zug" verwirklicht werden. In Gewerkschaftskreisen werden die darin vorgesehenen Maßnahmen zum Sozialabbau zu Recht als "Katalog der Grausamkeiten" bezeichnet: Der Anspruch auf Arbeitslosengeld soll eingeschränkt, die Arbeitslosenhilfe gekürzt, der Kündigungsschutz aufgeweicht werden; beschlossen ist ferner ein Modell zur "Eindämmung" der Frühverrentung; ebenfalls "eingedämmt" werden soll der Anspruch auf Kuren - wegen hoher Kosten und "Mißbrauch" durch keineswegs todkranke Arbeitnehmer. Steuererleichterungen für Selbständige und andere Wohlhabende werden dagegen ausgeweitet: Das schafft Arbeitsplätze, z.B. in Privathaushalten - für ein paar Mark und ohne soziale Absicherung.

Die gebeutelten Sozialdemokraten sollen von der Bonner Koalition künftig vor vollendete Tatsachen gestellt werden: Mit der "mühseligen, aufreibenden und die Sache verwässernden Konsenssuche" (Hintze) soll nun

Schluß sein. Da wird der SPD auch ihre Bundesratsmehrheit nicht viel nützen - sie muß mitmachen, wenn sie sich nicht öffentlich wegen ihres "Blockadeverhaltens" ohrfeigen lassen will.

In Fragen der "inneren Sicherheit" werden die Regierungsparteien auf Druck gegenüber der SPD weitgehend verzichten können. Anläßlich des kurdischen Neujahrsfestes Newroz taten sich sozialdemokratische Innenminister und Polizeipräsidenten als Exponenten des starken Staates hervor: Für KurdInnen ist das Demonstrationsrecht faktisch abgeschafft. Unter den großen Parteien umstritten ist noch, welche weiteren Verschärfungen im Ausländerrecht durchgedrückt werden sollen.

Die jetzt von der Innenministerkonferenz vereinbarte "Altfallregelung" für AsylbewerberInnen könnte zum Modell für die Konsensfindung werden: Ein Aufenthaltsrecht gibt es gerade mal in ca. 3 bis 6 Prozent der fraglichen "Altfälle" - wenn die BewerberInnen bestimmte "Integrationsmerkmale" vorweisen können (keine Vorstrafen, ausreichend Einkommen und Wohnraum). In allen anderen Fällen soll abgeschoben werden - "im Rahmen des geltenden Rechts" (Beckstein, CSU), das von der informellen großen Koalition nach Belieben den "deutschen Interessen" angepaßt wird.

Wo die politische Generallinie so eindeutig abgesteckt ist und von einer so breiten Mehrheit getragen wird, darf es hier und da auch ein rot-grünes "Reformbündnis" geben. Notfalls dient es als Schreckgespenst, das den nächsten rechten Wahlsieg sichern hilft.

Js.

Rechtskurs

ohne Kompromisse Fortsetzung von Seite 1

Maßgebliche Teile der SPD haben diese massenhaften Wahrnehmungsstörungen noch gefördert. Von Schröder stammt der Satz, es gebe nur den Unterschied zwischen "moderner" und "unmoderner" Wirtschaftspolitik; gleichzeitig ließ er damit durchblicken, daß seine Partei noch nicht auf der Höhe der Zeit sei, solange er selbst nicht den Kurs bestimme. Lafontaines Gefolgsleute trugen mit ihrer Kampagne gegen die "Aussiedler" wahrscheinlich zum guten Abschneiden der Rechtsextremen, mit Sicherheit aber zur weiteren Ausgrenzung unerwünschter Nicht-Deutscher bei. Das "Gerechtigkeits- oder Verteilungsproblem" ist für diese SPD kein Wahlkampfthema mehr. Und die sozialdemokratisch dominierte IG Metall wird mit ihrem "Bündnis"-Angebot brüsk abgewiesen - von denselben Kapitalisten, die früher den "Konfrontationskurs" der Gewerkschaften geißelten und "Sozialpartnerschaft" einklagten.

Die Ergebnisse der drei Landtagswahlen haben die Unternehmer in ihrer kompromißlosen Haltung bestärkt. Der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) gab sogleich die Direktive aus, die kommenden eineinhalb Jahre, in denen keine Wahlen stattfinden, zu "standortsichernden Entscheidungen und zum Abbau der Arbeitslosigkeit" zu nutzen. Die Bundesregierung müsse die damit verbundenen Konflikte "austragen und durchstehen"; die Wahlergebnisse seien ein "Votum für die konsequente Umsetzung" des 50-Punkte-Programms der Bundesregierung für Investitionen und Beschäftigung.

Die Bonner Regierungsparteien stehen zum Vollzug bereit. CDU-Generalsekretär Hintze versprach, die 50 Punkte des Aktionsprogramms sollten nun "Zug um Zug" verwirklicht werden. In Gewerkschaftskreisen werden die darin vorgesehenen Maßnahmen zum Sozialabbau zu Recht als "Katalog der Grausamkeiten" bezeichnet: Der Anspruch auf Arbeitslosengeld soll eingeschränkt, die Arbeitslosenhilfe gekürzt, der Kündigungsschutz aufgeweicht werden; beschlossen ist ferner ein Modell zur "Eindämmung" der Frühverrentung; ebenfalls "eingedämmt" werden soll der Anspruch auf Kuren - wegen hoher Kosten und "Mißbrauch" durch keineswegs todkranke Arbeitnehmer. Steuererleichterungen für Selbständige und andere Wohlhabende werden dagegen ausgeweitet: Das schafft Arbeitsplätze, z.B. in Privathaushalten - für ein paar Mark und ohne soziale Absicherung.

Die gebeutelten Sozialdemokraten sollen von der Bonner Koalition künftig vor vollendete Tatsachen gestellt werden: Mit der "mühseligen, aufreibenden und die Sache verwässernden Konsenssuche" (Hintze) soll nun Schluß sein. Da wird der SPD auch ihre Bundesratsmehrheit nicht viel nützen - sie muß mitmachen, wenn sie sich nicht öffentlich wegen ihres "Blockadeverhaltens" ohrfeigen lassen will.

In Fragen der "inneren Sicherheit" werden die Regierungsparteien auf Druck gegenüber der SPD weitgehend verzichten können. Anläßlich des kurdischen Neujahrsfestes Newroz taten sich sozialdemokratische Innenminister und Polizeipräsidenten als Exponenten des starken Staates hervor: Für KurdInnen ist das Demonstrationsrecht faktisch abgeschafft. Unter den großen Parteien umstritten ist noch, welche weiteren Verschärfungen im Ausländerrecht durchgedrückt werden sollen.

Die jetzt von der Innenministerkonferenz vereinbarte "Altfallregelung" für AsylbewerberInnen könnte zum Modell für die Konsensfindung werden: Ein Aufenthaltsrecht gibt es gerade mal in ca. 3 bis 6 Prozent der fraglichen "Altfälle" - wenn die BewerberInnen bestimmte "Integrationsmerkmale" vorweisen können (keine Vorstrafen, ausreichend Einkommen und Wohnraum). In allen anderen Fällen soll abgeschoben werden - "im Rahmen des geltenden Rechts" (Beckstein, CSU), das von der informellen großen Koalition nach Belieben den "deutschen Interessen" angepaßt wird.

Wo die politische Generallinie so eindeutig abgesteckt ist und von einer so breiten Mehrheit getragen wird, darf es hier und da auch ein rot-grünes "Reformbündnis" geben. Notfalls dient es als Schreckgespenst, das den nächsten rechten Wahlsieg sichern hilft.

Js.

3. 26. Mai: Bundesweite Demonstration gegen Abschiebeknast Büren (NRW)

Autor: NRW · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Aktionen / Veranstaltungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak389/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:389:20

Oktober 1992: Im wiedervereinigten Deutschland werden die ersten Abschiebeknäste eröffnet. Seither sind sie fester Bestandteil der staatlichen Abwehrmaßnahmen gegen Flüchtlinge und letztes Glied in der Kette rassistischer Sonderbehandlung von Flüchtlingen, die von Zwangsunterbringung in Sammellagern bis zu massenhaften Abschiebungen reicht. Nordrhein-Westfalen übernimmt von Anfang an eine Führungsrolle: Hier werden nicht nur die meisten Abschiebeknäste, sondern auch das größte Abschiebegefängnis eingerichtet. Im Bürener Abschiebeknast, versteckt im Wald und gesichert durch eine fünfeinhalb Meter hohe Betonmauer, können bis zu 600 Abschiebehäftlinge eingesperrt werden (...).

26. Mai 1993: Der deutsche Bundestag schafft das Grundrecht auf Asyl ab. Diese Entscheidung stellt den politischen Höhepunkt in einer seit Jahren inszenierten rassistischen Diskussion um "Asylanten-Flut", "Überfremdung" und "die Gefährdung Deutscher Kultur und Arbeitsplätze/ Wohnungen" dar. Auf dem Boden dieser Diskussion gedeihen nicht nur die mörderischen Brandanschläge und Übergriffe gegen Flüchtlinge und andere ImmigrantInnen sondern ebenso die konsequente staatlich betriebene Ausgrenzung und Einsperrung von Flüchtlingen. (...)

Frühjahr 1996: Sammellager und Abschiebeknäste sind feste Bestandteile dieser Gesellschaft geworden wie Arbeitslosigkeit, Fitness-Studios und Chip-Karten. Es gibt keinen relevanten Widerstand von Seiten der deutschen Bevölkerung gegen die rassistischen Sondereinrichtungen für Flüchtlinge. Im Gegensatz dazu hat es in den Abschiebeknästen immer wieder Widerstandsaktionen gegeben. Von Selbstverstümmelungen und Zellenzerstörungen über Hungerstreiks bis zu Dachbesetzungen (Leverkusen), Geiselnahmen (Kassel) und Aufstands- und Ausbruchsaktionen (Büren, Hamburg, Berlin) reichen die verzweifelten Versuche der Flüchtlinge, auf ihre Situation aufmerksam zu machen und sie zu ändern.

Auch für die Grünen in NRW ist die Abschaffung der Sonderknäste kein ernsthaftes Thema - schließlich wollen sie ihre Teilhabe an der Macht nicht gefährden. Zwar fordern sie in ihrem Wahlprogramm, die Abschiebeknäste zu schließen. Tatsächlich jedoch wird derzeit unter ihrer Mitverantwortung Büren zu dem zentralen Männerabschiebeknast ausgebaut; während demnächst alle weiblichen Abschiebegefangenen in der JVA Gütersloh, die mehr Plätze besitzt als der bisherige Frauenabschiebeknast Neuss, eingesperrt werden sollen.

Wir rufen auf zu einer bundesweiten Demonstration gegen den Abschiebeknast Büren am dritten Jahrestag der Verabschiedung des "Asyl-Kompromisses". Gegen den größten Abschiebeknast der BRD, stellvertretend für alle Abschiebeknäste in diesem Deutsch-Land. Zum Zeichen unseres Widerstandes gegen eine rassistische Flüchtlingspolitik, deren Kern die systematische und effiziente Ausgrenzung und Einsperrung von Menschen ist. Um die Flüchtlinge in ihrem Widerstand zu unterstützen und zu ermutigen.

Keine Abschiebungen - Weg mit den Abschiebeknästen! Weg mit den rassistischen Sondergesetzen! Grenzen auf!

Demobeginn: Pfingstsonntag, 26. Mai 1996, 12 Uhr am Abschiebeknast Büren

Diesen Aufruf unterstützen: AK Antirassismus Hannover, ARGiB Bonn, Aktion Symbolisches Asyl Bielefeld, Antifa Kleine Strolche Bochum, Antirassismusgruppe Würzburg, Antirassismusplenum Göttingen, FFM Berlin, Flüchtlingsplenum Aachen, Frauengruppe gegen Rassismus Hamburg, Gesellschaft für bedrohte Völker (Regionalgruppe Bochum), Roma-UnterstützerInnen-Gruppe Bochum, Sammellagerplenum Köln, Glasmoor-Gruppe im Flüchtlingsrat Hamburg, IGA/Dritte-Welt-Haus Frankfurt, Initiative Pro Roma Hagen, Komitee gegen die Bezirkssammelstelle Reutlingen, Tübinger Bündnis gegen Abschiebehaft, Bündnis gegen Abschiebung Stuttgart.

Weitere UnterstützerInnen melden sich bitte bis zum 6.4.96 beim Infoladen Anschlag, Heeper Str.132, 33607 Bielefeld. Weitere Infos: BDP-Infoladen, Borchener Str. 12, 33093 Paderborn, Tel.: 05251-730337.

Am Tag vor der Demonstration findet im nahegelegenen Paderborn eine ganztägige antirassistische Diskussionsveranstaltung statt. Infos: Cordula, Projektbereich Eine Welt, c/o AStA, Warburger Str. 100, 33098 Paderborn, Tel.: 05251-603174.

4. Lübeck: Ermittlungsergebnisse immer zweifelhafter

Erstes Opfer des Brandes nach Nigeria abgeschoben!

Autor: ga. · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak389/50.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:389:50

Nach wie vor scheint die Lübecker Staatsanwaltschaft unter dem Zwang zu stehen, einen nichtdeutschen Täter zu finden, der am 18. Januar die Flüchtlingsunterkunft in der Hafenstraße angezündet hat. Daß alle bisherigen Ermittlungen dagegen sprechen, stört nicht im mindesten. Was bewiesen werden soll, wird eben bewiesen werden - irgendwie. Weder ließen sich ZeugInnen für den behaupteten Streit unter den BewohnerInnen der Flüchtlingsunterkunft finden, noch hat die illegale Abhöraktion gegen den festgenommenen Libanesen Safwan Eid und seine Familienangehörigen irgendeinen Hinweis gebracht, die den ihm zur Last gelegten Vorwurf erhärten könnten, er habe den Brand gelegt. Dessen ungeachtet entschied der Haftrichter am 20.3., daß Safwan Eid weiterhin als Hauptverdächtiger gilt und deshalb der Haftbefehl weiterhin in Kraft bleibt.

Inzwischen mehren sich die Zweifel an den staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsmethoden und den vorgelegten Ergebnissen. Der frühere Frankfurter Feuerwehrchef, Ernst Achilles, auch im Ruhestand ein gefragter Brandsachverständiger, ist von der Verteidigung als Gutachter hinzugezogen worden. In seiner Stellungnahme widerspricht Achilles den Behauptungen der Staatsanwaltschaft, daß der Brand im ersten Stock gelegt worden sei. Achilles legt den Brandherd in das Erdgeschoß - damit befindet mensch sich in der Nähe der Eingangstür - durch die angeblich niemand in das Haus hinein gekommen sein soll, wie die Staatsanwaltschaft behauptet. Hier stellt sich die Frage, wer eigentlich von wem in welcher Sprache vernommen worden ist. Ist bei den Übersetzungen berücksichtigt worden, daß first floor im Englischen nicht zwangsläufig erster Stock heißt und das entsprechende Wort auch in anderen Sprachen die Bezeichnung für das Erdgeschoß ist? Die Staatsanwaltschaft ist den Angehörigen und FreundInnen des Beniners Silvio Amussou bisher auch eine Antwort schuldig geblieben, woran der im Eingangsbereich Gefundene gestorben ist. Eine Kohlenmonoxydvergiftung wird ebenso ausgeschlossen wie Rußablagerungen in der Lunge. Wenn hier keine eindeutige Aussage von der Staatsanwaltschaft gemacht wird, muß es nicht wundern, wenn die Menschen versuchen, eine eigene Erklärung zu finden. Da werden dann schnell verschiedene Dinge aneinander gereiht - die quietschende Gartentür, kaputte Scheiben im Erdgeschoß, der Draht, der bei dem Toten gefunden worden ist.

Die vier Männer aus Grevesmühlen, deren dubiose Rolle in Lübeck und am Brandort bis heute nicht richtig erklärt worden ist, sind erneut ins Gerede gekommen. Obwohl die Staatsanwaltschaft laut Hamburger Abendblatt vom 28.3.1996 erklärt, daß "definitiv kein Tatverdacht" bestehe, wurden sie erneut überprüft. Der Stern berichtete in seiner Ausgabe vom 28.3., daß drei der Männer angesengte Wimpern, Kopfhaare und Augenbrauen hatten. Ein Zusammenhang zwischen dieser Veröffentlichung und der erneuten Überprüfung wird von der Staatsanwaltschaft bestritten. Die Sengspuren hätten sich die Männer beim Anzünden eines Autos zugezogen, das sie vorher geknackt und ausgeschlachtet hatten.

Erklärungsbedarf besteht auch, wieso - trotz gegenteiliger Beteuerungen des Lübecker Bürgermeisters Michael Bouteiller - Victor Atoe, der in der Lübecker Hafenstraße gelebt hat, nach Nigeria ausgewiesen worden ist. Interessant wäre es zu erfahren, wie die Staatsanwaltschaft den Nigerianer wieder in die BRD holen will, wenn er als Zeuge vernommen werden soll. Daß die Abschiebung auf jeden Fall die Verteidigung behindert, weil sie den Nigerianer nicht als möglichen Zeugen befragen kann, liegt auf der Hand.

Zum Beispiel Hattingen

Nicht das erste Mal versuchen Ermittlungsbehörden, die Opfer zu TäterInnen zu stempeln. Am 5. Juni 1993 brannte das Haus der türkischen Familie Ünver in Hattingen. Die dort lebende türkische Frau und ihre fünf Kinder entkamen nur knapp den Flammen. Seit dem Brandanschlag in Solingen war gerade eine Woche vergangen. Das Entsetzen vieler Menschen führte zu Demonstrationen und direkten Hilfsangeboten für die Familie - das sollte nicht lange anhalten. Kurze Zeit später behauptete die Staatsanwaltschaft, die Mutter habe die Wohnung selbst angezündet, um sich an die auf Solingen folgende Spenden- und Unterstützungsbereitschaft anzuhängen.

Für die Familie wurden die folgenden Jahre zur Qual. FreundInnen und KollegInnen wollten nichts mehr mit ihnen zu tun haben. Sie wurden in der Umgebung geschnitten und zogen schließlich weg. Die Frau erklärte immer wieder, daß sie das Haus nicht angezündet habe. Ihre Kinder seien in dem Haus gewesen - ob irgend jemand ernsthaft glauben würde, daß sie die Kinder der Gefahr aussetzen würde, verletzt oder getötet zu werden?

Für die Ermittlungsbehörden war alles, was die Frau sagte, nur ein Ablenkungsversuch. Hinweise, die auf eine Täterschaft aus dem rechtsextremen Lager hinwiesen, wurden einfach nicht verfolgt. Fremdtäterschaft wurde nach kurzer Zeit ausgeschlossen; alles konzentrierte sich darauf, die Frau als Brandstifterin aus Habgier darzustellen. Eine Woche nach Solingen ein weiterer rechtsextremer Brandanschlag - das durfte nicht sein. Drei Jahre später wurde Frau Ünver freigesprochen: Nach der Beweisaufnahme stand fest, daß es "keine sichere Indizienkette und kein Motiv" für eine Täterschaft der Frau gebe; auch die Möglichkeit einer "Fremdtäterschaft" sei nicht auszuschließen.

ga., (30.3.96)

5. Wer kontrolliert die Nahrung der Welt? UN-Konferenz über pflanzengenetische Ressourcen in Leipzig

UN-Konferenz über pflanzengenetische Ressourcen in Leipzig im Juni

Autor: Werner Rätz · Rubrik: Gentechnologie; Imperialismus und Weltwirtschaft; Wissenschaftskritik · CD-Datei: daten/aksuche/ak389/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:389:10

"Intellektuelle Eigentumsrechte" und "Zugang zu genetischen Ressourcen" werden die Themen sein, die auf der Internationalen Technischen Konferenz über Pflanzengenetische Ressourcen der Welternährungsorganisation (FAO) vom 17. bis 23. Juni 1996 in Leipzig zur Entscheidung anstehen. Eine Reihe von Internationalismus- und Umweltgruppen haben sich zusammengetan, um den Anlaß zu einer Öffentlichkeitskampagne zu nutzen.

Die Gesamtzahl der weltweit "ex situ" (also außerhalb ihres ursprünglichen Standortes, etwa in botanischen Gärten oder in Genbanken) aufbewahrten Pflanzenmuster beträgt gut 4,2 Millionen, davon allein über zwei Millionen Getreidesorten und 500.000 Hülsenfrüchte. Ungefähr die Hälfte davon sind nur einmal vorhanden. Bestimmte Pflanzen gibt es nur noch in solchen Sammlungen.

Angesichts dessen ist es besonders bedeutsam, wo und unter wessen Kontrolle sich die Sammlungen befinden. Nur gut ein Drittel des Materials lagert in Ländern des Südens, wobei davon meist Duplikate in den Industrieländern oder den Internationalen Agrarforschungszentren (IARC) existieren. Die IARC halten etwa 40% der einmaligen Muster. Ihr Bestand umfaßt Pflanzen, die über die Hälfte der Menschheit ernähren.

Die IARC entstanden bereits in den 60er Jahren auf Initiative privater Stiftungen (Rockefeller, Ford) und spielten in der sogenannten "Grünen Revolution" eine wichtige Rolle. Sie koordinieren sich über ein weltweites Netzwerk und sind tatsächlich ein quasi "privater" Zusammenschluß von etwa 40 Regierungen und Stiftungen fast ausschließlich aus dem Norden. Die USA, Australien, Großbritannien und Kanada kontrollieren über die Hälfte der Leitungsfunktionen. Die IARC neigen dazu, Monopolstellungen aufzubauen. Sie haben kaum Muster dupliziert und in anderen Sammlungen gesichert, wie es internationalem Standard entspricht. Wo es doch geschehen ist, gingen die Proben meist in die USA, nach Japan oder GB.

Zum Wohl des Nordens

Angeblich ist es Aufgabe der IARC, die Ernährung der Weltbevölkerung zu sichern. Einige Beispiele deuten auf eine ganz andere Wirklichkeit: Australische Regierungsvertreter räumen ein, daß ihre Landwirtschaft durch die IARC in den letzten 20 Jahren mindestens 3 Mrd. Aus-$ Gewinne hatte - bei 4 - 6 Mio. jährlicher Zahlungen. Italienische Behörden schätzen, daß die IARC-Hilfe der heimischen Nudelindustrie jährlich 300 Mio. US-$ einbringt. Die Einnahmen der US-Weizenproduzenten durch die IARC werden auf bis zu 1,7 Mrd. US-$ geschätzt.

So profitieren die Saatgut- und Nahrungsmittelmultis vom Material der IARC direkt oder durch nationale Genbanken vermittelt. Inzwischen reklamieren sie im Rahmen des GATT-Abkommens "Intellektuelle Eigentumsrechte" (TRIPs). Die entsprechende Vereinbarung verpflichtet alle Länder, innerhalb der nächsten fünf Jahre (bzw. zehn für die ärmsten Staaten) nationale Patentrechtsbestimmungen zu erlassen. Die dafür festgelegten inhaltlichen Vorgaben bedeuten praktisch eine Übernahme des US-Patentrechts. Die eigentlichen ProduzentInnen und ErfinderInnen (die BäuerInnen des Südens) gehen leer aus und auch die Ursprungsländer erhalten oft nichts oder wenig.

Zwar gibt es ein internationales Übereinkommen, daß bei einem kommerziellen Erfolg von Produkten, die auf genetischem Material dritter Länder beruhen, die Drittländer einen Anteil des Gewinns erhalten sollen. Aber erstens gilt das nur für neue Proben; die 4,2 Millionen schon vorhandener Muster fallen nicht darunter. Zweitens gibt es keinerlei Konkretisierung dafür. Tatsächlich wird oft gar nichts gezahlt. Schließlich und vor allem aber kommt es nicht so sehr auf die Herkunftsländer an als auf die Bäuerinnen und Bauern. Die können ihre Interessen letztlich nur selber vertreten und tun dies auch, wie in diesen Tagen wieder in Indien deutlich wurde (siehe Kasten).

Erfreuliches aus Kolumbien

Trotzdem gibt es in Einzelfällen immer wieder erstaunliche Erfahrungen, was möglich ist, wenn in bestimmten Ländern gesellschaftlicher Druck entwickelt wird. So wurde im kolumbianischen Kongreß 1992 eine Gesetzesvorlage über Züchterschutzrechte eingebracht, die sich eng an vergleichbare Bestimmungen der Industriestaaten anlehnte. Die USA, die kolumbianische Blumenindustrie und die Saatgutkonzerne forderten ein solches Gesetz. Dem schloß sich das Nationale Landwirtschaftsinstitut an. Die Vorlage passierte die erste Lesung ohne Probleme.

Danach schlugen verschiedene Nichtregierungsorganisationen und WissenschaftlerInnen Alarm. Sie forderten vor allem Schutzrechte für BäuerInnen und lokale Gemeinschaften. Es entwickelte sich ein langwieriges Tauziehen zwischen den engagierten Sektoren der kolumbianischen Öffentlichkeit und den Gremien des Andenpaktes. Dort waren im Oktober 1993 GATT-konforme Entscheidungen getroffen worden, deren Durchsetzung die kolumbianische Regierung sich national nicht mehr zutraute.

Dieses undemokratische Vorgehen stärkte die Position der GegnerInnen, die damit in die Rolle der VerteidigerInnen der nationalen Ressourcen gerieten. Sie argumentierten, daß die Andenpaktbeschlüsse die kolumbianische Verfassung von 1991 verletzten. Diese räumt lokalen Gemeinschaften ausdrücklich kollektive Rechte und Mitentscheidungsmöglichkeiten ein.

In einer breiten Diskussion wurden Mindestforderungen entwickelt, die genau diese kollektiven Rechte, nationale Souveränität über die biologischen Ressourcen und Rückführung aller aus Kolumbien stammenden Pflanzenmuster verlangen. Die Patentierbarkeit von Lebenselementen wird zurückgewiesen und eine eigenständige Zugangsregelung für biologische Ressourcen gefordert, die die Rolle der ursprünglichen ZüchterInnen berücksichtigt. Zwar haben diese Vorschläge bisher keine Gesetzeskraft erlangt, aber auch die ursprünglich geplante Regelung im Interesse der Konzerne konnte sich nicht durchsetzen. Eine Auseinandersetzung, die schon verloren schien, wurde wieder völlig offen gestaltet.

Und sie bewegt sich doch

Das ist wesentlich dem breiten Engagement zu verdanken, wurde aber dadurch begünstigt, daß Kolumbien eines der Länder ist, die weltweit über die größte Artenvielfalt verfügen. Angesichts riesiger Gewinnerwartungen aus diesem Sektor ist das auch für die Herrschenden ein Topf, aus dem sie sich gerne selbst bedienen würden. Obwohl es also auch einen ganz wichtigen innergesellschaftlichen Interessenskonflikt gibt, ist augenblicklich Kolumbien international höchst engagiert, was den Schutz der biologischen Vielfalt betrifft:

Die kolumbianische Delegation war herausragend daran beteiligt, daß bei der zweiten Vertragsstaatenkonferenz des Artenschutzabkommens im November 1995 in Djakarta Übereinstimmung darüber erzielt wurde, daß es ein völkerrechtlich bindendes internationales Protokoll über biologische Sicherheit geben solle. Das ist gerade für die Länder des Südens von Bedeutung, da sie zunehmend zu Orten werden, wo internationale Konzerne Freisetzungs-Experimente durchführen, die in ihren Ländern aus politischen oder tatsächlichen Gründen schwer zu realisieren sind. Es ist leicht vorstellbar, daß etwaige irreversible Schäden aus Genexperimenten mit Kartoffeln in deren Urheimat in den Anden ganz andere Folgewirkungen hätten als anderswo, weil sie auch die wilden Verwandten und Hunderte von "Landsorten" betreffen würden.

Nach der ersten Konferenz vom November 1994 war kaum mit einer Einigung auf verbindliche Normen gerechnet worden, hatten doch wichtige Unterzeichnerstaaten wie die BRD, Frankreich und Großbritannien dies entschieden abgelehnt und sich für freiwillige Richtlinien ausgesprochen. GB und die Niederlande hatten dafür einen Vorschlag präsentiert, der praktisch keine Beschränkungen für die Gentech-Industrie mit sich gebracht hätte. Nun hatte ausgerechnet die BRD ihren Widerstand gegen ein Protokoll aufgegeben. Dazu dürfte beigetragen haben, daß es innerhalb der EU massive Gegensätze gab: Speziell Dänemark und Schweden, aber auch Spanien und Österreich sprachen sich dezidiert für eine verbindliche Regelung aus.

Den UnterstützerInnen einer solchen Position kam entgegen, daß es in Deutschland Regelungen zur biologischen Sicherheit gibt (noch gibt, müßte es heißen, denn sie sollen "dereguliert" werden), die international als weitgehend gelten. Trotzdem sind diese weit von dem entfernt, was KritikerInnen für

Mindestanforderungen halten. Der Beschluß für ein verbindliches Protokoll darf also nicht zu dem Fehlschluß verleiten, damit sei schon etwas über möglicherweise erfreuliche Inhalte des Protokolls vorweggenommen. Öffentlicher Druck bleibt notwendig.

Werner Rätz, Bonn

Dieser Artikel ist die leicht überarbeitete Fassung eines Beitrags aus dem Aprilheft der ila, Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika. Weitere Informationen zur Kampagne anläßlich der Leipziger Konferenz: BUKO Agrar-Koordination, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg, 040/392526, Fax 3907520.

Foto links: T. Heimann

Sammler, Räuber und Gelehrte

Um es gleich vorweg zu sagen: Michael Flitner hat ein auch für Laien verständliches Buch geschrieben, das sich spannend liest und seinen Anspruch, die politischen Interessen an pflanzengenetischen Ressourcen zu erhellen, in hervorragender Weise einlöst. Ein Beispiel:

Die Kartoffelsorte "Roxy" ist laut Produktionsfirma "dank ihrer guten Schäl- und Speiseeigenschaften und der geringen Nachdunkelung ... heute besonders in Großküchen beliebt" (S.267). Aber "Roxy" ist nicht nur irgendeine Mensakartoffel. Erwin Baur, der ehemalige Vorsitzende der Berliner "Gesellschaft für Rassenhygiene", war in den 20er Jahren der führende deutsche Pflanzengenetiker. Er unternahm 1930/31 eine Sammelreise nach Südamerika, von der er u.a. auch Kartoffelknollen mitbrachte. Am Kaiser-Wilhelm-Institut in Müncheberg, das Baur mitgegründet und bis zu seinem Tod 1934 geleitet hatte, gingen Proben daraus in Züchtungen ein, die später Vorfahren von "Roxy" wurden.

Dieses Entwenden von Früchten aus der "Neuen Welt" ist nichts Neues. Das genannte Beispiel enthält aber zwei hochpolitische Implikationen: Zum einen war die Kaiser-Wilhelm- resp. Max-Planck-Gesellschaft eine weitgehend staatlich finanzierte Einrichtung. So erbrachte die öffentliche Hand die Vorleistungen für private Züchtungs- und damit Markterfolge. Dies ist bis heute ein wesentliches Kennzeichen deutscher Politik zu pflanzengenetischen Ressourcen. Zum zweiten war die gesamte "Biopolitik" im damaligen Deutschland ausgesprochen nationalistisch. Erwin Baur etwa hatte schon 1931 auf eine Bitte des Albert-Schweitzer-Hospitals in Lambarene (Gabun) um Überlassung von Saatgut geantwortet, daß "derartige Arbeiten nur unternommen werden (sollen), wenn sie in irgendeiner Weise im deutschen Interesse liegen" (S.70) - wohlgemerkt, erst wenige Wochen vorher war Baur mit fast 1000 Kartoffelmustern aus Südamerika zurückgekommen!

Besondere Anstrengungen in der Kartoffelzüchtung wurden ab 1933 im Rahmen der sogenannten "Erzeugungsschlacht" unternommen, die die nationale "Selbstversorgung" sicherstellen sollte. Auf deren Anforderungen war auch das 1934 erlassene deutsche Sortenschutzrecht ausgerichtet, das in seinen Grundzügen bis heute gültig ist und auch die internationale Rechtslage weitgehend mitbestimmt hat.

Viele Pflanzengenetiker jener Zeit waren nicht nur stramme Eugeniker und Nationalisten, eine ganze Anzahl gehörte auch aktiv der NSDAP und der SS an. Die SS führte sogar eigene Sammelreisen durch. Eine dieser Expeditionen führte 1939/40 nach Bolivien. An ihr nahm der Müncheberger Wissenschaftler und SS-Mann Heinz Brücher teil. Nach dem Krieg setzte er sich nach Argentinien ab und wurde dort Professor. Schon 1949/50 versorgte er seine Kollegen in der BRD mit Kartoffelmustern, über die bestimmte Resistenzen in die Vorgänger von "Roxy" eingezüchtet wurden.

Hier zeigte sich schon früh, wie nach dem Zweiten Weltkrieg eine internationale scientific community entstand, die auf der wissenschaftlich-fachlichen Ebene ein Element vorwegnahm, das heute die politische Szenerie bezüglich pflanzengenetischer Ressourcen bestimmt: die Komplizenschaft des kapitalistischen Nordens gegen den Süden.

So kann am Beispiel einer Kartoffelsorte sowohl die Geschichte der Pflanzenbiologie in Deutschland dargestellt werden als auch Politik. Michael Flitner nennt das Ergebnis dieser Geschichte "ursprüngliche Akkumulation genetischer Ressourcen" (S.275) und sieht diese durch zwei Elemente gekennzeichnet: "die Ansammlung eines Grundstocks von einigen tausend Sammelmustern ... und die Abtrennung der landwirtschaftlichen Produzenten von dem Produktionsmittel Saatgut" (S.276).

Durch die "Grüne Revolution" wurde dieser Prozeß weltweit. In ihr werden Pflanzen "gleichzeitig zum Objekt und zum Träger der Entwicklung. Die Entwicklung der genetischen Ressourcen zur Warenform wird synonym mit der Entwicklung ganzer Weltgegenden, die ‚Primitivform` ist nun eine ‚unterentwickelte`." (S. 297f) In dieser Rede wird zwar die Verantwortung dafür versteckt, daß die technisch-industrielle "Entwicklung" der Pflanzenzucht mit ihrer Vereinheitlichung und Zerstörung der natürlichen Vielfalt ihre eigenen Grundlagen zerstört. Aber trotzdem bleibt das Ergebnis bestehen: die ökologische Zerstörung und der Verlust der "Biodiversität". Und davor wollen uns ausgerechnet diejenigen schützen, die dieses Ergebnis herbeiführen - mittels "Biotechnologien" und "Grünhelmen": "Für eine neue Machtpolitik der Biosphäre, eine strategische Bio-Geopolitik, ist heute kaum ein zwingenderes Argument denkbar als die ökologische Untergangsdrohung ... Oder positiv: die Rettung der ‚einen Welt`." (S.300)

Werner Rätz

Michael Flitner: Sammler, Räuber und Gelehrte. Die politischen Interessen an pflanzengenetischen Ressourcen 1895 - 1995. Frankfurt/New York (Campus) 1995, 336 Seiten, 39,80 Mark.

Charta der bäuerlichen Rechte

Als Bauern dieser Welt - und das umfaßt auch Bäuerinnen, indigene Bauern und landlose Bauern - haben wir die Pflicht und das Recht zur Selbstbestimmung. Das schließt das Recht ein, unsere landwirtschaftlichen Systeme selbst zu wählen und unseren Lebensunterhalt und unsere Ressourcen zu verteidigen.

Unser Lebensunterhalt hängt auf die Dauer ebenso davon ab, wie nachhaltig wir mit unserem natürlichen Reichtum - also Land, Wasser und Artenvielfalt - umgehen, wie von der wirtschaftlichen Überlebensfähigkeit nachhaltiger Landwirtschaft.

Unser fundamentales und unaufgebbares Recht auf einen dauerhaften Lebensunterhalt schließt unser Recht auf unsere Ressourcen an Land, Wasser und biologischer Vielfalt ein; ebenso intellektuelle Rechte an unserem Wissen um eben diese biologische Vielfalt und ihrer Erneuerung; weiter ProduzentInnenrechte, um zu entscheiden, was und wie wir anbauen; schließlich KonsumentInnenrechte, die sich aus unserer Rolle als BenutzerInnen von Saatgut, Pflanzmaterial und dazugehörigen Materialien ergeben. Pflanzenzüchterische Entwicklungen werden von uns gemeinsam und in einem jahrelangen Prozeß vorangetrieben. Deshalb sind BäuerInnenrechte, die sich aus unserer Rolle als PflegerInnen und ZüchterInnen ergeben, gemeinschaftliche und keine individuellen Rechte.

Landsorten sind nicht einfach nur "Rohmaterial" für die Saatgutindustrie; sie verkörpern die intellektuellen Leistungen der bäuerlichen Gemeinschaften. Wir sind die ursprünglichen ZüchterInnen, und durch Wissenschaft und Technologie unserer Züchtungsarbeit haben wir der Welt eine reiche Vielfalt an Pflanzensorten geschenkt. Unsere Rechte sind Eigentumsrechte, die sich aus diesem Beitrag zur Erhaltung, Entwicklung und Vergrößerung der Vielfalt ergeben.

Als PflegerInnen und ZüchterInnen erklären wir, daß unsere materiellen und intellektuellen Rechte Vorrang haben vor den möglichen Rechten jedweder Monopolgesellschaft, die sich aus irgendeiner Regelung intellektueller Eigentumsrechte ergeben, und diesen Grenzen setzen. Das beinhaltet schließlich unser fundamentales Recht, Patente auf Pflanzen und alle Lebensformen auszuschließen, weil sie unsere ethischen Werte und kulturellen Traditionen verletzen.

Als BäuerInnen und ProduzentInnen haben wir die Pflicht, Nahrungs- und ökologische Sicherheit zu erhalten. Wir haben deshalb das Recht, sicherzustellen, daß unsere landwirtschaftlichen Systeme auf Pflanzenvielfalt, nachhaltigem Anbau und der Produktion nahrhafter und gesunder Nahrungsmittel beruhen.

Um zu gewährleisten, daß ihre Anbaumethoden einen Beitrag zu nachhaltiger Landwirtschaft leisten, haben wir als BäuerInnen das Recht, gentechnisch verändertes Saatgut abzulehnen, weil es vom Standpunkt biologischer Sicherheit Risiken biologischer und chemischer Schäden enthält.

Das Überleben der Kleinbäuerinnen ist notwendig für das Überleben des Planeten. Wir verpflichten uns deshalb, die biologische und kulturelle Vielfalt zu beschützen, ebenso wie unsere intellektuellen Fähigkeiten und unseren Lebensunterhalt.

Beschlossen und erklärt von der indischen Bauernorganisation "Bharatiya Kisan Union" (Übersetzung W.R.)

6. Deutsche Atombomben made in München

Autor: Dieter Asselhoven, Ökologische Linke Köln · Rubrik: Atom- und Energiepolitik; Atomwaffenstreben der BRD · CD-Datei: daten/aksuche/ak389/44.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:389:44

Die Atomkatastrophe von Tschernobyl am 26. April 1986 hat gezeigt, was "Restrisiko" heißt: Zehntausende von Menschen starben, unzählige Kinder und Erwachsene werden in den nächsten Jahren an Krebs sterben, weite Teile Osteuropas sind radioaktiv verseucht. Zehn Jahre nach dem GAU planen und bauen die Atomkonzerne weltweit neue Anlagen, werden Atomwaffen getestet und die BRD bereitet den Einstieg in ihr zweites Atomprogramm vor. Eins der bundesdeutschen Projekte ist der Bau des Atomforschungsreaktors (FRM II) in München-Garching.

1996: Zehn Jahre Super-Gau

Die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl brachte für das durch Massendemonstrationen an den AKW-Bauplätzen, durch geknickte Strommasten und durch eine breite Ablehnung durch die Bevölkerung bereits angeschlagene Atomprogramm der BRD das vorläufige Aus. Der Slogan der militanten Anti-AKW-Bewegung "Der Bauplatz muß wieder zur Wiese werden" nahm schneller Realität an, als seine ErfinderInnen wohl gedacht haben mögen. Jahrelang gingen keine neuen Reaktoren mehr ans Netz. Der "Schnelle Brüter" in Kalkar, der Hochtemperaturreaktor Hamm-Uentrop und die Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf wurden zu Milliardenruinen. Seit 1988 mußten aufgrund der erfolgreichen Anti-AKW-Bewegung Investitionen von insgesamt über 15 Mrd. DM abgeschrieben werden; weitere 11 Mrd. DM sind z.Zt. in atomaren Anlagen gebunden, deren Inbetriebnahme oder Fertigstellung gefährdet sind. (Schwarzer Faden, 3/1996)

Die Hardliner des nuklear-industriellen Komplexes bereiten trotz dieser niederschmetternden Bilanz ein Comeback der Atomenergie vor. Neue Anläufe für ein zweites Atomprogramm werden unternommen - auch diesmal unter Führung von Siemens und RWE und mit Schützenhilfe exponierter Machtpolitiker (Schröder, Stoiber etc.). Die Technische Universität (TU) München ist Bauherr des geplanten Atombomben-Forschungsreaktors Garching II.

Weitere neue Reaktorlinien sind in Vorbereitung, insbesondere der Druckwasserreaktor (in Kooperation von Siemens und Framatome) soll spätestens ab 2005 ans Stromnetz. Die Atomfusion soll intensiver erforscht und ein Demonstrationsreaktor gebaut werden. Zwischen den Parteien laufen "Energie-Konsensgespräche", um die Akzeptanz für den Wiedereinstieg in die Sackgassentechnologie Atom zu testen.

Das alte und das neue Atomei

Der alte Münchner Forschungsreaktor (FRM I) aus dem Jahr 1957, das sogenannte "Atomei" mit seinem charakteristischen Blechmantel, ist völlig veraltet. Aus dem Kamin dampfte Tritium mit einer Radioaktivität von 76 Mio. Becquerel pro Tag. Dieses Tritium findet sich im Grundwasser, in Obst und Gemüse wieder. 1979 flossen aufgrund einer Reihe von Lecks radioaktive Abwässer in die Isar. 1991 verseuchte ein undichter Abwasserkanal Erdreich und Grundwasser. Auf dem Betriebsgelände mußte noch im Dezember 1995 hoch radioaktiv belastetes Erdreich (Americium 241 und Plutonium-Isotope) entsorgt werden.

Die Betreiberin des Forschungsreaktors, die TU München, sowie Siemens planen seit Jahren Ersatz für den alten Forschungsreaktor. Vorgesehen ist ein Neubau, der 20 Megawatt Leistung (0,5% des AKW Biblis) bringen soll, der aber mit 800 Billionen Neutronen pro Quadratzentimeter/Sekunde (das 16fache des FRM I) einen Weltrekord als ergiebigste Neutronenquelle aufstellen soll. Der FRM II, dessen Fertigstellung für das Jahr 2001 angepeilt wird, soll nach Angaben der Bauherren zur Forschung in Festkörpern, biologischen und chemischen Substanzen dienen.

Im allgemeinen sollen Forschungsreaktoren nicht Energie, sondern Neutronen für wissenschaftliche Zwecke liefern. Die "üblichen" Gefährdungen durch den Normalbetrieb eines AKW (steigende Leukämie- und Krebsraten, Veränderung des Erbguts, der Zwang zum Transport radioaktiven Materials und die ungeklärte Endlagerung) drohen aber natürlich auch durch Garching II. Zusätzliche Risiken kommen durch seine spezielle technische Konzeption hinzu: Ein 2500 Grad heißer Graphitblock soll im Reaktorkern als Moderator verwendet

werden. Wenn dieser Block - genauso, wie es in Tschernobyl passiert ist - in Brand geraten sollte, dann gibt es kein Halten mehr.

Angesichts der technischen Daten macht die Auswahl des nuklearen Brennstoff stutzig: Im neuen Reaktor soll hochangereichertes Uran (HEU: Highly Enriched Uranium) eingesetzt werden, das zu 93% aus dem im Natururan nur in einer Verteilung von 0,7% vorkommenden Isotop Uran-235 besteht. U-235 ist in dieser Konzentration atombombentauglich. Im Unterschied zum schwer handhabbaren, hochgiftigen Plutonium kann aus HEU ohne größeren technischen Aufwand eine Atombombe gebaut werden. HEU ist in Uransilizid eingebunden; die Brennstoffplatten würden sich in kürzester Zeit in chemischen Säuren auflösen und der Bombenstoff extrahieren lassen. (SZ, 30.3.95) Im FRM II werden jährlich fünf dieser Urankerne mit je 7,5 Kilogramm benötigt; für eine Uranbombe sind etwa 8 Kilogramm erforderlich.

Unterlaufen des Atomwaffensperrvertrags

Der FRM II läuft einem weltweiten Programm zur "Anreicherungsreduzierung in Forschungsreaktoren" (RERTR: Reduced Enrichment for Research and Test Reactors) zuwider, das die US-Administration 1978 startete, um die Weiterverbreitung von Atomwaffen zu begrenzen. Die Verwendung von waffentauglichem Uran in damals 30 Forschungsreaktoren ließ Präsident Carter fürchten, daß die USA ihr technisches Monopol verlieren könnte und die Proliferation von Atomwaffentechnik erleichtert würde. Als Ersatz für das HEU sollten statt dessen neue, "hochdichte" Uranmischungen hergestellt werden, damit trotz schwächerer Anreicherung (Uran mit 20% Anreicherungsgrad gilt als sogenanntes schwach angereichertes Uran - LEU - als nicht mehr waffentauglich) die Neutronenquellen weiter fließen konnten.

Der Einsatz von HEU wurde international geächtet; die BRD hatte vor 1984 ein Versprechen abgegeben, zukünftig auf waffenfähiges Material zu verzichten. Dementsprechend wurden die bundesdeutschen Forschungsreaktoren in den nächsten Jahren umgestellt, angefangen mit dem Forschungsreaktor in Geesthacht.

Von 42 Forschungsreaktoren außerhalb der USA arbeiten heute nur noch vier mit HEU, die übrigen nutzen leicht angereichertes Uran. Zuletzt stoppte Clinton im Februar 1995 in den USA die Planungen für den Forschungsreaktor "Advanced Neutron Source" in Oak Ridge, weil dort der Einsatz von HEU vorgesehen war. (TAZ, 9.2.95)

Die TU München setzt sich mit ihren Planungen nun nicht nur über RERTR und über die früheren Versicherungen der Bundesregierung hinweg, sondern will zusätzlich auch noch die Technik der hochdichten Brennstoffe (die eigentlich als Ersatz gedacht waren) dazu nutzen, um in Kombination mit hochangereichertem Uran den Weltrekord im Neutronenfluß aufzustellen. Der FRM II ist damit weltweit ein einzigartiges Unterfangen, soweit es den Neubau ziviler Forschungsreaktoren betrifft.

Der Poker um die deutsche Bombe

Seit 1989 versucht die US-Regierung vergeblich das Projekt der TU München wegen der Waffentauglichkeit des Brennmaterials mit diplomatischen Mitteln zu verhindern. 1992 verhängte sie schließlich einen Lieferstopp für hochangereichertes Uran.

Auf der Atomwaffensperrvertragskonferenz war es der BRD-Delegation 1995 gelungen, einen Beschluß zu verhindern, der den Bau von neuen Forschungsreaktoren mit HEU verboten hätte. Die TU München will nun mit dem FRM II einen Präzedenzfall schaffen, der die Clinton-Regierung aus begründeter Furcht vor atomaren BRD-Ambitionen zu emsiger Aktivität gegen das HEU-AKW antrieb. Anfang 1996 mußte allerdings eine diplomatische Sonder-Gesandtschaft der USA unverrichteter Dinge aus Bayern zurückkehren.

Bundesregierung und Wissenschaftsrat hatten die Verwendung von HEU im Frühjahr 1995 endgültig gebilligt. Man fühlt sich stark genug, eine kompromißlose Linie durchziehen zu können und dem Drängen der USA noch nicht einmal kleine Zugeständnisse präsentieren zu müssen: Mitte Dezember war durch eine Indiskretion aus dem Forschungsministerium bekannt geworden, daß Projektleiter Anton Axmann (TU München) auch einen Urananreicherungsgrad von 70% statt 93% für ausreichend hält, "ohne Qualitätseinbußen" (SZ, 17.1.96) befürchten zu müssen. Doch schon kurz darauf erfolgte das Dementi; bayrische Staatsregierung und TU München halten eisern an der Variante mit hochangereichertem, waffentauglichem Uran fest.

Das Auswärtige Amt hatte 1988 noch massive Skrupel: Eine "neue Forschungsanlage mit hochangereichertem Uran gefährdet die bisherige internationale Zusammenarbeit und entzieht ihr die Glaubwürdigkeit". (zitiert nach SZ, 30.1.96) Aber das war 1988, vor der Erlangung der nationalen Souveränität Deutschlands! In Bonn und an der Isar läßt man sich von den Amis heuer nix mehr vorschreiben. "Wir sind doch keine Bananenrepublik", schließlich geht es "um handfeste wirtschaftliche und wissenschaftliche Konkurrenz". (Zehetmair, bayrischer Wissenschaftsminister am 31.1.1996 im Forschungsausschuß des Bundestags) Die deutsche Seite werde den geplanten Betrieb der Anlage mit atomwaffentauglichem Uran notfalls gegen den Widerstand der USA durchsetzen - setzte Bundesbildungsminister Rüttgers an gleicher Stelle nach.

Mit originellen Argumenten verteidigt die CSU den HEU-Einsatz: "Wer aufrechnet, daß die jährliche Brennstoffmenge in Garching für mindestens zwei Atombomben reiche, dem ist bisher entgangen, daß die Isar jährlich die gleiche Größenordnung Uran aus dem Felsgestein der Alpen gelöst hat und an Garching vorbei talwärts schwemmt", findet Prof. Stockinger, Mitglied des kulturpolitischen Landtagsausschusses. (Bayrische Staatszeitung, 21.1.94)

HEU: Woher nehmen, wenn nicht stehlen?

Der geplante Atomreaktor soll eine Betriebszeit von 30 Jahren haben. Der bayrische Ministerpräsident Stoiber erklärte, die Erstausstattung von 400 kg HEU werde man bei der ESA (Europäische Reaktorversorgungsagentur) der Euratom einkaufen. Die Liefergarantie der ESA für das HEU - 40 kg werden jährlich gebraucht - gilt allerdings nur für zehn Jahre. Spätestens dann sind die Restbestände aus US-Herstellung in Europa aufgebraucht. Der Nachschub von atomarem Brennstoff, der auf "legalem" Weg nach München gelangt, wird stocken. Mehr als 1 Mrd. DM wären dann verpulvert! Die Atommafia wird daher schon sehr bald auf illegale Lieferkanäle zurückgreifen müssen - die "Plutoniumaffäre" zeigt die Fähigkeit und Skrupellosigkeit, dies auch tatsächlich zu tun.

Die Münchner Bauherren fühlten zusätzlich bereits im April 1994 im Moskauer Atomministerium vor: "Es sind Gespräche mit Rußland aufgenommen worden, um zusätzliche Lieferquellen zu erschließen", gab Bernd Neumann, Staatssekretär im Rüttgers-Ministerium im Forschungsausschuß zu. (Handelsblatt, 31.1.96) Notfalls soll der Bombenstoff eben aus den militärischen Beständen der ehemaligen Sowjetunion aufgekauft werden. Die BRD befindet sich dabei in einem Wettlauf mit den USA, die ihrerseits versuchen, waffenfähiges Uran in den GUS-Staaten aufzukaufen, um die Weiterverbreitung von Atomwaffen zu verhindern. Die erste Etappe hat Bonn verloren: Bei einem russisch-US-amerikanischen Gipfeltreffen wurde Mitte Februar 1996 vereinbart, kein hochangereichertes Uran an die EU zu liefern. Statt dessen werden 500 Tonnen des russischen HEU-Bestandes (1.200 Tonnen) von den USA für 12 Mrd. US-Dollar aufgekauft und dem Markt entzogen. (SZ, 27.2.96)

Sollte in Garching jemals ein Reaktor mit HEU betrieben werden, hätte die BRD nach dem Scheitern der WAA Wackersdorf und dem Schnellen Brüter in Kalkar erstmals wieder eine Anlage, die militärisch nutzbares Uran verwendet. Unter Strauß propagierte die CSU den deutschen Griff zur Atombombe und bekämpfte den Atomwaffensperrvertrag. Als Atom- und Kriegsminister schuf Strauß die Grundlage sowohl für eine deutsch-französische atomare Kooperation als auch - mit Hilfe reaktivierter Nazi-Atomphysiker - die industrielle Basis zukünftiger deutscher Atommacht. So wurde beispielsweise Erich Rudolf Bagge 1956 Geschäftsführer des Atomforschungszentrums Geesthacht. Bagge diente im Heereswaffenamt und war seit 1941 Mitarbeiter von Heisenberg und Hahn, die das NS-Atombombenprogramm betrieben. Der SS-Obersturmbannführer und Direktor der Degussa, Alfred Boettcher, avancierte 1960 zum wissenschaftlichen Direktor des Kernforschungszentrums Jülich und wurde Mitglied der "Deutschen Atomkommission", dem Beratungsgremium des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung. Boettcher war außerdem Leiter der Personalabteilung der Deutsch-Südafrikanischen und der Deutsch-Brasilianischen Zusammenarbeit im Bereich Atomtechnik. Beide Staaten verfolgten in den 70er Jahren militärische Atomprogramme und kooperierten heftig und gegen US-amerikanische Proteste mit der damaligen SPD/FDP-Regierung in Bonn bzw. mit der bundesdeutschen Atomindustrie.

Standortsicherung für Bayern

Mit dem neuen Garchinger AKW soll auch die Führungsrolle der BRD in der Neutronenforschung verteidigt werden. Mit Hilfe der dichten hochenergetischen Neutronenstrahlung will man in die Materie hineinschauen können und technische Vorsprünge in der Materialforschung ausbauen, u.a. für

- Anwender in der Industrie (Hochleistungs-Bauelemente für Halbleitertechnik) und

- die Suche nach neuen Stoffen für die Pharmaindustrie und natürlich für "nobelpreisträchtige Forschungsarbeiten" (Reaktorplaner und Kernphysiker Wolfgang Gläser). Im Originalton: "Neben Vorteilen für einzelne Industriefirmen muß auch ein langfristiger Nutzen für die Kerntechnik gesehen werden. (...) Zum Bau der Neutronenquelle wird viel von dem know-how aus drei Jahrzehnten Kernenergieentwicklung benötigt und in das Projekt eingebunden. Besonders die Entwicklung der speziellen Experimentiereinrichtungen in unmittelbarer Nähe zum Reaktorkern, die in enger Wechselwirkung zwischen Auftraggebern (Forschung/Hochschule) und Auftragnehmern (Industrie) erfolgen muß, kann zur Erhaltung des technischen Spezialwissens beitragen." (unveröffentlichte Schrift der TU München, zitiert nach: Jutta Ditfurth, Feuer in die Herzen, S. 130)

Für diese Zwecke müsse der FRM II her, sonst drohe eine "Neutronenlücke", so die TU-Professoren. Aber die genannten Ziele der High-Tech-Forschung, ließen sich selbstverständlich auch ohne AKW-Neubau verfolgen, nämlich in einem Synchrotron (Teilchenbeschleuniger), einer Neutronenquelle, die ohne atomare Spaltung und Strahlung funktioniert. Am europäischen Atomforschungszentrum in Grenoble wären z.B. genügend Forschungskapazitäten frei - das mußte selbst die Bundesregierung eingestehen.

Forschung fürs Fusions-AKW

In Garching hat auch das "Institut für Plasmaphysik" der Max-Planck-Gesellschaft (IPP) seinen Sitz. Im IPP ist seit dem 28.1.1994 die europäische Planungsgruppe für den Bau des Prototyps eines Atomfusionsreaktors (ITER) beheimatet.

Fusions-AKWs würden nicht nur ein Mehrfaches an Radioaktivität in die Umwelt entlassen bzw. an Atommüll hervorbringen, das Hauptproblem bei der Konstruktion eines solchen Reaktors ist die starke Neutronenstrahlung, der bislang keine bekannten Werkstoffe standhalten können. Rolf Bunde, Fusionsforscher im IPP, stellt die Atomfusion dagegen als harmlos- anheimelndes Ereignis "wie ein Holzfeuer" (HB, 28.2.96) dar. Er muß in demselben Beitrag aber dennoch zugeben, daß sich die Neutronenstrahlung ungehindert ausbreiten kann und permanent radioaktives Material entsteht. Man brauche deshalb "speziell auf die Fusion zugeschnittene Materialien". Und siehe da: Diese Erprobung neuer Materialien unter Neutronenbeschuß wird offiziell als eine wesentliche Aufgabe des neuen FRM II ausgegeben!

Der FRM II als "Fadenriß"-Reaktor

Neben der möglichen militärischen Nutzung ist der Bau des FRM II für die Atomindustrie der BRD (und damit für Siemens) aus technischen und ökonomischen Gründen ein Muß. Seit zehn Jahren hat der Konzern keine neuen Reaktoren mehr gebaut. Nicht umsonst werden der FRM II und mehr noch der EDR (der "Europäische Druckwasser-Reaktor"), der im bayrischen Viereth gebaut werden soll, von der Atomlobby auch "Fadenriß-reaktor" genannt. Den französisch-deutschen EDR will Siemens exportieren, den Forschungsreaktor ebenfalls und zwar in der Ausstattung für HEU. Siemens will insbesondere in Osteuropa und Asien im Geschäft bleiben. Man hat sich bereits die Modernisierung der AKWs in Tschechien und der Slowakei gesichert. Dietmar Kuhnt (RWE) faßt zusammen: "In der deutschen kerntechnischen Entwicklung darf kein Fadenriß entstehen. Auch wenn kurzfristig kein Bedarf für neue Anlagen existiert, muß weiter geforscht werden." (HB, 7.9.95)

Zentral sei für die Atomindustrie außerdem "die Konsensfindung, nämlich die Voraussetzungen für einen politisch ungestörten Betrieb der Kernkraftwerke endlich zu schaffen" (Kuhnt). Die sogenannten "Energiekonsensgespräche" zwischen SPD und CDU haben das Ziel, politische Akzeptanz und Rahmenbedingungen für eine neues Atomprogramm zu schaffen. Unter diesen Umständen ist die Atomlobby auch bereit, ein paar Schrottreaktoren ein paar Jahre früher als geplant von Netz zu nehmen.

Zur Verharmlosung der Atomgefahr tragen prominente Grüne an exponierter Stelle bei: So ist die forschungspolitische Sprecherin der Bundestagsgrünen, Simone Probst, mit dem ersten bundesdeutschen Reaktorneubau seit Tschernobyl einverstanden, wenn die TU das HEU weglassen würde. Ihre

Landtagskollegin Irene Sturm wäre mit dem neuen AKW schon zufrieden, wenn es denn mit nur zwanzigprozentigem Uran 235 beschickt würde. Die "AKW-Nee"-Zeiten der Grünen sind vorbei. Sie befinden sich dabei in Bayern in strahlender Gesellschaft: Auch der örtliche BUND befürwortete 1994 den Bau des FRM II, ebenso wie die bayrische SPD unter Glotz und dem Ex-Grünen Otto Schily.

Gelänge es der Anti-AKW-Bewegung, die beiden Atomprojekte zu verhindern und den schwarz-rot(-grünen) Energiekonsens zu durchkreuzen, fliegt Siemens aus dem Geschäft. Ein weiteres - diesmal auch offen militärisches - Atomprogramm sowie eine weltweite Exportoffensive des Konzern wäre im Ansatz gestoppt. Daß damit auch Milliardensummen an staatlichen Forschungssubventionen eingespart würden, wäre ein nicht zu unterschätzender "Nebeneffekt".

Der FRM II als Bildungskiller und Milliardengrab

Ursprünglich (1991) waren für den FRM II Kosten von 325 Mio. DM veranschlagt. Inzwischen wird von Bau- und Errichtungskosten von 690 Mio. und 30 Mio. Erschließungskosten ausgegangen, zusammen also 720 Mio. DM. Siemens soll davon 504 Mio. einheimsen.

Für die Deckung des Preisaufschlags mußten Bundes- und Bayrische Regierung ihre Bildungsetats schröpfen: Rüttgers steuert aus der studentischen BAFöG-Kasse 160 Mio. DM zu und nimmt den Rest aus dem Hochschulbauförderungsprogramm. Aus dem ehemaligen Forschungsministerium kommen 240 Mio. (160 für den Bau, 80 als Betriebskostenzuschuß). 270 Mio. DM wurden aus dem Bildungsetat Bayerns ausgekoppelt. Für diesen Aderlaß wurden den Hochschulen die Betriebsmittel gekürzt und die Stellen zusammengestrichen. Die 5.000 am 1.2.1996 demonstrierenden Münchner StudentInnen hatten also allen Grund, lautstark den Planungsstop des AKW zu fordern.

Der Filz aus Hochschule, Wirtschaft und ihren Amigos in der Landesregierung lohnt sich: Siemens erhielt den Bauauftrag in "freihändiger" Vergabe erteilt, d.h. es wurde keine vorherige Ausschreibung durchgeführt - und damit eine kostentreibende Generalvollmacht erteilt, wie der Bundesrechnungshof rügte. (SZ, 30.1.96) In einem hellen Moment brachte es ein Hinterbänkler auf den Punkt: Es wird "unheimlich viel Porzellan zerschlagen, nur damit Siemens mal wieder einen Reaktor bauen kann". (Kubatschka, SPD-MdB)

Der Bauplatz muß

wieder zur Isar-Wiese werden

Die erste Teilerrichtungsgenehmigung für FRM II wird für April dieses Jahres erwartet. Ab dem Jahr 2001 wäre dann Strahlungsbeginn. Doch dieser Zeitplan wird sich auf jeden Fall verzögern: Nach einem Gutachten des TÜV Bayern bestehen an der Sicherheit des Reaktors erhebliche Zweifel. U.a. sei das Verhalten des neuen Kompakt-Brennelements völlig unvorhersehbar. Schon bei einer minimalen Aufblähung des hochangereicherten Urans während des Betriebs könnten sich die Kühlungskanäle im Brennelement verschließen und die Reaktorkühlung ausfallen. Eine Kernschmelze und ein GAU wären dann nicht mehr zu verhindern. (HB, 2.1.96)

Die Hoffnungen auf parlamentarische Lösungen, die diversen angekündigten "Einstiege in den Ausstieg", sind schmählich gescheitert. "Rotgrün" betreibt in den Ländern die bestehenden Reaktoren weiter. In NRW z.B. stehen der Ausbau des Atommüll-("Zwischen"-)Lagers Ahaus und der Urananreicherungsanlage Gronau auf der Tagesordnung. Entgegen allen Ausstiegsbeteuerungen hat die neue Bündnis'90/SPD-Regierung nichts daran geändert. Auch die Existenz weiterer Atomanlagen in NRW widerlegt die Behauptung, NRW sei aus der Atomenergie ausgestiegen: Zu nennen sind Duisburg (Zerkleinerung und Verpackung von Atomschrott), Jülich (Kernforschungsanlage), Krefeld (Herstellung von CASTOR-Behältern) und auch das niedersächsische AKW Lingen, das NRW mit Atomstrom versorgt und das von den VEW betrieben wird. Auch die Pläne für einen AKW-Nachfolgebau in Würgassen sind noch nicht vom Tisch.

Dieter Asselhoven,

Ökologische Linke Köln

(von der ak-Redaktion leicht gekürzt)

7. Am besten gar keinen Prozeß. Abschiebungen im im Ex- und Hopp-Verfahren

Abschiebungen im Ex- und Hopp-Verfahren

Autor: Büro Ulla Jelpke · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak389/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:389:39

"Kurzen Prozeß mit ihnen heißt es. Oder noch besser gar keinen Prozeß. Ab mit ihnen in die Türkei - dann wird ihnen die Lust auf Gewalttaten schon ausgetrieben." So kommentiert Heribert Prantl in der "Süddeutschen Zeitung" vom 22. März die jüngste Gruseldebatte für erleichterte Abschiebung von KurdInnen in den Folterstaat Türkei. Er fährt fort: "Wer meint, er könne den Rechtsstaat dadurch schützen, daß er schnell mal seine Regeln partiell außer Kraft setzt, der macht den Rechtsstaat kaputt, den er zu schützen vorgibt."

Das Bundeskabinett hat sich am 27. März dieses Jahres auf ein ganzes Bündel von Maßnahmen verständigt, mit dem es die "gewalttätigen Ausschreitungen von Ausländern bekämpfen" möchte. Das Ergebnis ist ein wahres Horror-Paket, das die rechtstaatlichen und demokratischen Verhältnisse in diesem Land nachhaltig beeinflussen wird - sofern diese Maßnahmen und Ankündigungen tatsächlich Gesetz werden sollten:

I. Bundesgesetzliche Maßnahmen:

* Zwingende Abschiebung bei einer Haftstrafe ohne Bewährung (mind. 2 Jahre) bei schwerem Landfriedensbruch.

* "Wesentliche Absenkung" für zwingende Abschiebungen auf Freiheitsstrafen von einheitlich drei Jahren (bislang fünf Jahre oder bei mehreren Delikten).

* Einführung eines neuen versammlungsrechtlichen Tatbestandes, des sogenannten "besonders schweren Landfriedensbruchs". Der soll dann vorliegen, wenn einfacher Landfriedensbruch "aus Anlaß einer verbotenen Demonstration begangen wird".

* Verschärfung des ausländerrechtlichen Verbots politischer Betätigung.

* Einführung eines "vorläufigen Festnahmerechts" und des "Haftgrundes zur Sicherung der Hauptverhandlung in beschleunigten Verfahren".

II. Die Bundesländer werden u.a. zu folgenden Schritten "konsequenten Gesetzesvollzugs" aufgefordert:

* Ausschöpfung aller ordnungs- und gewerberechtlichen Maßnahmen gegen Busunternehmen (bis hin zum Entzug der Beförderungskonzession) bei "Beförderung gewalttätiger Demonstrationen".

* Verstärkte Verhängung des Unterbindungsgewahrsams.

* Verschärfte Kontrolle der Einhaltung räumlicher Beschränkungen für AsylbewerberInnen.

* Vermehrte Ausweisungsverfügungen der Ausländerbehörden während laufender Ermittlungsverfahren.

* "Stärkere Nutzung des beschleunigten Strafverfahrens".

* Abschaffung der von der rot-grünen Koalition in NRW eingeführten "Härtefallkommissionen" für abgelehnte AsylbewerberInnen.

* "Konsequente Anwendung" des Abschiebeabkommens der BRD mit dem Folterstaat Türkei vom 10. März 1995.

Das Vorspiel

Wolfgang Zeitlmann, innenpolitischer Sprecher der CSU-Landesgruppe im Bundestag, hatte am 20. März zusammen mit dem Vorsitzenden der CSU-Trachtengruppe, Michael Glos, ein 10-Punkte-Papier vorgelegt. Darin wurde nicht nur gefordert, auch den "einfachen Landfriedensbruch" (§ 125 StGB), sondern ebenfalls bereits die "Teilnahme an verbotenen Demonstrationen" zu einem zwingenden Ausweisungstatbestand festzuschreiben. Ähnlich hatten sich auch der Fraktionschef der Union, Schäuble ("Bei Landfriedensbruch

sofortige Abschiebungen ohne Wenn und Aber"), das SPD-Präsidium ("Gewalttäter haben ihr Gastrecht in unserem Land verspielt. Sie müssen bestraft und abgeschoben werden") und der oft als Urliberale verkannte Burkhardt Hirsch geäußert ("Wer hier Landfriedensbruch begeht, muß unser Land verlassen"). Glos von der CSU forderte als Ausweisungsgrund die Begehung von "Straftaten" - unabhängig von der Schwere des Delikts. Als besonderer Scharfmacher wollte sich der sozialdemokratische Fraktionsvize, Otto Schily, für weitergehende Aufgaben empfehlen. Er plädierte dafür, daß bei KurdInnen vom möglichen Strafrahmen für schweren Landfriedensbruch (bis zu zehn Jahren Knast) "Gebrauch gemacht wird" ("heute-journal", 18.3.).

Der Parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Fraktion, Jörg van Essen, plauderte aus: "Die FDP hat sich schon vor Wochen mit dem Koalitionspartner auf eine deutliche Verschärfung der Ausweisungsvorschriften für gewalttätige Ausländer verständigt. Ich gehe davon aus, daß unser Gesetzentwurf noch bis Mitte des Jahres verabschiedet wird." (Pressemitteilung, v. 19. 3.96) Bereits im Oktober letzten Jahres hatte der Freistaat Bayern einen entsprechenden Entwurf in den Bundesrat eingebracht (BRat-Drs. 686/95). Die CSU-Landesregierung hielt es für "geboten", auch den "einfachen Landfriedensbruch" als zwingenden Ausweisungstatbestand aufzunehmen. Eine Verurteilung der abzuschiebenden Person sei nicht erforderlich. "Die erhebliche Störung der inneren Sicherheit" erfordere eine "generalpräventive", also eine auf allgemeine Abschreckung und Einschüchterung zielende Änderung des Ausländerrechts.

Glos und Zeitlmann hatten in ihrem 10-Punkte-Papier eigene Vorstellungen vom Schnellgericht für kurdische AktivistInnen ausgebreitet: "Strafverfahren gegen ausländischen Gewalttäter müssen Vorrang haben. Alle Fristenverkürzungen bei Hauptverhandlungen und Verurteilungen müssen ausgeschöpft werden. Die Möglichkeiten einer Unterbrechung der Hauptverhandlung für andere Strafsachen muß dafür erweitert werden. Das Verfahren soll regelmäßig innerhalb von zwei Monaten abgeschlossen werden." Der Parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion, Hörster, war der Auffassung, "daß hier auch die richterliche Nachprüfung nachhaltig eingeschränkt werden muß, daß die Tatbestandsfeststellung durch die Behörden im Ergebnis reicht." (Deutschlandfunk, 18.3.)

Auf ein rechtskräftiges Urteil wollte manch abschiebewütiger Politiker gar nicht mehr warten müssen. Schäuble forderte: "Zumindest beim schweren Landfriedensbruch sollte die Ausweisung bereits vor rechtskräftiger Verurteilung erfolgen können." Glos/Zeitlmann wollten "bei klarer Beweislage durch Zeugen oder Bildaufnahmen" Ausweisungen zu einem "Regelfall" werden lassen.

Der Landfriedensbruch-Paragraph ist ein Relikt des Obrigkeitsstaates, der in aller Regel mit Geld- oder einer mehrmonatigen Bewährungsstrafe geahndet wird. Würde der Landfriedensbruch zu einem Ausweisungstatbestand, würde der Kreis potentiell auszuweisender AusländerInnen massenhaft ausgedehnt. Für sie würde so die Wahrnehmung ihres Grundrechts auf Meinungsäußerungs- und Versammlungsfreiheit zu einem unkalkulierbaren Risiko. Abschreckung und Einschüchterung scheint wohl auch das vorrangige Ziel dieser Vorhaben zu sein.

Äußerst bedenklich ist folgendes: Folgt mensch den Vorstellungen von Glos, Zeitlmann und Hörster, so braucht es kein gerichtliches Verfahren mehr, sondern nurmehr eine Tatsachenfestellung durch eine Behörde. Dies bedeutet, daß aufgrund dubioser, in ordentlichen Verfahren zu überprüfender ZeugInnenaussagen und Bildaufnahmen Personen ausgewiesen werden können. Eine Prüfung etwaiger Rechtfertigungs- oder Entschuldigungsgründe kommt bei diesen reaktionären Vorstellungen schon gar nicht mehr vor. Auch soll es unerheblich sein, ob diese Person nicht vorbestraft gewesen ist und wie lange sie sich bereits in der BRD aufhält. Viele, zumal die jugendlichen kurdischen AktivistInnen, sind ja entweder hier geboren oder leben seit ihrer frühen Kindheit in der BRD - alles wurscht.

Jeder darf mal zuschlagen

An weiteren repressionspolitischen Vorschlägen herrschte an den Newroz-Tagen kein Mangel:

* Die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, Cornelia Schmalz-Jacobsen, dachte im Hessischen Rundfunk laut darüber nach, daß man nach der Verhängung einer kürzeren Haftzeit abschieben können sollte.

* CSU-Generalsekretär Bernd Porzner forderte - ähnlich wie der CSU-Spezi Zeitlmann im August letzten Jahres - ein generelles, zeitlich unbefristetes Demoverbot für KurdInnen in der BRD.

* Die hessische FDP regte an, daß, wenn Straftäter nach ihrer Haftverbüßung nicht abgeschoben werden können, sie in der BRD "unter Hausarrest" gestellt werden müßten. (FR, 22.3.)

* Prof. Kay Hailbronner, der Experte der Bundesregierung bei der faktischen Abschaffung des Asylrechts, ging gleich in die Vollen: "Man könne den Grundrechtsschutz auf Asyl einschränken, indem das Grundgesetz so geändert wird, daß derjenige Asylrecht verwirkt, wenn er sich an gewalttätigen Ausschreitungen beteiligt." (Frontal ZDF 19.3.)

Wessen Geistes Kind die Stichwortgeber aus der Union sind, wird in dem Vorschlag des Herrn Hauser, seines Zeichens Vorsitzender der baden-württembergischen Landesgruppe in der CDU/CSU-Fraktion, deutlich. Er verlangte, für gewalttätige Extremisten dürften die Bestimmungen der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) nicht gelten, wonach AusländerInnen nicht abgeschoben werden dürfen, denen im Heimatland die Todesstrafe oder Folter drohe. (FAZ, 23.3.)

Tatsächlich heißt es in Art. 33 Abs. 2 der GFK, daß "in schwerwiegenden Gründen, die als Gefahr für die Sicherheit des Landes anzusehen ist, in dem sich (der Flüchtling) befindet, oder er eine Gefahr für die Allgemeinheit des Staates bedeutet, weil er wegen eines Verbrechens oder eines besonders schweren Vergehens rechtskräftig verurteilt worden ist", eine Abschiebung möglich ist. Diese Möglichkeit der GFK ist jedoch nur als eine "ultima ratio" anzusehen, also eine absolute, auf den jeweiligen Einzelfall zu beschränkende Ausnahmeregelung und keinesfalls als ein Regelfall anzusehen. Zum anderen tangiert dieses Schlupfloch der GFK nicht die Schutzvorschriften der Europäischen Menschenrechtskonvention bzw. des UN-Übereinkommens zum Schutz vor Folter, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung. Dies sind beides völkerrechtliche Verträge, gegen die die Türkei nach übereinstimmenden Berichten des Folterausschusses des Europarates sowie der UN-Menschenrechtskommission seit Jahren systematisch verstößt.

Instrumentalisierung von Folter

Die Perfidie der derzeitigen Haßkampagne der Bundesregierung zeigt sich in den Äußerungen führender Politiker der Koalitionsparteien, in denen sie vollkommen ungeniert die systematischen und unbestrittenen Folterungen speziell kurdischer AktivistInnen in der Türkei für innenpolitische Zwecke instrumentalisieren.

So zeigte sich Kanther in der "Tagesschau" vom 18. März "fest davon überzeugt, daß die Mehrzahl der Gewalttäter, wenn sie damit rechnen müssen, daß sie in die Türkei abgeschoben werden, die Randale in Deutschland unterlassen." Der bereits oben erwähnte Parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion, Hörster, wurde gegenüber der Süddeutschen Zeitung vom 19. März noch deutlicher: "Wer in seiner Heimat die Folter fürchte, führe sich im Gastland nicht so auf, wie dies viele Kurden am Wochenende getan hätten."

Das langfristig Bedrohliche der vom Bundeskabinett beschlossenen bzw. von der Koalition vorgeschlagenen Maßnahmen ist das darin erkennbare zerrüttete Verhältnis dieser PolitikerInnen zum demokratischen Rechtsstaat. So ist für das Bestrafen das Straf- und nicht das Ausländerrecht maßgeblich. Außerdem garantiert das Grundgesetz den Rechtsweg für jede und jeden - auch und erst recht für Kriminelle bzw. für jene, die dafür gehalten werden. Und das gilt selbstredend auch für AusländerInnen. Die Europäische Menschenrechtskonvention hat das Ziel, jeden Menschen vor Folter oder unmenschlicher Behandlung zu schützen - unabhängig, was dieser Person strafrechtlich zur Last gelegt wird. Und dieser Schutz gebührt im besonderen Maß Menschen, denen aufgrund ihrer politischen Betätigung in ihrem Herkunftsland Folter, unmenschliche Behandlung oder gar die Todesstrafe droht. Die Bundesregierung ist auf ihrem Weg, sich von diesem Eckpfeiler einer an Menschenrechten orientierten Politik endgültig zu verabschieden, noch ein ganzes Stück vorangeschritten.

Büro Ulla Jelpke

8. Newroz-Demonstrationen blockiert. Demonstrationsfreiheit für KurdInnen abgeschafft

Autor: Bürokollektiv Ulla Jelpke · Rubrik: Staat, Innere Sicherheit; Demonstrationsauseinandersetzungen; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak389/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:389:32

Am 9. März 1996 fand in Bonn zum Internationalen Frauentag eine bundesweite Demonstration gegen weltweite Ausbeutung und Unterdrückung statt. In besonderer Weise sollte in diesem Jahr auf die Situation in Kurdistan und die bedeutende Rolle, die Frauen in diesem Befreiungskampf spielen, aufmerksam gemacht werden. Aber auch darauf, daß kurdische Frauen durch die Kriegssituation zunehmend Mißhandlungen sowie Vergewaltigungen in besonderem Maße ausgesetzt sind.

Völlig friedlich und ohne jegliche Zwischenfälle konnten FrauenLesben, Mädchen und Kinder über eine Stunde lang durch Bonns Straßen ziehen. Obwohl vereinzelt ERNK- und PKK-Fahnen sowie Fotos von Öcalan gezeigt und Parolen gerufen wurden. Lediglich an größeren Straßenkreuzungen standen Polizeikräfte und Dokumentationstrupps.

In der Bonner Nordstadt wurde die Demonstration plötzlich von einem Großaufgebot an Polizeikräften hermetisch abgeriegelt. Die Polizei forderte die Herausgabe der "Straftäterinnen" zur Personalienfeststellung. Weiter forderte sie die Frauen auf, die Fahnen eingerollt im ebenfalls in der Maxstr. befindlichen "Kurdistan-Centrum" bzw. in der "Informationsstelle Kurdistan e.V." abzugeben. Die Polizei bot dann an, daß Gruppen von jeweils zehn Personen den von ihr errichteten Trichter verlassen könnten. Die Frauen weigerten sich. Zu durchsichtig war die Absicht der Polizei, das "Kurdistan-Centrum" und die "Informationsstelle Kurdistan e.V." im nachhinein als Ausgangspunkt der Gewalttätigkeiten verantwortlich zu machen und andererseits durch die "Trichterlösung" die DemonstrationsteilnehmerInnen zu trennen und die Demonstration so letztlich aufzulösen.

Ab diesem Zeitpunkt weigerte sich die Polizei kategorisch, weiter zu verhandeln. Vor dem Hintergrund dieses Verhaltens eskalierte die Situation. Es gab Verletzte, Schwerverletzte und zahlreiche Verhaftungen. Die kurdischen, aber auch hunderte aus der ganzen Bundesrepublik angereisten deutschen Frauen, bestanden darauf, solange in der Maxstraße zu verbleiben, bis alle Gefangenen freigelassen wurden und bis Gewißheit darüber bestand, wieviele Menschen in Krankenhäuser gebracht wurden. Auf diese Weise waren Frauen, Kinder und einige Männer zehn Stunden lang eingekesselt.

Am 16.3. sollte in Hamburg eine Demonstration unter dem Motto "Frieden jetzt! Für ein friedliches und gleichberechtigtes Zusammenleben des türkischen und kurdischen Volkes" stattfinden, zu dem ein breites Aktionsbündnis aus 130 Organisationen und Einzelpersonen aufgerufen hatten. Abgeordnete der Bündnisgrünen und der PDS und der Hamburger SPD-Landesvorsitzende waren u.a. für Redebeiträge vorgesehen.

In Dortmund sollte am gleichen Tage eine ursprünglich lokale Demo stattfinden, die am 4.3. von der Polizei genehmigt wurde. Auf Bitten kurdischer Vereinigungen nach Verlegung der Hamburger Demo hat sich nach intensiver Diskussion der Vorbereitungskreis entschlossen, Hamburg abzusagen und zentral nach Dortmund zu mobilisieren. Nachdem die offizielle Abmeldung in Hamburg erfolgt war und die Polizei diese schon ungeduldig angemahnt hatte, wurde eine Stunde später in Dortmund das Demo-Verbot verhängt.

Am Vorabend kam es im Dortmunder Ahmede-Xani-Kulturzentrum zu einem brutalen Überfall von einem maskierten und bewaffneten SEK-Kommando. Alle anwesenden Personen wurden in Vorbeugehaft genommen; darunter befanden sich auch etwa 20 Kinder, die erst nachts um zwei Uhr wieder freigelassen wurden.

Mehr als 10.000 PolizistInnen und BGS-BeamtInnen waren am 16.3. eingesetzt, um das Verbot der Großdemo in Dortmund durchzusetzen. Allein am Grenzübergang Lichterbusch (Belgien) verweigerten die Einsatzkräfte 35 Bussen aus Belgien, Frankreich und den Niederlanden die Einreise in die BRD. Etwa 2.000 KurdInnen blockierten daraufhin die Autobahn A4. Bei Auseinandersetzungen wurden etwa 40 Beamte und mehr als 400 DemonstrantInnen verletzt. Auch auf den Autobahnen bei Trier, Meckenheim, Gütersloh, Marsberg und bei Münster kam es zu Autobahnblockaden. In Berlin hinderte die Polizei 600 KurdInnen an der Fahrt nach

Westdeutschland. Die Polizei schloß am Dortmunder Hauptbahnhof alle Ausgänge und bildete einen Mittelgang für ankommende Reisende. Außerdem errichtete sie Schleusen für alle "südländisch aussehenden" Menschen, durchsuchte sie und nahm sie "zur Personalienfeststellung" fest. Reiterstaffeln, Sondereinsatzkommandos und BGS mit Hunden versperrten den Weg in die Innenstadt. Dennoch gelang es einigen tausend KurdInnen, die Innenstadt zu erreichen, wo es nach Auseinandersetzungen zu etwa 2.000 Festnahmen kam.

Die ARD-Tagesthemen bezeichneten in ihrer Sendung vom 18.3. das Kurdistan-Informationszentrum (KIZ) als "PKK-Zentrale", in dem das ausgeführt würde, was "Abdullah Öcalan aus Syrien anordnet". Als Folge dieser Diffamierung war das KIZ Anrufen wie "Wir werden euch wie die Juden vergasen!", "Wir kommen mit Benzin" oder "Wir rotten euch aus" ausgesetzt. In der Nacht vom 20. auf den 21.3. schmierten Unbekannte auf die Frontscheibe des Kurdistan-Centrums in Bonn ein Hakenkreuz und die Parole "Kurde nach Auschwitz".

Ein für den Abend des 20.3. angemeldeter Fackelzug anläßlich des Newroz-Festes wurde von der Bonner Polizei verboten - mit dem Hinweis auf die Frauen-Demo am 9.3. und nahezu alle im vergangenen Jahr durchgeführten Veranstaltungen. Der Polizeipräsident unterstellt in seiner Verbotsverfügung, daß "von der PKK zwecks Darstellung ihrer Interessen unterwandert oder Veranstalter und Leiter zur Irreleitung der Behörden vorgeschoben werden". Zudem behauptet er, daß Veranstaltungsteilnehmer "in weiten Teilen eine Strafverfolgung oder auch körperliche Schäden im Rahmen von Auseinandersetzungen mit der Polizei nicht scheuen oder bewußt als ‚Märtyrer` in Kauf nehmen".

Ebenfalls in Bonn wollte die Plattform kurdischer Organisationen (HEVKARI) am 20.3. eine Newroz-Feier in der Innenstadt durchführen. Wie die Vereinigung in einer Presseerklärung schreibt, "hat die Bonner Polizeibehörde HEVKARI dazu gedrängt, von ihrer genehmigten Veranstaltung im Freien Abstand zu nehmen".

Am 21.3. sollte ursprünglich in der Landesvertretung Nordrhein-Westfalen in Bonn eine vom kurdischen Dokumentations- und Informationszentrum NAVEND organisierte Newroz-Feier stattfinden. Der stellvertretende nordrhein-westfälische Ministerpräsident Michael Vesper und die grüne Europa-Abgeordnete Claudia Roth waren als Redner/in eingeplant. Auf Druck des Bundeskanzleramtes (der Nachbar der Landesvertretung) hat Ministerpräsident Rau die Veranstaltung dann abgesagt. Das Kanzleramt argumentierte mit Hinweisen der Polizei, daß angeblich PKK-Aktivisten das Fest zu Ausschreitungen in der Bannmeile nutzen wollten.

Wie schon am 12.2., gingen die Polizeikräfte in Stuttgart auch am 21.3. besonders hart gegen KurdInnen vor. Am 11.2. kam es zu zehn Hausdurchsuchungen gegen KurdInnen, weil die PKK angeblich im Vorfeld zu NEWROZ "militante und gewalttätige Aktionen" in Deutschland plane. Mit dieser Begründung wurden dann am Tag darauf über 80 KurdInnen festgenommen. Alle, die "wie Südländer" aussahen, wurden am Hauptbahnhof und in der Innenstadt kontrolliert.

Am 21.3. wurden in der Stuttgarter Innenstadt etwa 170 Personen, die "dem Augenschein nach KurdInnen" waren, umstellt und abgeführt. Am Morgen wurden in Stuttgart 12 und insgesamt in Baden-Württemberg 123 KurdInnen von zu Hause, der Arbeit oder der Schule abgeholt und bis zum 25.3. in "Unterbindungsgewahrsam" genommen. Weitere 77 vermeintliche "PKK-Rädelsführer" nahm die Polizei schon am Vortag des Newroz-Tages in Vorbeugegewahrsam. 5.300 Personen wurden in Innenstädten Baden-Württembergs kontrolliert, 28 festgenommen und 214 kamen in Polizeigewahrsam.

Das alewitische Kulturzentrum Essen hatte für den 23.3. ein großes Newroz-Fest mit etwa 7.000 TeilnehmerInnen in der Gruga-Halle veranstalten wollen. Die Polizei verfügte einen Tag vorher ein Verbot dieses Festes und jeglicher Ersatzveranstaltungen. Sie äußert in ihrer Verfügung die Vermutung, "daß der Veranstalter oder sein Anhang Ansichten vertreten oder Äußerungen dulden werden, die ein Verbrechen oder ein von Amts wegen zu verfolgendes Vergehen zum Gegenstand haben". Auch hier muß die Annahme der Polizei herhalten, daß "die PKK bzw. andere PKK-nahe Gruppen" auf der Veranstaltung "für ihre Ziele werben werden und Info-Material verteilen werden".

Bundesgrenzschutz und Polizei erteilten für mehr als 1.000 KurdInnen Platzverweise, 45 Menschen wurden vorübergehend in Gewahrsam genommen.

In der Kölner Sporthalle sollte am 24.3. eine Newroz-Feier stattfinden, zu der eine kurdisch-alevitische Organisation eingeladen hatte. Auch diese Veranstaltung wurde von der Polizei verboten mit der Begründung, diese sei "maßgeblich von der PKK mitorganisiert" worden. Dennoch hatten zahlreiche KurdInnen versucht, zur Halle zu gelangen. Nach offiziellen Polizeiangaben wurden 51 Personen vorübergehend in Gewahrsam genommen, 3.295 Autos kontrolliert und etwa 990 Platzverweise ausgesprochen.

Mit einem Großaufgebot an Polizei wurden ebenfalls am 24.3. im Köln-Mühlheimer Kurdistanhaus etwa 200 KurdInnen in ihrem Verein eingekesselt.

Nachdem das Mesopotamien-Kulturzentrum in Köln wochenlang von der Polizei offen observiert wurde, haben Sicherheitskräfte das Zentrum am Abend des 27.3. gestürmt und alle anwesenden Personen verhaftet. Über den Verbleib der Verhafteten war bis zum 28.3. nichts bekannt.

Nach Polizeiangaben soll es insgesamt am Newroz-Tag 700 Verhaftungen im gesamten Bundesgebiet gegeben haben. Die "Junge Welt" vom 22.3. hat die veröffentlichten Zahlen der Agenturmeldungen zusammengerechnet und kommt zu folgenden Zahlen: In Hamburg 200 (von 300), in Frankfurt/M. 62 (von 200), in Köln tagsüber 70 und 110 (von 150) abends, in Osnabrück 33 (von 200), in Bielefeld 55 (von 100), in Baden-Württemberg 370, in Hannover 251 und in Gießen 120. Das sind in der Summe wesentlich mehr: 1.271.

Bürokollektiv Ulla Jelpke

Ministerpräsident Mesut Yilmaz: "Wir waren es leid, die Deutschen vor der PKK zu warnen, jetzt brauchen wir das nicht mehr tun." (FR 20.3.)

Am Rande der Ratstagung der EU-Innenminister trafen sich auf Einladung der deutschen Delegation eine ad hoc Arbeitsgruppe von Polizeiexperten aus den Benelux-Staaten, Frankreich und Deutschland. Unter dem Vorsitz des Abteilungsleiters für polizeiliche Zusammenarbeit im Innenministerium, Bernd Schattenberg, kam es hierbei zu einer "intensiven Abstimmung" der polizeilichen und grenzpolizeilichen Maßnahmen gegen gewalttätige Ausschreitungen der PKK. "Die PKK muß jede Illusion verlieren, daß sie in Westeuropa in dem einen Land Ruheräume und in Deutschland gewalttätige Aktionsräume haben könne", so Innenminister Kanther in einer Pressemitteilung vom 19. März.

Derweil traf sich der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Peter Hartmann mit seinem türkischen Amtskollegen und früheren Botschafter der Türkei in der BRD, Onur Öymen am 21. März in Ankara. Bei diesem Treffen sei es vor allem um die jüngsten Kurdenunruhen in der BRD, die Verschärfungen des deutschen Ausländerrechts und die von der Türkei geforderte Auslieferung der Verantwortlichen gegangen." (AFP, 21. 3.). Bereits im Vorfeld der Newroz-Feiern hatte die Bundesregierung "Vorkehrungen gegenüber der türkischen Seite" vereinbart (vgl. Antwort der Bundesregierung auf die schriftliche Anfrage Nr. 206 März/1996).

In Ankara teilte das Staatssicherheitsgericht mit, für aus der BRD abgeschobene Straftäter seien künftig die 17 türkischen Staatssicherheitsgerichte zuständig, denen zwei Zivil- und ein Militärrichter angehören. Auch für die türkischen Verfahren sei die Teilnahme an verbotenen Demonstrationen Ausgangspunkt. Keine Rolle spiele dabei, daß der Gesetzesverstoß in der BRD begangen worden sei. Die Anklage werde auf Mitgliedschaft in einer illegalen Terrororganisation lauten. Nach türkischen Gesetzen droht Abgeschobenen wegen dieses Delikts 10 bis 15 Jahre Haft. (WAZ, 20. 3.)

Dessen ungeachtet, gewährte das Verwaltungsgericht im schwäbischen Sigmaringen einem Kurden Asyl, weil deutsche Ermittlungsbehörden bei einem Strafbefehl wegen Landfriedensbruchs eine Auskunft aus dem türkischen Zentralregister erwähnte. Bei einer Heimkehr habe der 23jährige daher mit großer Wahrscheinlichkeit Mißhandlungen zu erwarten. (DPA, 6. 3.)

Rassismus pur

Ein großes Polizeiaufgebot hinderte am Hauptbahnhof von Kassel Reisende, die "dem Augenschein nach AusländerInnen" waren, mit dem Verweis auf die verbotene Demonstration in Dortmund am Verlassen eines Regionalzuges aus Halle. Es nutzten auch keine Hinweise der "AusländerInnen", daß sie nicht die Absicht hätten, nach Dortmund zu reisen. Nachdem alle augenscheinlich Deutschen den Zug verlassen hatten, wurden die "AusländerInnen" in Begleitung von mit Schlagstöcken und Schußwaffen ausgerüsteten Polizeikräften in

zwei Waggons verbracht. Die beiden Wagen wurden von den anderen abgekoppelt und zurück nach Halle geschickt.

Erst an der dritten Station durfte eine Gruppe von Albanern den Zug verlassen, und den anderen "AusländerInnen" (es waren Pakistanis, Menschen aus afrikanischen und arabischen Ländern als auch KurdInnen aus der Türkei und dem Irak) wurde gestattet, auf die Toilette zu gehen. Deutsche, die die Abteile betreten wollten, wurden auf andere Wagen verwiesen.

In Halle empfingen Polizeieinheiten mit Hunden die "AusländerInnen".

Die Flüchtlingshilfe KAHINA aus Leipzig, die den Fall öffentlich machte, erklärte hierzu u.a.: "Wenn in Kassel augenscheinlich ‚Deutsche` von ‚Nichtdeutschen` getrennt werden, zeigt das, daß die nationalsozialistische Vergangenheit in diesem Staat immer noch nicht bewältigt wurde."

Es muß geprüft werden, wer für ein derartig rassistisches Vorgehen verantwortlich ist und ob es sich hier nicht um Freiheitsberaubung und Nötigung gehandelt hat.

9. Alt- und Neonazis riefen in Nürnberg zur Wahl des CSU-Kandidaten auf

Autor: Al., Nürnberg · Rubrik: Wahlen; CDU/CSU; Rechtsradikale, Altnazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak389/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:389:25

Anläßlich der Kommunalwahlen riefen in Nürnberg sowohl vor dem ersten Wahlganz als auch vor der Stichwahl Alt- und Neonazis zur Wahl des CSU-Kandidaten Scholz auf. Mit Plakaten, Flugblättern und Presseerklärungen griffen die Rechtsradikalen, die dem Umfeld der NPD, der "Jungen Nationaldemokraten" (JN) und neonazistischen Gruppen zuzurechnen sind, vor allem die Hetze des CSU-Kandidaten gegen das KOMM auf. Das Kommunikationszentrum ist für nahezu alle Kreise rechts von der SPD - und Teile von jener eingeschlossen - ein rotes Tuch, das sie lieber gestern als heute dichtmachen wollen. Die Parole der Nazi-Realos: "Wer gegen den Schandfleck am Königstor ist, hat nur eine Wahl: Am 24. März pro Scholz contra KOMM". Dem Unterstützerkreis gehörten die Jungen Nationaldemokraten (JN) RAG Franken, NPD-Nürnberg, Junges Franken - Zeitung der nationalen Erneuerung, Frankenspiegel, Nationales Infotelefon Franken, Freiheitlicher Volksblock (FVB), SFD-Nürnberg, Anti-Antifa-Schwabach und die Kameradschaft Burgthann an. Dieses Spektrum repräsentiert die maßgeblichen Gruppen der mittelfränkischen Alt- und Neonazi-Szene. Das auf dem Plakat angegebene Postfach ist einschlägig bekannt. Es wird von der NPD und von ihren Umfeldorganisationen seit Jahren genutzt. Den Rechtsradikalen gilt das KOMM seit Jahren als Angriffspunkt. So verteilten die JN wiederholt hunderte Aufkleber mit der Aufschrift "Das KOMM zerschlagen, Rotfront verjagen". Die Presse kochte die peinliche Sache auf der kleinsten aller Flammen, in einer Zeitung las man wenige Zeilen, so daß es der CSU genügte, sich knapp und lustlos zu distanzieren. Die SPD, offenbar schon auf eine große Koalition voreingestellt, verzichtete darauf, das Thema aufzugreifen und Gegendruck zu machen.

Nach 50 Jahren ununterbrochener kommunaler SPD-Vorherrschaft wurde die CSU mit 43% die stärkste Fraktion im Stadtrat. Zusammen mit zwei in der vergangenen Amtsperiode von der CSU nach rechts zu einer "Freien Wählergemeinschaft" ausgetretenen Personen sowie mit dem in der Stichwahl mit 55% siegreichen CSU-Oberbürgermeister Scholz hat sie eine solide Mehrheit im Stadtrat. Zählt man noch zwei REPs, die gut 3% holten, und gegebenenfalls einen FDP-Mann dazu, läßt die bürgerliche Mehrheit nichts zu wünschen übrig. Die Einzelteile der ideen- und profillosen rot-grünen Koalition gingen baden. Die Grünen verloren 0,2%, und die SPD stürzte auf ihre schwächstes Nachkriegsergebnis ab. Da die CSU auch in den vorher sozialdemokratisch regierten Nachbarstädten Erlangen und Fürth gewann, gelang es ihr die einzige, traditionell sichere SPD-Bastion in Bayern zu schleifen. Eine Peinlichkeit am Rande zeigt indirekt die Verfassung der SPD: In Fürth riefen die REPs (ca. 3,5% in den Kommunalwahlen) bei den Stichwahlen für den Oberbürgermeister zur Stimmabgabe für den später gescheiterten SPD-Amtsinhaber auf, weil der CSU-Konkurrent im Landtag zu wenig für Fürth getan habe. Auch in Augsburg riefen die REPs in der Stichwahl zur Stimmabgabe für den SPDler auf.

Al., Nürnberg

10. Im Süden nichts Neues! Zu den Kommunalwahlen in Bayern

Autor: Martin Bayer · Rubrik: Wahlen · CD-Datei: daten/aksuche/ak389/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:389:16

Das Wichtigste vorweg: Durch die bayerischen Kommunalwahlen vom 10. März hat sich nichts wesentliches verändert. Das Ergebnis entspricht genau den Erwartungen. So stieg der Anteil von CSU-Mandatsträgern von 42,5% (1990) auf 43,1% bei dieser Wahl. Zusätzlich konnte sie der SPD einige Oberbürgermeisterposten abjagen. Leichte Dämpfer wie in Augsburg, wo sie Einbußen hinnehmen mußte, dürfen als übliche Ausnahmen von der Regel betrachtet werden. Dazu gehört auch der Umstand, daß der CSU-Bewerber um den OB-Posten in Würzburg durchgefallen ist. Dort kommt es zur Stichwahl zwischen zwei Bewerbern, die eines gemeinsam haben: Beide waren einst CSU-Funktionäre und haben sich mit den Christsozialen überworfen; ein anderes Politikverständnis haben sie deshalb aber noch lange nicht.

Gewinner und Verlierer

Die Freien Wählervereinigungen, fast durchweg konservativ und mittelständisch orientiert, legten zu: 15,3% gegenüber 11,9% vor sechs Jahren. Verluste gab es im bürgerlichen Bereich bei der SPD (25,7% statt 27,7%) und der FDP (jetzt nur noch 1,6%). Die SPD hatte im krisengeplagten Schweinfurt ihr größtes Debakel zu verzeichnen: minus 13,5%! Wirtschaftspolitische bzw. sozialpolitische Kompetenz wird der SPD scheinbar nicht mehr zugetraut. Auch in Städten wie Bamberg, Nürnberg, Ansbach und Fürth entschieden sich zwischen 6,4 und 9,3% weniger für die Partei, die einst in den fränkischen Städten ihre Hochburgen hatte.

Die ökologisch-konservative ÖDP konnte zumindest regional Achtungserfolge erzielen. Und das, obwohl die CSU noch rechtzeitig vor der Wahl die Zahl der benötigten UnterstützerInnenunterschriften zur Zulassung eines neuen Wahlvorschlages drastisch erhöht hatte ("Lex ÖDP"). Insgesamt kamen die Öko-DemokratInnen dennoch in den Städten von sechs auf 14 Mandate, in den Kreisen von elf auf 49.

Keinen erkennbaren Einfluß auf das Wahlergebnis hatte die Tatsache, daß erstmals auch Nichtdeutsche (sofern sie aus EU-Staaten kommen) wahlberechtigt waren. Zudem gingen nur sehr wenige von ihnen zur Wahlurne, da die Eintragung ins WählerInnenverzeichnis erst umständlich beantragt werden mußte, und in kaum einer Kommune umfassend und heimatsprachlich über diesen Vorgang aufgeklärt wurde. Sophie Rieger von den Landtagsgrünen: "Im Prinzip genügte es nach der mit CSU-Mehrheit im Landtag durchgesetzten Wahlordnung, wenn die Gemeindeverwaltungen mit zwei Zeilen in der Lokalzeitung ihrer Informationspflicht nachkamen."

Durchweg zugelegt haben auch die Bündnisgrünen (6,9% der Mandate statt bisher 5,4%). Leider ist der Lieblingspartner SPD untreu geworden. Renate Schmidt, bayerische SPD-Regentin, äußerte sich, nachdem es für rot-grüne Mehrheiten fast nirgends mehr ausreicht, wie folgt: "Rot-Grün ist nicht an jeder Stelle vernünftig, und Rot-Schwarz ist nicht an jeder Stelle unvernünftig." Damit dürften die Grünen, da die CSU für schwarz-grüne Bündnisse kaum zu haben ist, in Bayern vor einer "zwangs-fundamentalistischen" Situation stehen: Einerseits würden sie überaus gerne mitregieren, andererseits benötigt sie niemand! So bleiben den Bayern-Grünen ganz ohne eigenes Zutun die schlimmsten Entgleisungen sicherlich erspart.

Geschafft hatte die Wahlzulassung die PDS-Linke internationale Liste (PDS/LIL) in Nürnberg. Für einen Sitz im Stadtparlament fehlten ihr dann ganze 85 Stimmen; sie erreichte 1,30%, - das Mandat hätte es ab 1,33% gegeben (eine 5%-Klausel existiert nicht). In Aschaffenburg schaffte es die linke Kommunale Initiative '96, die - wie früher die Grünen - für Basisorientierung und bewußte Oppositionspolitik eintritt, einen Sitz im Stadtrat zu erringen. KI96-Mitstreiter Johannes Büttner war bereits 1987/88 für die GAL (heute: Bündnis90/Grüne) im Stadtrat und kritisierte schon damals die Vorstellungen der GAL als "Hauptgewicht Parlament und Parteifestigung bei gleichzeitigem Verlust der ‚Kampagnenfähgikeit` und des außerparlamentarischen Standbeins" (siehe ak 298, 19.09.88).

Rechts außen

Abgestürzt sind die "Republikaner" von einst beachtlichen 5,3% auf nur noch 1,8%. Beachtlich ist dies, da gerade Bayern das REP-Stammland ist, von dem sie sogar die Parteifarben übernommen haben: weiß-blau. Hochburg blieb Rosenheim mit 7,7% (minus 4,1%).

Das Nationale Info-Telefon Franken feierte folgende Ergebnisse als besonders herausragend: Neumarkt/Oberpfalz: NPD 1 Mandat; Nürnberg: REP 2 Mandate; Bamberg: 1 REP; München: REP und Bund freier Bürger je 1.

In Augsburg trat zudem die Freie Bürger-Union (FBU) an, die den einstigen Fußballnationalspieler Helmut Haller ins Rennen schickte und 2 Sitze holte. Und in Würzburg setzten die REPs ihr ehemaliges Mitglied Dr. Klaus Zeitler auf Platz 1 ihrer Liste. Dieser vereinte mehr Stimmen auf sich als der bestplazierte Grüne (in Bayern können nicht nur Listen, sondern auch einzelne Kandidaten auf diesen Listen angekreuzt werden). Im Ergebnis kamen die REPs so auf 2 Mandate (4,8%). Zur Erinnerung: Zeitler war bis 1984 SPD-Politiker und Oberbürgermeister der Unterfrankenmetropole. Die REPs hat er pro forma verlassen müssen, da er sonst die Kürzung seiner Beamtenpension riskiert hätte (die REPs gelten in Bayern als verfassungsfeindlich!). Insgesamt keine durchschlagenden Ergebnisse für rechtsextreme Parteien. So konnte das schon erwähnte Nationale Info-Telefon Franken auch nur auf die geringe Wahlbeteiligung (67,4%) verweisen. Dies sei ein Beleg dafür, daß sich die WählerInnen von den "Systemparteien" abwenden würden.

Und sonst?

Da in vielen Städten und Gemeinden nur ein Bürgermeister-Kandidat angetreten war, gab es dort die Möglichkeit, einen eigenen Kandidaten in den Stimmzettel einzutragen. So wurde auch schon mal "Dagobert Duck aus Entenhausen" gewählt (in Miltenberg). Und in Regensburg kandidierte die "Liste Alzheimer" höchst erfolgreich: 4,8% und 2 Sitze im Stadtrat. Der Gastwirt Karl-Heinz Mierswa hatte "Sechs Jahre Karneval" versprochen und seine Liste ALZ so benannt, da die Vergeßlichkeit der PolitikerInnen dem der Alzheimer-Patienten entspreche. In einem Fernseh-Interview vermied er geschickt - trotz hartnäckiger Nachbohrerei des Moderators - jede Aussage, hüllte sich in herrliche Phrasen und zeigte sich somit als perfekter Politiker. Da kann Politik fast schon wieder Spaß machen! Sogar in Bayern.

Martin Bayer

Quellen: SZ, 14.03.96, Main-Echo, 12. bis 14. und 16.03.96, NIT Franken vom 14.03.96, 9 Uhr, Bayerischer Rundfunk/TV, 11.03.96, ND, 13.03.96, Würzburger Volksblatt, 22.03.96, nhz (Hanau) Nr. 94, März 1996.

Nach den Stichwahlen

Bei teils noch geringerer Wahlbeteiligung als am 10. März gingen 14 Tage später die Stichwahlen über die Bühne, bei denen jeweils die beiden bestplazierten Bürgermeister- oder Landratskandidatinnen antraten. Dies betraf 246 von rund 1.900 Kommunen und elf der 61 Landkreise. Der Trend zur Stabilisierung der CSU auf hohem Niveau bei gleichzeitigen, teils erheblichen Verlusten der SPD setzte sich fort.

In Nürnberg stellt die Union erstmals nach einem halben Jahrhundert SPD-Regentschaft den Oberbürgermeister. Zudem konnte sie den Chefsessel in Augsburg verteidigen und überraschend in Fürth den SPD-Oberbürgermeister verdrängen. Somit sind in den drei größten bayerischen Kommunen nach München die höchsten politischen Ämter in der Hand der CSU.

M. Bayer

11. Also sprach der Wähler

Autor: Kt. · Rubrik: Wahlen; SPD; Kommentare zu aktuellen Geschehen · CD-Datei: daten/aksuche/ak389/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:389:37

Was und wie der Wähler denkt, erfahren wir in kurzen Abständen und wissenschaftlich den Umständen entsprechend gut aufbereitet aus den Untersuchungen der Institute für Demoskopie.

Manchmal spricht der Wähler auch, aber nur, nachdem er zu den Urnen gerufen wurde. Das ungeschulte Ohr hört dann eigentlich nur ein dissonantes Gewirr vieler Stimmen, die offenbar ganz unterschiedliche Ansichten äußern. Den Parteipolitikern aber macht es keine Mühe, mit größter Selbstsicherheit die Stimme des Wählers zu ermitteln: Der Wähler hat der Regierung das Mandat für weitere vier Jahre erteilt. Der Wähler hat sein Vertrauen in die Wirtschafts- und Sozialpolitik ausgesprochen. Der Wähler hat diese oder jene Äußerung irgendeines Politikers mit einem Denkzettel quittiert. Der Wähler erwartet dringend einen Regierungswechsel.

Die Wirklichkeit hingegen sieht so aus: Eine Partei wird heute im Schnitt mit 38-45 Prozent "Wahlsieger". Absolute Mehrheiten sind außerhalb Bayerns selten geworden. Bei den Bundestagswahlen 1990 und 1994 wurde die CDU/CSU jeweils von ungefähr einem Drittel der Wahlberechtigten gewählt. Nicht einmal dieses Drittel wird in allen wesentlichen Fragen der Regierungspolitik unbedingt einer Meinung sein.

Wenn heute davon gesprochen wird, was der Wähler gesagt und gemeint hat, geht es aber zumeist noch nicht einmal um einen zurechtkonstruierten Mehrheitswillen, sondern um die Veränderungen zu den letzten vergleichbaren Wahlergebnissen. Da kann dann eine Partei, die immer noch bei 43 Prozent liegt, eine schwere Niederlage erlitten haben, während sich eine andere als Wahlsieger feiert, weil sie einen Riesensprung von 21 auf 27 Prozent gemacht hat. Verliert eine der beiden großen Parteien mehrere Prozentpunkte im Vergleich zur letzten Wahl, legen sich Stirnen in Falten, wird von einer Abfuhr durch den Wähler gesprochen und wird heftigste Ursachenforschung betrieben - mit dem von vornherein feststehenden Ergebnis, daß die Partei es leider nicht verstanden hat, dem Wähler ihre grundrichtige Politik so zu vermitteln, daß dieser mit seinem laienhaften Verstand es auch begreifen konnte.

Das bedeutet: Wahlergebnisse werden heute in völlig übertriebener, verzerrter Weise mit Blick auf das Verhalten von ein paar Prozent Wechselwählern erörtert. Wenden sich bei einer Wahl 5 oder 6 Prozent von einer großen Partei ab oder zu ihr hin, wird darüber in Kategorien gesprochen, die weder quantitativ noch qualitativ dem Umfang und der Bedeutung dieser Wählergruppe entsprechen. Dabei sind die großen Parteien in ihren Wahlergebnissen langfristig ziemlich stabil. Seit dem Hinzukommen der Grünen vor 15-20 Jahren hat es keine wesentliche Veränderung der Parteienlandschaft mehr gegeben - außer der Stabilisierung der PDS, die aber eine reine Anschlußfolge ist und für die westlichen Bundesländer keine Bedeutung hat.

Dies vorausgeschickt, ist zu notieren: Die SPD hat bei den Landtagswahlen am 24. März in drei Bundesländern ein paar Prozentpunkte verloren: von 29,4 auf 25,1% in Baden-Württemberg; von 44,8 auf 39,8% in Rheinland-Pfalz; von 46,2 auf 39,8% in Schleswig-Holstein. Die CDU blieb in Rheinland-Pfalz auf gleichem Stand; sie gewann 1,7% in Baden-Württemberg und 3,4% in Schleswig-Holstein hinzu. Die FDP konnte ihr Ergebnis bei allen drei Landtagswahlen verbessern, allerdings in hohem Maß auf Grund von "Leihstimmen" aus dem CDU-Potential. Die Wählerschaft rechtsextremer Parteien ist weiter gesunken, wenn auch langsamer, als man wünschen und erwarten möchte. Die REPs sind wieder im baden-württembergischen Landtag vertreten. Die DVU kam in Schleswig-Holstein immer noch auf 4,3%, was für eine Partei ohne Basis und Strukturen ein erstaunliches Ergebnis ist.

Die drei Landtagswahlen wurden als schwerer Rückschlag für die SPD und damit auch für Rot-Grün gedeutet. Als Hauptschuldige wurden nominiert: Oskar Lafontaine mit seiner kurzschlüssigen Kampagne gegen die sogenannten Aussiedler; das Gespenst rot-grüner Koalitionen, das in der heiß umworbenen Mitte Wähler verschreckt habe; Schröders provokantes Eintreten für Kapitalinteressen; die "Profillosigkeit" der Partei.

Dabei hat Lafontaine mit seinem allzu selbstherrlichen Kommentar nach der Wahl im Wesentlichen doch recht: Die Ergebnisse der SPD sind bei weitem nicht so schlecht, wie sie vielfach gemacht wurden. Die Verluste gegenüber den letzten Wahlen relativieren sich dadurch, daß die damaligen Ergebnisse in Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz überdurchschnittlich gut ausgefallen waren. Insgesamt ist die SPD in den westlichen

Bundesländern deutlich stärker als zur Zeit der sozialliberalen Koalition in den siebziger Jahren. Die SPD hat die absolute Mehrheit im Bundesrat, was früher niemals der Fall war.

Gewiß, man hätte sich gewünscht, daß die Regierungspolitik des Sozialabbaus zu deutlichen Stimmenverlusten der Koalitionsparteien geführt hätte. Aber die FDP vertritt explizit eine Klientel der "Besserverdienenden", Spekulanten und Steuerbetrüger, die sich mit genau dieser Politik gut bedient sieht. Auch die Wähler der CDU gehören mehrheitlich nicht zu denjenigen, gegen die sich die antisozialen Maßnahmen spürbar richten. Außerdem fällt es auf Länderebene sehr schwer, zwischen der Wirtschafts- und Sozialpolitik in SPD-regierten Bundesländern einerseits, in CDU-regierten andererseits qualitative Unterschiede festzustellen.

Die Ausrede der SPD lautet, daß die große Politik in Bonn gemacht werde und der Spielraum der Länder angesichts ihrer leeren Kassen zu gering sei. Dieses Argument könnte aber nur greifen, wenn die SPD ein klares Programm für einen Regierungswechsel in Bonn hätte - und wenn sie sagen würde, auf was für eine Mehrheit sie sich dabei stützen könnte.

Die SPD hatte bei der Bundestagswahl 1994 bewußt keinen Wahlsieg angestrebt, sondern hatte es im Gegenteil erfolgreich verstanden, ihn zu vermeiden. Sie hatte erstens den ausstrahlungslosen Scharping als Kanzlerkandidaten nominiert und damit eine längere Phase beendet, in der Helmut Kohl deutlich hinter dem vorangegangenen SPD-Konkurrenten, Oskar Lafontaine, zurückgelegen hatte. Sie hatte es zweitens abgelehnt, klar auszusprechen, daß eine Mehrheitsbildung höchstens gemeinsam mit den Grünen möglich wäre. Statt dessen tat Scharping bis zuletzt so, als könnte seine Partei die absolute Mehrheit erreichen und dann allein regieren. Denkende Wähler konnten das eigentlich nur so interpretieren, daß der Mann entweder ein Idiot ist oder daß er lügt.

Sich auf eine Koalition mit den Grünen nicht "festzulegen", also eine eindeutige Aussage über eine mögliche künftige Mehrheitsbildung zu vermeiden, gilt in der SPD als Gebot einer schlauen Wahltaktik. Koalition könne man zur rechten Zeit machen, aber darüber vorher öffentlich zu sprechen, schade dem Wahlergebnis. Wer so redet - öffentlich! - braucht sich über den Glaubwürdigkeitsverlust seiner Partei, insbesondere auch ihr sinkendes Potential bei den Jugendlichen, nicht zu wundern. Nicht einmal als Wählerbetrug macht diese Taktik vermutlich Sinn, denn abgesehen von einer Minderheit konsequenter Ignoranten wissen die meisten Wähler ohnehin, daß die SPD grundsätzlich zu Koalitionen mit den Grünen bereit ist. Dies zu verschweigen, wirkt auf potentielle Wähler aus der Mitte vermutlich nicht beruhigend, sondern einfach nur unaufrichtig.

Seit den siebziger Jahren geht die Stammwählerschaft der großen Parteien, also die Zahl derjenigen, die sich mit einem bestimmten Standort und Profil ihrer Partei identifizieren, immer mehr zurück. Im gleichen Maß gewinnen die Wechselwähler an Bedeutung. Sie stehen im Mittelpunkt der Wahlkämpfe und der taktischen Überlegungen der Parteien. Gegenüber der Frage, was eine Partei ist, gewinnt zunehmend die Überlegung Bedeutung, wie sie sich am geschicktesten darstellen sollte, um in der heiß umkämpften Mitte gut abzuschneiden. Das wiederum forciert die Reduzierung der Parteien zu sinnentleerten Vereinigungen für die Erlangung persönlicher Vorteile. Die meisten Politiker agieren immer mehr nicht wie Menschen mit echten Überzeugungen und politischen Zielen, sondern wie schlechte Schauspieler.

Für die SPD ist diese Entwicklung besonders problematisch, weil ihr Wählerpotential traditionell und immer noch das sozial heterogenste aller Parteien ist. Die sozialdemokratische Idee stellte das Band zwischen den unterschiedlichen Teilen des SPD-Spektrums dar. Zerfällt dieses Band, wird es zunehmend schwieriger, die Schichten und Interessen noch unter einen Hut zu bringen.

Vor diesem Hintergrund kommt es zu abenteuerlichen Profilierungsversuchen, die populistisch sein sollen. Hierzu gehört Lafontaines wenige Wochen vor den Landtagswahlen hastig angeschobene Kampagne gegen die "Aussiedler", die selbstverständlich nur dazu beitragen konnte, allgemeine Ressentiments gegen Zuwanderer als angebliche Arbeitsplatz-Räuber und "Sozial-Abzocker" zu schüren. In Hamburg belebt Bürgermeister Voscherau nationalistisches Gedankengut, indem er von den Kapitalisten "Arbeitsplatz-Patriotismus" fordert und Investoren im Ausland als "vaterlandslos" bezeichnet.

Das ist das Ergebnis einer Politik, die sich mit dem Kapitalismus längst bestens arrangiert hat, weil das den SPD-Funktionären einen goldenen Arsch auf Lebenszeit sichert, und die nur noch zu unsinnigen

demagogischen Ausfällen in der Lage ist. Bleibt abzuwarten, welcher SPD-Politiker als erster die deutschen Verbraucher aufrufen wird, "Konsum-Patriotismus" zu zeigen und nur noch deutsche Produkte zu kaufen.

Es gibt das Zitat, daß in der bürgerlichen Gesellschaft Wahlergebnisse bestenfalls ein Gradmesser für das politische Bewußtsein des Proletariats seien. Aber auch das sind sie hierzulande längst nicht mehr, außer der allgemeinen und zu nichts führenden Feststellung, daß sich bei Wahlen überhaupt kein proletarisches Bewußtsein mehr zeigt. Die neuen Bundesländer, an denen 40 Jahre DDR doch nicht ganz spurlos vorübergegangen sind, bilden insoweit noch eine Ausnahme.

Kt.

12. Rot-grüner Aufbruch im Norden?

Autor: hn, Flensburg · Rubrik: Wahlen; Grüne und SPD · CD-Datei: daten/aksuche/ak389/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:389:28

Ein heftiger Absturz der SPD, der ersehnte Einzug der Grünen in den Landtag nach fünf Fehlversuchen und ein nur schwacher Rückgang bei der neo-faschistischen DVU (die damit nicht mehr im Landtag vertreten ist) - das sind die bemerkenswerten Ergebnisse der Landtagswahlen in Schleswig-Holstein (SH). Regierungsmehrheiten sind möglich in der Kombination Rot-Grün und in einer SPD-FDP-Koalition bei Tolerierung durch den Südschleswigschen Wählerverband (SSW), die Partei der dänischen Minderheit, die erstmalig seit 40 Jahren mit zwei Abgeordneten im Landtag vertreten ist.

Erwähnenswert darüber hinaus: Die CDU hat zugelegt, ist aber noch meilenweit (ca. 12-15%) von den früheren Stoltenberg- und Barschel-Wahlergebnissen entfernt. Die Linke, jenseits von Grünen und SPD, ward nicht bemerkt. Nur einzelne engagierten sich u.a. gegen die Fascho-Plakate. Nicht vergessen werden sollte allerdings die DKP, die in einigen wenigen Wahlkreisen "mannhaft" antrat - so der Stil ihrer heroischen Selbstdarstellungen: Die übrige Linke wie die PDS kneift, aber die DKP stellt sich! Die von ihr eingesammelten Proteststimmen (437 an der Zahl, entspricht 0,029%) machen nur eines spannend: Die Rechtfertigung ihrer Kandidatur! (Ob es wieder die 623 positiven Gespräche am Infostand sind oder die 19 verzückten Ausrufe "Ach, euch gibt es noch!" oder ...)

Heide Simonis hatte bei ihren Wahlkampfauftritten demonstrativ ihre Nähe zu dem ehemaligen schleswig-holsteinischen Spitzenkandidaten und heutigen SPD-Fraktionschef in NRW, Klaus Matthiesen, betont: Sie wolle keine "grünen Frösche" küssen. Nun muß sie wohl doch die ungeliebte Koalition mit den Grünen eingehen.

Die Grünen schweben auf "Wolke sieben" - wer will es ihnen verdenken. So manch kämpferischer Ton in der Wahlnacht sollte allerdings keine zu großen Erwartungen wecken: Sie haben sich inhaltlich und personell auf eine Koalition mit der SPD eingestellt. Das Programm ist weitgehend mit dem der SPD kompatibel, alles ist verhandelbar, "Knackpunkte" sind nirgends zu erkennen; ein "Gezerre wie in NRW wird es bei uns nicht geben", versprachen ihre Sprecher Müller und Hentschel. Im Umfeld und in der Sympathisantenschaft der Grünen (und sicher auch der SPD-Linken) herrscht eitel Freude und hoffnungsvolle Spannung - für die übrige Linke eine Herausforderung, sich konkret und solidarisch mit den erwachten Erwartungen an eine neue Reformregierung auseinanderzusetzen!

Das Schockierende dieser Wahl ist das Ergebnis der DVU: Zwar verlor sie 2% der Stimmen von 1992 und ist nicht mehr im Landtag vertreten. Aber nach den zahlreichen Wahlniederlagen der Rechten zuletzt z.B. in Bayern und NRW markieren die 4,3% eher eine Stabilisierung dieser Gruppen. Immerhin haben die bürgerlichen Parteien alles getan, um für DVU-Parolen so wenig Spielraum wie möglich zu lassen: Z.B. wurde der Chor der Lafontaines, Schilys, Kohls und Schäubles nicht müde, die sofortige Ausweisung protestierender KurdInnen zu fordern. Die zentrale Forderung der DVU lautete neben "PROTEST wählen": "Kriminelle Ausländer sofort abschieben". Trotz dieser Zurichtung der herrschenden Politik sehen 4,3% der WählerInnen die Wahl der faschistoiden Hetzer als nötig an! Dieses Thema bleibt demzufolge auf der Tagesordnung.

hn, Flensburg

13. Schleswig-Holstein: DVU nur knapp gescheitert

Autor: Js. · Rubrik: Wahlen; Rechtsradikale, Altnazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak389/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:389:43

Als die DVU vor vier Jahren mit 6,3 Prozent der Stimmen in den Kieler Landtag einzog, wurde dieser Erfolg durch mehrere Faktoren begünstigt: 1. Der Wahlsieg der SPD war so gut wie sicher; rechts orientierte WählerInnen konnten ohne taktische Rücksichten die Partei wählen, die ihnen politisch am nächsten stand. 2. Beherrschendes Thema war der "Asylmißbrauch". Während die großen Parteien die Abschaffung des Asylrechts vorbereiteten, verzichteten sie dennoch nicht auf verbale Bekenntnisse zur "Asylgarantie" des Grundgesetzes. Die DVU dagegen sprach ohne Umschweife aus, was immer mehr Menschen dachten und auch von den Politikern hören wollten: Daß AusländerInnen verschwinden müßten und "Deutschland den Deutschen" gehöre. 3. Der DVU-Chef und rechtsextreme Medienmonopolist Gerhard Frey stellte enorme Summen zur Verfügung, die dem schleswig-holsteinischen Landesverband der Partei einen aufwendigen Wahlkampf ermöglichten. Dem konnten die Reps, die damals ebenfalls kandidierten, nichts Gleichwertiges entgegensetzen.

Der Einsatz lohnte sich: Bei der "ersten echten Asylwahl" (Bild) stimmten vor vier Jahren 93.000 Schleswig-HolsteinerInnen für die DVU (die Reps erhielten 18.000 Stimmen = 1,2%). Die alarmierte Öffentlichkeit wurde von den professionellen Wahlforschern beruhigt. Das Wort von der "Denkzettelwahl" machte die Runde. Die Demoskopen verwiesen auf Umfragen, nach denen sich nur ein Fünftel der rechten WählerInnen "längerfristig mit diesen Parteien verbunden" fühlen würde (so die Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim).

Vier Jahre später wanderten 20.000 DVU-Stimmen von 1992 zur CDU - fast die Hälfte von deren Zugewinn (3,4%). Aber mehr als zwei Drittel blieben der DVU auch unter vergleichsweise ungünstigen Umständen treu. Ob diese Menschen schon als "StammwählerInnen" anzusehen sind, ist eine Frage der Definition. Vermutlich könnten die wenigsten den Unterschied zwischen DVU, Reps oder NPD erklären. Sie sind eher StammwählerInnen einer rechtsextremen Partei, gleich welchen Namens und welcher Programmatik im einzelnen. Sie wählen diese auch dann, wenn ihr Einzug ins Parlament unwahrscheinlich ist und gleichzeitig ein Sieg der CDU über die SPD möglich erscheint.

Auch das erbärmliche Auftreten der DVU-Abgeordneten in der vergangenen Legislaturperiode, ihr Verzicht auf "Sachpolitik" und das Gezänk der Rechten untereinander schlagen bei diesen WählerInnen nicht negativ zu Buche. Schon 1993 zerstritt sich der Kieler Fraktionsvorsitzende Ingo Stawitz mit dem Chef in München: Frey wollte seine Investitionen zurück und verlangte den Großteil der Fraktionsgelder. Wegen der Zweckentfremdung dieser Gelder ermittelt die Staatsanwaltschaft. Der Streit mit Frey veranlaßte schon 1993 fünf der sechs DVU-Abgeordneten zum Parteiaustritt. Vier schlossen sich der Deutschen Liga für Volk und Heimat (DLVH) an, die bei der aktuellen Wahl über 0,2% nicht hinauskam.

Den WählerInnen der DVU ist der desolate Zustand der Partei offensichtlich egal. Ihnen reicht die ebenso dämliche wie infame Lüge, ohne "die Ausländer" gäbe es keine Erwerbslosigkeit, keine Drogen und keine Kriminalität. Für die Verbreitung dieser Hetze hat Gerhard Frey auch in diesem Wahlkampf wieder größere Summen bereitgestellt; geschätzt werden mehrere Millionen. Die DVU machte mit Tausenden von Plakaten und mit Postwurfsendungen, getarnt als "wichtige Wahlunterlagen", auf sich aufmerksam.

Der Vergleich der aktuellen Wahlkreisergebnisse der DVU mit denen von 1992 zeigt ein hohes Maß an Übereinstimmung. Auch das spricht für die Stabilität ihrer Anhängerschaft. Ähnlich wie die Reps in Baden-Württemberg erreicht die DVU in drei "Milieus" überdurchschnittlich hohe Stimmenzahlen: In den "sozial schwachen" Vierteln der Großstädte; in den von wohlhabenden EigenheimbesitzerInnen bewohnten "Speckgürteln" rund um die Großstädte; im kleinstädtisch-kleinbürgerlichen Milieu. Weniger anfällig für die rechten Rattenfänger sind die BewohnerInnen der sog. "intakten Viertel" in den Städten und die Menschen auf dem flachen Land.

Ihr Spitzenergebnis erreichte die DVU in Lauenburg-Süd (7,1%). Auch in den Städten Mölln und Lübeck, die wegen rassistischer und antisemitischer Anschläge weltweit bekannt geworden sind, erzielte die DVU mit jeweils 6,2% überdurchschnittliche Ergebnisse.

Js.

14. Baden-Württemberg: REPs auf dem Weg zur Volkspartei

Autor: mh, Tübingen · Rubrik: Wahlen; Republikaner · CD-Datei: daten/aksuche/ak389/46.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:389:46

Damit hatte kaum jemand gerechnet: 9,1 Prozent für die REPs. Die Partei zieht mit fast unverminderter Stärke wieder in den baden-württembergischen Landtag ein, mit jetzt 14 (bisher 15) Abgeordneten. Dies ist ein Novum in der bundesdeutschen Geschichte. Zum ersten Mal ist einer Rechtsaußen-Partei der Wiedereinzug in ein Landesparlament gelungen.

Baden-Württemberg, neben Bayern traditionell das Bundesland mit der niedrigsten Arbeitslosenquote, war schon bisher das Sahnehäubchen auf der parlamentarischen Landkarte der Rechtsradikalen. Mit 10,9 Prozent hatten hier die REPs im "Asylwahljahr" 1992 ihren bisher größten Erfolg eingefahren und stellten seither die größte Oppositionsfraktion im Landtag (vor Grünen und FDP). Weitere 1,4 Prozent gingen damals an NPD und Deutsche Liga.

Obwohl alle Umfragen vor der Wahl den REPs maximal 4,5 Prozent zubilligten, erzielte die Schlierer-Partei am Wahltag doppelt so viel: 9,1 Prozent. In absoluten Stimmen bedeutet dies einen Rückgang um mehr als ein Viertel gegenüber 1992. Damals hatten REPs, NPD und DL insgesamt 606.000 Stimmen erhalten, dieses Mal waren es noch 437.000 für die - inzwischen konkurrenzlosen - REPs. Von einigen wenigen Ausnahme-Wahlkreisen abgesehen, verloren die REPs flächendeckend relativ gleichmäßig (jeweils ein bis zwei Prozent). Angesichts der außergewöhnlichen Umstände 1992 bedeutet dies zweifellos eine Stabilisierung des rechtsradikalen WählerInnenpotentials. Vor vier Jahren wurden die hohen REP-Ergebnisse meist als "Proteststimmen" oder "Denkzettel" verharmlost. Dies ist angesichts der 1996er Ergebnisse kaum noch möglich.

Speckgürtel

Daß die REPs im Südwesten inzwischen über ein echtes StammwählerInnen-Potential verfügen, zeigt auch ein Blick auf die regionale Verteilung der REP-Stimmen. Ihre größten Erfolge (Rekorde: 15,4 und 13,5 Prozent im Enzkreis/Pforzheim) erzielten die REPs in genau denselben Wahlkreisen, die auch 1992 schon am braunsten waren - vor allem im "Speckgürtel" um Stuttgart. Die Hälfte der künftigen Fraktion stammt aus Wahlkreisen mit maximal 50 Kilometern Entfernung von der Landeshauptstadt (in Baden-Württemberg werden die Zweitmandate nicht nach Parteilisten, sondern nach absoluten Stimmenzahlen innerhalb der vier Regierungsbezirke vergeben).

Daß die REP-Abgeordneten überwiegend aus relativ wohlhabenden Regionen mit niedriger Arbeitslosigkeit kommen, heißt selbstverständlich nicht automatisch, daß ihre WählerInnen auch wie die Maden im Speck leben. Im Gegenteil. Bei aller Vorsicht gegenüber den Umfragen der Meinungsforschungsinstitute scheint es doch so zu sein, daß die REPs gerade auch unter Arbeitern absahnten, und zwar bei Männern deutlich mehr als bei Frauen.

Dennoch sind die REPs keine "Arbeiterpartei" (junge Welt), sondern sind eher auf dem Weg zu einer "Volkspartei" mit Unterstützung aus allen Schichten. Auf den Funktionärs- und Kandidatenlisten der Partei wimmelt es nur so von Ärzten, Rechtsanwälten, Kaufleuten und Polizisten. Dabei fällt auf: Dort wo die REPs stark sind, ist auch die FDP stark, die so offen wie seit 25 Jahren nicht mehr als wirtschaftsliberale "Partei der Besserverdienenden" auftrat. In den elf "braunsten" Wahlkreisen (REPs über 12 Prozent) lag auch die FDP deutlich über ihrem Durchschnitt. Dies sind gerade die relativ wohlhabenden Bezirke mit einem breiten "Mittelstand" und ohne fest geprägte "Arbeitermilieus" oder konfessionelle Bindungen. Relativ schwach sind die REPs nach wie vor in katholisch-ländlichen Gebieten - dort hat die CDU weiterhin unangefochten die Lufthoheit über den Stammtischen. Von insgesamt 70 Wahlkreisen blieben die REPs nur in dreien (den Uni-Städten Freiburg, Heidelberg und Konstanz) unter fünf Prozent.

Stabiler Apparat

Mit ihrem Wiedereinzug in den Landtag ist den REPs etwas gelungen, was noch keine andere Rechtsaußen-Partei in der BRD geschafft hat. Anfang der 50er Jahre wurde das Potential der SRP

(Sozialistische Reichspartei) von der CDU aufgesogen. Ende der 60er Jahre schaffte die NPD den Sprung in sieben westdeutsche Landtage, flog aber überall nach einer Legislaturperiode wieder hinaus (auch damals schon erzielten die Faschisten in Baden-Württemberg Rekordergebnisse). Auch die rechtsradikalen Wahlerfolge in den letzten zehn Jahren (REPs im Westberliner Abgeordnetenhaus, DVU in Bremen, etc.) hatten jeweils nur eine Legislaturperiode Bestand.

Im Unterschied etwa zur DVU in Schleswig-Holstein schafften es die baden-württembergischen REPs in den vergangenen vier Jahren erstaunlich gut, den eigenen Laden zusammenzuhalten. Selbst den Konflikt um den früheren großen Vorsitzenden Schönhuber überstand die REP-Landtagsfraktion so gut wie unbeschadet. Zwar zeichneten sich die 15 Abgeordneten vor allem durch parlamentarische Untätigkeit aus (nur wenige Gesetzesvorlagen und Anfragen), aber den REPs ist es anscheinend gelungen, über ihren Fraktionsapparat die Partei im Südwesten organisatorisch zu stabilisieren. Sie konnte in allen 70 Wahlkreisen Kandidaten aufstellen - kein einfaches Unterfangen.

Im Wahlkampf betonten die REPs ihre "sozialpatriotischen" Themen ("Rettet die DM"). Offene Asyl- und Ausländerhetze blieb eher im Hintergrund. Auffällig auch das zwiespältige Verhältnis zur "Aussiedler"-Thematik. Zwar wurde auch in den REP-Broschüren behauptet, daß Aussiedler die deutschen Sozialkassen belasten, aber die Partei verzichtete darauf, sich allzu offensiv an die von der SPD geschürten Ressentiments anzuhängen. Insofern sind Erklärungsversuche wenig plausibel, daß die REPs nur die "Ernte" der SPD eingefahren haben, weil rechtslastige WählerInnen die REPs in dieser Frage für konsequenter halten. Wahlanalysen zufolge gab die SPD an alle anderen Parteien Stimmen ab - außer an die REPs.

Die baden-württembergischen REPs, die de facto auch die Bundespartei kontrollieren, orientieren zumindest in der Öffentlichkeit auf einen "Modernisierungskurs", der sich von den "altrechten" Konkurrenzparteien absetzt (siehe "REPs gegen Runde Tische" auf Seite 1). Das hält die Mannen um Rolf Schlierer (REP-Bundesvorsitzender und Chef der Landtagsfraktion) und Christian Käs (Landesvorsitzender Baden-Württemberg) freilich nicht von Kontakten zu militanten Neonazis ab. So traf sich Käs wenige Wochen vor der Wahl mit 50 Karlsruher Neonazis. Und der Tübinger Landtagsabgeordnete Karl-August Schaal ließ seine Wahlkampfplakate von einem einschlägig vorbestraften früheren FAP-Aktivisten kleben. Derartige Enthüllungen können die REP-WählerInnenschaft offensichtlich nicht beirren.

mh, Tübingen

15. "Zum Verhindern zu schwach." Sieg der Staatsräson bei den Grünen in NRW

Autor: M. und mb., Berlin · Rubrik: Wahlen; Grüne und SPD · CD-Datei: daten/aksuche/ak389/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:389:21

"Das Land NRW fördert künftig nicht mehr den Ausbau von Flughäfen und Verkehrslandeplätzen". So eindeutig steht es in dem am 1. Juli 1995 zwischen der SPD und den Bündnisgrünen unterschriebenen Vertrag über die Bildung einer rot-grünen Landesregierung in Düsseldorf. Hinsichtlich der Anbindung des Köln-Bonner Flughafens an das ICE-Netz (durch das Naturschutzgebiet "Wahner Heide") heißt es: "Über die bisherigen Investitionsmittel hinaus darf es zu keiner Belastung des Landeshaushalts kommen". Anstelle eines 24-Stunden-Betriebes des Flughafens Köln-Bonn vereinbarten die Koalitionäre die "schrittweise Ausdehnung einer Kernruhezeit von zunächst zwei Stunden". Schließlich wurde kurz und knapp beschlossen, die beabsichtigte Autobahnverbindung zwischen Düsseldorf-Bochum-Dortmund (DÜBODO) "abzulehnen".

Der rot-grüne Sonnenschein wurde in den vergangen Monaten des öfteren durch machtpolitische Taktiererei der nordrhein-westfälischen Sozialdemokratie getrübt; so wurde den Grünen der ihnen eigentlich zustehende Sitz im Verwaltungsrat der Westdeutschen Landesbank (WestLB) verwehrt. Zuletzt hatte die SPD im Rahmen der Verhandlungen um die Verabschiedung des Landeshaushalts die Grünen zu verkehrspolitischen Entscheidungen zwingen wollen, die eine eindeutige Verletzung des Koalitionsvertrages darstellen: So forderte der für die Verkehrspolitik zuständige Wirtschaftsminister Wolfgang Clement den Ausbau des Dortmunder Flughafens und weiterer Flughäfen mit Landesmitteln, den Weiterbau der DÜBODO, die ICE-Anbindung des Flughafens Köln-Bonn und den Verzicht auf jegliche Nachtflugbeschränkung dort.

Damit drohte das rot-grüne Bündnis in NRW zu scheitern. Beim Landesparteitag der Grünen (16./17. März in Hamm) ging es deshalb nicht so sehr um die konkreten Verkehrsprojekte, deren Verhinderung ein Eckpfeiler grüner Landes- und Kommunalpolitik ist. Vielmehr stritten sie über die Weiterführung der rot-grünen Koalition in Düsseldorf. Daran änderte auch die massive Präsenz von Bürgerinitiativen aus dem Dortmunder und Kölner Raum nichts. Der Parteitag zeigte sich hiervon weitgehend unbeeindruckt. Auch wurde der Streit nicht - wie sonst üblich - entlang der "Lagergrenzen" von "Realos" und linken Grünen geführt.

Was tun, wenn der sozialdemokratische Koalitionspartner - freundlich gesagt - aufgrund 15jähriger Alleinregierung es nicht gewohnt ist, die Macht am Rhein zu teilen? Oder etwas schärfer formuliert: Was tun, wenn diese SPD zu einem Reformbündnis eigentlich gar nicht bereit ist?

Die meisten RednerInnen, wie z.B. der grüne Bauminister Michael Vesper, versuchten es mit Besserwisserei: "Enttäuschungen haben immer etwas mit den Erwartungen zu tun", räsonnierte Vesper auf dem Landesparteitag. "Wir wußten doch vorher, daß gerade die nordrhein-westfälische SPD keineswegs zu den glühendsten Verfechtern der rot-grünen Option gehört, daß die roten Rathäuser im Ruhrgebiet alles andere als Denkfabriken für den sozialen und ökologischen Umbau sind." Oder frau verlegte sich aufs Schönreden, wie die Düsseldorfer Fraktionssprecherin der Grünen, Gisela Nacken: "Selbst wenn ich nur die Bilanz im Verkehrsbereich ziehen soll, in dem wir herbe Niederlagen zu verzeichnen haben, ist die Bilanz positiv. Wir können eine Verkehrswende einleiten. Wir können gestalten, nur im Verhindern sind wir zur Zeit zu schwach."

Verkehrte Fronten

Es waren die grünen Kreisverbände aus Dortmund, Bochum, Köln und dem Rhein-Sieg Kreis, die ihren Antrag auf Auflösung des rot-grünen Bündnisses mit der "fehlenden Vertragstreue" der SPD begründeten: Ein Ja zu der Betonpolitik á la Clement wäre "ein Rückschritt gegenüber den Zeiten der SPD-Alleinregierung" und würde "den ökologischen Widerstand entscheidend schwächen". Ein "auch nur einmaliges Umfallen" würde - so der ehemalige grüne Bundestagsabgeordnete Eckhard Strathmann (früher "Linkes Forum") - den Grünen einen "nicht wiedergutzumachenden Schaden" zufügen. Im Falle einer Zustimmung würden die Grünen "keinen Hoffnungsträger für eine ökologisch-soziale Reformperspektive in anderen Bundesländern und auf der Bundesebene mehr darstellen".

Gegen diesen Antrag stieg fast die gesamte nordrhein-westfälische Prominenz aus Landtags- und Bundestagsfraktion in die Bütt. Die dem linken Flügel der grünen Bundestagsfraktion zugeordneten MdBs

Kerstin Müller, Ludger Volmer, Volker Beck u.a. argumentierten in ihrem Antrag: Die SPD würde "am liebsten ein Scheitern" der rot-grünen Koalition sehen; sie tue "alles, damit diese Koalition keine Ausstrahlung gewinnt"; hierfür würden die Grünen "gezielt gedemütigt"; doch solle man es "der SPD nicht leicht machen, in eine Große Koalition auszuweichen"; auch wenn das gesellschaftliche Klima für eine Reformpolitik "nicht günstig" sei und Teile der SPD eine rechtspopulistische Politik betrieben: "Um so wichtiger ist es, die Krise als Chance zu begreifen. Rot-grün ist nicht per se ein Reformbündnis. Es ist das Bündnis einer Reformkraft mit einer konservativen Beharrungskraft. Etwas anderes ist aber zur Zeit in Deutschland nicht zu haben."

Dementsprechend wurde in dem von der nordrhein-westfälischen Umweltministerin Bärbel Höhn eingebrachten Leitantrag die Fortführung der rot-grünen Koalition befürwortet: Der Koalitionsvertrag sei zwar bereits "der äußerste, für die Grünen tragfähige Kompromiß" gewesen. Das Verhalten der SPD, die auf eine "perspektivlose Standortsicherungspolitik" setze, habe "ernsthafte Zweifel an deren Bereitschaft und Fähigkeit aufkommen lassen, diese Koalition zum Erfolg zu führen." Allerdings: "Nach 15 Jahren absoluter SPD-Mehrheit befinden sich rot-grüne Projekte noch in der Planungs- und Initiierungsphase." Vertagen war angesagt: Die Bilanz einer auf fünf Jahre angelegten Landesregierung solle nicht bereits nach acht Monaten gezogen werden. Ein "schnellstmöglich" zu organisierender Strategiekongreß solle der Mitgliedschaft die Möglichkeit bieten, möglichst unverbindlich Dampf ablassen zu können. Dem Haushalt solle aber auf jeden Fall zugestimmt werden.

Auffallend war, daß sich Grüne mit linker Vergangenheit besonders vehement für die Weiterführung der rot-grünen Koalition einsetzten. Die einstige Hamburger DKP-Funktionärin und heutige Bundestagsabgeordnete Michaela Hustedt argumentierte gänzlich ohne Bezugnahme auf die offenkundige Verletzung des Koalitionsvertrags durch die SPD. Hustedt ging letztendlich sogar soweit, in der "Berliner Zeitung" (8.3.96) die "radikalen Forderungen" der Parteilinken für die gegenwärtige Krise in Düsseldorf verantwortlich zu machen. Auch Roland Appel, Sprößling der in NRW besonders aktiven Gang alternder "JungdemokratInnen" und seines Zeichens Fraktionssprecher der Grünen im Düsseldorfer Landtag, setzte sich mit seinem ganzen Gewicht für eine Fortführung ein: Er plädierte dafür, "auch angesichts der Provokation von Kronprinzen, die Nerven zu behalten".

Anstatt die Sozialdemokraten mit der Forderung nach Vertragstreue unter Druck zu setzen, klang es aus dem Lager der linken Grünen eher nach der sog. "Nulltolerierungsoption". Nahegelegt wurde, man solle sich nicht in Kleinkriegen aufreiben und verzetteln, sondern aus weitergehenden Motiven praktisch um jeden Preis weitermachen. Ludger Volmer, Möchtegern-Sprecher der Linken in den Grünen, brachte es im Interview mit der "Jungen Welt", (18.3.95) folgendermaßen auf den Punkt: "Es gibt keine gesellschaftliche Reformmehrheit. Unsere Handlungsbedingungen verbessern sich nicht, wenn wir in die Opposition gehen. Eine politische Mehrheit gibt es nur unter Einschluß von Gegenreformen. Und auch eine Koalition schließt dann Gegenreformen ein. Das erleben wir gerade in NRW. Das macht das ganze Problem aus."

Linke Staatsräson

In zweierlei Hinsicht übten die KoalitionsbefürworterInnen der Landtagsfraktion Selbstkritik. Zum einen habe mensch die Erfolge der bisherigen Arbeit zu wenig bzw. nicht offensiv genug herausgestellt. Diese würden statt dessen "klein geredet", so Michael Vesper: "Wer immer nur Konflikte und Niederlagen verkauft, um die Verhandlungsposition zu stärken, darf sich nicht wundern, wenn dadurch die grüne Handschrift in der Wahrnehmung der eigenen Wähler immer schwächer wird."

Zweitens wurde aus diesem Block unisono das Vorgehen des Landesverbands kritisiert, der sog. "Knackpunkte" formuliert und ein Ultimatum an die SPD gestellt hatte: "Wir haben uns damit unter einen Handlungszwang gesetzt, den wir nicht mehr steuern konnten. Dadurch haben wir nicht uns, sondern unseren Gegner gestärkt. Nicht mehr wir, sondern die SPD hatte nun die Definitionsmacht über Zeitpunkt und Ende der Koalition in der Hand." (Appel)

Was von Höhn und Vesper jedoch an Lehren aus dem Schlammassel vorgeschlagen wurde, war denn doch ein wenig dürftig: "Wir müssen Verfahren finden, Konflikte früh zu erkennen und früh zu bereinigen". Dies war alles, was dem grünen Bauminister hierzu einfiel.

Die entscheidenden Argumente der KoalitionsbefürworterInnen wiesen zunächst auf die Langfristigkeit eines rot-grünen Reformprojekts hin, speziell mit einem derart reformunwilligen sozialdemokratischen

Koalitionspartner - nach dem Motto: Die ersten fünf Jahre Zähne zusammenbeißen und durchhalten. In der zweiten Wahlperiode würde der grüne Handlungsspielraum dann größer werden.

Daneben wurde immer wieder auf das Schreckgespenst einer drohenden Großen Koalition an Rhein und Ruhr verwiesen, falls die Grünen das Bündnis mit Rau und Konsorten platzen lassen würden. Dies erwies sich insbesondere in Richtung der anwesenden BIs als zugkräftigstes Argument.

Der grünen Fraktionssprecherin im Bundestag, Kerstin Müller, war es vorbehalten, dieses Argument am überzeugendsten zu formulieren: Die Grünen hätten immer von dem Pilotcharakter des Düsseldorfer Experiments gesprochen; klappt es in NRW, hätten die Grünen auch die Reifeprüfung für eine rot-grüne Koalition im Bund bestanden. Gleiches gälte aber auch bei einem negativen Verlauf: Ein schwarz-rotes Bündnis in Düsseldorf könnte leicht Vorbild für Bonn werden. "Eine Große Koalition würde diese Republik verändern", also das gesellschaftliche Kräfteverhältnis weiter nach rechts verschieben.

Während allgemein angenommen wird, Große Koalitionen würden der Opposition die Gelegenheit bieten, sich als Alternative zu profilieren und Stimmengewinne zu erreichen, argumentierte Kerstin Müller (und mit ihr die übrigen KoalitionsbefürworterInnen) fast schon im Sinne einer "linken" Staatsräson.

Der Antrag der KoalitionsbefürworterInnen wurde bekanntlich mit einer deutlichen Mehrheit von Zweidritteln der Delegierten angenommen. Die Gegenstimmen kamen ausschließlich aus den Kreisverbänden, die unmittelbar von den strittigen Verkehrsprojekten betroffen sein werden. Es waren nicht primär die Linken, die zum Sturm auf das Hauptquartier bliesen: Die Kreisverbände Köln und Rhein-Sieg gelten nämlich als ausgesprochene "Realo"-Bezirke, mit großer Erfahrung im Umgang mit rot-grünen Koalitionen auf kommunaler Ebene. So konnte der Kölner "Realo"-Opa Jörg Frank den beiden Koalitionsbefürworterinnen Bärbel Höhn und Kerstin Müller vorhalten, er sei heute für ein Ende der Koalition - gerade weil er bereits rot-grüne Reformpolitik betrieben habe, als sich beide noch linksradikal und wortgewaltig als Fundamentalistinnen präsentiert hätten.

M. und mb., Berlin

16. Die Ruhe vor dem Sturm? Zu einigen Aspekten der grünen Bundesversammlung in Mainz

Autor: M. und mb., Berlin · Rubrik: Grüne Parteitage · CD-Datei: daten/aksuche/ak389/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:389:15

Die 7. ordentliche Bundesversammlung von Bündnis 90/Die Grünen, die vom 1. bis 3. März in Mainz stattfand, war als Harmonieveranstaltung angelegt. Drei Wochen vor den Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein sollten Einigkeit und Handlungsfähigkeit demonstriert werden. Zur Diskussion standen neue Grundsätze der Steuer- und Wirtschaftspolitik sowie ein umfangreiches Konzept für eine ökologisch-soziale Steuerreform - Themen, die eigentlich Streit zwischen Realos und Parteilinken erwarten ließen. Doch zu heftigen Auseinandersetzungen oder Streit kam es auf der Bundesdelegiertenkonferenz (BDK) in Mainz nicht.

Dabei deutet sich seit 1995 eine wirtschaftspolitische Umorientierung von Teilen der Partei an. Spätestens seit der Hinwendung Joschka Fischers zu wirtschaftspolitischen Themen fabulieren auch andere führende Grüne immer offener über zu hohe Steuern und Abgaben und sonstige Standortprobleme. Senkung des Spitzensteuersatzes, der Einkommens- und Unternehmenssteuern und eine stark marktwirtschaftliche Orientierung - die Verankerung dieser Forderungen wird als Mittel angesehen, um "endgültig erwachsen zu werden" (Fischer). Aber hinter solchen Auffassungen steht mehr. Fischer und andere vertreten die These, daß die Mittelschichten durch die derzeitige Steuerpolitik der Bundesregierung überlastet seien, was die Gefahr eines dauerhaften Rechtsrucks der "Mitte" heraufbeschwöre. Konsequent also, daß der Große Steuer(n)mann Fischer seit neuestem propagiert, der Spitzensteuersatz könne von 53 auf 35 Prozent gesenkt werden - Voraussetzung: eine grundlegende Reformierung des gesamten Steuersystems. (Die Woche, 9.2.96)

Auch bei den Ökosteuern ist die grüne Harmonie eigentlich gestört. Zur Bundestagswahl 1994 hieß es noch, daß Einnahmen aus solchen Steuern vollständig für ökologische Umbauinvestitionen und soziale Ausgleichsmaßnahmen verwandt werden sollten. Nach dem Wiedereinzug in den Bundestag preschten jedoch Teile der Bundestagsfraktion in eine andere Richtung: Nun sollte ein Großteil von Ökosteuer-Einnahmen zur Senkung der Lohnnebenkosten herhalten.

Die Parteilinke steht konträr zu solchen Auffassungen. Zu Recht brandmarkt sie eine solche Politik als neoliberal und warnt vor einer ökoliberalen Wende der Gesamtpartei. Aus ihren Reihen ist sogar zu vernehmen, daß die Umsetzung solcher Steuersenkungsparolen in praktische Politik den innerparteilichen Burgfrieden sprengen würde.

Wer nun erwartet hätte, daß die Mainzer Bundesversammlung zur Bühne innerparteilicher Auseinandersetzungen über diese Frage werden würde, sah sich getäuscht. Schon im Vorfeld war den Beteiligten anscheinend daran gelegen, den Konflikt zu entschärfen. Den Delegierten wurde einfach eine die verschiedenen Forderungen der unterschiedlichen Flügel der Partei verbindende Resolution für ein "Bündnis für Umwelt und Arbeit" präsentiert. Die Bündnisgrünen plädieren darin für radikale Arbeitszeitverkürzung, eine soziale Grundsicherung an Stelle der bisherigen Sozialhilfe und eine grundlegende Steuervereinfachung. Der "Dreischritt Ökosteuern, Arbeitszeitverkürzung und Steuergerechtigkeit ist die Alternative zur Ellenbogengesellschaft der Regierung Kohl und zur Wahrung der Solidarität im Lande", sagte Jürgen Trittin. Die Parteilinke begrüßte die darin angelegten Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Umverteilung von Reichtum und Arbeit. Dagegen betonten die "Realos" die Wirtschaftsförderungsmaßnahmen. Die Parteilinken stimmten wahrscheinlich wegen der geforderten Steuervereinfachung zu. Dadurch sollen vor allem "Schlupflöcher" und Absetzmöglichkeiten für Großverdiener beschnitten werden. "Die, die wenig verdienen, zahlen immer mehr, und die, die viel verdienen, zahlen immer weniger", echauffierte sich Trittin. So richtig es ist, daß die Parteilinke solche Töne anschlägt - sie muß aufpassen, daß sie nicht den eigentlichen Adressaten verwechselt. Denn es kann nicht nur um die Steuern der "Spitzenverdiener" gehen; vielmehr muß auch über die der Konzerne und Unternehmen geredet werden. Nur so würde mit der Standort- und Wettbewerbslogik gebrochen.

Warum eine endgültige Entscheidung über eine Senkung des Spitzensteuersatzes vertagt wurde, bleibt wohl das Geheimnis der linksgrünen Strategen. Mit einem Initiativantrag, der gute Chancen gehabt hätte, wollten Frieder O. Wolf und andere diese Forderung als "falsches politisches Signal" verurteilt wissen. Doch im Verlauf

der Debatte zog F.O. Wolf diesen Antrag mit der Begründung zurück, die BDK hätte sich hinreichend deutlich für die "Eintreibung" der Spitzensteuern ausgesprochen.

Ungleichgewicht

von Partei und Fraktion

Ein deutliches Nein zur Senkung des Spitzensteuersatzes durch die Bundesversammlung hätte die Parteilinke in den kommenden Auseinandersetzungen um das wirtschaftspolitische Profil der Grünen gestärkt. Vor allem im Hinblick auf den für Herbst geplanten Strategiekongreß wäre ein solcher Beschluß der Bundesversammlung wichtig gewesen. Die Forderung der BDK nach Steuergerechtigkeit allein wird sich in der kommenden Auseinandersetzung mit den "Wirtschaftsexperten" der grünen Bundestagsfraktion wahrscheinlich als zu schwach erweisen. Wie im Falle der Ökosteuern ist auch hier zu erwarten, daß der "realpolitische" Flügel der Bundestagsfraktion alles daran setzten wird, im innerparteilichen Diskurs Unternehmens- und Einkommenssteuersenkungen zu verankern.

Offene inhaltliche Konfrontation war auf dieser BDK nicht angesagt. Lediglich bei der Debatte um eine Strukturreform der Partei kam es dann doch noch zu knappen Mehrheitsentscheidungen. Für Überraschung sorgte ein Antrag, der von Jürgen Trittin als einfaches Parteimitglied (also nicht in seiner Funktion als Bundesvorstandssprecher) eingebracht und von prominenten VertreterInnen der Parteilinken unterstützt wurde. Im Zentrum stand dabei die Stärkung des Bundesvorstandes gegenüber der Fraktion. "Politische Interventions- und Innovationsfähigkeit - von Kampagnenfähigkeit ganz zu schweigen - ist der Partei kaum gegeben", wird die Lage angemessen beschrieben. "So droht der Partei der Verlust der Diskursfähigkeit in die Gesellschaft. Dieser wird zum ausschließlichen Privileg der Fraktion(en), die diesen Diskurs notwendigerweise auf ihre spezifischen - parlamentarisch wie tagesaktuell - zugeschnittenen Bedürfnisse ausrichten." Es darf getrost angenommen werden, daß hier nicht nur "der Verlust der Diskursfähigkeit in die Gesellschaft" gemeint ist. Bei der Diskussion um Militärintervention in Bosnien wie auch bei der Diskussion um Ökosteuer und Wirtschaftspolitik ist überdeutlich geworden, welches Gewicht die Bundestagsfraktion in solchen Debatten hat. (Ganz neu ist dies aber nicht. Dieses Ungleichgewicht zieht sich mehr oder minder dominant durch die Geschichte der Grünen.) "Wenn es zu einem produktiven Dialog zwischen Partei und Fraktion kommen soll und Zusammenarbeit nicht als permanentes Rollenspiel opportunistischer Verräter gegen dogmatische Prinzipienreiter inszeniert werden soll, muß der Bundesvorstand auf eigene fachliche Zuarbeit zugreifen können."

Zwecks Diskussion einer Strukturreform forderten die AntragstellerInnen einen Sonderparteitag. Weniger die politische Dimension des Antrag als vielmehr der mit einem Sonderparteitag verbundene Mehraufwand war dafür ausschlaggebend, daß eine knappe Mehrheit der Delegierten diesen Antrag ablehnte.

Die Parteilinke muß also auch in Zukunft mit diesem Ungleichgewicht zwischen Fraktion(en) und Partei(-basis) zurechtkommen. Daß sie großzügig auf die Ablehnung aller Spitzensteuersenkungsphantasien verzichtete, wird sich im weiteren Verlauf der wirtschaftspolitischen Debatte als Fehler erweisen.

M. und mb., Berlin

17. Jenseits von Böhse Onkelz und Screwdriver: Darkwave. Über (neo-)faschistische Tendenzen in der Independent-Musik

Autor: Jean Cremet · Rubrik: Rechtsradikale, Altnazis; Antifaschistischer Kampf; Kultur · CD-Datei: daten/aksuche/ak389/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:389:01

Beim Stichwort "neofaschistischische Tendenzen in der Popmusik" denken vermutlich die meisten an Naziskin-Bands mit einer schon äußerlich als rechts zu erkennenden Anhängerschaft. Weitgehend unbemerkt von der linken Öffentlichkeit hat sich daneben eine "Darkwave"- oder "Gothic"-Szene etabliert. Ideologische Leitfiguren sind u.a. Nietzsche, Jünger und Evola. Bei jungen Neofaschisten wird Darkwave immer beliebter. Auch die "Junge Freiheit" gehört zu den Förderern.

Einen "eigenen Stil und Sprachkodex" habe sich die "Darkwave"- oder "Gothic" (1)-Scene geschaffen, schreibt einer, der es wissen muß, in der deutschen Ausgabe des "Rolling Stone". (2) Der Autor Ecki Stieg ist Moderator der Sendung "Grenzwellen" beim niedersächsischen Privatsender ffn, wo er jeden Sonntag Töne aus den Bereichen Electronic-Music, Industrial, Ambient-Dub, intelligent Techno, Darkwave und anderen Sparten der früher einfach "Independent" genannten Musikszene präsentiert, die zwischen den Werbeblöcken sonst keinen Platz findet. Ästhetisch ungewöhnliche Musik mit Avantgarde-Anspruch wird eben noch immer als Randgruppenphänomen betrachtet, obwohl die verschiedenen Spielarten längst über ihre eigenen Labels, Vertriebe und Zeitschriften verfügen. Besonders letztere haben dabei inzwischen den Status von Fanzines hinter sich gelassen und erscheinen wie das Darkwave/Gothic-Magazin "Zillo" in farbiger Hochglanzaufmachung.

Der arme, altlinke 68er schüttelt ob solch organisierter Verwirrung irritiert den Kopf. Er ist bei den Rolling Stones, der ewigen Kiffermusik der Grateful Dead oder beim Grunge-Großvater Neil Young stehengeblieben - oder, wenn er besonders pc ist, auch bei Ton, Steine, Scherben. Aber deshalb gibt es ja die berufsmäßigen Erklärer wie Ecki Stieg. So weiß er zum Bereich Darkwave: "Vor allen Dingen ist das Mittelalter ein beliebtes Sujet ... Eine Mischung aus Realitätsflucht, das Liebäugeln mit modischen Accessoires dieser Zeit sowie immer wiederkehrende Themen wie die Endzeitstimmung des Mittelalters ... sind bezeichnend für den Stil vieler Bands." Stieg ergänzt diese Beobachtung: "Die beherrschenden Themen sind Esoterik, Umweltzerstörung, aber auch exotische Religionen und ‚bewußtseinserweiternde` Kulte. Die Parallelen zur Hippie-Generation der 60er Jahre sind unübersehbar; in dieses Bild paßt auch die lammfromme Gewaltfreiheit der ‚schwarzen Szene`."

So genau scheint der Experte seine Szene wohl doch nicht zu kennen. Ein Beispiel gefällig? Im Titelsong der CD "Kshatriya" der italienischen Band "Ain Soph" heißt es: "Die Treue ist stärker als Feuer/Sich erheben, auferstehen/Eine Form und eine Ordnung schaffen/Aufrecht durch die Ruinen/Den schwersten Weg auswählen/Unseren Mut in Metall gießen/Endlich wiedergeboren durch das Blut/Stark durch unsere Ehre/Kshatriya". Kshatriya ist der Priesterkrieger, der seit Julius Evola als Vorbild für die Leitfigur des "politischen Soldaten" der Nationalrevolutionäre dient. (3) Auf Evolas Buch "Menschen inmitten von Ruinen", seit der Erstveröffentlichung 1953 ein Leitfaden zuerst für die italienischen Nationalrevolutionäre, später auch für deren Gesinnungsgenossen in ganz Europa, bezieht sich offenbar die Textzeile "Aufrecht durch die Ruinen".

Evola ist auch auf der CD "Aurora" der gleichen Gruppe abgebildet, während auf dem Cover das Bild eines antiken nackten Kriegers, gestaltet durch den Nazi-Bildhauer Arno Breker, prangt. Einer der Musiker nennt sich von Sebottendorf wie der esoterische Aktivist der Münchener Thule-Gesellschaft. Um das Maß der eindeutigen Bezüge voll zu machen, ist auf der Rückseite des Booklets zur CD ein Gedicht des Franzosen Pierre Drieu La Rochelle aus seinem 1917 erschienenen Lyrikband "Interrogation" abgedruckt. Drieu brachte mit diesem Buch und dem 1920 erschienenen Folgeband "Fond de cantine" die Gefühle der Frontgeneration des Ersten Weltkrieges zum Ausdruck und wurde damit in Frankreich zum Kultautor, vergleichbar nur mit Ernst Jünger in Deutschland. Der Krieg ist bei Drieu die Initiation des Mannes in das Leben. (4) Drieus Dauerthema war die Virilität. Der Mann hatte sich als Mann zu beweisen: als Eroberer der Frauen und als Krieger. Nicht die

hippiehafte, lammfromme Gewaltlosigkeit, wie Ecki Stieg vermutet, ist das Ideal dieses Teils der "schwarzen Szene", sondern das der gelebten "Mannhaftigkeit".

Dieser ideologische Anspruch muß natürlich auch musikalisch umgesetzt werden. In "Kshatriya" sind es im Titelstück perkussiv gespielte Pianopassagen, die in eine elektronische Lärmorgie überführt werden, die wiederum den im Vordergrund stehenden Text nur untermalt, der im Sprechchor nach Art eines Gebetes oder eines Kampfschwures vorgetragen wird. Andere Stücke entsprechen durchaus der Vorstellungswelt Ecki Stiegs. Die Gegenwart verkörpert die Dekadenz, den Abstieg vom Besseren zum Schlechteren. Das Mittelalter dagegen ist auch ästhetisch ein Ideal. Ganze Passagen sind musikalisch reduziert, verzichten vollständig auf Elektronik und ziehen sich auf die mystische Innerlichkeit gregorianischen Chorgesangs zurück. Der Widerspruch ist nur ein scheinbarer. Die Ergänzung des kshatriya ist bei Evola und dessen spirituellen Vorbildern der brahmane, der der Welt entrückt nur der Transzendenz lebt. Seine spirituelle Verwurzelung wiederum ist unabdingbar für die Existenz des kshatriya.

Musikalisch und ideologisch nutzbar für die Darkwave-Szene in ihren verschiedenen Ausprägungen ist grundsätzlich jedes historische Vorbild, das gegen den philosophischen Materialismus gerichtet ist. So kann die Anlehnung an die Romantik, besonders deutlich bei der britischen Band "Sol Invictus" (5) um Tony Wakeford, durch Form, Instrumentierung und Aussage nicht erstaunen. Akustische Instrumente, auch im Rock eher ungewöhnliche wie Cello und Flöte, werden mit Elektronik gekoppelt. Häufig findet ein Rückgriff auf die Volksliedform statt.

Nietzsche, Jünger und

das Ideal der "Mannhaftigkeit"

Zu den inhaltlichen Selbstverständlichkeiten in diesen Kreisen gehört der Bezug auf Friedrich Nietzsche. So findet sich auf der Rückseite des Booklets der CD "Death of the West" von "Sol Invictus" ein Zitat aus "Also sprach Zarathustra": "Der Staat ist das kälteste aller Monstren. Kaltblütig lügt es auch; und diese Lüge kriecht aus seinem Mund: ‚Ich, der Staat, bin das Volk.`" "Also sprach Zarathustra" war von allen Büchern Nietzsches wohl dasjenige, das am stärksten den Kult des Übermenschen propagierte und das fette, selbstzufriedene Bürgertum attackierte und der Verachtung preisgab. "Ich sage euch: man muß noch Chaos in sich haben, um einen tanzenden Stern gebären zu können. Ich sage euch: ihr habt noch Chaos in euch." (6)

Von Nietzsche bis zur Aussage des Oswald Spengler zitierenden Titelstückes "Death of the West" ist es ein geradliniger Weg. "Sie machen den letzten Film/Sie sagen es ist der beste/Wir alle haben mitgeholfen ihn zu machen/Er heißt Der Untergang des Abendlandes./Die Kids von Fame werden da sein/Coca Cola gratis für euch/Und Eurodisney ist hier/nur für mich und für dich/.../Ein Stern ist am Nordhimmel aufgegangen/Und auf diesem Stern sind wir gekreuzigt worden/Sie winden goldene Ketten um diese Welt/Wir werden von denen regiert, die lügen/Der Untergang des Abendlandes." Kulturkritik paart sich mit dem obligatorischen "neu"rechten Angriff auf die USA und der Gegnerschaft zum Christentum sowie der Anknüpfung an die Väter der Konservativen Revolution.

Die Vorgehensweise von "Ain Soph", "Sol Invictus" und verwandten Bands wird von dem russischen Schriftsteller Eduard Limonov, Theoretiker des Nationalbolschewismus und dessen Verkörperung durch die Praxis, als Forderung für den gesamten Bereich der populären Musik erhoben. Seit dem Jazz sei die Geschichte der gesamten populären Musik eine des ständigen Abstiegs gewesen. Einen ersten Tiefpunkt dabei hätten die Hippies dargestellt. "Zum von der beat generation geerbten Infantilismus gesellte sich der feminine Stil ... Mit ihrer Fransenfrisur junger Mädchen haben die Beatles die gesamte Welt überzogen und drückten damit mit der größtmöglichen Präzision die psychologische Struktur der neuen Generation der europäischen Jugend aus: Ohnmacht, Feminität, Egoismus und zügellose Gefühlsduselei." (7) Pazifismus und sexuelle Promiskuität seien die Folgen gewesen.

Aber nach den Hippies gab es noch einmal Hoffnung: den Punk. "Der Johnny Rotten (Sänger der Sex Pistols, J.C.) dieser Periode war ein hervorragendes Exemplar eines wahrhaft männlichen Jugendlichen, verführerischer als alle Helden der Popmusik von Elvis über den Kastraten Bob Dylan bis zum bisexuellen ‚night club`-Stil eines David Bowie." (8) Doch dieser Ausbruch kämpferischer Männlichkeit sei durch die Plattenindustrie schnell wieder integriert worden. Seitdem habe ein Prozeß der Entmaskulinisierung

stattgefunden, dessen Höhepunkte Prince und Michael Jackson seien. Diese Entwicklung, so Limonow, sei nur konsequent, da sie den Verlust kämpferischer Männlichkeit in unserer gesamten Epoche widerspiegele.

Ein solches Pamphlet hätte auch von Michael Jenkins Moynihan verfaßt werden können, dem Kopf der Gruppe "Blood Axis", die bereits vor ihrer ersten CD "The Gospel of Inhumanity" durch ihre Beiträge zu dem Sampler "Im Blutfeuer" in der "schwarzen Szene" Kultstatus erlangt hatte. Das Booklet von "Im Blutfeuer" zeigt Moynihan am Grabe des für den faschistischen Okkultismus zentralen Esoterikers und SS-Brigadeführers beim "Ahnenerbe", Karl Maria Willigut, der der Kontaktmann Julius Evolas zur SS war und als "Rasputin Himmlers" bezeichnet wurde (9). Passend dazu die inhaltlichen Bezüge in dem mystisch verrauschten Beitrag der Gruppe unter dem Titel "The Storm Before the Calm. Part One". Eingeblendet werden ein Redeausschnitt des Führers der faschistischen rumänischen Eisernen Garde, Corneliu Zelea Codreanu (10), einem der wenigen Politiker, denen Julius Evola Bewunderung entgegenbrachte, sowie eine Passage aus der Novelle "Auf den Marmorklippen" des ebenfalls von Evola verehrten Ernst Jünger.

Mit Jünger und Codreanu werden zwei Personifizierungen der Virilität verknüpft mit einem Esoteriker, der geisteskrank endete. Die perfekte Ergänzung dazu bietet der zweite Beitrag von "Blood Axis", eine Coverversion des Titels "Walked in Line" von Joy Division, deren Kultstatus für den Bereich des Düster-Rocks durch den Suizid ihres Sängers eher noch gesteigert worden war. "Walked in line" erscheint hier strenger und kälter als im Original, bestimmt durch die Perkussion, die das Stück vorantreibt und ihm den Charakter eines Marsches verleiht. Der Opfergang von Codreanu bis zu seiner Ermordung und der Wandel Jüngers vom soldatischen Nationalismus zum Anarchen, die im folgenden Stück zitiert werden, sind zwei mögliche Resultate dieses Marsches. Codreanu geht den Weg des kshatriya unbeirrt bis zum notwendigen Untergang, Jünger dagegen wandelt sich zum brahmanen und entrückt sich den Wirren einer feindlichen Welt, die dem Untergang immer schneller entgegentrudelt. (11) Wie Evola wählt er die apoliteia, das Handeln durch Nicht-Handeln.

Todessehnsucht

Gerade der Bezug auf Codreanu verdeutlicht, daß der Stil der Subkultur der Darkwave-Szene eine enge Verbindung zu Elementen der faschistischen Ideologie aufweist. Zum einen findet sich hier besonders deutlich die Umformung der Todesakzeptanz in die Todessehnsucht. Armin Mohler berichtet z.B., daß die spezielle Attentätergruppe der "Legion des Erzengels Michael" sich nach ihren Morden nicht in Sicherheit brachte, "sondern (sie) krönten die Exekution mit ihrem eigenen Tod." (12) Die aktuelle Ausprägung findet dies in der Todesverliebtheit der Grufties mit dem heimlichen Feiern von Parties auf Friedhöfen als sichtbarer Ausdruck. Zum anderen findet sich bei der "Eisernen Garde" die Parallele einer symbolgeschwängerten Spiritualität. "Ihre tiefe christliche Gläubigkeit wurde unter anderem darin sichtbar, daß die Kolonnen der Gardisten in der Marschformation großer, lebender Kreuze durch die Städte zogen." (13) Diese Städte galt es für den wahren Glauben zu erobern, denn für die bäuerlich-ländlich geprägte "Eiserne Garde" waren sie feindlicher Boden, den der Unglaube und die Dekadenz regierten. Auch hier wiederum eine Entsprechung zur großstädtischen, romantisierenden Natursehnsucht der Grufties.

Daß die hergestellten Bezüge ebenso wie bei "Ain Soph" oder "Sol Invictus" nicht zufällig sind, sondern der genauen Kenntnis der ästhetischen, historischen und ideologischen Hintergründe entspringen, unterstreicht die Ende 1995 veröffentlichte CD "The Gospel of Inhumanity" von "Blood Axis". Die Ikonographie von Cover und Booklet ist den textlichen und musikalischen Vorgaben angepaßt. Unter der vorherrschenden Farbe Schwarz prägen Kreuze in vielfältiger Form - vom Balkenkreuz über den kreuzförmigen Schwertgriff bis zur neuheidnischen Totenrune -, Kampf, Ruinen, Wahnsinn durch Absinth-Mißbrauch und Tod das Bild. Selbst die Blumen vor Stahlhelmen und Grab machen einen verwelkten Eindruck.

Wenn es jemals angebracht war, von faschistischem Stil zu sprechen, dann hier. Alle Elemente, die Furio Jesi (14) dazu zählt, finden sich vereint. Dies gilt besonders für die von ihm beschriebene Grabessymbolik. Ezra Pound, der US-amerikanische Lyriker von Weltrang, der nach dem II. Weltkrieg von der US-Army wegen seiner Rundfunkpropaganda für die italienischen Faschisten zunächst interniert worden war (15) und dann lange Jahre in einer Nervenheilanstalt in seiner ihm fremden Heimat verbrachte, liefert Stimme und Text, aufgenommen in dieser Anstalt, für das Stück "The Voyage". Die Musik dazu ist Johann Sebastian Bach entliehen. Für ein weiteres Stück wird ein Gedicht von Friedrich Nietzsche genutzt. Eine neue Karriere als Pop-Star startet auf der Produktion auch der Satanist Charles Manson, als Mörder der Schauspielerin Sharon

Tate zu Weltruhm gelangt, auf der CD durch die Interpretation eines eigenen Gedichtes. Auch in diesem Fall liefert Bach die musikalische Grundlage.

Für "Blood Axis" ist wie für Evola und Limonow unsere Epoche die der Dekadenz, die vergehender Größe, die zwar noch immer sichtbar ist, deren letztlicher Untergang jedoch voraussehbar ist. Das Genie Pound endet ebenso im Wahnsinn wie Friedrich Nietzsche, Charles Manson lebt seinen persönlichen Wahn konsequent aus, der Absinth-Säufer kommt ihm mit jedem Glas näher. Doch auch dieser Untergang ist nur ein Teil des ewigen Kreislaufes von Werden und Vergehen. Es ist also zwecklos, ihn zu beklagen. Er muß als natürlich akzeptiert werden. Als so natürlich wie der Kampf jeder gegen jeden und natürlich auch der Krieg, der in einer Welt voller Gewöhnlichkeiten und Nichtigkeiten die Gelegenheit bietet, sich zu beweisen und wenigstens kämpfend unterzugehen.

Sozialdarwinismus

In dieser Vorstellungswelt ist für Humanismus tatsächlich kein Platz. Die ihr angepaßte Ideologie ist der Sozialdarwinismus, den Boyd Rice, ein anderer prominenter Vertreter dieser Szene, offensiv propagiert. Rice begann seine Karriere als Avantgarde-Musiker, der versuchte, die formalen Beschränkungen der Musik zu durchbrechen. Der Zuhörende sollte nicht länger nur rezipieren, sondern selbst aktiv in den Prozeß der Produktion eingreifen können. So trug seine Platte "Pagan Music" ausdrücklich den Vermerk "playable at any speed". Zusätzlich waren neben dem Mittelloch noch weitere Löcher in die Platte gebohrt worden, um ein diszentrisches Abspielen zu ermöglichen. Es lag also am Hörenden selbst, wie er die Musik hören und verstehen wollte. Dieser Verzicht auf Vorgaben und Botschaften von Boyd Rice in seiner frühen Phase setzte sich auch bei den Live-Auftritten fort, die als gewaltige Lärmorgien lediglich dazu gedacht schienen, die Belastbarkeit der Hörerinnen und Hörer auszutesten.

Seit der Veröffentlichung der CD "In the Shadow of the Sword" im Jahr 1989 wurde das formale Experiment, das ihn in Avantgarde-Kreisen bekannt gemacht hatte, durch die konkrete, textliche Botschaft ersetzt. Auf der Platte selbst findet sich neben der in diesen Kreisen fast schon obligatorischen Rune auch die theosophische Schlange, die sich selbst in den Schwanz beißt. Als Text eines der Songs dieser CD dient ein Gedicht des Psychologen Carl G. Jung, wiederum eine bezeichnende Wahl, wenn dessen Unterstützung für den Nazifaschismus und sein Kultstatus in der New-Age-Szene bekannt sind. (16) "In the Shadow of the Sword" beginnt mit dem monoton stampfenden, einhämmernden Stück "Total War", das die anfängliche Frage "Wollt Ihr den totalen Krieg?" am Schluß mit einem eindeutigen "Ja" beantwortet und fordert, "das Tier im Mann wieder frei(zu)lassen". Als musikalischer Kontrast und textliche Ergänzung folgt das Stück "Eternal Ice", das mit nur lieblich zu nennender Frauenstimme zur Melodie von "Stille Nacht, heilige Nacht" statt dessen "Silent war, holy war" intoniert und wiederholt beschwört: "Es gibt keine Geburt ohne Tod".

Als Glaubensbekenntnis von Boyd Rice kann schließlich sein Stück "A World on Fire" gelten. "Ich habe einen Traum", heißt es dort. "In meinem Traum sehe ich eine Welt befreit von der Last der Falschheit. Ich sehe eine Welt wiedergeboren in Perfektion. Ich sehe die Herrschaft der Reinheit. Und wie kann dieser Traum wahr werden?" Rice weiß die Antwort: Großes und schreckliches Leiden sowie Zerstörung seien notwendig, die Wiederkehr der Kämpfe um Land, Nahrung und Wasser, eine Rückkehr zur Barbarei. In seinem Traum sieht er die Plätze der Städte erhellt durch die brennenden Leichname gekreuzigter Christen.

Seit "In the Shadow of the Sword" nennt Boyd Rice seine Musik "Gothic March Music". Die hinter ihr stehende Ideologie ist eine Mischung aus Sozialdarwinismus und Feindschaft gegen das Christentum. In einem Interview faßte er seine Anschauung in der griffigen Formel "Die Starken beherrschen die Schwachen, und die Klugen beherrschen die Starken" zusammen. (17) Das Christentum als Feindbild dagegen ist schuldig an allen gegenwärtigen Übeln, da seine Normen (Zehn Gebote, Bergpredigt) die natürlichen Instinkte des Menschen zerstören. Die Verpflichtung zur Feindesliebe verhindert letztlich, daß die notwendigen Kämpfe ausgetragen werden, um die Überbevölkerung zu beenden. Diese Überbevölkerung wiederum ist schuld an der Umweltzerstörung usw. Bis zur jüngsten Veröffentlichung "Hatesville" durchzieht diese Botschaft seine Stücke wie ein roter Faden. Die "schwarze Szene" registriert diese Zusammenhänge sehr wohl - und geht zur Tagesordnung über. So kommentiert der einschlägige Plattenversand "HD-Mailorder" die Neuerscheinung "Hatesville" in seinem Dezemberkatalog mit dem süffisanten Satz: "Unsere Frage: was ist ‚political correctness`".

Die schwarze Szene

hält zusammen

In diesem Bereich der schwarzen Szene kennt man sich und arbeitet zusammen. Die etablierteren Künstler helfen den Newcomern. Es sind immer wieder die gleichen Namen, auf die wir stoßen. So wurde "In the Shadow of the Sword" gemeinsam mit dem uns schon bekannten Michael Moynihan aufgenommen sowie mit Douglas Pearce und Tony Wakeford, beide lange Zeit Köpfe von "Death in June" (18), der wohl bekanntesten Band dieses Spektrums. "Death in June", zeitweise zum Duo geschrumpft, trägt die von Limonow geforderte Virilität auf die Bühne. Kampfanzüge und Masken sind unverzichtbarer Bestandteil des Outfits, eine Landsknechtstrommel ist das dominierende Instrument. Der Bandname "Death in June" stammt von der "Nacht der langen Messer" im Juni 1934 gegen die Führung der SA und konservative Oppositionelle des NS-Staates. So erstaunt es kaum noch, daß auf der LP "Brown Book" das "Horst-Wessel-Lied", die Hymne der SA, a capella erschallt. Allerdings handelt es sich in diesem Fall nicht um einen Marsch, gedacht zur Einschüchterung der Gegner, sondern um einen Sakralgesang, der den Verlust der gefallenen Kameraden betrauert.

Selbstverständlich weisen "Death in June" jeden Faschismusvorwurf weit zurück, bieten z.T. sogar an, in besetzten Häusern zu spielen. Patrick O'Kill, Gründungsmitglied der Gruppe und heute Chef der musikalisch vergleichbaren "Sixth Comm" ("Sechstes Gebot"), verwies in einem Interview (19) darauf, daß alle Mitglieder von "Death in June" ursprünglich in linken oder antifaschistischen Organisationen tätig gewesen seien. Für sich selbst hatte er aber vorher bereits zugegeben, in einer paramilitärischen Jugendorganisation aktiv gewesen zu sein. Es wird wohl sein Geheimnis bleiben, wie sein angeblich linkes Bewußtsein damit in Einklang zu bringen ist, daß er sich in einer "schöpferischen Krise" in Bodyguard- und Überwachungstechniken sowie im Guerilla- und Antiguerillakampf ausbilden ließ und danach zeitweise auf Seiten der Mujahedin in Afghanistan und als Söldner in Nordafrika kämpfte.

Seinen Erklärungen im Interview zeigen auch die Hilflosigkeit einer Jugendkultur, die mit Faschismus konfrontiert ist, der nicht dem Bild ihres Schulwissens entspricht. So kann O'Kill sich offen äußern, ohne daß er befürchten muß, wegen seiner Ansichten in der Zielgruppe ein negatives Image zu erhalten. Ein Beispiel aus diesem Interview: "Ich glaube, daß die Leute solche Tracks mißverstanden haben wie Tonys (Wakeford, J.C.) ‚We drive East`, der nur eine Parodie eines deutschen Marschliedes aus dem Zweiten Weltkrieg war. Was ist falsch daran, ‚die bolschewistische Bestie zu zerschlagen`? Ich bin sicher, daß die Millionen, die in den Arbeitslagern des Ostblocks gelitten haben, von einer solchen Befreiung von ihrer Unterjochung geträumt haben. Zuletzt ist das auf dem richtigsten Weg, durch das eigene Volk, erreicht worden. Von der bolschewistischen zur kapitalistischen Bestie vielleicht ..." Selbstverständlich hat das nichts mit Faschismus zu tun, oder? Es ist nur die Parodie eines Wehrmachtsmarsches.

Bei "Death in June" und den zahlreichen Gruppen, die aus Abspaltungen entstanden sind oder im Orbit dieser Band kreisen (z.B. "Sol Invictus", "Current 93", "Sixth Comm", "Strength through Joy" (20) etc.), ist es in keinem Fall eine ausformulierte Ideologie, die wirksam wird. Entscheidend ist vielmehr in jedem Fall das Transportmittel der Ideologie: der Stil. Verbindendes Element für diejenigen zahlreichen Kids der Gothic-Szene, die mit Faschismus nichts am Hut haben und gerade Skins oft als ihre ausgemachten Feinde erlebt haben, steht als verbindendes Element immer wieder der Bereich der Esoterik und des Okkultismus zur Verfügung. So erzählt Patrick O'Kill ganz selbstverständlich von der schamanistischen Orientierung seiner Frau Amodali, ihren Experimenten mit Runenmagie und den Kontakten zur satanistischen Thelema-Sekte. Bei all dem handelt es sich um allgemein akzeptierte Erscheinungen in der Gothic-Szene.

An dieser Stelle wird auch deutlich, daß Ecki Stiegs Vergleich mit den Hippies auch in bezug auf die Esoterik hinkt. War deren Anrufung des Zeitalters des Wassermanns dazu gedacht, sich die Welt gut, sauber und hell zu lügen, als Rettung von allem Übel die allumfassende Liebe zu propagieren und alle Formen der weltlichen Herrschaft abzulehnen, so akzeptiert das Denken der "Grufties" nicht nur, daß die Welt kaputt, schlecht und verdorben ist, sondern begrüßt dies sogar als notwendigen Schritt, damit es einmal wieder besser werden kann. Nur das Akzeptieren und Ausleben auch der dunklen Seiten des Menschen bringe diesen voran auf dem Weg der Selbsterkenntnis und -vervollkommnung. Die dabei bevorzugten satanistischen und heidnischen Kulte sind durchweg anti-egalitär und basieren auf dem Führerprinzip. Der Sozialdarwinismus eines Boyd Rice wird zwar selten so explizit geäußert wie von ihm selbst, findet sich aber durchgängig im Denken der Szene

verankert. Eine Gleichsetzung mit dem "No future" der Punks wäre völlig falsch. Im Gegensatz zu diesen sehen sich die Grufties als Elite. "Nur scheiße drauf zu sein genügt nicht", zitiert der "Stern" in einem Report über Jugendkulturen (21) ein Hamburger Gruftie. Diese weiter: "Grufties haben Stolz."

Resonanz bei

jungen Neofaschisten

So kann es nicht ausbleiben, daß diese Szene auch Resonanz in der Subkultur jugendlicher Neofaschisten außerhalb der Wahlparteien und des Spektrums der Militanten findet. So gehört zu den von der Band gegrüßten Personen auf der CD von "Blood Axis" neben Peter Steele, dem Kopf, Sänger und Bassisten der sexistischen und rassistischen US-Band "Typo O-Negative", eine gewisse Gerlinde Gronow. Diese gehört zum Umfeld der "Jungen Freiheit", taucht dort zwar seit geraumer Zeit nicht mehr als Autorin auf, dürfte sich aber hinter dem Pseudonym "Gerhard Prinz" verbergen. Hauptarbeitsgebiet von "Gerhard Prinz" bei der "Jungen Freiheit": die letzte Seite der Zeitung mit Berichten über Musik und Events aus dem Darkwave-Bereich in Zusammenhang mit Esoterik und faschistischem Gedankengut. Dabei fällt auf, daß zahlreiche Exponenten der Szene sich nicht auf den musikalischen Ausdruck beschränken. So gab Michael Moynihan einige Zeit das Magazin "Fifth Path" heraus, das Gerlinde Gronow als "Ausdruck einer neuen Rechten" bezeichnet.

Auch Gerlinde Gronow selbst hat zeitweise eine eigene Zeitschrift, "Scharlach" genannt, publiziert, die die oben geschilderten Bands und deren Positionen zu popularisieren suchte. Der Anspruch der selbsternannten "89er", eine geistige Elite zu sein, ein Anspruch, den ähnlich auch die Grufties haben, wird von Gronow offensiv vertreten: "Die meisten Kapitalisten sind nicht stark im eigentlichen Sinne - sie herrschen, weil die Massen dumm und schwach sind, und nicht, weil sie als Beherrscher irgendeine besondere Stärke besäßen. Das gegenwärtige System basiert nicht auf der Vorstellung von einer Elite, sondern auf der Verflachung kultureller Werte." (22) Auch sie bezieht sich explizit auf Julius Evola, Friedrich Nietzsche und Ernst Jünger. Den Satanisten Aleister Crowley lehnt sie ausschließlich deshalb ab, weil er auf den Show-Effekt ausgewesen sei. Schließlich stimmt sie auch der Hitler-Esoterikerin Savitri Devi (23) zu: "Savitri Devi war Hinduistin. In deren Mythologie hieß es, daß ein Weltenzerstörer kommen wird, dessen Aufgabe es ist, diese schlechte Welt oder den schlechten Zustand der Welt zu beenden. Der Weltenzerstörer war die Inkarnation eines höheren Gottes ... Zumindest glaubt Devi, daß, wenn Hitler es nicht geschafft hat, noch Einer kommen wird." (24)

Heftig widersprochen wird Gronow in ihrer Einschätzung von Gruppen wie "Sol Invictus" und "Blood Axis" in einem Leserbrief an die "Junge Freiheit" (25) ausgerechnet von Willi Stasch, dem Inhaber des in Moers ansässigen Labels "Cthulhu Records", der "Blood Axis" und verwandte Gruppen veröffentlicht und jede Verbindung der Bands mit rechtem Gedankengut zurückweist. Ähnlich unwissend gibt sich der Vertrieb "Discordia" (Willich), der in relativ kurzer Zeit von drei auf dreizehn Beschäftigte anwuchs. Ein Zeichen dafür, daß das Geschäft mit dem Weltuntergang floriert.

Verständnisvoll verhält sich auch Rainer Ettler, Herausgeber des Darkwave-Fanzines "Zillo", gegenüber einem seiner Rezensenten, dem Bonner Peter Boßdorf, einem Alt-Aktivisten der neofaschistischen Szene. Boßdorf ist seit Jahren für die "Junge Freiheit" tätig, zunächst als Redakteur für den Bereich Wirtschaft, später vollzog er den Wechsel aus dem platt materiellen in den kulturellen Bereich. Im Abstand von einigen Wochen stellt er in dem nationalliberalen Blättchen unter der Überschrift "Neue Geräusche des Jahres" Platten der Popmusik vor, besonders häufig und liebevoll die aus dem Darkwave-Bereich. "Zillo" bedankte sich außerdem für redaktionelle Werbung für das Blatt in der "Jungen Freiheit" (4/96) mit dem Abdruck einer Anzeige in seiner Februar-Ausgabe. Die "Junge Freiheit", die früher "eine konservative Revolution" sein wollte, warb jetzt, dem Publikum angemessen, damit, "romantisch, anders, frei" zu sein. Da platzte Teilen der Szene der Kragen. Mehr als dreißig Labels verlangten, Blattmacher Ettler solle sich von den rechtsextremen Verbindungen distanzieren. Dieser sieht dafür allerdings keinerlei Anlaß. (26)

Eigentlich kann ich ihm dabei nur zustimmen. Schließlich bestehen diese Zusammenhänge ja tatsächlich. Warum also etwas leugnen, was tatsächlich vorhanden ist? Nicht alle verhalten sich allerdings derart offen wie der den Traditionen des musikalischen Futurismus (27) verpflichtete Franzose Jean-Marc Vivenza, der bei einem Happening am 3. Mai 1990 in Paris an einer öffentlichen Zerstörung der Deklaration der Menschenrechte und von Werken Andy Warhols beteiligt war.

Vivenza bezieht sich zwar ganz und gar nicht auf das Mittelalter, sondern im Gegenteil auf die Moderne, ihre Geschwindigkeit und Industrialisierung, kommt aber ideologisch wie seine futuristischen Vorbilder zu den gleichen Schlußfolgerungen. Seine Musik nennt er auf gut französisch "Bruitismus" (28). Bruitismus könnte als eine Mischung aus Ambient und Industrial bezeichnet werden. Für die unwissenden Alt-68er unter den LeserInnen: Ambient ist in den (häufigeren) schlechten Momenten diejenige New-Age-Musik, die der Psychotherapeut zur Unterstützung seiner Anweisung "Nun stellen wir uns mal eine grüne Wiese vor" benutzt, in den guten dagegen entstehen Werke wie Brian Eno's "Music for Airports". Jede Person, die einmal in der Werkhalle eines Industriebetriebes gearbeitet hat, weiß, daß die Maschinen dort eine sehr intensive Musik spielen können. In Deutschland griffen dies zuerst "Die Krupps" mit ihrer Stahlwerksymphonie auf. Auch für den Industrial können durchaus die musikalischen Experimente des Futurismus als Vorbild gelten.

Diesen propagiert Vivenza denn auch unentwegt in seiner Zeitschrift "Volonté futuriste", wobei der "Wille" ein futuristisches Schlüsselwort ist, und als Referent bei den diversen "neu"rechten Gruppierungen wie den "Synergies Européennes". Dafür, daß sein Wirken auch in Deutschland nicht völlig unbemerkt bleibt, sorgt wiederum der Willicher Vertrieb "Discordia", der auch diese ideologischen Mißklänge zu schätzen weiß. Für Zwietracht/Discordia hat er damit unter den Musikfans bisher noch nicht gesorgt. Aktionen, wie die gegen die Naziskin-Bands vor einigen Jahren, sind ausgeblieben. Die CDs sind in fast jedem größeren Plattenladen mit Independent-Abteilung ohne Schwierigkeiten zu erhalten. Die deutsche, nationale Borniertheit führt wieder einmal dazu, daß als faschistisch nur das registriert wird, was dem Nationalsozialismus entspricht. So wird es wohl weiterhin Mißklänge/Discordia im Darkwave-Bereich reichlich geben.

Jean Cremet

Anmerkungen:

1) Der Begriff ist abgeleitet von dem des Gruselromans (engl. Gothic-Thriller) in der Tradition von Frankenstein etc., der in der Regel im Mittelalter spielt. Die Figur des Dr. Frankenstein kann dabei als programmatisch gelten. Die Entwicklung der modernen Technik setzt Dämonen frei, die das Gute zerstören, auch wenn sie in guter Absicht geschaffen worden sind.

2) Nr.2/96, S.33, dort auch die folgenden Zitate.

3) Die wohl umfassendste Darstellung dieses Leitbildes von nationalrevolutionärer Seite findet sich bei Derek Holland, The Political Soldier: A Statement; Croyden 1984. Die britischen Nationalrevolutionäre wurden neben den italienischen am deutlichsten durch Evola beeinflußt. Ursache dafür war die Flucht einiger italienischer neofaschistischer Terroristen nach Großbritannien, wo sie in engem Kontakt mit Kadern der National Front standen und deren Ideologie allmählich veränderten. Vgl. Searchlight, From Ballots to Bombs; London 1989

4) Zu den beiden Gedichtbänden und zur Rezeption Drieus durch die Zeitgenossen vgl. Margarete Zimmermann, Die Literatur des französischen Faschismus. Untersuchungen zum Werk Pierre Drieu la Rochelles 1917 - 1942; München 1979

5) Auch diese Namensgebung ist wiederum ein deutlicher Bezug auf Julius Evola, für den dieser Begriff zentral sowohl in seinen spirituellen Auffassungen als auch in seinem Gesellschaftsbild war. "Man verlangte deshalb vom König, daß er die symbolische und sonnenhafte Eigenschaft des invictus - Unbesiegten - sol invictus (unbesiegte Sonne) - und damit den Zustand seiner Zentralität (Mittelpunktshaftigkeit) aufrechterhalte, was dem fernöstlichen Gedanken der 'Unveränderlichkeit der Mitte' entspricht." (Julius Evola, Revolte gegen die moderne Welt; Vilsbiburg 1993, S.39). Das Bild des sol invictus entstammt der Wintersonnenwende. Die Nacht hat den Höhepunkt ihrer Ausdehnung erreicht, die Kraft der Sonne scheint besiegt, setzt sich jedoch langsam wieder durch, um letztlich über Dunkelheit und Kälte zu triumphieren.

6) Friedrich Nietzsche, Also sprach Zarathustra, S.15

7) Edward Limonow: Le grand hospice occidental; Paris: Les Belles Lettres 1993, S.198

8) ebd., S.200

9) Zur schillernden Person Williguts siehe die Schrift des Ariosophen Rudolf J. Mund, Der Rasputin Himmlers; Wien: Volkstum-Verlag 1982, wo auch ausführlich dessen Beziehungen zu Evola geschildert werden (S.275 - 289). Ein eigenes Kapitel wird dem "Privatmagier Himmlers" auch in dem Standardwerk von Nicholas

Goodrick-Clarke, The Occult Roots of Nazism. Secret Aryan Cults and their Influence on Nazi Ideology; New York: New York University Press 1992, S.177 - 191, gewidmet.

10) Die im deutschen Neofaschismus kaum beachtete "Eiserne Garde" oder "Legion des Erzengels Michael" hat auf die neofaschistischen Bewegungen anderer europäischer Länder, besonders bei deren nationalrevolutionären Fraktionen erheblichen Einfluß ausgeübt. Besonders ausgeprägt war hier neben der Anti-Bürgerlichkeit die Forderung und Praktizierung einer engen Verknüpfung von Politik und Spiritualität. So gehörten bei dieser Gruppe Gottesdienst und politische Versammlung stets untrennbar zusammen.

11) Dafür beispielhaft sein Essay "Der Waldgang" (Sämtliche Werke Bd.7, Stuttgart 1980, S.281 - 374), der besonders deutlich die Veränderungen gegenüber der Periode von "Der Kampf als inneres Erlebnis" markiert. Findet bei der traditionellen Rechten der Jünger des soldatischen Nationalismus besondere Anerkennung, so ist es bei der Nouvelle Droite gerade dieser Essay, der prägend wirkt. So ist eine "neu"rechte ökofaschistische Zeitschrift nach der französischen Übersetzung des Aufsatzes "Le recours aux forêts" benannt worden.

12) Armin Mohler, Der faschistische Stil, S.87; in: ders., Liberalenbeschimpfung. Drei politische Traktate; Essen: Heitz & Höffkes 1992, S.79 - 127

13) ebd.

14) siehe Furio Jesi, Kultur von rechts; Frankfurt/Main: Roter Stern 1984

15) zu dieser literarischen Verknüpfung von Avantgarde und Faschismus vgl. Eva Hesse, Die Achse Avantgarde - Faschismus. Reflexionen über Filippo Tommaso Marinetti und Ezra Pound; Zürich: Arche o.J.

16) vgl. dazu Heinz Gees: Vom Faschismus zum Neuen Denken. C. G. Jungs Theorie im Wandel der Zeit; Lüneburg: zu Klampen 1994

17) zit. nach Sascha Ziehn: Boyd Rice/NON; in: Testcard Nr.1, 1995, S.108 - 116, S.112

18) Ein umfassendes Portrait dieser Gruppe ist der Band von Robert Forbes, Misery and Purity, London: Jara Press

19) siehe Booklet zur Doppel-CD "The little Death" (Celtic Circle Productions/EFA 1995)

20) Das Cover der ersten CD dieser australischen Band "The Force of Truth and Lies" "zieren" auf einem Schwarz-weiß-Photo germanische Maiden in Reih und Glied bei der Ballgymnastik, die Haare züchtig zu Zöpfen geflochten, die schlanken Körper in weißen Gymnastikanzügen, die den Körper durchscheinen lassen.

21) Stern 2/96, S.55

22) zit. nach Franziska Tenner: Ehre, Blut und Mutterschaft. Getarnt unter Nazi-Frauen heute; Berlin: Aufbau 1994, S.218

23) Näheres zu ihrer Person im Materialdienst der evangelischen Zentralstelle für Weltanschauungsfragen 4/91, S.105

24) zit. nach Tenner, aao., S.222. Bezeichnend für die Naivität der Interviewerin Franziska Tenner ist ihre Schlußfolgerung aus dem Gespräch: "Es ist für Nichteingeweihte sicher nicht einfach, zu verstehen, was Gerlinde Gronow genau meint ... Damit umzugehen wird um so schwieriger, weil fast jeder private Hintergrund von ihr fehlt. Wenn sie mir den Zugang zu ihrer Privatsphäre nicht völlig verwehrt hätte, wäre aus dem Gespräch vielleicht mehr abzuleiten gewesen." (S.237) Da sie sich ihr fehlendes Wissen in bezug auf nicht alltägliche Formen des Faschismus nicht eingestehen will, glaubt die Autorin, den Schlüssel in der Privatsphäre finden zu können.

25) Nr.37/95

26) siehe Junge Welt v. 8.2.96

27) vgl. Otto Kolleritsch (Hrsg.), Der musikalische Futurismus; Graz 1976

28) Einen guten Überblick über sein Schaffen bietet die Compilation "Fondements bruitistes" (1995).

18. "Public Enemy Number One". Zur Geschichte der Black Panther Party

Autor: Michael Hahn · Rubrik: USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak389/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:389:24

Kaum eine afroamerikanische Organisation ist weltweit so bekannt - und so legendär - wie die frühere "Black Panther Party". Was war das für eine Organisation? Die BPP existierte keine fünf Jahre, von Oktober 1966 bis zu ihrer Spaltung Anfang 1971. In dieser kurzen Zeit gewann sie mehrere Tausend aktive Mitglieder und Millionen von SympathisantInnen, baute internationale Beziehungen auf (vor allem mit antikolonialen Bewegungen und Regierungen in der "Dritten Welt", aber auch nach Westeuropa) und wurde vom FBI zum innenpolitischen "Feind Nummer Eins" erkoren - und entsprechend erbarmungslos bekämpft. Mitte April kommt der US-amerikanische Spielfilm "Panther" in die deutschen Kinos (siehe unten) Aus diesem Anlaß ein kurzer Überblick über die Geschichte der BPP.

Bis heute, 25 Jahre nach der Zerschlagung der Black Panther Party, existiert merkwürdigerweise kein historisches "Standardwerk" über die Geschichte dieser Organisation. Bisher gibt es nur Original-Dokumente aus der damaligen Zeit, einzelne nachträgliche Interviews oder biographische Fragmente von Beteiligten, sowie zwei ausführliche Autobiographien (Brown und Hilliard), die allerdings nur Teilaspekte der BPP beleuchten. In der BRD erschien vor zwei Jahren eine zusammenfassende historische Darstellung (Demny), die allerdings in der Analyse des historischen Kontexts einige Schwächen aufweist. Diese Lücke in der historischen Literatur ist um so bemerkenswerter, als es (nicht nur) in den USA in den vergangenen Jahren eine wahre Flut von "Black Studies"-Veröffentlichungen und von Studien über "the Sixties" gegeben hat. Die Geschichte der BPP ist aber bisher nicht ernsthaft erforscht. Auch die damaligen Beteiligten (soweit sie nicht ermordet wurden oder durch langjährige Haft an einer ernsthaften Diskussion gehindert sind) haben bisher ihre Geschichte kaum reflektiert (siehe die Interviews in "Black Power").

Die Black Panther Party for Self Defense (so der offizielle Titel; der Zusatz "für Selbstverteidigung" wurde allerdings später gestrichen) wurde im Oktober 1966 in Oakland (bei San Francisco) von zwei afroamerikanischen College-Studenten gegründet. Huey Newton und Bobby Seale waren bereits mehrere Jahre lang politisch aktiv. 1966 entwarfen sie ein "Zehn-Punkte-Programm" (siehe Kasten) und begannen, damit in den afroamerikanischen Vierteln von Oakland zu agitieren. Das anfängliche Zwei-Mann-Projekt entwickelte sich bald zu einer ansehnlichen Organisation. Anfang 1967 hatten die Panther einige Dutzend Mitglieder in Oakland und eröffneten ihr erstes Büro.

Erste überregionale (sogar internationale) Schlagzeilen machte die BPP mit einer spektakulären Aktion im Mai 1967, als rund 40 bewaffnete Mitglieder in das kalifornische Parlament in Sacramento stürmten (siehe Filmbesprechung). Ein Jahr später war die Organisation landesweit aktiv, mit mehreren Tausend Mitgliedern in rund 40 Ortsgruppen. Die Zeitung "The Black Panther" (an der zeitweise auch der junge Mumia Abu-Jamal mitarbeitete) erreichte 1969 eine wöchentliche Auflage von über 100.000.

"Bürger beobachten die Polizei"

Doch zurück zu den Anfängen in Oakland. Die von Newton und Seale praktizierte "Selbstverteidigung" gegen die rassistische Brutalität der Polizei sah folgendermaßen aus: Die Panthers patrouillierten bewaffnet in den Straßen der afroamerikanischen Viertel und beobachteten Polizeistreifen bei ihrer Tätigkeit (das offene Tragen von Schußwaffen war damals in Kalifornien legal). Die Polizei bestand zur damaligen Zeit noch fast ausschließlich aus weißen Männern und wurde von vielen Getto-BewohnerInnen als rassistische Besatzungsarmee wahrgenommen. Mit ihrer demonstrativen Präsenz konnten die bewaffneten Panther-Patrouillen immer wieder polizeiliche Übergriffe und unrechtmäßige Festnahmen verhindern. Dieses mutige Auftreten gegenüber der Polizei verschaffte den Panthers ein hohes Ansehen in den Gettos.

Mit ihrem kämpferischen und disziplinierten Auftreten, mit ihren Uniformen aus schwarzen Lederjacken und Baretts und mit ihren charismatischen Führungspersonen erzielte die BPP große öffentliche Aufmerksamkeit. Die Tatsache, daß sich junge schwarze Männer und Frauen bewaffnet der Polizei entgegenstellten, sorgte für Bewunderung bei vielen AfroamerikanerInnen, die bis dahin sich meist wehrlos von der Polizei terrorisieren lassen mußten.

Andererseits verstärkten die erfolgreichen "Show-Downs" aber vielleicht auch eine Tendenz zu martialischem Gehabe nach außen und macho-typischen internen Strukturen. So gab es später völlig sinnlose Befehle aus der BPP-Zentrale, die einzelnen Parteibüros auch gegen eine riesige Übermacht der Polizei bewaffnet zu verteidigen.

Eine Anekdote am Rande: In der Anfangszeit finanzierten Newton und Seale ihre Schußwaffen und ihr Propagandamaterial mit dem Verkauf der "Worte des großen Vorsitzenden Mao Tse-Tung". Sie kauften die legendären kleinen "Mao-Bibeln" kistenweise in einem chinesischen Buchladen in San Francisco und verscherbelten sie mit kräftigem Preisaufschlag an die Studierenden der Universität in Berkeley.

Weniger schlagzeilen-trächtig als das oft recht martialische Auftreten in der Öffentlichkeit waren die sozialen Programme, die die verschiedenen Panther-Ortsgruppen entwickelten: Angefangen mit kostenlosen Frühstücksprogrammen für mehrere zehntausend schwarze Schulkinder über kostenlose Kleiderverteilung und freien Getto-Kliniken bis hin zu "Liberation Schools". Diese sozialen Angebote waren kein karitatives Programm, sondern wurden zur politischen Agitation und Bewußtseinsbildung benutzt.

Reformistische Plattform

Trotz ihres kämpferisch-martialischen Auftretens und ihrer revolutionären Rhetorik war die politische Orientierung der Panthers bemerkenswert reformistisch. Das "Zehn-Punkte-Programm" enthält zahlreiche Verweise auf die Ideale der US-Verfassung und Forderungen nach Vollbeschäftigung und besseren Wohnungen (siehe Kasten). Der einzige eindeutig über die US-Verfassung hinausweisende Punkt ist die Forderung nach einer Volksabstimmung unter der afroamerikanischen Bevölkerung. Auch diese Forderung wurde mit Zitaten aus der US-Verfassung und von dem Sklavenhalter(!) Thomas Jefferson, dem Autor der US-Unabhängigkeitserklärung, begründet.(1)

Die "Zehn Punkte" wurden von Newton und Seale noch vor der offiziellen Gründung der BPP formuliert und blieben die ganze Zeit über verbindliches Programm (abgesehen von der Modifikation in Punkt 3). Dies dürfte freilich weniger die unerschütterliche Weisheit der Plattform belegen als vielmehr den undemokratischen Charakter der BPP, die eine basisdemokratische Reflexion und Veränderung des einmal beschlossenen Programms nicht zuließ - trotz der rapiden Veränderungen innerhalb und außerhalb der Organisation.

Die BPP-Führer bezeichneten ihre Organisation immer wieder als "marxistisch-leninistisch" und propagierten den "Klassenkampf" (statt "Black Power"). Was damit genau gemeint war, blieb jedoch oft unklar. Tatsächlich handelt es sich bei der Ideologie der Panthers eher um ein Sammelsurium aus verschiedenen Ansätzen. So entwickelte die BPP (vor allem unter dem Einfluß von Eldridge Cleaver, der im Mai 1967 beitrat) eher eine "lumpenproletarische" Strategie. Gemeint waren ein Schwerpunkt auf Jugendliche in den afroamerikanischen Gettos und Bündnisse mit radikalen Organisationen in anderen ethnischen "Communities" (Puertoriquenos, mexikanische ImmigrantInnen, American Indian Movement, Weiße). Gleichzeitig vertrat die BPP Elemente des "Black Nationalism" (die schwarze Bevölkerung wurde als "Kolonie" definiert). Andererseits setzte sie sich scharf ab gegen bürgerliche schwarze PolitikerInnen, gegen Forderungen nach einem "Black Capitalism" und gegen kulturnationalistische Strömungen (siehe unten).

Newton galt als "Cheftheoretiker". Die "Mao-Bibeln" wurden nicht nur zur Geldbeschaffung verwendet, sondern dienten auch als internes Schulungsmaterial. Der wichtigste Text für die BPP war jedoch ein anderer: "Die Verdammten dieser Erde" von Frantz Fanon. Mehr als wohl alle anderen afroamerikanischen Organisationen der damaligen Zeit entwickelten die Panthers eine internationalistische Perspektive und pflegten Kontakte zu Befreiungsbewegungen und revolutionären Regierungen in der "Dritten Welt" (Cuba, Algerien, Nordvietnam, China, etc.) und rezipierten deren politische Theorien.

Repression

Die staatliche Repression ließ nicht lange auf sich warten. Ende 1967 wurde Huey Newton wegen angeblichen Polizistenmordes verhaftet und mußte eine knapp dreijährige Gefängnisstrafe absitzen (das Urteil wurde später aufgehoben). Anfänglich war die BPP noch in der Lage, Protest und Widerstand gegen die wachsende Repression zur Mobilisierung zu nutzen (z.B. mit einer landesweiten "Free Huey!"-Kampagne). Aber die Zahl der Panther-Mitglieder, die wegen tatsächlicher oder angeblicher Gesetzesverstöße in den Knast kamen, stieg stetig. Allein 1969 wurden fast tausend Mitglieder verhaftet. Dies war auch eine enorme Belastung für die

Ressourcen der Organisation. Die Kautionen, die die BPP bei den Justizbehörden hinterlegen mußte, addierten sich bald auf mehrere Millionen Dollar.

Die Repression blieb nicht auf Verhaftungen beschränkt. Das FBI hatte ein ausgefeiltes Aufstandsbekämpfungsprogramm entwickelt (COINTELPRO - Counter-Intelligence Program). 1967 ordnete FBI-Chef J. Edgar Hoover an, radikale schwarze Organisationen wie die BPP mit Spitzeln und Provokateuren zu infiltrieren und massiv zu stören. Für Hoover war die BPP "die größte Bedrohung für die innere Sicherheit des Landes". Ziel sei es, ein "Bündnis von militanten schwarzen nationalistischen Gruppen" und ein "Aufkommen eines schwarzen Messias" zu verhindern. Die Existenz dieses Programms konnte erst 1971 enthüllt werden, als eine anonyme Gruppe ("Citizens Commission to Investigate the FBI") in Pennsylvania in ein FBI-Büro einbrach und geheime Dokumente erbeutete.

Das FBI ließ mehrere Dutzend BPP-Kader ermorden oder stachelte interne Konflikte so weit an, daß Kader von den eigenen Leuten umgebracht wurden. Dazu war jedes Mittel recht - neben den "normalen" polizeilichen Überwachungsmethoden (Telefonabhören, etc.) auch gezielte Counterinsurgency-Maßnahmen wie fingierte Briefe von einem BPP-Mitglied zum anderen, Desinformationskampagnen in der Öffentlichkeit, fabrizierte Beweismittel, etc.

Das COINTELPRO blieb nicht ohne Erfolg. Anfang 1971 spaltete sich die BPP unter wüsten gegenseitigen Beschimpfungen und Verdächtigungen - und selbst mit gegenseitigen Mordanschlägen. Eine Fraktion (darunter der ins algerische Exil geflohene Eldridge Cleaver), die vor allem aus den Ortsgruppen an der US-Ostküste bestand, propagierte den Aufbau einer afroamerikanischen Guerilla in den USA. Aus dieser Fraktion entwickelte sich die Black Liberation Army. Die BLA führte zwar bis etwa 1981 einige spektakuläre Aktionen durch (u.a. die Befreiung von Assata Shakur aus dem Knast und ihre gelungene Flucht ins cubanische Exil), blieb aber politisch ohne Einfluß und wurde schließlich zerschlagen. Mehrere frühere BLA-Mitglieder sitzen noch heute im Gefängnis (siehe auch die Interviews in "Black Power").

Die größere, von Newton geführte Fraktion (vor allem an der Westküste) distanzierte sich vom bewaffneten Kampf. Bei einer weiteren "Säuberung" wurde 1973 auch Seale ausgeschlossen. 1974 mußte Newton ins Exil nach Cuba fliehen und ernannte seine Geliebte Elaine Brown zur Vorsitzenden. Sie orientierte die BPP auf kommunale Wahlpolitik und erreichte damit Mitte der 70er Jahre in Oakland einigen politischen Einfluß. Nach Newtons Rückkehr aus dem Exil wurde Brown "gefeuert". Begründung: Unter weiblicher Führung sei die Partei verweichlicht. In der Folgezeit zerfiel auch der Rest der Organisation. Newton engagierte sich zeitweise in sozialen Projekten, litt aber zunehmend unter seiner Drogenabhängigkeit. 1989 wurde er von einem Dealer in Oakland erschossen.

Manche ehemaligen Panther haben bis heute unter den Folgen der bitteren Fraktionskämpfe zu leiden. Einer davon ist "Geronimo" Pratt, der seit 1970(!) wegen angeblichen Mordes im Knast sitzt (siehe ein Interview mit ihm in "Black Power"), und dessen Antrag auf Haftentlassung auf Bewährung im März 1996 erneut abgewiesen wurde. Newton, der Pratt elf Monate vor dessen Verhaftung aus der BPP ausgeschlossen hatte, weigerte sich, in Pratts Prozeß als Entlastungszeuge auszusagen. Tatsächlich war Pratt nämlich zum Zeitpunkt des fraglichen Mordes rund 800 Kilometer vom Tatort entfernt.

Anfang der 90er Jahre versuchten mehrere ehemalige BPP-Mitglieder, die alte Organisation mit einem Zeitungsprojekt ("Black Panther - Black Community News Service") wiederzubeleben. Nach fünf Ausgaben innerhalb von zwei Jahren wurde das Projekt allerdings wieder eingestellt. Die Zeitung war ohnehin nur ein Abklatsch alter Zeiten: neben allerlei historischen Dokumenten fanden sich auch unverhohlen rassistische Aufrufe zum Boykott koreanischer Läden in den Gettos.

Interne Widersprüche

Die massive staatliche Repression reicht nicht aus, um die Spaltung und Zerschlagung der BPP zu begründen (ebensowenig wie die Darstellung des Filmes "Panther", die das Einschleusen von harten Drogen in die afroamerikanischen Gettos für das Ende der Organisation verantwortlich macht - siehe S. 15). Das COINTELPRO konnte nur wirksam werden, weil es in der BPP auch massive interne Widersprüche gab. Der Streit um die Aufnahme des bewaffneten Kampfes war dabei nur ein Punkt unter vielen.

Dazu kam ein extrem autoritärer Führungsstil (deswegen auch die stark personen-bezogene Zusammenfassung der BPP-Geschichte). Anders als die wichtigsten Organisationen der Bürgerrechtsbewegung, die eher als lose Vernetzung von örtlichen Initiativen agierten, betonte die BPP ein straffes, zentralistisches Modell mit festen Rängen und Befehlsstrukturen. Entgegen diesem Anspruch war die BPP allerdings von ständiger Improvisation und organisatorischem Chaos gekennzeichnet. Angesichts des raschen Wachstums und des immer stärker werdenden Repressionsdrucks (die wichtigsten Führungspersonen standen ständig mit einem oder gar beiden Füßen im Knast - oder wurden vom FBI liquidiert) konnte spätestens 1969 kaum noch von einer einheitlichen Organisation gesprochen werden.

Dazu kam der haarsträubende Sexismus in der BPP. In ihrer Autobiographie berichtet Elaine Brown über ständige sexuelle Erniedrigungen und offene körperliche Gewalt. Obwohl Frauen offiziell als gleichberechtigte Mitglieder aufgenommen wurden und bewaffet waren, wurden sie mit aller Selbstverständlichkeit als Sexualobjekte behandelt, die den männlichen Kadern jederzeit zur Verfügung zu stehen hatten. Freilich war dies keine Besonderheit der BPP. Auch die damalige StudentInnenbewegung war von offenem Sexismus geprägt.

Bei dem internen Chaos spielte sicher auch eine große Rolle, daß die meisten BPP-Kader sehr jung waren. Mit seinen 30 Jahren war Bobby Seale bei der Gründung 1966 mit Abstand der Senior der Organisation. Newton war gerade mal 24 Jahre alt, andere waren noch jünger. Es ist schon erstaunlich, wie sehr diese "Kids" den Staatsapparat ins Schwitzen brachten.

Kontext: Bürgerrechtsbewegung

Es ist kein Zufall, daß die BPP in Oakland entstand. Die Studenten Newton und Seale waren zweifellos von der sich radikalisierenden StudentInnenbewegung im benachbarten Berkeley ("Free Speech Movement" ab 1964) beeinflußt. Die überwiegend weiße US-StudentInnenbewegung der 60er Jahre ist ihrerseits undenkbar ohne die mehrheitlich schwarze Bürgerrechtsbewegung der 50er und frühen 60er Jahre. Im Unterschied zur Bürgerrechtsbewegung, die fast nur in den Südstaaten aktiv war (und dort besonders auch in Kleinstädten und ländlichen Gebieten), war die BPP fast ausschließlich in den großstädtischen Gettos im Norden und Westen der USA aktiv.

Nachdem der US-Kongreß 1965 das wichtigste Bürgerrechtsgesetz (Voting Rights Act) verabschiedet hatte, kam es in zweierlei Hinsicht zu einer Radikalisierung der Bürgerrechtsbewegung. Erstens verlegten die "bürgerlichen" Kräfte (Martin Luther King u.a.) ihre Aktionen in die Nordstaaten. Nachdem in den Südstaaten mit der Abschaffung der gesetzlichen Rassentrennung zumindest die formale Gleichstellung gesichert schien, sollte es jetzt stärker um soziale Belange gehen: Lebensbedingungen in den Gettos, Rassismus im Wohnungswesen, Diskriminierung am Arbeitsplatz. Es zeigte sich jedoch schnell, daß die "traditionelle" Bürgerrechtsbewegung hier an ihre Grenzen stieß - spätestens als King bei einer anti-rassistischen Demonstration in einem Vorort von Chicago von aufgehetzten Weißen angegriffen wurde.

Gleichzeitig eskalierten in den Nordstaaten die Massen-Unruhen in den afroamerikanischen Gettos: Watts (Los Angeles) 1965 war der Anfang, in den folgenden Jahren gab es mehr oder weniger spontane Aufstände in hunderten von Gettos. Interessanterweise gab es in Oakland, dem Schwerpunkt der BPP, keine "Riots". Es ist anzunehmen, daß die Panthers mit ihrer Botschaft von Organisation und Disziplin dafür verantwortlich sind.

Der zweite Radikalisierungs-Strang der Bürgerrechtsbewegung betraf vor allem das Student Non-Violent Coordinating Committee (SNCC, ausgesprochen als "Snick"), das ab 1960 massenhafte Sit-Ins und Kampagnen zur Registrierung schwarzer WählerInnen organisierte. 1966 verwarf das SNCC den bisherigen Integrationismus und nahm die Parole "Black Power" auf. Weiße Mitglieder (rund ein Drittel der Organisation) wurden ausgeschlossen. Gleichzeitig verabschiedete sich SNCC vom bisherigen Grundsatz der Gewaltfreiheit und riet seinen AktivistInnen, sich zumindest bei riskanten Aktionen zu bewaffnen - zum Selbstschutz. In diesem Zusammenhang entstand 1965 im Südstaat Alabama die erste Black Panther Party, die vor allem als Wahlpartei auftrat. Newton und Seale "klauten" den Namen dann ein Jahr später.

Zusammenarbeit mit Weißen?

Ende 1967 traten die ersten SNCC-Kader der BPP bei, 1968 kam es vorübergehend zu einer Verschmelzung beider Organisationen (damals war das SNCC allerdings schon im Niedergang). Der bekannte SNCC-Führer

Stokely Carmichael wurde 1968 zum "Premierminister" der BPP ernannt, trat aber 1969 wieder aus. Zentraler Streitpunkt: Die Zusammenarbeit mit linken Weißen.

Carmichael und andere "Black Nationalists" lehnten eine solche Zusammenarbeit prinzipiell ab oder betrachteten sie zumindest als Zeitverschwendung. Newton, Seale und Cleaver betonten jedoch die "multi-rassische" Kooperation. 1968 verbündete sich die BPP mit der (mehrheitlich weißen) linksliberalen "Peace and Freedom Party". Cleaver wurde als US-Präsidentschaftskandidat der PFP (die nur in Kalifornien aktiv ist) bestimmt und erhielt 1968 knapp 200.000 Stimmen. 1969 organisierten die Panthers eine kurzlebige "United Front against Fascism", ein Bündnis mit anderen linken Organisationen, einschließlich der "alten" KP.

Die heftigste "Kritik" an diesem "multi-rassischen" Kurs kam von der kalifornischen Organisation US (United Slaves), die einen "kulturellen Nationalismus" vertrat. Diese "Kritik" ging bis hin zu Mordanschlägen gegen BPP-Kader. US-Führer Ron Karenga ist heute noch aktiv und publiziert "afrozentristische" Literatur. Von ihm stammt auch die Idee für "Kawaanza", ein einwöchiges Fest Ende Dezember, in dem angebliche(!) alte afrikanische Rituale wiederbelebt werden sollen. In den vergangenen Jahren ist "Kawaanza" unter AfroamerikanerInnen immer populärer geworden.

Die Tatsache, daß die Karengas heute weiterhin aktiv sind, während die alten Panthers tot, im Knast und weitgehend vergessen sind, spricht Bände über die Verfassung der afroamerikanischen Bewegung. Die US-amerikanische Linke hat sich von der Zerschlagung der Black Panther Party nie mehr erholt.

Michael Hahn

Anmerkungen:

(1) Der Gedanke, eine Volksabstimmung in der "schwarzen Nation" in den USA durchzuführen, kursiert bis heute in manchen nationalistisch-separatistischen Organisationen. Die Umsetzung wäre freilich ein Alptraum. Die Zahl der Wahlberechtigten ließe sich nur bestimmen, indem man rassistische Klassifizierungen übernimmt. Wer gehört denn zur "Black Nation" und wer nicht?)

Das Zehn-Punkte-Programm der BPP

(Oktober 1966)

1. Wir wollen Freiheit. Wir wollen die Macht haben, das Schicksal unserer schwarzen Community zu bestimmen.

2. Wir wollen Vollbeschäftigung für unser Volk.

3. Wir wollen, daß unser schwarzes Volk nicht länger durch den weißen Mann (1969 geändert: durch den Kapitalisten) ausgeraubt wird.

4. Wir wollen anständige, menschenwürdige Wohnungen.

5. Wir wollen für unser Volk eine Ausbildung, die das wahre Wesen der dekadenten amerikanischen Gesellschaft aufdeckt. Wir wollen eine Ausbildung, die uns unsere wahre Geschichte und unsere Stellung in der heutigen Gesellschaft verstehen lehrt.

6. Wir wollen, daß alle schwarzen Männer vom Militärdienst befreit werden.

7. Wir wollen die sofortige Beendigung der Polizei-Brutalität und der Morde an schwarzen Menschen.

8. Wir wollen die Freilassung aller Schwarzen, die in Bundes-, Staats-, Landkreis- und Stadtgefängnissen inhaftiert sind.

9. Wir wollen, daß alle Schwarzen bei Gerichtsverhandlungen von solchen Geschworenen beurteilt werden, die ihresgleichen sind oder aus ihren schwarzen Wohngemeinden stammen, wie es die Verfassung der Vereinigten Staaten vorsieht.

10. Wir wollen Land, Brot, Wohnungen, Bildung, Kleidung, Gerechtigkeit und Frieden; und als wichtigstes politisches Ziel eine von den Vereinten Nationen überwachte Volksabstimmung in der gesamten schwarzen Kolonie, an der nur schwarze Kolonialangehörige teilnehmen dürfen, um über den Willen des schwarzen Volkes hinsichtlich seines nationalen Schicksals zu entscheiden.

(Die "Langfassung" mit Erläuterungen zu den einzelnen Punkten ist nachzulesen in Demny, S. 39-41 oder Redaktionskollektiv Right On, S. 142-144)

Lesetips

Elaine Brown: A Taste of Power. A Black Woman's Story. New York 1992

Oliver Demny: Die Wut des Panthers. Die Geschichte der Black Panther Party, Münster 1994 (Unrast)

David Hilliard: This Side of Glory: The Autobiography of David Hilliard and the Story of the Black Panther Party. Boston 1993

Manning Marable: Race, Reform and Rebellion. The Second Reconstruction in Black America, 1945-1982, Jackson (Mississippi) 1984

Melvin and Mario Van Peebles: They really had to become Panthers (Interview). In: Die Beute 4/95, S. 8-18

Redaktionskollektiv "Right On" (Hg.): Black Power. Interviews mit (Ex-)Gefangenen aus dem militanten schwarzen Widerstand. Berlin (Edition ID-Archiv) 1993

Schwarzer Widerstand und Befreiungsbewegung seit dem 17. Jahrhundert in den USA (Broschüre), Bestellung: Infoladen "Anschlag", Heeperstr. 132, 33607 Bielefeld

Bobby Seale: Seize the Time: The Story of the Black Panther Party and Huey P. Newton, New York 1970 (deutsch: Wir fordern Freiheit, Frankfurt 1971)

19. Kunst gegen die Todesstrafe. Wanderausstellung als Solidarität mit Mumia Abu-Jamal

Autor: Michael Hahn · Rubrik: Kultur; Internationale Solidarität; USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak389/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:389:30

Unter dem Motto "Art and Writings Against the Death Penalty" wird in elf deutschen Städten in den kommenden Wochen eine Wanderausstellung gezeigt (Termine siehe unten). Die Ausstellung geht auf eine Initiative von politischen Gefangenen in den USA zurück, die sich 1994 an politische Gefangene in aller Welt wandten und um künstlerische und literarische Beiträge baten - als Solidaritätsaktion für Mumia Abu-Jamal. Zur Erinnerung: Der afroamerikanische Journalist wurde 1982 wegen angeblichen Polizistenmordes zum Tode verurteilt. Eine internationale Kampagne konnte im vergangenen Sommer seine Hinrichtung vorläufig verhindern (siehe aks 380-383).

125 Gefangene aus zehn Ländern (USA, Chile, Peru, BRD etc.) beteiligten sich an der Wanderausstellung - mit Gedichten, Prosa, Gemälden, Collagen, Zeichnungen bis hin zu Schmuck und Skulpturen. Eine Auswahl der Beiträge wurde 1995 in den USA und Kanada gezeigt und ist 1996 in Westeuropa unterwegs.

Unterdessen nimmt Mumia Abu-Jamals Verfahren den Gang durch die juristischen Instanzen. Im vergangenen September lehnte der berüchtigte Todesstrafen-Richter Albert Sabo in Philadelphia den Antrag auf ein neues Verfahren ab. Dagegen legten Mumias AnwältInnen am 9. Februar vor dem Obersten Gericht von Pennsylvania Widerspruch ein. Jetzt muß sich die Staatsanwaltschaft dazu äußern. Danach entscheiden die Richter, ob es zu einer erneuten Anhörung kommt oder nach Aktenlage entschieden wird. Dies kann sich noch bis 1997 hinziehen. Bei einer negativen Entscheidung bleibt Mumia nur noch die Berufung vor dem Bundesgericht in Philadelphia und eventuell noch ein Eilantrag vor dem US-Supreme Court in Washington, DC.

Die internationale Solidaritätsbewegung hat sich in den vergangenen Monaten eine wohlverdiente Ruhepause gegönnt. In den USA wird derzeit an einer "Million Letter Campaign" gearbeitet. Bis Mitte Mai sollen eine Million Briefe zugunsten von Mumia gesammelt und der US-Innenministerin Janet Reno überreicht werden. Allerdings ist zu befürchten, daß sich die OrganisatorInnen mit dem hochgesteckten Ziel etwas übernommen haben.

Hetzartikel

in der "Süddeutschen"

In der BRD veröffentlichte die Süddeutsche Zeitung am 16. März einen ganzseitigen Artikel über die Mumia-Kampagne. Unter der Überschrift "Die Solidaritäter" werden mit mehrmonatiger Verspätung verschiedene Vorwürfe recycelt, die die US-Presse bereits im vergangenen Sommer verbreitet hatte. SZ-Autor Burkhard Müller-Ullrich ist sich sicher: "Abu-Jamal ist nach allen kriminalistischen Regeln als Täter überführt worden. ... Mumia Abu-Jamal hat gemordet." Die internationale Solidaritätskampagne bezeichnet Müller-Ullrich als das "Wirken einer medienbeherrschenden Wohltäter-Schickeria unter den Bedingungen kommunikationstechnischer Globalisierung", als "Menschenrechtsfolklore" und "ethischen Überdruck".

Abgesehen von Müller-Ullrichs kaum verhüllten Ressentiments gegen Intellektuelle und "Starphilosophen" ist ihm anscheinend auch egal, daß es sich hier um ein Todesurteil handelt. Abu-Jamal wurde 1982 keineswegs "nach allen kriminalistischen Regeln" verurteilt. Verschiedene entlastende Indizien "verschwanden" oder wurden nicht zur Kenntnis genommen.

Ein Beispiel für Müller-Ullrichs "Beweisführung": Er behauptet, zwei Zeugen hätten im Krankenhaus gehört, wie sich der schwerverletzte Abu-Jamal gebrüstet hätte: "I shot the motherfucker!" Was Müller-Ullrich nicht schreibt: Es gab einen weiteren Zeugen, den Polizisten Gary Wakshul, der Mumia verhaftete und auch im Krankenhaus nicht von seiner Seite wich. Er gab anschließend zu Protokoll, Mumia habe die ganze Zeit "nichts gesagt". Das angebliche "motherfucker"-Geständnis wurde erst 64 Tage später protokolliert. Als die Verteidigung während des Gerichtsverfahrens 1982 Wakshul vernehmen lassen wollte, befand er sich "zufälligerweise" gerade im Urlaub und wurde nicht vernommen. Damit nicht genug: Bei der Anhörung über Mumias Antrag auf ein neues Verfahren im vergangenen Sommer sagte Wakshul aus, er sei während des

ersten Prozesses sehr wohl in Philadelphia geblieben und habe sich dem Gericht zur Verfügung gehalten. Solche Ungereimtheiten, die zumindest ein neues Verfahren für Mumia rechtfertigen würden, finden sich zuhauf - nur sind sie Müller-Ullrich noch nicht aufgefallen.

Andere EntlastungszeugInnen wurden von der Polizei unter massiven Druck gesetzt und änderten daraufhin ihre Aussagen. Fast alle AfroamerikanerInnen wurden von der Geschworenenjury (die nach US-Recht eigentlich einen repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung im jeweiligen Gerichtsbezirk bilden soll) ausgeschlossen, weil Schwarze möglicherweise mit dem Angeklagten sympathisieren könnten. Die Staatsanwaltschaft erreichte einen Schuldspruch durch die Jury, indem sie versicherte, Mumia hätte noch unzählige Berufungsmöglichkeiten, in denen ein Todesurteil wieder aufgehoben werden würde.

Und: Selbst wenn Mumia Abu-Jamal im Dezember 1981 tatsächlich die tödlichen Schüsse auf den Polizisten abgegeben haben sollte, reicht es kaum zu einem Mordvorwurf. In der Hitze des Gerangels kann es sich höchstens um einen Totschlag oder gar um Selbstverteidigung gehandelt haben. In diesem Fall wäre Mumia 14 Jahre nach seiner Verurteilung längst wieder auf freiem Fuß, anstatt unter Isolationsbedingungen in der Todeszelle zu sitzen.

Der Staatsanwaltschaft gelang es jedoch, einen Vorsatz zu konstruieren. In Mumia Abu-Jamal habe die ganze Zeit ein heimlicher Cop-Killer geschlummert. Zum "Beweis" erinnerte der Staatsanwalt daran, daß Abu-Jamal Ende der 60er Jahre als 16jähriger(!) vorübergehend Mitglied der Black Panther Party war. Die hatte sich damals auf ein Zitat von Mao Tse-Tung berufen: "Alle Macht kommt aus den Gewehrläufen."

Michael Hahn

Vorläufige Ausstellungstermine:

2.-9.4: Köln (Buschwindröschen, Buschgasse 18); 17.-22.4. Oberhausen (Druckluft); 23.-28.4. Mönchengladbach (Exil, Eisenbahnstr. 131); 29.4.-8.5.: Saarbrücken; 10.-18.5.: Wuppertal (Galerie Cyt, Friedrich-Engels-Allee 155); 19.-29.5.: Bremen; 30.5.-8.6.: Hamburg; 20.-28.6.: Berlin; 30.6.-8.7.: Heidelberg; 21.-30.7. Wiesbaden.

20. "Panther" oder: Was hat eine Fußgängerampel mit der Revolution zu tun? (Filmbesprechung)

Oder: Warum "Panther" nicht als "linke Geschichtsschreibung" taugt

Autor: lg, Köln · Rubrik: USA; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak389/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:389:14

"Panther ist eine Geschichte über eine Gruppe junger Männer und Frauen, die ein paar Gesetze lesen, eine Organisation gründen und uns einen Ausweg zeigten. Nicht den einzigen und nicht notwendigerweise den besten Weg, aber immerhin einen gangbaren. Um der Black Panther Bewegung Gerechtigkeit angedeihen zu lassen, kann ich nur hoffen, daß unser Film wie die Black Panther Party For Self Defense eine Wirkung entfaltet, die Rassengegensätze aufhebt und den Menschen Kraft verleiht." (Mario van Peebles, 1994)

2. Mai 1967: 40 bewaffnete Black Panther dringen ins Capitol von Sacramento ein, dem Sitz des kalifornischen Parlaments. Sie protestieren gegen ein Gesetz, das fortan das Tragen von Waffen in der Öffentlichkeit verbieten soll. Die Bilder bewaffneter Schwarzer gehen um die Welt und machen diese mit einer völlig neuen politischen Organisation bekannt: Der Black Panther Party For Self Defense. Unter Ausnutzung eines bis dahin geltenden Gesetzes patroullierten sie bewaffnet in den schwarzen Ghettos und kontrollierten u.a. die Rechtmäßigkeit von Verhaftungen und andere Polizeiaktionen. Das trug ihnen den Haß der "Pigs" ebenso ein wie die Bewunderung durch die schwarze Bevölkerung.

Zu den Klängen von "We shall overcome" aus dem Off Bilder aus den späten 60ern: Schwarze demonstrieren vor den Bajonetten der Nationalgarde, weiße Rassisten mit Baseballschlägern schreien "We want King!", während Martin Luther King Gewaltlosigkeit im antirassistischen Kampf predigt ... Die Sequenz endet mit dem berühmten Zitat von Malcolm X: Gerechtigkeit um jeden Preis ("by any means necessary"). Das Bild friert ein / zu einer Schwarzblende hört man im Off das Geräusch einer Waffe, die durchgeladen wird / Ein Schuß / auf der schwarzen Leinwand erscheint der Schriftzug "Panther", der sich in einen zum Sprung bereiten schwarzen Panther verwandelt, dem Symbol der BPP.

Mit dieser Titelsequenz läßt der Film von Vater und Sohn van Peebles das Publikum eintauchen in eine Zeit, die heute weit weg erscheint: Die späten 60er in den USA, als Schwarze nicht "nur" Gleichberechtigung sondern Gleichheit, Freiheit, Brüderlichkeit und gar Revolution forderten. Anhand des fiktiven Charakters des Vietnamveteranen Judge entwerfen die van Peebles das entschieden parteiische, bewegende und mitunter pathetische Panorama einer der bedeutendsten schwarzen Organisationen der Zeit, der BPP.

Oakland im Sommer 1966: Ein kleiner Junge radelt durch das schwarze Ghetto, wird an einer unübersichtlichen Kreuzung von einem Auto überfahren und stirbt noch am Unfallort. Derweil die Nachbarschaft zusammenläuft und trauert, ist das für einige junge Männer die Initialzündung: Denn der Junge ist nicht das erste Unfallopfer an dieser Stelle; doch alle Eingaben der schwarzen Bevölkerung wurden von den weißen Stadtvätern einfach übergangen. Unter diesen zornigen jungen Männern sind Huey P. Newton und Bobby Seale, die kurz zuvor die BPP gründeten und das 10-Punkte-Aktions-Programm verfaßten. Auch der Vietnamveteran Judge schließt sich - nach einigem Zögern - der Gruppe an. Getreu ihrer Devise "Verteidigt euch selbst!" organisieren sie fortan an der Kreuzung eine autonome Verkehrsregelung. Schon während sie versuchen, neue Mitglieder zu werben, bekommen sie es nicht nur mit dem FBI zu tun, sondern auch mit einem lokalen Drogendealer, der weiterhin vom Elend seiner Brüder und Schwestern profitieren will.

Vor allem Judge wird zum Zielobjekt des FBI: Man wirbt ihn als Spitzel an; und das mit Billigung von Huey P. Newton, der inzwischen zum Chef der Partei aufgestiegen ist und einen solchen Anwerbeversuch bereits erwartet hat. So beginnt für Judge ein gefährliches Doppelspiel zwischen seiner Organisation und dem FBI, das er fast mit dem Leben bezahlen wird. Als es dem FBI nicht gelingt, die Bewegung trotz der Inhaftierung ihrer Führer, der Erschießung einiger Militanter, der gezielten Zerstörung ihrer Büros und weiterer Bürgerkriegsmaßnahmen zu zerschlagen, greift man zum letzten Mittel: Unter Verwendung bewährter Mafia-Kontakte werden massenhaft Drogen in die Ghettos gebracht: Denn wer fixt, leistet keinen Widerstand mehr. Zwar gelingt es Judge und einigen anderen, die erste Lieferung zu zerstören, doch die Partei ist (auch wegen interner Differenzen) zerschlagen, diese Etappe des Kampfes verloren.

Der Film versucht, erstmals im Kino die Geschichte der Black Panther als ganzes zu erzählen: Denn hinter all den martialischen Sprüchen von der Selbstverteidigung mit der Waffe in der Hand wurde der Name der Partei durchaus in einem umfassenderen Sinne verstanden. "Self Defense", das hieß eben auch Verkehrsregelung an einer Kreuzung, Frühstück für arme schwarze Schulkinder, Hausaufgabenhilfe, Kurse zur Alphabetisierung, Rechtshilfe; umfaßte also die ganze Palette karitativer Sozialarbeit; getragen von dem Bewußtsein, daß die Revolution nur gemacht werden kann, wenn die Revolutionäre dem Volk zeigen, daß sich damit ihre Lage auch wirklich verbessert. Denn es gilt immer noch: "Wenn man sich mit den Massen verbinden will, muß man den Bedürfnissen und Wünschen der Massen entsprechend handeln" (Mao Tse-Tung). Insofern hatte das FBI auch gar nicht so viel Angst vor den paar waffentragenden Panthers, sondern vor dem Selbstbewußtsein und der Stärke, die sie repräsentierten und propagierten.

Der Film legt denn auch in seiner - zuweilen sehr action-betonten und dann wieder geradezu dokumentarischen - Inszenierung das Schwergewicht auf den Versuch, diesen Prozeß der schwarzen Bewußtseinsbildung, der kollektiven Diskussion und Meinungsbildung zu verdeutlichen; etwa, als die Frauen die Mitgliedschaft fordern, oder in den Debatten um das notwendige Maß an Militanz und (auch militärischer) Organisation und Disziplin. Und gerade in dieser zurückhaltenden Inszenierung liegt seine Stärke, denn sie erlaubt es dem Publikum, mitzudenken, nachzuvollziehen, was sich in den Herzen und Hirnen der Menschen tut.

Denn ganz anders als in seinem wilden Drogenkrimi "New Jack City" - der übrigens von den Folgen genau der Drogenoffensive erzählt, mit der "Panther" endet - tritt hier die Regie hinter die Geschichte zurück; darum treffen denn auch die Bilder unverhüllt rassistischer Polizeibrutalität um so stärker mitten ins Herz. Natürlich ist dies ein Film und keine seminar-marxistische Klassenanalyse und so tritt denn etwa FBI-Chef J. Edgar Hoover eher auf wie ein finsterer Dr. Mabuse der weißen USA, ein Dämon, der im Hintergrund die Fäden zieht. Die van Peebles lassen sich auch nicht die Chance entgehen, die weißen Herren der Lächerlichkeit preiszugeben: Wenn die bewaffneten Panther ins Capitol eindringen, fürchten die Abgeordneten um ihr Leben und springen unter die Bänke; dabei sollte doch nur eine Petition übergeben werden. Die Verantwortlichen kuschen (einmal wenigstens visuell) vor der organisierten(!) Gegenmacht.

Die Sequenzen von den öffentlichen Aktionen der Partei sind geradezu streng dokumentarisch. Vergleicht man die Bilder mit denen in Agnès Vardas Dokumentarfilm "Black Panthers" (1968), dann wird besonders deutlich, wie sehr die van Peebles um dokumentarische Authentizität und historische Wahrheit bemüht sind. Das geht bis ins Detail: So ist der Feuerüberfall zweier "Pigs" auf die Parteizentrale von Oakland historisch verbürgt; auch wenn er für ein heutiges - vor allem weißes und dazu europäisches - Publikum wie eine übersteigerte Dramatisierung wirkt.

Und doch ist "Panther" weit mehr als eine historische Rekonstruktion einer verlorenen Etappe im Kampf um Freiheit; es ist auch ein Aufruf an die "black community" in den USA, sich ihrer - auch revolutionären - Vergangenheit zu erinnern. Insofern ist das Ende des Films - der Kampf einiger Panther gegen die Drogenmafia - vielleicht historisch wenig zutreffend, aber von politisch nicht zu unterschätzender Bedeutung: Denn immer noch ist der Tod durch Schußwaffen häufigste Todesursache männlicher schwarzer Jugendlicher in den Ghettos; meist verursacht durch Auseinandersetzungen rivalisierender Gangs im Kampf um Absatzmärkte für Drogen.

"Panther" ist so auch im Zusammenhang der bisherigen Arbeiten Mario van Peebles zu sehen: Sein Regiedebüt "New Jack City" ist ein Film im Rhythmus des Rap und Hip-Hop: rasant geschnitten, grell, laut und hart erzählt er vom täglichen Krieg in Amerikas Schwarzenghettos. Es wird bald klar, daß van Peebles mehr will, als eine Gangstergeschichte im Stile der 30er und 40er-Jahre. Schon in diesem Film will er einen Beitrag im Kampf gegen die Drogen leisten. Dabei kommt dieses politische Anliegen fast ohne Zeigefinger aus; konzentriert sich der Film doch auf authentische und überzeugende Darstellung des Milieus sowie der Folgen für die Opfer und der Skrupellosigkeit der Täter.

Auch seine zweite Arbeit "Posse - Die Rache des Jesse Lee" dient der Rekonstruktion schwarzen Bewußtseins; und das ausgerechnet am Beispiel eines vergessenen Kapitels der Geschichte der Eroberung des Westens, bei der schwarze Cowboys eine große Rolle spielten - ein Fakt, den der weiße Western unterschlagen hat. Der eindeutig für ein schwarzes Publikum gemachte Film liefert unter souveräner Verwendung bekannter Genre-Topoi und -Bilder eine eigenständige Version des Wild West und beleuchtet

eher nebenbei und selbstverständlich die Rolle von Schwarzen bei der Eroberung des Landes; ein schwarzer Rachewestern vor dem Hintergrund allgegenwärtigen Rassismus'.

Mit diesen beiden Filmen etablierte sich Mario van Peebles - ganz in der Tradition seines Vaters Melvin, eines independent Filmemachers der frühen 70er - als führender Vertreter des "New Black Cinema", dessen kompromißlose Arbeiten ungleich stärker als die des bekannteren Spike Lee geprägt sind vom kämpferischen Geist eines bewußt für die eigene "community" gemachten Kinos gegen rassistische Unterdrückung. Insofern ist "Panther" die konsequente Fortführung seiner bisherigen Arbeit, und ein Stück notwendiger linker Geschichtsschreibung.

lg (Köln)

PS: Der Film wird am 11. April nur in einigen Großstädten starten. Offenbar will der Verleih kein Risiko eingehen und zunächst die Resonanz testen. Also: Nichts wie hin!

Panther USA 1995 Regie/Produktion: Mario van Peebles Buch/Produktion: Melvin van Peebles nach seinem gleichnamigen Roman Kamera: Eddie Pei Schnitt: Earl Watson Musik: Larry Robinson Darsteller: Kadeem Hardison, Bokeem Woodbine, Joe Don Baker, Courtney B. Vance

Gezähmte Katzen

Oder: Warum "Panther" nicht als "linke Geschichtsschreibung" taugt

Das dramatische Ende - ein sündiger Panther-Aktivist läßt sich kreuzigen, damit die anderen leben können - bringt es auf den Punkt: Die Panthers kämpften für die gute Moral. Dabei ging es nur in zweiter Linie um einen Kampf gegen den rassistischen Status Quo. Zuallererst waren die Panther aufrechte Kämpfer im "Krieg gegen Drogen". Soweit jedenfalls die Interpretation der BPP-Geschichte durch Vater und Sohn van Peebles.

Daß der Staat die US-amerikanischen Gettos bewußt mit harten Drogen überschwemmt, um das revolutionäre Potential zu ersticken, ist eine oft wiedergekäute Geschichte - bewiesen ist sie nicht. "Panther" setzt noch eines drauf: Auf einer Luxusjacht heuern Polizisten die Drogenmafia für das dreckige Geschäft an. In einem Interview mit der liberalen jüdischen Zeitschrift "Tikkun" (Juli 1995) rückt Filmemacher Mario van Peebles von solchen simplen hollywood-gerechten Verschwörungstheorien ab: "Ich habe keine neuen Dokumente gefunden, in denen das FBI sagt, wir überschwemmen jetzt diese Communities (mit Drogen). ... Ob man glaubt oder nicht, daß es ein Treffen zwischen dem FBI und der Drogenmafia gab, es gab jedenfalls eine Bereitschaft, diese Aktivitäten (Drogenhandel, Anm. mh.) zu dulden, weil die Regierung manche Communities eben vernachlässigt und andere nicht." Eine differenzierte Version für das intellektuelle "Tikkun"-Publikum, eine schlichte Verschwörungstheorie für das (schwarze) Kino-Publikum?

Die Botschaft des Films ist klar: Wenn es die Black Panther Party heute noch (oder wieder) gäbe, dann wäre sie im Kampf gegen Drogen aktiv - womöglich noch als Hilfstruppe der Polizei. Diese Rolle hat heute der (allerdings unbewaffnete) Sicherheitsdienst von Louis Farrakhans "Nation of Islam" übernommen.

Anders als lg in der obenstehenden Filmbesprechung behauptet, bleibt m.E. der politische Hintergrund der BPP in "Panther" im Dunkeln: Die politische Vorgeschichte von Leuten wie Newton, Seale oder Carmichael, die Zusammenhänge mit der Bürgerrechts- und StudentInnenbewegung, die internationalen Kontakte, die heftigen politischen Debatten, die (neben macho-typischen Machtkämpfen) zur Spaltung führten. Der Sexismus innerhalb der Panther (regelmäßig bis zur offenen Gewaltanwendung gegen Frauen!) wird verniedlicht. Deutlicher wird Elaine Brown in ihrem Buch "A Taste of Power", das einem/r die Haare zu Berge stehen läßt.

Die Debatte um die Zusammenarbeit mit linken Weißen war in der Geschichte der BPP ein zentraler Punkt, sowohl innerhalb der Organisation als auch zwischen der BPP und anderen afroamerikanischen Gruppen. Im Unterschied zu anderen militanten schwarzen Organisationen der damaligen Zeit propagierten die Panther Bündnisse mit linken Weißen und fädelten immer wieder entsprechende Versuche ein. Der Film kommt freilich ohne eineN weißeN HauptdarstellerIn aus. Angesichts des heutigen nationalistisch-separatistischen Klimas gerade unter vielen schwarzen Jugendlichen wollten die van Peebles ihr Publikum wohl nicht mit "guten" weißen Gesichtern provozieren.

"Panther" ist gute und spannende Unterhaltung. Der Film ist auch politisch hilfreich, weil er Interesse an der Geschichte der Black Panther Party weckt - an einer Geschichte, die heute weitgehend verschüttet ist. Aber von einer "linken Geschichtsschreibung" kann man mehr erwarten.

mh.

21. Helms-Burton Gesetz verabschiedet. Auswirkungen auf wirtschaftliche Erholung Kubas noch nicht abzusehen

Auswirkungen auf Kubas wirtschaftliche Erholung noch nicht abzusehen

Autor: kuk · Rubrik: US-Imperialismus; Kuba · CD-Datei: daten/aksuche/ak389/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:389:03

Nach der Verabschiedung des nach seinen Initiatoren benannten Helms-Burton-Gesetzes (ak berichtete in seiner letzten Ausgabe über den Inhalt) herrscht politische Eiszeit zwischen Washington und Havanna. Eine politische Annäherung oder eine Aufhebung des nunmehr verschärften Embargos scheint zumindest für die nächsten 12 Monate ausgeschlossen. Daß ein eventuell wiedergewählter Präsident Clinton nach einer Schamfrist zu einer Politik des vorsichtigen Dialogs zurückkehrt, ist keineswegs wahrscheinlich. Freuen können sich darüber die Teile des kubanischen Exils, die den Sturz Castros dadurch herbeiführen wollen, daß sie beispielsweise ausländische Investitionen auf der Insel bekämpfen oder indem sie die USA in eine Konfrontationsstellung zu Kuba bringen, bei der eine Invasion nicht mehr ausgeschlossen ist.

Wenn auch die letztgenannte Option augenblicklich wenig wahrscheinlich ist, so ist es keineswegs ausgeschlossen, daß die Geschäftsbeziehungen zwischen Kuba und Drittstaaten zukünftig schwieriger werden. Ausländische Firmen müssen mit Anklagen vor amerikanischen Gerichten wegen "Handels mit enteignetem Eigentum" rechnen. Unter Strafe stehen zukünftig Kauf oder Verkauf von früherem exilkubanischen Besitz sowie Verbesserungen (Modernisierungen, Renovierungen) daran. Geschäftsleute (einschließlich ihrer Familien), die auf Kuba aktiv sind, müssen zukünftig damit rechnen, keine Einreiseerlaubnis in die USA zu erhalten.

Angesichts der politischen Zuspitzung ist die Frage nach den konkreten Umständen (zu den unterschiedlichen Darstellungen siehe ak 388) des Flugzeugabschusses vom 24.2. in den Hintergrund gerückt. Nach wie vor bestehen beide Seiten auf ihrer Version. Auf Wunsch höchster Stellen der nordamerikanischen Regierung kam es am 1. und 2.3. in New York zu einem zunächst geheimgehaltenen Treffen von Vertretern der CIA und der kubanischen Armee. Gegenstand der Zusammenkunft war die Auswertung von Aufzeichnungen, die Aufschluß darüber geben sollten, ob der Abschuß innerhalb oder außerhalb der 12-Meilen-Zone stattgefunden habe. Eine Klärung hat es dabei nicht gegeben. (El Pais und Neue Zürcher Zeitung, 20.3.)

Die Internationale Luftfahrtorganisation hat sich bereit erklärt, den Zwischenfall zu untersuchen. Sie hat ihre Arbeit bereits aufgenommen und wird in etwa zwei Monaten ein Ergebnis vorlegen. Weist sie Kuba den Abschuß über internationalen Gewässern nach, ist eine neuerliche Zuspitzung denkbar. So könnten die USA den Versuch unternehmen, Castro, der die Verantwortung für den Abschuß übernommen hat, vor einem internationalen Gericht anzuklagen. Falls Kubas Version bestätigt wird, würde dies Havannas Anstrengungen erleichtern, die auch in Zukunft zu erwartenden Provokationen exilkubanischer Gruppen zu Wasser und in der Luft abzuweisen.

"Demokratieflotte"

in schwerer See

Bereits für den 2.3. hatten exilkubanische Gruppen eine neuerliche Fahrt der "Demokratieflotte" angekündigt. Ziel war es, mit einer Armada von Hochseeyachten zu der vermeintlichen Abschußstelle zu fahren, um der vier ums Leben gekommenen Piloten zu gedenken. Diese Ankündigung wurde von kubanischer Seite als neuerliche Provokation bezeichnet. Carlos Fernández de Cossio, Leiter der Nordamerikaabteilung des kubanischen Außenministeriums, kündigte an, daß es solange keinerlei Probleme geben werde, wie die Schiffe in internationalen Gewässern blieben. Kuba werde allerdings alle verfügbaren Mittel einsetzen, um ein eventuelles Eindringen der Demonstranten auf sein Hoheitsgebiet abzuwehren. (El Pais und Neues Deutschland, 1.3.) Die Clinton-Regierung nutzte die Gelegenheit, ein militärisches Spektakel zu inszenieren, das allerdings auch Momente eines vernünftigen Krisenmanagements enthielt.

Bill Clinton wies das Transportministerium an, jedwede Verletzung des kubanischen Hoheitsgebietes zu Wasser und in der Luft zu verbieten. Sein Sprecher, Michael Mc Curry, drohte denen, die sich nicht an das

Verbot halten, die dafür vorgesehene Höchststrafe an. (El Pais, 1.3.) Dann ordnete der Präsiden für Teile des Bundesstaates Florida den nationalen Ausnahmezustand an. Damit wurde den amerikanischen Behörden die Möglichkeit eröffnet, gegen Schiffe oder Flugzeuge vorzugehen, die versuchen sollten, in den kubanischen Luft- bzw. Seeraum einzudringen. Kampfflugzeuge der Luftwaffe wurden zur Verstärkung in die Nähe von Miami verlegt. Das US-Verteidigungsministerium hatte zusätzlich zwei Raketenkreuzer und eine Lenkwaffenfregatte in die Floridastraße geschickt. Die US-Küstenwache eskortierte die "Demokratieflotte" mit elf Schiffen, acht Flugzeugen und sechs Hubschraubern. Die amerikanische Regierung warnte vor Angriffen auf die Demonstranten, die zuvor bekundet hatten, in internationalen Gewässern bleiben zu wollen. (Welt, 3.3.)

Verglichen mit diesem Aufwand, verlief die Aktion reichlich unspektakulär. 56 Kilometer vor der Küste Kubas mußten die rund 35 Schiffe wegen Sturm und starker See umkehren. 13 Flugzeuge, darunter auch die Hermanos al Rescate, flogen bis zur vermeintlichen Abschußstelle und warfen dort Kränze ab. (Berliner Morgenpost, 3.3.) Der Präsident der kubanischen Nationalversammlung, Ricardo Alarcon, begrüßte das Verhalten der US-Regierung: Für Washington bestehe die historische Chance, erstmals dazu beizutragen, daß die kubanische Nationalität nicht verletzt werde. (Welt, 3.3.)

Abzuwarten bleibt, wie sich die amerikanische Regierung bei weiteren Fahrten der "Demokratieflotte" verhalten wird. Bei aller Zuneigung gegenüber den ExilkubanerInnen dürfte die Bereitschaft, jedesmal so massiv auf den Plan zu treten, gering sein. (1)

Auswirkungen der Embargo-Verschärfung

Das Helms-Burton-Gesetz, das am 5.3. vom Senat (74 gegen 22 Stimmen), am 6.3. vom Repräsentantenhaus (347 gegen 67 Stimmen) und am 12.3. mit der Unterschrift Clintons endgültig verabschiedet wurde, tritt am 1.8.1996 in Kraft, wenn Clinton seine Umsetzung nicht um sechs Monate verzögert, weil er dies "im nationalen Interesse" für geboten hält, oder wenn der "Prozeß der Demokratisierung auf Kuba" dadurch gestört würde. (Handelsblatt, 1.3.) Über die Auswirkungen des Gesetzes kann vorerst nur spekuliert werden. Nach Ansicht des Wirtschaftsrats USA-Kuba wird sich die amerikanische Wirtschaft nach dem Luftzwischenfall "zunächst respektvoll zurückhalten".(2) Langfristig werde das aber "nicht ein Jota daran ändern, daß US-Unternehmen Geschäfte mit Kuba machen." (Hb, 28.2.)

Ein Sprecher der EU-Kommission in Brüssel befürchtete, daß der Handel zwischen Kuba und der Union in Zukunft erheblich behindert werde. Europäische Firmen könnten von Investitionen abgeschreckt werden. (SZ, 7.3.) Experten behaupten, daß auf amerikanischer und kubano-amerikanischer Seite zwischen 300.000 bis 400.000 Fälle denkbar seien, in denen Anzeigen wegen gesetzeswidriger Nutzung enteigneten Eigentums ergehen könnten.(3) Zu den bekanntesten Namen möglicher Kläger gehören Coca-Cola, Chase Manhattan oder die Hilton-Kette. (El Pais, 1.3.)

Sofort spürbar sind die Auswirkungen des Verbotes von Charterflügen nach Kuba, das ebenfalls von Clinton ausgesprochen wurde. Da Linienflüge von den USA nach Kuba schon seit langem verboten waren, hatte die amerikanische Geschäftswelt die siebenmal in der Woche stattfindenden Charterflüge von Miami nach Havanna genutzt, um Kontakte zu knüpfen. Die Zahl solcher Besuche ist nach Angaben des Wirtschaftsrats USA-Kuba zwischen 1994 und 1995 von 400 auf 1.300 gestiegen. (Hb, 28.2.) Auch Besuche von ExilkubanerInnen werden nun deutlich erschwert. Dies wird den Zufluß der von ihnen mitgeführten Dollar drosseln. Vorläufig wird die Reise nach Kuba nur über ein Drittland möglich sein.

Während sich die politische Elite der USA mit überwältigender Mehrheit hinter die Gesetzesverschärfung gestellt hat, scheinen sich zumindest die bekanntesten amerikanischen Tageszeitungen einen Rest von Vernunft bewahrt zu haben. Die New York Times sprach von einem schlechten Gesetz und stellte fest: "Der Versuch, andere Länder dazu zu zwingen, sich dem Embargo anzuschließen, stellt eine Beleidigung für die Alliierten der USA dar und hat ungewisse Erfolgsaussichten." Auch die Washington Post und das Wall Street Journal machten sich die Bedenken der Gesetzesgegner zu eigen. (El Pais, 6.3.)

John S. Kavulich, Präsident des kubanisch-amerikanischen Wirtschafts- und Handelsrates, betont, daß es weniger auf den Gesetzestext, als auf die konkreten Ausführungsbestimungen ankomme. Die werden zur Zeit im State Departement erarbeitet. Noch ist unklar, welche konkreten juristischen Schritte für frühere Besitzer möglich sein werden und in welchem Ausmaß ausländische Geschäftsleute persönlich sanktioniert werden.

Kavulich geht davon aus, daß der Prozeß wirtschaftlicher Reformen auf Kuba durch das Helms-Burton-Gesetz eher beschleunigt und dadurch Handel und Investitionen stärker stimuliert werden könnten.

Die kubanischen Reaktionen auf das neue Gesetz schwankten zwischen Wut und dem Bestreben, nicht alle Türen für den weiteren Dialog zuzuschlagen. Ein Sprecher des Außenministeriums in Havanna erklärte, daß nach Verabschiedung des Gesetzes eine Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden Staaten unmöglich werde. (HB, 7.3.) Es wurden Überlegungen laut, den eigenen Luftraum für US-amerikanische Flugzeuge zu sperren. Kuba verfügt über drei internationale Luftkorridore, die täglich von 400 Maschinen genutzt werden. Darunter befinden sich auch US-Flugzeuge.(4) Im Sinne einer Deeskalierung wird man darauf jedoch wohl eher verzichten.

Verständigungsbereitschaft signalisierte auch Außenminister Robaina auf einer Sondersitzung der UN-Generalversammlung. Er schlug vor, die Probleme zwischen beiden Ländern auf dem Verhandlungsweg zu lösen: "Die Probleme in den Beziehungen zwischen Kuba und den USA können auf dem Dialogweg aus dem Weg geschafft werden. Ich wiederhole heute die Bereitschaft meines Landes, sich in diese Richtung zu bewegen." Robaina betonte an gleicher Stelle den Standpunkt seiner Regierung, daß Flugzeuge, die absichtlich den Luftraum eines fremden Landes verletzen, nicht als zivil deklariert werden können. (El Pais, 7.3.)

Kubas Handelspartner

bieten USA die Stirn

Daß Clinton gute Gründe für die lange währende Ablehnung des Helms-Burton Gesetzes hatte, zeigen die internationalen Reaktionen auf dessen Verabschiedung. Kanada und die Karibikstaaten kündigten "entschiedenen Widerstand" gegen die Maßnahmen an. (5) Auf einem Treffen der 14 Mitgliedsstaaten der Gemeinschaft Karibischer Staaten (CARICOM) protestierten sie gegen die Ausdehnung amerikanischen Rechts über die Grenzen der USA hinaus. In der Abschlußerklärung des dreitägigen Gipfeltreffens auf Grenada heißt es, das Helms-Burton-Gesetz verstoße gegen das Völkerrecht. Zudem unterlaufe es die Bestrebungen zur Liberalisierung des Welthandels. (SZ, 7.3.1996)

Im Namen der 14 Staaten der Rio-Gruppe (darin sind nahezu alle südamerikanischen Länder vertreten) erklärte das argentinische Außenministerium, die neue Gesetzgebung der USA verletze Prinzipien und Normen des internationalen Rechtes sowie die Chartas der UNO und die der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS). Auch die fünf Mitgliedsstaaten des Andenpaktes (Peru, Ecuador, Bolivien, Kolumbien und Venezuela) warfen den USA einen Verstoß gegen internationales Recht vor. Panamas Präsident Ernesto Perez Balladares bezeichnete die verschärften Sanktionen als "in jeder Hinsicht inakzeptabel". (SZ, 11.3.) Das russische Außenministerium ließ erklären, daß die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen Moskau und Havanna durch die Verschärfung der Sanktionen in keinster Weise beeinflußt würden. Vielmehr sei man an einer weiteren Belebung der Kontakte interessiert. (ND, 4.3.)

Die Europäische Kommission sprach sich ebenfalls gegen die Embargoverschärfung aus. Der EU-Lateinamerikaexperte Juan Prat betonte, dies würde sich gegen die wirtschaftlichen Interessen der Union richten. Die EU drohte an, bei der Welthandelsorganisation (WTO) zu protestieren. (Welt, 3.3.1996) Ein paar Tage später (8.3.) meldete El Pais allerdings, daß unter den Mitgliedern keine Einigkeit darüber zu bestehen scheint, ob dies der richtige Weg sei, um das Helms-Burton-Gesetz zu stoppen. Edward Casey, Staatssekretär der US-Regierung für Lateinamerika, traf sich am 7.3. in Brüssel mit Vertretern der EU-Troika (Italien, Spanien und Irland). Um seine Gesprächspartner zu beruhigen, kündigte Casey an, daß das neue Gesetz flexibel gehandhabt werde, und daß sein Land beabsichtige, Schaden für Firmen aus Drittländern zu vermeiden. (El Pais, 8.3.)

Das Europäische Parlament verabschiedete am 14.3. eine Resolution, in der der Abschuß der beiden Flugzeuge eindeutig verurteilt wird. Gleichzeitig wird bedauert, daß der amerikanische Kongreß und Bill Clinton das Helms-Burton-Gesetz beschlossen haben. Die Europäische Kommission wird aufgefordert, eine Untersuchung über die Nachteile zu erstellen, die durch die extraterritoriale Anwendung des Gesetzes für europäische Firmen entstehen könnten. Betont wird das Recht europäischer Firmen, jetzt und in Zukunft innerhalb des legalen Rahmens Geschäftsbeziehungen zu Kuba und zu dortigen Partnern zu unterhalten. (El Pais, 15.3.)

Der Widerstand der Drittländer gegen das imperialistische Gebaren der USA läßt sich daraus erklären, daß sie befürchten, in zunehmendem Maße in ihrem wirtschaftlichen Spielraum eingeschränkt zu werden. Die Entschlossenheit Washingtons, mißliebige Regime mit Sanktionen zu überziehen, findet wenig begeisterte Nachahmer. So sind die Proteste gegen Helms-Burton nicht unbedingt einer Sympathie mit Castro geschuldet, sondern der begründeten Sorge, durch juristischen Zwang und Androhung von Sanktionen der amerikanischen Außenpolitik bis in ihre irrationalsten Verästelungen hinein unterworfen zu werden. Auf dem Weg ist bereits eine neue Gesetzesinitiative, die den Namen Amato-Kennedy trägt, und die Sanktionen gegen Firmen aus Drittländern vorsieht, die im Energiesektor der Länder Iran und Libyen aktiv sind, sei es als Investoren oder als Lieferanten. Betroffen sind Firmen aus Japan und aus einigen europäischen Ländern. Bereits im nächsten Monat könnte es zur Abstimmung kommen und ein Veto Bill Clintons erscheint angesichts des in die Krise geratenen Friedensprozesses in Nahost als unwahrscheinlich. (El Pais, 7.3.)

Wie reagieren die Firmen?

Erste Stellungnahmen wurden von spanischen Unternehmen abgegeben, die vor allem im Tourismussektor engagiert sind. Dort sieht man der Gesetzesverschärfung gelassen entgegen. Javier Crespo, Sprecher der Gruppe Sol, die sechs Hotels auf Kuba betreibt, meint, daß es noch zu früh sei, um die Auswirkungen zu beurteilen. Seine Gruppe werde an ihren Plänen nichts ändern. Die Hotelkette Sol Melia, die zwei Hotels in Florida betreibt und auf Kuba über 2.564 Betten verfügt, ließ verlauten, daß man im Konfliktfall lieber die beiden Hotels in den USA schließen, als auf den kubanischen Markt verzichten wolle. Ein Hoteldirektor äußerte sich dahingehend, daß das neue Gesetz kaum Auswirkungen auf die Firmen haben werde, die bereits auf Kuba investiert haben oder gerade im Begriff sind es zu tun. Anders könnte es bei Unternehmen sein, die erst in der Zukunft investieren wollen; die könnten eventuell abgeschreckt werden.

Grund zur Gelassenheit sehen manche Geschäftsleute darin, daß unklar sei, ob die ExilkubanerInnen überhaupt in der Lage seien, vor amerikanischen Gerichten Eigentumstitel über angeblich enteigneten Besitz vorzulegen. Außerdem hoffen sie, daß Clinton von der Möglichkeit Gebrauch machen werde, das Wirksamwerden des Gesetzes hinauszuzögern. (El Pais, 1.3.)

MercedesBenz, Lieferant von 900 Motoren für die diesjährige Zuckerernte, teilt mit, daß vorerst keine weiteren Unternehmungen geplant seien. Das Helms-Burton-Gesetz müsse man akzeptieren. Eine Stellungnahme dazu werde nicht gegeben. Der kubanische Markt, der durchaus schwierig sei, werde weiterhin beobachtet und keinesfalls ausgeschlossen. Leo Burghardt berichtet im ND (14.3.) über Reaktionen weiterer auf Kuba aktiver Unternehmen: "Die kanadische Sheritt International, die am kubanischen Erdöl-, Nickel- und Tourismusgeschäft beteiligt ist, ließ mitteilen, sie gedenke ihre Präsenz in Kuba aufzustocken. ... Andrew Ferrier, Präsident der Redpath Sugars, der in den USA ein Riesenkapital angelegt hat, hält es für richtiger, ‚sich zunächst aus Kuba zurückzuziehen`. Es stehe für ihn zuviel auf dem Spiel, trotz des Schutzes, den seine Regierung kanadischen Blockadeopfern garantiert. Der Chef des mexikanischen Unternehmerrats für Internationale Angelegenheiten (CEMAI), Juan Klein, reagierte salopp: ‚Wollen wir erst mal sehen, was für Zähne der Tiger hat, ist er ein Papiertiger, dann lassen sie uns kalt, sollte er aber wirklich zubeißen wollen, ergreifen wir starke Gegenmaßnahmen.`"

Wahrscheinlich wird das Helms-Burton-Gesetz weniger die kleinen Firmen treffen, sondern die großen, die auch über Beziehungen zu amerikanischen Firmen verfügen oder selber auf dem amerikanischen Markt aktiv sind. Schutz vor gerichtlichen Repressionen könnten bilaterale Abkommen zur Förderung und zum Schutz von Investitionen bieten. Der kubanische Vize-Minister Raul Taladrid teilte mit, daß derzeit mit 25 Ländern, darunter Deutschland, Frankreich und die Niederlande, über derartige Abkommen verhandelt werde. Mit weiteren 14 Staaten, darunter Italien und Rußland, gebe es bereits entsprechende Vereinbarungen. (ND, 15.3.) Firmen, die US-Sanktionen nicht fürchten brauchen, bleiben weiterhin von nordamerikanischer Konkurrenz verschont.

Nebeneffekte

Daß beide Seiten trotz der Zuspitzung nicht alles Erreichte aufs Spiel setzen wollen, läßt sich an der Migrationspolitik erkennen. Am 1. und 2.3. trafen sich Diplomaten beider Länder und betonten ihr gemeinsames Interesse, daß die für beide Seiten zufriedenstellend verlaufende Migrationspolitik nicht in Mitleidenschaft gezogen werden solle. (6)

Dieser Realitätssinn darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß Verbesserungen im gegenseitigen Verhältnis auf längere Sicht unwahrscheinlich sind. Dies wirft Fragen nach möglichen Auswirkungen auf die kubanische Innenpolitik auf. Es besteht die Sorge, daß die aufgeheizte außenpolitische Atmosphäre im Inneren Kubas zu einem Rückschlag für den eingeleiteten Reformprozeß führen könnte. Solchen Befürchtungen trat ein Sprecher der kubanischen Regierung entgegen, der bekräftigte, daß das Helms-Burton-Gesetz weder den Prozeß der wirtschaftlichen Erholung beeinträchtigen, noch den Prozeß ökonomischer Öffnungen und Reformen beenden werde. (El Pais, 10.3.)

Unklar ist, ob es nun zu einem härteren Vorgehen gegen die interne Opposition kommen wird. Bereits vor dem Abschuß der Flugzeuge hatten die kubanischen Behörden ein für den 24. bis 27.3. geplantes Treffen des Concilio Cubano untersagt. Das Concilio will den größten Teil der geschätzten 200 oppositionellen (Mini-) Gruppierungen (angeblich zusammen 1.300 Mitglieder) zusammenschließen. Aus der Taufe gehoben wurde es im Spätsommer 1995 auf Initiative amerikanischer Beamter und von Vertretern der katholischen Kirche. Anti-Castro Gruppen in Miami erklärten sich zur finanziellen und logistischen Unterstützung bereit. Zu den erklärten Zielen gehören Wahlen nach westlichem Muster, Befreiung der politischen Gefangenen, Parteienpluralismus, Achtung der Menschenrechte, das Recht auf freies Unternehmertum und die friedliche Ablösung von Staatschef Fidel Castro. Die US-Regierung meldete, daß 45 Mitglieder festgenommen worden seien. Einer der Festgenommenen, Lazaro Gonzalez Valdes (Vorsitzender der "Partei für die Menschenrechte in Kuba"), wurde wegen "Widerstands gegen die Festnahme" und wegen "Mangels an Respekt" zu 14 Monaten Haft verurteilt. (SZ, 11.3.1996) Außenminister Robaina verteidigte das Vorgehen gegen den Concilio Cubano. Robaina: "Wir haben jedes Recht, die Revolution zu verteidigen."

kuk

Anmerkungen:

1) Erste Anzeichen eines schärferen Vorgehens gegen Provokateure sind zu erkennen: Die US-Luftfahrtbehörde warnte amerikanische Piloten davor, ohne Genehmigung in den kubanischen Luftraum zu fliegen: Sie würden ihre Lizenz verlieren. (SZ, 11.3.) Dennoch darf man an einer Umsetzung dieser Drohung Zweifel haben.

Kubas Außenminister Roberto Robaina erklärte, daß Kuba seine Prinzipien gegenüber unbefugten Eindringlingen nicht ändern wolle. Wenn die Amerikaner Anzeichen für ein entschiedeneres Vorgehen gegen Luftraumverletzer zeigten, dann würde Kuba jedoch bei seinen Reaktionen Mäßigung zeigen. (El Pais, 10.3.) Wie ernst es beide Seiten mit ihren Ankündigungen meinen, wird man schon bald sehen. Jose Basulto, Chef der Hermanos al Rescate, erklärte, daß seine Organisation die Flüge über die Floridastraße wieder aufnehmen werde. Er behalte sich das Recht vor, erneut in den kubanischen Luftraum einzudringen. Zur politischen Strategie, die die Hermanos al Rescate einschlagen wollen, sagte Basulto: "Jetzt muß eine neue Phase beginnen - die Bildung von gewaltfreien, klandestinen Gruppen überall auf der Insel." Gleichzeitig unterstützt Basulto das vor kurzem gegründete Concilio Cubano mit mehreren tausend Dollar.

2) Die bisherigen Embargogesetze der USA erlauben es US-Firmen, sich mit sogenannten "unkontrollierten Investitionen" auf Kuba zu engagieren. Dies geschieht über Unternehmen aus Drittländern, an denen die US-Firmen mit nicht mehr als 49% beteiligt sein dürfen.

3) Im vergangenen Jahr haben etwa 20 große US-Firmen Verhandlungen mit der kubanischen Regierung über Entschädigungszahlungen für ihren in den 60er Jahren verstaatlichten Besitz geführt. Diese Firmen gehören zu einer Gruppe von insgesamt 30 Unternehmen, die zusammen 70% der sich auf insgesamt 5.6 Mrd. Dollar belaufenden Schadensersatzansprüche gegenüber Havanna reklamieren. Es gibt Überlegungen, nach (der im Augenblick kaum vorstellbaren) Aufhebung des US-Wirtschaftsembargos Kompensationen in Form von Zuckerlieferungen zu leisten.

Schadensersatzforderungen gemäß des Helms-Burton-Gesetzes sollen nur dann möglich sein, wenn der Wert des enteigneten Besitzes mindestens 50.000 Dollar beträgt. Ausdrücklich erwähnt wird die Möglichkeit, sich mit dem Klagegegner außergerichtlich zu einigen. M.a.W., Kubano-AmerikanerInnen und US-Firmen soll auf diese Weise eine Entschädigung ermöglicht werden, die zu Lasten der auf Kuba aktiven Unternehmen geht.

4) Die USA erlauben kubanischen Maschinen nur mit Sondergenehmigung eine Durchquerung ihres Luftraums. (SZ, 11.3.)

5) Vor wenigen Wochen verschärfte die kanadische Regierung ein Gesetz, das den Tochterfirmen amerikanischer Unternehmen in Kanada unter Strafandrohung verbietet, sich am US-Embargo zu beteiligen. Galt dieses Gesetz bisher nur für den Warenhandel, so wurde es jetzt auf Dienstleistungen ausgeweitet. (Hb, 1.3.)

6) Am 4.3.1996 wurden fünf balseros an Bord eines US-amerikanischen Küstenwachschiffes nach Puerto Cabañas gebracht und den kubanischen Behörden übergeben. Seit der Erneuerung des Migrationsabkommens von Mai 1995 sind damit etwa 300 balseros repatriiert worden. Die jüngste Zurückführung wenige Tage nach der Flugzeugkrise (24.2.) wird als eine Geste des guten Willens beider Seiten angesehen, die Migrationspolitik aus den aktuellen Streitigkeiten herauszuhalten.

22. Wider die Bündnis-Logik des kalten Krieges. Einspruch gegen die verkürzte Kuba-Berichterstattung in ak 388

Autor: Al., Nürnberg · Rubrik: Diskussion; US-Imperialismus; Kuba · CD-Datei: daten/aksuche/ak389/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:389:12

Seit dem Abschuß zweier ziviler Kleinflugzeuge durch die kubanische Luftwaffe am 24. Februar geben in den USA erneut Castrofeinde und Kalte Krieger den Ton an. Als wichtigster Beleg ist die Verabschiedung des Helms-Burton-Gesetzes anzuführen, das eine Ausweitung des US-Wirtschaftsembargos auf Drittstaaten zum Inhalt hat. Goliath zieht David die Daumenschrauben an. Dabei war der Flugzeugabschuß für die harte Fraktion der Exilkubaner sowie die mit ihnen verbündeten kalten Krieger lediglich ein willkommener Anlaß, ihr Gesetzesvorhaben erneut zu lancieren.

Soweit vermag ich dem ak-Artikel "Kalter Krieg in der Karibik" (ak 388, S. 3) zuzustimmen. Aber in anderen Grundpfeilern der Argumentation, sowie in einigen wesentlichen politischen Schlußfolgerungen, muß ich meinen Dissens anmelden.

Gefahr für Kuba durch Luftraumverletzungen?

Der nebenstehende Kasten belegt, daß es von Seiten der Exilkubaner häufige Luftraumverletzungen gegeben hat. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß es sich dabei um vorsätzliche Aktionen handelte. Für die kubanischen Behörden bestand die Frage, wie diesen provokanten Nadelstichen zu begegnen sei, die vor allem die Autorität der Castro-Regierung untergraben sollen. Daß es den Eindringlingen im wesentlichen darum ging, entnehme ich dem Verlauf der von den kubanischen Behörden reportierten 25 Vorfälle in den letzten zwei Jahren. Diese liefen im Grunde immer nach einem ähnlichen Muster ab: kurzfristige Grenzverletzung, überfliegen des Territoriums und maximal Abwerfen von Flugblättern. Mehr war konkret nicht. Militärische Aktionen sind von diesen Kleinflugzeugen in keinem einzigen Fall ausgegangen. Die kubanische Seite hat dies auch nicht behauptet. Aus diesem Grunde spreche ich auch von "zivilen Kleinflugzeugen". Es gibt nämlich keinerlei konkrete Indizien dafür, den Luftraumverletzungen militärischen Charakter zuzuschreiben. Dennoch führt der ak-Autor kuk "Erfahrungen in den vergangenen Jahrzehnten", "schwerbewaffnete Exilgruppen in Miami" und "Minigruppen potentieller Saboteure" an, um zu insinuieren, daß derartige Flüge heute für Kuba eine Gefahr darstellten und deshalb "entschiedene Maßnahmen" angebracht seien.

Er gibt damit im übrigen exakt die offizielle Argumentationslinie der Castro-Regierung wider, die gebetsmühlenartig aufsagt, daß Kuba "seit 1959 dauernd Ziel von Angriffen und Provokationen gewesen ist. Dabei sind unter anderem auch kleine Flugzeuge eingesetzt worden, um kubanische Bürger zu verletzen oder zu ermorden, ihre Häuser zu zerstören und Pflanzungen anzuzünden. Mit Kleinflugzeugen sind auch Waffen und Sprengstoffe sowie biologische Substanzen nach Kuba eingeführt worden, die schwere Schäden zur Folge hatten", so der Parlamentspräsident Ricardo Alarcón am 6. März. Das ist alles richtig. Es dient aber dennoch dazu, den Kern des gegenwärtigen Problems zu verschleiern, anstatt ihn klar herauszuarbeiten. Denn diese militärischen Versuche scheiterten im wesentlichen schon in den sechziger Jahren. Die nachfolgenden Klein- und Störaktionen schädigten Kuba höchstens punktuell. Ihnen kam aber politische Bedeutung zu, weil sie Teil der Geschichte des Kalten Krieges sind, der in manchen Phasen heiß zu werden drohte.

Nach dem Zusammenbruch des realsozialistischen Blocks brachte das ideologische Strandgut der Systemauseinandersetzung, die übriggebliebenen ultrarechten und bewaffneten Exilkubaner, lediglich bedeutungslose Winzlingsaktionen zustande. Sie unternahmen jedoch keine relevanten Versuche, den seiner Verbündeten beraubten Castro bewaffnet zu stürzen. Ihre vage Hoffnung, Castro werde vom Abgang seiner Verbündeten mehr oder weniger automatisch mit in den Abgrund gerissen, erfüllte sich ebensowenig. Ich vertrete die Ansicht, daß aufgrund der fehlenden US-Unterstützung für eine militärische Variante von diesen verbalradikalen Gruppen auch in Zukunft keine wirkliche militärische Gefahr ausgeht. Daß ultrarechte Exilkubaner in der Lage sein mögen, einige wenige Angreifer auf die Insel einzuschleusen, die dann herumschießen und einige Personen töten halte ich für sehr wahrscheinlich. Aber selbst dies wäre im Grunde

kein militärisches Problem, da aus einer derartigen Selbstmordaktion - außer einigen Toten und kurzfristiger Aufregung - politisch nichts folgt.

US-Politik: Ende der Eiszeit

Aus dem Gesagten dürfte bereits klar geworden sein, daß ich davon ausgehe, daß, anders als noch vor wenigen Jahren, Kuba derzeit von Seiten der USA militärisch nicht wirklich bedroht ist. Aus meiner Sicht gibt es für eine Angriffsdrohung keine harten Indizien. Im Gegenteil scheint mir einiges darauf hinzudeuten, daß die Clinton-Administration, vor allem seit der Balsero-Krise im August/September 1994, dabei ist, sich auf ein Arrangement mit der Castro-Regierung zuzubewegen. Sie hat von dem Ansinnen Abstand genommen, die Castro-Regierung mit welchen Mitteln auch immer zu stürzen. Daß diese Neuorientierung angesichts der dreißigjährigen Verteufelung Castros und vor dem Hintergrund einer gut organisierten Lobby reaktionärer Exilkubaner ein mühsamer und widersprüchlicher Prozeß sein muß, versteht sich von selbst. Für die Annäherung gibt es handfeste Indizien. Zunächst wurde im September 1994 die Balsero-Krise zwischen Castro und der Clinton-Regierung einvernehmlich gelöst, im übrigen gegen die potentiell ausreisewilligen Kubaner, die von dem einen nicht mehr raus- und von der anderen Seite nicht mehr reingelassen werden.

Was die zur Debatte stehenden Luftraumverletzungen durch Exilkubaner betrifft, handelt es sich keineswegs um "Clintons Luftpiraten", wie kuk in der Überschrift des kritisierten ak-Artikels fehleinschätzt. In Wirklichkeit ist es so, daß zwischen kubanischen und US-Luftfahrtbehörden seit September 1994 Treffen stattfinden und Schriftwechsel geführt werden, um dieses Problem zu erörtern. Dabei haben die US-Behörden die kubanische Luftaufsicht wiederholt vorgewarnt und sie auf bevorstehende Aktionen der Exilkubaner hingewiesen, wie Parlamentspräsident Ricardo Alarcón bekanntgab. Die US-Luftfahrtbehörden nahmen auch Untersuchungen gegen die Exilkubaner auf und forderten dazu aus Kuba Material an. Die kubanischen Vorwürfe beziehen sich lediglich darauf, daß die USA zu "nachlässig" (im span. Original "negligente") seien und derartige Flüge nicht völlig unterbanden. Sie behaupten jedoch nicht, daß die Luftraumverletzungen von den US-Behörden politisch gewollt seien. Mit welchen harten Fakten kuk begründen will, daß "Clinton die Provokationen der Exilkubaner unterstützt" hat, ist mir schleierhaft. Und aus welchen Quellen er schöpft, um Clinton "anticastristische Obessionen" nachsagen zu können, würde ich auch gerne wissen.

Der Abschuß der beiden Kleinflugzeuge und der Tod von vier Personen brachte diejenigen in der Clinton-Administration, die auf eine vorsichtige Annäherung hinarbeiten, in die Defensive. Aus wahltaktischen Gründen ziehen sie und an ihrer Spitze Präsident Clinton den Kopf ein und stimmen der Verschärfung der Embargo-Gesetze zu. Dies kann sich schnell wieder ändern, wenn die Wahlen gelaufen sind.

Vorübergehende

Kälteschauer und weltmarktorientierte Reformer

Meine von kuk und vermutlich auch vom linken main-stream abweichende Einschätzung der Bewegungsrichtung der US-Kubapolitik geht von der schlichten Tatsache aus, daß ihre blindwütige Konfrontationspolitik historisch einfach überholt ist. Es gibt seit 1989 keine geopolitischen und militärischen Gründe mehr, in Kuba den möglicherweise gefährlichen Außenposten des globalen Gegners zu sehen. Die Castro-Regierung vertritt heute lediglich einen renitenten und wirtschaftlich recht schwachen Kleinstaat, geht jedoch nicht wie so viele andere Hinterhofregierungen gleich in die Knie, wenn bilaterale Differenzen auftreten. Sie ist jedoch sehr wohl bereit und auch in der Lage, mit dem mächtigen Nachbarn zu verhandeln. Das hat sie wiederholt bewiesen.

Seit 1993 öffnet sich Kuba dem Auslandskapital. Der US-Dollar ist als Parallelwährung zugelassen, der marktwirtschaftliche Sektor soll durch die Wirtschaftsreformen des Jahres 1995 weiter gestärkt werden. Die Herausbildung eines dynamischen und deshalb die Gesamtökonomie dominierenden kapitalistischen Sektors in Kuba ist ein irreversibler Prozeß, der vor allem von europäischem, mexikanischem und kanadischem Auslandskapital mit bislang insgesamt 2,2 Mrd. US-Dollar vorangetrieben wird. Dieser Prozeß wurde von den US-Handelsbeschränkungen nicht verhindert und wird es auch von den neuen US-Gesetzen nicht werden. Die Stellungnahmen aus Europa und Lateinamerika sind diesbezüglich eindeutig. Eine der historischen Realität hinterherhinkende antikommunistische Konfrontationspolitik, die noch dazu fast allein von den USA vertreten wird, geht heute in Kuba völlig ins Leere. Daß dies vor fünf oder zehn Jahren anders war, mag sein, ist jedoch Geschichte.

Die USA haben derzeit weder auf den politischen noch auf den ökonomischen Umorientierungsprozeß Kubas Einfluß, weil sie sich mit der Blockadegesetzgebung, die noch den Kategorien der Systemauseinandersetzung verhaftet ist, selbst daran hindern. Dies ist ein Zustand, der auf Dauer so nicht bleiben wird. Dafür wird das investitionswillige Kapital sorgen. Es zeichnet sich meiner Ansicht nach ab, daß die USA wie in Vietnam, das aus nordamerikanischer Sicht eine ähnlich schmerzliche politische Bürde verkörperte, auch in Kuba etwas später als ihre historisch unbelasteteren Konkurrenten in den Prozeß der Weltmarktöffnung eines ehemaligen Systemgegners einsteigen.

Der exemplarische Feind

Bleibt die Frage, warum die kubanische Luftwaffe die beiden Kleinflugzeuge abgeschossen hat, was, wie nicht anders zu erwarten war, in den USA zu einem vorübergehenden Revival der Konfrontationspolitik führte. Warum bewertet die kubanische Regierung das Abstraktum "Lufthoheit" so hoch? Warum wurden die Eindringlinge nicht nur abgedrängt oder zur Landung gezwungen? Warum quoll einem aus den Radios und Zeitungen meterweise patriotische Schützengrabenmetaphorik entgegen, was im seltsamen Gegensatz zum letztlich banalen Anlaß stand? Warum eskalierte also auch die kubanische Seite, anstatt zu deeskalieren?

Sachnotwendigkeiten wie drohende militärische Gefahr können dafür, siehe oben, nicht ausschlaggebend gewesen sein. Auch nicht die irrige Ansicht, die USA stünden hinter den Provokationen. Das kooperative Verhalten der US-Luftfahrtbehörden sowie der gesamte Kurs der Clinton-Administration, der auf eine Enteisung des Klimas und Schritte der vorsichtigen Annäherung hinauslief, spricht dagegen. Bleiben zwei Überlegungen. Nummer eins, daß die kubanische Führung aufgrund der jahrzehntelangen Umklammerung von einem derart tiefsitzenden Mißtrauen und fixen Zügen einer Wagenburgmentalität geprägt ist, so daß es ihr nicht möglich war zu erkennen, daß durch die Kleinflugzeuge lediglich das Abstraktum Lufthoheit tangiert wurde, jedoch in keiner Weise die Sicherheit des Landes. Daß also versehentlich mit Kanonen auf Spatzen geschossen und im Verhältnis zu den USA unnötig politisches Porzellan zerschlagen wurde.

Es fehlen uns die Mittel zu überprüfen, ob und wie weit diese Charakterisierung einen Teil der kubanischen Führung beschreibt. Was die Bevölkerung betrifft, scheint mir unübersehbar, daß viele Menschen in den Kategorien "David wird von übermächtigem Goliath wieder angegriffen und muß sich militärisch zur Wehr setzen" denken. Da ich zur Zeit der Flugzeugabschüsse in Havanna war, konnte ich mit vielen Leuten diskutieren. Ich war immer wieder überrascht, wie aufgeregt und irrational an diesem Punkt Gesprächspartner zu diskutieren begannen, die ich noch kurz zuvor zum Thema xy als nüchterne und kompetente Fachleute erlebt hatte. Ich traf zu meinem Erstaunen niemanden, der die Abschüsse als unnötige Überreaktion bewertete.

Was die Führung betrifft, scheint mir eine andere Erklärung wahrscheinlicher. Daß nämlich nicht versehentlich, sondern bewußt auf harte militärische Mittel und das ganze Drumherum mit aufgeregten Bedrohungsdebatten gesetzt wurde. Die Zeitungen, das Fernsehen und die Radios waren voll davon. Der Kalte Krieg kehrte wieder zurück: sie oder wir. Die rechtsbrecherischen Angreifer aus den USA gegen unsere Souveränität. Unsere Geschlossenheit gegen ihre Flugzeuge, Vaterland oder Tod. Überlebenskampf und nationale Selbstbestimmung gegen äußere Drohungen. Diese Propaganda hat mit der heutigen außenpolitischen Realität Kubas herzlich wenig zu tun. Es handelt sich auch von Seiten der kubanischen Führung um ein Scheingefecht. Wurde der Flugzeugabschuß in den USA zum Thema des Stimmenfangs im Wahlkampf instrumentalisiert, so wurde er in Kuba zur Erzeugung einer patriotischen Aufregung instrumentalisiert.

Der so erzeugte ideologische Kitt soll eine Gesellschaft zusammenhalten, die nicht mehr vom allgemeinen, aber weithin für alle gleichen Mangel gekennzeichnet ist. Heute vollzieht sich auf Kuba eine scharfe soziale Polarisierung, die den bisherigen ideologischen Konsens über kurz oder lang in Frage stellen wird. Die Ablenkung von innenpolitischen sozialen Spannungen auf einen äußeren Feind ist ein politisches Muster, das nicht zum ersten Mal mit Erfolg angewendet wird. Die bundesdeutsche Linke täte gut daran, über diese Zusammenhänge nachzudenken, statt sich im traditionellen Stil mit dem Feind des Feindes zu verbünden.

Al., Nürnberg 24.03.1996

Verletzungen des kubanischen

Luftraumes durch zivile Kleinflugzeuge

Nach Angaben des kubanischen Parlamentsvorsitzenden Ricardo Alarcón kam es in den letzten 20 Monaten vor dem Februar 1996 zu insgesamt 25 Verletzungen des kubanischen Luftraums durch zivile Kleinflugzeuge. Diese, so Alarcón in der Granma vom 8. März, wurden der US-Interessensvertretung in Havanna jeweils auf dem offiziellen diplomatischen Weg mitgeteilt. Welchen Charakter hatten diese Souveränitätsverletzungen? Stellten diese eine Gefahr für Kuba dar? Dienten sie möglicherweise dazu, militärische Angriffe vorzubereiten oder zu unternehmen? Um diese Fragen auf Grundlage von Fakten beantworten zu können, sei im folgenden eine Chronologie zitiert, die vom kubanischen Außenministerium erstellt und am 1. März in der Parteizeitung Granma abgedruckt wurde.

- Am 15. Mai 1994 verletzten 5 Luftfahrzeuge, die aus Florida kamen, den nationalen Luftraum im Westen zwischen Cárdenas (Provinz Matanzas) und Mariel (Provinz Havanna). Sie flogen eine Strecke zwischen 15 und 80 Meilen und hielten sich zwischen 1,5 und 5,5 Meilen von der Küste entfernt.

- Am 17. Mai 1994 verletzten zwei Leichtflugzeuge vom Typ Cessna mit den Kennummern N-58BB und N-108LS den nationalen Luftraum.

- Am 25. Mai 1994 verletzten fünf Flugzeuge, die aus Florida kamen, den nationalen Luftraum.

- Am 29. Mai 1994 verletzten fünf Flugzeuge, die aus Florida kamen, den nationalen Luftraum. In allen drei Fällen folgt wortwörtlich der restliche Text wie beim ersten Vorfall.

- Am 10. Juli 1994 wurde um 10.00 Uhr eine Luftraumverletzung durch das Luftfahrzeug mit der Kennummer N-2506 entdeckt. Es kam aus den USA, drang im Norden von Guanabo (Provinz Havanna) drei Meilen tief ein und verließ den nationalen Luftraum nach 18 Meilen um 10.30 Uhr.

- Am 10. November 1994 drangen zwei Cessna 337, die von der Marine-Basis Guantánamo aus gestartet waren, im äußersten Osten in den kubanischen Luftraum ein und warfen subversive Proklamationen ab.

- Am 4. April 1995 verletzte das Kleinflugzeug mit der Nummer C-337 das nationale Territorium im Westen zwischen den Orten Santa Fe und Guanabo. Es hielt sich auf einer Strecke von 5 Meilen zwischen 5 und 10 Meilen von der Küste entfernt.

- Am 13. Juli 1995 flogen vier Flugzeuge mit den Kennzeichen N-108LS, N-2506, N-5485S und N-312MX in den Norden Havannas ein. Sie drangen in das Sperrgebiet MU-P1 ein und überflogen Havanna in gefährlicher und fahrlässiger Weise in geringer Höhe.

- Am 9. und 13. Januar 1996 entdeckten die kubanischen Behörden zwei Leichtflugzeuge, die in Florida vom Flughafen Opalocka gestartet waren. Sie überflogen die Provinzen Havannas und warfen subversive Propaganda ab, die dazu aufrief, Aktionen gegen die konstitutionelle Ordnung Kubas zu unternehmen.

23. Peru zwischen Neoliberalismus und Repression

Von Peter Nowak

Autor: Peter Nowak · Rubrik: Peru · CD-Datei: daten/aksuche/ak389/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:389:11

Zur besten Sendezeit, zwischen zwei Folgen der beliebten Telenovelas, brachte das peruanische Fernsehen einen bemerkenswerten Spot. Eine schwere Stahltür schnappt langsam zu, und eine sonore Stimme warnt: "Wer sich an staatsfeindlichen Aktivitäten beteiligt, wird für immer hinter dieser Stahltür verschwinden."

Nach Angaben von amnesty international (ai) sind seit 1980 Tausende Menschen spurlos verschwunden. Die meisten sind wohl nicht mehr am Leben. Schwere Folter ist auch heute noch in den Gefängnissen an der Tagesordnung. Der Terror richtet sich nicht nur gegen den bewaffneten linken Widerstand. Im Visier der Repressionsorgane befinden sich anarchistische MilitärgegnerInnen, linke RechtsanwältInnen, JournalistInnen sowie Mitglieder von Bauern- und Gewerkschaftsorganisationen.

Menschenrechte

nicht gewährleistet

Im November 1995 machte ai mit einer Eilaktion (urgent action) auf Todesdrohungen gegen sieben Mitglieder des in Lima ansässigen Büros der Vereinigung der Menschenrechte (APRODEH) aufmerksam. Unterschrieben war diese Drohung "mit freundlichen Grüßen von der Grupo Colina". Die "Grupo Colina" ist eine Todesschwadron, die u.a. für ein Massaker an der Universität von La Cantuta im September 1993 verantwortlich war. Damals wurden neun StudentInnen und ein Professor entführt und später ermordet aufgefunden. Die Leichen wiesen Folterspuren auf. Die Opfer des Massakers von La Cantuta wurden fälscherlicherweise als Mitglieder der maoistischen Guerilla Sendero Luminoso bezeichnet.

Wegen des internationalen Aufsehens wurden mehrere Militärangehörige Ende 1994 zu Gefängnisstrafen verurteilt. Im Rahmen einer Amnestie kamen sie allerdings schon im Sommer 1995 frei. An der Aufklärung des Verbrechens waren die mit dem Tod bedrohten MenschenrechtlerInnen führend beteiligt. Zu ihnen zählt der bekannte Rechtsanwalt Heriborto Benitez, der frühere Offizier Rodolfo Robles, der gegen seine Kameraden aussagte, sowie zwei Angehörige der ermordeten StudentInnen.

Natürlich gelten für die bewaffnet kämpfende Linke in Peru erst Recht keine Menschenrechte. Unmittelbarer Anlaß für die jüngste Repressionswelle gegen Linke war die Verhaftung von 30 Mitgliedern der Guerillaorganisation Tupac Amaru (MRTA) am 30.11.1995 in Molina, einem Stadtteil von Lima. In einer Erklärung der Nationalen Leitung der MRTA heißt es, die Verhafteten gehörten zu einem Kommando, das das peruanische Parlamentsgebäude besetzen und die Abgeordneten als Geiseln gegen MRTA- Gefangene austauschen wollte.

US-amerikanische

Journalistin verhaftet

Ebenfalls am 30.11. wurde die Journalistin Lori Berenson aus einem öffentlichen Bus heraus verhaftet. Sie ist seit Jahren in der US-amerikanischen Solidaritätsbewegung für Nicaragua und El Salvador aktiv und hatte ein Interview mit MRTA-Kadern geplant. Von den peruanischen Behörden wurde sie beschuldigt, Waffen für die MRTA geschmuggelt zu haben. Im Schnellverfahren wurde sie mit den Gefangenen von Molina von einem mit Kapuzen maskierten Militärtribunal zu einer lebenslänglichen Gefängnisstrafe verurteilt. Ihre Verurteilung erregte Aufsehen, sehr zum Mißfallen der peruanischen Behörden und Presse. Die Zeitung El Comercio schrieb, daß die peruanischen Behörden von dem internationalen Interesse an dem Fall Lorie Berenson beunruhigt seien.

Für Medienöffentlichkeit hatten vor allem die Eltern von Lori Berenson gesorgt. Gemeinsam mit dem ehemaligen Staatsanwalt Ramsey Clark warfen sie den peruanischen Behörden vor, ihre Tochter ohne einen einzigen Beweis verurteilt zu haben und forderten auf einer Pressekonferenz in Lima die Überstellung ihrer Tochter in ein Gefängnis in der Nähe ihrer amerikanischen Heimatstadt. Diese Möglichkeit wurde aber von den peruanischen Behörden und vom peruanischen Präsidenten Fujimori höchstpersönlich abgelehnt. Bis heute wird Berensons Eltern eine Besuchserlaubnis für ihre Tochter verweigert. Diese Ablehnung wurde mit der

Allgemeingültigkeit des peruanischen Strafrechts begründet. Danach dürfen politische Gefangene im ersten Jahr überhaupt keinen Besuch erhalten, danach ist der Besuch eines Familienangehörigen für eine halbe Stunde pro Monat erlaubt.

Die Diskussion um Lori Berenson schlug so hohe Wellen, daß sich der nordamerikanische Botschafter in Lima, Alvin Adams, einschaltete und den Eltern in den Rücken fiel, indem er seinen Respekt vor der "souveränen Entscheidung der peruanischen Behörden" bekundete. Fujimori wiederum kam mit seiner Bemerkung, daß die Verurteilung auch im Interesse der USA liege, der Wahrheit wohl sehr nahe. Denn die USA haben natürlich keinerlei Interesse, sich für die Freilassung von radikalen Linken einzusetzen. Im Gegenteil, es ist bekannt, daß die Repressionsorgane der USA an der Verfolgung linker WiderstandskämpferInnen intensiv beteiligt sind.

Grenzenlose Repression

Nach den Verhaftungen in Molina war - im Ausland weitgehend unbeachtet - eine Verhaftungswelle von ExilperuanerInnen in Perus Nachbarländern Bolivien und Uruguay zu verzeichnen. Die Betroffenen werden von den peruanischen Behörden als MRTA-UnterstützerInnen bezeichnet. 13 PeruanerInnen in verschiedenen bolivianischen Städten wurden zu einem Zeitpunkt verhaftet (Anfang Dezember 1995), als der peruanische Außenminister dem Land einen Besuch abstattete. In diesem Zusammenhang war eine Vereinbarung getroffen worden, die eine Zusammenarbeit der peruanischen Grenzpolizei mit den Kollegen des Nachbarlandes auf bolivianischem Boden ermöglichte. Große Sorgen machen sich die Solidaritätsgruppen um Elizabeth Ochoa Mamani, die seit 1994 als anerkannter Flüchtling in Bolivien lebt. Sie wurde nach ihrer Verhaftung gefoltert und von ihren zwei kleinen Kindern getrennt, deren Aufenthaltsort ebenfalls unbekannt ist. In Uruguay wurden die ExilperuanerInnen Miguel Samaniego und Silvia Gora Rivera mit ihrer vier Jahre alten Tochter in Auslieferungshaft genommen.

Die peruanischen Medien fahren schon seit langem eine Kampagne gegen die angeblich zu liberale Gesetzgebung dieser Nachbarländer, die als Rückzugsgebiet für bewaffnete Linke bezeichnet werden. Damit will die peruanische Regierung von der Tatsache ablenken, daß auch sechs Jahre nach Fujimoris Regierungsantritt und seinen vollmundigen Erklärungen, "den Terrorismus mit allen Mitteln zu vernichten", weiterhin bewaffnete Widerstandsaktionen in Peru stattfinden. Es wird jetzt befürchtet, daß unter peruanischer Federführung die Repression in Lateinamerika bald grenzenlos sein wird. Dabei werden Erinnerungen an die Ära der faschistischen Militärregierungen wach. Damals wurden RegierungsgegnerInnen grenzübergreifend in Uruguay, Bolivien, Chile und Argentinien verhaftet und ermordet. Peru war damals nicht involviert, weil die sogenannten "roten Militärs", die damals das Land regierten (1968-1975), einen sozialreformistischen Kurs fuhren.

Deren Elan bei der Bildungs- und Landreform währte jedoch nur kurze Zeit. Allerdings hatte ihre Politik mehrere unbeabsichtigte Folgen. Die Außenpolitik hat bis heute Spuren in der Bewaffnung der peruanischen Armee mit sowjetischen und kubanischen Waffen hinterlassen. Außerdem wurde im Rahmen der Bildungsreform die Universität in Ayacucho gegründet, damit auch die indigene Bevölkerung aus dem peruanischen Hochland in den Genuß von Bildung kommen konnte.

Sendero organisierte

die indigene Bevölkerung

Die StudentInnen lasen auch Marx und Mao und brachten deren Schriften mit ihrer Situation in Verbindung. Hier lag die Keimzelle von Sendero Luminoso, der sich Anfang der 90er Jahre zur erfolgreichsten maoistischen Guerilla entwickelte. Ihr Vorsitzender, Abimael Guzman, war Philosophieprofessor an der Universität. Sie bekam Zulauf aus der indigenen Bevölkerung, die von der weißen Linken bisher ignoriert worden war. Die organisierte ihre Mitglieder in den wenigen großen Städten, wie Lima und Trujillo. Die andine Bevölkerung blieb ihnen fremd. Nach ihrer vulgärmarxistischen Theorie galt sie als rückständig, würde früher oder später in den Elendsvierteln Limas landen, dort ihre Arbeitskraft anbieten und könnte dann organisiert werden. Tatsächlich war und ist die Landflucht enorm. Sendero allerdings begann, die andinen Menschen zunächst in ihren Orten zu organisieren, denn gemäß ihrer Mao-Rezeption wollten sie die Städte vom Land her einkreisen.

In der Provinz Ayacucho waren sie damit auch erfolgreich. Doch der Machtkampf mit der peruanischen Regierung war nicht im unwegsamen Bergland sondern nur in der Metropole Lima zu gewinnen. Das brachte

das Militär in Zugzwang, das bisher den Krieg in den Bergen eher ignoriert hatte. Außerdem geriet Sendero bei der Rekrutierung in den Barrios von Lima (ab Anfang der 90er Jahre) in Konflikt mit anderen linken Gruppen, die dort ebenfalls organisiert waren. Ein heftiger, manchmal blutiger Machtkampf war die Folge. Dabei gelang es Sendero bis 1993, zunehmend Einfluß in den Barrios zu gewinnen, vor allem unter Indigenas. Dafür büßte er in Ayacucho schon Anfang der 90er Jahre seinen Einfluß weitgehend ein. Das Militär bewaffnete im Zuge der Aufstandsbekämpfung LandarbeiterInnen, die sogenannten Rondas Campesinos. Jeder, der auch nur in Verdacht geriet, mit Sendero zu sympathisieren, wurde erschossen. Viele Indigenas flohen vom Land in die Stadt. Die Regierung feierte die Geflohenen als HeldInnen, die Sendero widerstanden hätten. Dabei sagen viele MigrantInnen, daß sie auch vor den Militärs geflohen seien.

Die Verhaftung Abimael Guzmans im September 1993 und die nachfolgende Debatte um seine angeblichen Friedensvorschläge spalteten die Organisation. Der größte Teil - auch der Gefangenen - unterstützt diese Friedensvorschläge. In einer angeblich von Guzman stammenden längeren Erklärung wird die Forderung nach einem Friedensvertrag mit der peruanischen Regierung nicht als Niederlage im bewaffneten Kampf interpretiert, sondern als besondere Taktik maoistischer Politik gefeiert. Ähnlich wie Mao während der japanischen Besatzungszeit mit dem Nationalistenführer Tschiang Kai-schek ein zeitweiliges Bündnis schloß, so müsse heute in Peru ein begrenzter Pakt gegen den US-Imperialismus geschlossen werden. Die Herkunft dieser Friedensbriefe ist bis heute unklar und sowohl unter den Gefangenen als auch unter aktiven SenderoanhängerInnen umstritten. Erst vor kurzem verlangten 500 Sendero-Gefangene einen öffentlichen Fernsehauftritt von Abimael Guzman, wo er die Vorschläge wiederholen solle. Danach würden sie entscheiden, ob sie sich diesen Friedensvorschlägen anschließen könnten.

Auch dieser Vorschlag wurde erwartungsgemäß von der Regierung abgelehnt. Fujimori ließ erklären, Guzman sei so schwer erkrankt, daß er höchstens noch drei Jahre zu leben habe. Bis dahin würde er das Sonnenlicht nicht mehr sehen. Guzman ist in einem unterirdischen Bunker untergebracht. Gegenüber einer Delegation des Roten Kreuzes anläßlich eines Wirtschaftsgipfels in der Schweiz wiederholte Fujimori diese Äußerung. Die auch in der linken Presse, z.B. der Schweizer Wochenzeitung (WOZ) veröffentlichten Berichte über eine Vorzugsbehandlung von Guzman lassen sich nicht bestätigen. Die in Uruguay lebende WOZ-Autorin Gaby Weber schrieb mir auf Grund meiner Anfrage nach den Quellen ihres Artikels, daß Guzmans privilegierte Behandlung allgemein bekannt sei. In Peru allerdings wissen auch erklärte Sendero-GegnerInnen davon nichts und halten diese Meldungen schlicht für falsch.

Verhaftung von

"legalen SenderistInnen"

Zur Zeit berichtet die peruanische Presse häufig von Prozessen gegen angebliche SenderistInnen, die meistens zu lebenslänglichen Haftstrafen verurteilt werden. Dabei handelt es sich um legal lebende ÄrztInnen, RechtsanwältInnen, ProfessorInnen, denen die Mitgliedschaft in Sendero-Vorfeldorganisationen zur Last gelegt wird. Nach Beweisen fragt unter den peruanischen Verhältnissen kaum jemand. Wer es täte, säße sicher selber bald auf der Anklagebank. Nicht zufällig sind unter den Verurteilten Rechtsanwälte von Sendero-Kadern. Den MedizinerInnen wird pauschal die Behandlung verletzter Guerilleros/as unterstellt.

Ob Sendero oder die MRTA wieder Zulauf bekommen werden, ist schwer einzuschätzen. Zur Zeit profitiert der Technokrat Fujimori, der es schaffte, Peru eine neoliberale Wirtschaftspolitik aufzuoktroyieren, von der herrschenden Perspektivlosigkeit. Anders als seine Nachbarländer blieb Peru in den 70er Jahren davon verschont. So stärkten die schon erwähnten "roten Militärs" den Staatssektor in der Ökonomie und die nachfolgende APRA-Regierung vertrat ebenfalls das Konzept einer gemischten Wirtschaft.

Die Rolle des Aprismus

Das lag in der Tradition des Aprismus (1), dessen Gründer Haya de la Torres in den zwanziger Jahren mit führenden RevolutionärInnen wie Mariátegui und Sandino konferierte. Er gründete aber mit dem Aprismus eine Bewegung, die den Klassenkampf vehement ablehnte und ein Bündnis mit dem heimischen Kapital anstrebte. Wegen des Aufbaus von Parteimilizen verglichen manche die APRA mit Mussolinis FaschistInnen. In den 80er Jahren näherten sie sich der Sozialdemokratie und wurden Mitglied in der Sozialistischen Internationale. An der Frage des Verhältnisses zur APRA spaltete sich das Bündnis der Linksparteien "Izquierda Unida", die sich bis Mitte der 80er Jahre Hoffnung auf eine Regierungsübernahme machten. Nachdem deren Vorsitzender

Barrantes den wichtigen Posten des Bürgermeisters von Lima übernommen hatte, sprach er sich für ein Zusammengehen mit der APRA aus und leitete damit die Zersplitterung der "Izquierda Unida" ein, die mittlerweile in der peruanischen Innenpolitik bedeutungslos ist. Die APRA spielte während der Regierungszeit ihres letzten Präsidenten Alan Garcia auf der sozialdemagogischen Klaviatur, propagierte einen Schuldenrückzahlungsboykott und verstaatlichte die Banken. Dies mobilisierte das reaktionäre Bürgertum. Als dessen Präsidentschaftskanditat trat der Literaturnobelpreisträger Mario Vargas Llosa, ein glühender Antikommunist und erklärter Feind Fidel Castros, zu den Wahlen 1990 an. Er wurde als Favorit gehandelt und verlor gegen den weitgehend unbekannten Technokraten Fujimori.

Der Neoliberalismus in Peru hat einen Namen - Fujimori

Fujimori setzte als erste Maßnahme das Wirtschaftsprogramm seines unterlegenen konservativen Herausforderers in die Tat um. Der sogenannte Fujimori-Schock löste wenig Proteste aus, obwohl der Wegfall von Subventionen, die damit verbundenen Preiserhöhungen sowie die Verlängerung von Arbeitszeiten die breite Masse traf. Mit Fujimori hielt der Neoliberalismus in Peru Einzug. Schon vor Jahren wurden die Minen des Landes privatisiert. Die einzigen Schwierigkeiten bei diesem Projekt bestanden aus den zögerlichen Reaktionen der ausländischen Konzerne, für die die innenpolitische Lage Perus noch nicht stabil genug für solche Investitionen schien. Zur Zeit wird die Privatisierung der peruanischen Erdölindustrie "Petro-Peru" debattiert. Die Vorbehalte der Opposition beziehen sich im Wesentlichen darauf, daß jede Beteiligung von ecuadorianischem oder chilenischem Kapital an "Petro-Peru" ausgeschlossen werden soll. Mit diesen Ländern bestehen alte Grenzstreitigkeiten, die auch durch den jüngsten Vertragsabschluß zwischen Ecuador und Peru nur notdürftig kaschiert werden.

Die Kritik der APRA an der Fujimori-Regierung bedient sich rassistischer Elemente. Mit Fujimori will die "japanische Rasse" die Herrschaft über Peru übernehmen, sagte mir ein APRA-Funktionär bei einem Besuch im Parteigebäude im Zentrum Limas. Dort drängen sich die Menschen, allerdings nicht, um den historischen Reden von Haya de la Torre zu lauschen, die dort ständig - untermalt mit melancholischer Musik - den Platz beschallen. Die Menschen stellen sich zur kostenlosen medizinischen Behandlung an, die im Parterre des Parteibüros angeboten wird. Mit solchen Sozialmaßnahmen und mit ihrem weitgehend intakten Parteiapparat versucht die APRA, das durch die Korruptionsskandale der Garcia-Regierung verloren gegangene Vertrauen langsam zurückzuerobern.

Politische Beobachter in Peru halten ein Comeback der APRA eher für wahrscheinlich als das baldige Erstarken einer linken Alternative. Bisher gibt sich Fujimori unschlagbar und plant schon über das Jahr 2000 hinaus. Unterstützt wird er dabei von einer willfährigen Presse, die tagtäglich bis zu drei Präsidentenfotos in einer Ausgabe plaziert. Eines dieser Boulevardblätter - noch unter Bildzeitungs-Niveau - nennt sich "El Chino", der Spitzname Fujimoris. Allerdings wurde in der Frage der "Petro-Peru"-Privatisierung erstmals ein stärkerer Widerspruch von großen Teilen der Bevölkerung zur Regierungspolitik deutlich. Auch soziale Proteste verschiedener Gruppen finden tagtäglich auf den verschiedensten Straßen und Plätzen Perus statt. So demonstrierten ca. 2.000 StudentInnen in der Hochburg des andinen Wintersports, in Huaraz, gegen die korrupte Unileitung. Hungerstreiks entlassener ArbeiterInnen dauerten mehrere Wochen. Allerdings werden solche Proteste von den Massenmedien in der Regel ignoriert.

"Uns fehlt die Option für die Armen", klagte der 80jährige Antonia in Ayacucho. Die bewaffnete Guerilla, so kritikwürdig er ihre Aktionen im einzelnen auch fand, zeigte den Reichen allein durch ihre Existenz, daß eine völlig andere Gesellschaft denkbar ist. Jetzt fürchten die Neureichen von Miraflores (Nobelstadtteil von Lima, P.N.) höchstens noch Gott. Sie tragen ihren Reichtum stolz und arrogant zur Schau. Aber Antonio ist sicher: "Solange es die sozialen Probleme gibt, werden Menschen Mittel und Wege finden, diese zu beseitigen."

Anmerkung:

1) Die Alianza Popular Revolucionario Americano (APRA), 1924 gegründet, war ursprünglich eine antiimperialistische Bewegung, die gegen Latifundien sowie für Industrialisierung und Sozialreformen eintrat. Sie propagierte die Eingliederung der Indigenas in die sogenannte moderne Zivilisation. 1931 trat sie in Peru das erste Mal parteipolitisch in Erscheinung.

24. "Es gibt eine fast gesetzlose Situation." Gespräch mit dem palästinensischem Wissenschaftler Azmi Bishara

Gespräch mit dem palästinensischen Wissenschaftler Azmi Bishara

Autor: Radio Z, Nürnberg · Rubrik: Israel / Palästina; PLO · CD-Datei: daten/aksuche/ak389/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:389:29

Zur aktuellen Situation in Israel/Palästina bringen wir ein Interview mit Azmi Bishara (Philosoph und Politikwissenschaftler), das Stefan Ueltzen für den alternativen Nürnberger Sender "Radio Z" am 20.3.96 geführt hat.

Frage: Über acht oder neun Monate lang war in Israel alles ruhig, bis Israel Fathi Schiqaqi, den Chef des Islamischen Dschihad, und Jahja Ajasch, den Bombenbauer des bewaffneten Hamas-Flügels, getötet hat. Israel trage die Verantwortung für die jüngsten Anschläge, sagt der bekannte, einflußreiche, unabhängige Palästinenser Haider Abdel Schafi. Israel trage die Verantwortung, denn Israel habe Hamas den Anlaß für diese Aktion geliefert. Stimmen Sie dem zu?

Azmi Bishara: Ich stimme dem unter Vorbehalt zu. Es hat nicht mit der Ermordung der beiden angefangen. Wenn wir über die letzten Bombenanschläge sprechen, habe ich keinen Zweifel daran, daß der direkte Grund dafür die zwei von Israel begangenen Attentate waren. Dadurch wurde eine Kettenreaktion in Gang gesetzt, die nicht mehr kontrolliert werden konnte. Meiner Meinung nach war das politisch dumm und unpragmatisch. Doch das ist nicht das Problem. Das Problem ist jetzt die kollektive Bestrafung in der Westbank und im Gaza-Streifen.

Die Bombenanschläge sind - nicht nur in moralischer Hinsicht - falsch. Es gibt da jemanden, der nicht darüber nachdenkt, was er macht, was er erzeugt. Ich verurteile diese Aktionen entschieden. Es gibt eine Spezifik dieser letzten verbrecherischen Aktionen, und das ist der Selbstmord. Kein Mensch untersucht meiner Meinung nach diese Frage. Man spricht so darüber, als wären es normale, konventionelle Terroraktionen. Nein, das stimmt nicht! Es gibt hier etwas Neues! Dieses Neue sind die Selbstmordanschläge und dafür gibt es Gründe. Wir müssen untersuchen, was wirklich los ist. Vielleicht erzeugen die letzten israelischen Aktionen nicht weniger Selbstmörder, sondern mehr? Und darum hat Israel mit der Ermordung dieser zwei Hamas-Militanten einen großen Fehler gemacht. Vorher war fast alles ruhig. Aber es geschah auch einiges: Die Okkupation ging weiter. Ich weiß nicht, wann die Sache sonst explodiert wäre? Aber die letzte Kettenreaktion brach nach diesen zwei Anschlägen aus, die in Israel richtig bejubelt worden sind. Und wir, die inzwischen verantwortlicheren Leuten, wir wußten, daß die Revanche kommen wird.

Welche Strömungen sind in der Hamas zu beobachten? Ist der Friedensprozeß als Resultat der Anschläge langfristig gefährdet?

Es gibt verschiedene Strömungen der islamischen Bewegung, aber fast alle sind der Meinung, daß dieser Friede kein Friede ist. Alle sind gegen diese Situation, die mit Oslo erzeugt worden ist. Aber einige sind dafür, daß man diese Realität anerkennt und mit ihr lebt, andere dagegen sind nicht bereit, diese Realität anzuerkennen.

Es gibt noch eine andere Seite: Einige haben von dieser neuen Realität nichts zu erwarten. Ich meine vor allem die sogenannten "gesuchten Leute". Es gibt bei den israelischen Behörden eine Liste von Leuten, die seit der Intifada gesucht werden. Und diese Leute werden gesucht und ermordet. Schiqaqi und Ajasch waren nicht die ersten. Fast jede Woche wird ein Aktivist erschossen. Und diese Leute haben wahrscheinlich auch nichts zu verlieren, weil sie fast sicher sind, daß sie sterben werden. Die lange Hand der israelischen Sicherheitskräfte wird sie irgendwann erreichen. Und Leute, die nichts zu verlieren haben, haben auch kein Problem, Selbstmörder zu schicken.

Unabhängig von der politischen Übereinstimmung und Einschätzung der Lage sind wir alle daran interessiert, daß diese Kettenreaktion, daß diese Selbstmordanschläge aufhören. Aber das kann nur aufhören, wenn nicht

so viele Leute nichts zu verlieren haben. Wir müssen eine Situation erzeugen, daß alle etwas zu verlieren haben. Ansonsten ist es schwierig.

Halten Sie die Selbstmorde eher für eine Verzweiflungstat oder für politisches Kalkül?

Beides: Ich meine derjenige, der schickt, hat ein politisches Kalkül; derjenige, der bereit ist, geschickt zu werden, ist ein verzweifelter Mensch. Die Orientalisten und Journalisten können mir keinen Unsinn erzählen. Ein Moslem, ein Hindu, ein Amerikaner oder ein deutscher junger Mann begeht Selbstmord, wenn er den Sinn des Lebens verloren hat. Dann kann er auch irgendwelche Geschichten von einem Leben nach dem Tod oder ähnlichen Quatsch glauben.

Ich für meinen Teil, als palästinensischer Intellektueller, bin sehr besorgt über die Zukunft der palästinensischen Gesellschaft. Israel sollte auch besorgt sein. Warum wurden so viele solcher Leute erzeugt? Die Intifada hat wahrscheinlich zu lange gedauert, ohne daß eine politische Lösung gefunden wurde. Unter der aktuellen politischen Lage sehen die Menschen keinen Ausweg. Was hier tatsächlich erzeugt wird, ist Apartheid unter dem Namen Trennung, unter dem Namen Friedensprozeß. Die jungen Leute sehen keinen Ausweg, sie fühlen sich blockiert, belagert von allen Seiten. Die Situation, so wie sie jetzt in Palästina besteht, mit den Checkpoints, mit der Abriegelung der besetzten Gebiete, mit der totalen demographischen - fast rassischen - Trennung beider Völker, ist Apartheid.

Eine These aus dem Umfeld von Arafat geht bezüglich der Anschläge von einer Zusammenarbeit zwischen Hamas und rechten Siedlergruppen aus.

Das ist Quatsch. Das ist so ein konspiratives Denken, das keinen Groschen wert ist. Die Rechte in Israel hat zwar - politisch gesehen - einen Vorteil daraus gezogen. Ich glaube aber nicht, daß sie dahinterstehen.

Wie sehen Sie die Entwicklung der Menschenrechtssituation in den autonomen palästinensischen Gebieten?

Schlecht! Wir alle müssen diese Lage schlecht sehen, weil die ganze Welt jetzt von der palästinensischen Polizei nur erwartet, die Sicherheit Israels zu bewahren. Wie, interessiert niemand! Aber uns palästinensische Intellektuelle interessiert sehr wohl, wie das gemacht wird: Durch Gesetze oder ohne Gesetze, durch Diktatur oder ohne, mit Demokratie oder ohne. Unserer Meinung nach besteht eine gesetzlose Situation in den besetzten Gebieten. Die palästinensische Polizei unterliegt keinerlei Gesetzen, durch die sie kontrolliert werden kann. Es gibt keine Menschenrechte in den besetzten Gebieten, auch nicht in den Gebieten, die von den Palästinensern kontrolliert werden. Es gibt eine fast gesetzlose Situation.

Wie sehen Sie die Wahlen in den autonomen palästinensischen Gebieten? Wie demokratisch waren Sie ihrer Meinung nach?

Meiner Meinung nach waren sie demokratisch. D.h., es gab keine Fälschungen, keine Schiebereien. Das war nicht das Problem. Das Problem war, daß es keine große politische Alternative gab. Es gab nur eine Möglichkeit: Für Oslo zu stimmen. Das internationale, lokale und regionale Kräftegleichgewicht ließ den Menschen keine andere Wahl. Es gab schon einige Kritiker (des Friedensprozesses), die Erfolg hatten, wie Haider Abdel Schafi. Aber im großen und ganzen gab es nur eine Partei bei der Wahl. Und das lag nicht nur an der objektiven Lage, der internationalen Gemeinschaft, die hinter Oslo steht, sondern daß war auch ein Fehler der palästinensischen Opposition, die sich nicht als politische Partei zur Wahl organisiert hat.

Warum war das ein Fehler?

Weil es in der politischen Situation nicht viel mehr Möglichkeiten für die Opposition gab, sich zu artikulieren, als die Wahl. Die Situation war so zugespitzt und die Möglichkeiten waren so eingeschränkt, daß wir es uns nicht hätten erlauben dürfen zu boykottieren. Die Leute, die eine andere Meinung als Arafat haben, die hätten eine Bühne suchen sollen, um diese Meinung organisiert zu sagen. Und die Wahlen waren eben so eine Bühne. Es gab eine internationale Überwachung der Wahl. Danach war sie einigermaßen objektiv. Es gab nicht die Fälschungen, die wir aus anderen Drittweltländern kennen.

Der Welt wird ein Bild geboten, als seien die Palästinenser zweigeteilt: Entweder sie stehen hinter Arafat oder sie sind Selbstmörder. Aber wo ist die politische Opposition, die nicht aus Selbstmördern besteht? Die ist nicht sichtbar, weil sie bei den Wahlen abwesend war.

Glauben Sie, daß auf der Grundlage der Politik Arafats ein wirklicher palästinensischer Staat entstehen kann?

Es kann eine Identität entstehen, die Staat heißt, aber kein wirklicher Staat ist. Wenn man Gaza, wie es jetzt besteht, Staat nennt, wird das dann die Lage ändern? Sicher nicht. Entscheidend sind nicht die Begriffe, sondern die Realität.

Welche Chance räumen Sie einer möglichen Opposition ein? Zur Zeit ist sie ja ziemlich zersplittert.

Es besteht Bedarf nach einer politischen Opposition in Palästina, die sich mit Fragen der Demokratie und der Menschenrechte sowie mit der ungelösten nationalen Frage beschäftigt. Hoffentlich ist es nicht zu spät, diesen Raum mit demokratischen Kräften zu füllen. Es gibt einige linke Bewegungen, aber sie sind noch nicht in einem demokratischen Block organisiert. Aber viele Leute arbeiten daran.

Welche Perspektiven sehen Sie?

Zur Zeit sehe ich keine Perspektive. Nicht unter der jetzigen Lösung, nicht bei der Art und Weise, wie verhandelt wird. Die ganze Konzeption muß geändert werden, damit wir eine Perspektive sehen können.

In welcher Richtung muß sie geändert werden?

Hauptsächlich in Richtung von Gleichheit. Es gibt keinen Frieden ohne Gleichheit: formale Gleichheit, Gleichheit zwischen Individuen, zwischen Nationen. Jetzt haben wir keine Situation der Gleichheit, sondern eine der Bantustanisierung, eine Protektoratssituation. Die Auffassung, Israel könne auf der Grundlage von Hegemonie und Protektorat Frieden schaffen, wird keine Zukunft haben.

25. Jugoslawien und die internationale Politik. Eine Broschüre der PDS-Bundestagsgruppe: nützlich, lesenswert und kostenlos

Autor: Js. · Rubrik: Interventionspolitik und Kriege; Jugoslawien / Ex-Jugoslawien; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak389/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:389:26

Der Bereich Außen- und Friedenspolitik der PDS-Bundestagsgruppe hat eine wichtige Broschüre herausgebracht. Autor der Studie "Der jugoslawische Bürgerkrieg und die internationale Politik" ist der ak-LeserInnen nicht unbekannte Knut Mellenthin.

Die Ursachen für die innerjugoslawischen Konflikte und ihre Eskalation zum Bürgerkrieg sind in der Linken nach wie vor umstritten. In der Einleitung schreibt der Autor: "Einem quer durch die politischen Lager und Bildungsniveaus verbreiteten Mißverständnis zufolge wurde der jugoslawische Bürgerkrieg dadurch ausgelöst, daß bis dahin jahrzehntelang friedlich zusammenlebende Völker plötzlich von dem nationalistischen Fieberwahn ergriffen wurden, sie könnten mit den anderen nicht mehr auskommen, sondern müßten unbedingt einen eigenen, möglichst ethnisch homogenen, Staat haben. Je nach Standort kann diese Annahme noch durch die These angereichert werden, der entsprechende Wahnsinnsvirus sei vermutlich aus Deutschland eingeschleppt worden und überhaupt erst durch die voreilige Anerkennung Sloweniens und Kroatiens so richtig virulent geworden. Vernachlässigt wird dabei zumeist die jahrelange Vorgeschichte und Entwicklung des Konflikts."

Diese vernachlässigten Fragen werden in der Studie ausführlich behandelt. Knut Mellenthins Blick in die Vorgeschichte beginnt mit der Krise des jugoslawischen Staates nach Titos Tod (1980), dem wirtschaftlichen Niedergang des Landes, der Zerrüttung der Staatsfinanzen. Es folgt ein Abschnitt über den "serbischen Weg", den von den serbischen Kommunisten unter Milosevic eingeschlagenen Kurs auf die nationalistische Konfrontation, die über die Zuspitzung des Kosovo-Konflikts betrieben wurde.

Die Intention der EG, den jugoslawischen Staat zu erhalten, sei "grundsätzlich mehr als berechtigt" gewesen, schreibt der Autor. Allerdings sei der Zeitpunkt für ein sinnvolles Krisenmanagement verpaßt worden. Erst die kriegerische Eskalation nach der Intervention der Bundesarmee in Slowenien im Juni 1991 versetzte die europäischen Diplomaten in Aufregung. Es folgte das nach wie vor umstrittene "Vorpreschen" Deutschlands in der Frage der Anerkennung Sloweniens und Kroatiens, dann das Einschwenken der EG auf diesen Kurs.

Ausführlich widmet sich Knut Mellenthin der Analyse und Kritik der Politik Europas und der USA, insbesondere ihrer verschiedenen "Friedenspläne". Am Schluß seiner Studie zieht er "Folgerungen aus vier Jahren Krieg". In der Frage "Einmischung oder Nichteinmischung" arbeitet er das "Dilemma linker Politik" heraus. Die von Pazifisten und vielen radikalen Linken vertretene "verallgemeinernde Position, daß ein militärisches Eingreifen den Betroffenen auf gar keinen Fall nützen würde und sowieso in jeder Weise alles noch viel schlimmer machen würde, ist sachlich falsch. Das kann unter Umständen so sein, aber es gibt dafür keinen Automatismus."

Die Studie enthält eine Reihe wesentlicher Fakten, die leider keineswegs zum linken Allgemeinwissen gehören. Sehr nützlich ist auch die im zweiten Teil folgende Chronologie der Konflikt- und Kriegsentwicklung. Über die vom Autor gezogenen Schlußfolgerungen sollte in der Linken auch weiterhin gestritten werden.

Js.

PDS im Bundestag, Bereich Außen- und Friedenspolitik (Hg.): Der jugoslawische Bürgerkrieg und die internationale Politik. Die Broschüre ist kostenlos und kann bestellt werden bei der PDS-Bundestagsgruppe, Bereich Öffentlichkeitsarbeit, Bundeshaus Bonn-Center, 53113 Bonn, Tel. 0228/1645803; Fax. 0228/1646919

26. Neue Regierung in der Türkei: ANAYOL - Hauptstraße des Krieges

Autor: N.M. · Rubrik: Türkei · CD-Datei: daten/aksuche/ak389/51.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:389:51

Mehr als zwei Monate nach den Neuwahlen vom 24.12. einigten sich die bisherige Regierungspartei Dogru Yol und die Mutterlandspartei ANAP des verstorbenen Staatspräsidenten Turgut Özal Anfang März schließlich auf eine Koalition. In der Türkei wird diese aus der Zusammenziehung beider Parteinamen kurz "ANAYOL" genannt, zu Deutsch "Hauptstraße". Doch während die westlichen Regierungschefs aufatmen, da die Gefahr einer Regierung der islamistischen Refah Partisi, die als stärkste Partei aus den Wahlen hervorgegangen war, gebannt scheint, dürfte sich diese Koaltion für die Mehrheit der Bevölkerung als Hauptstraße in noch mehr Elend, Repression und Krieg erweisen. Die Regierungsmannschaft ist das reinste Gruselkabinett von Folterern, Polizeichefs und Faschisten.

Das Kriegskabinett

Ministerpräsident Mesut Yilmaz, der zwischen 1972 und 1974 in Köln studiert hat (1), war in den 70er Jahren Mitglied der Studentenorganisation der faschistischen MHP. 1983, bei der Neuzulassung politischer Parteien nach dem Militärputsch, schloß er sich der konservativen ANAP an und galt als "Ziehsohn" des Vorsitzenden Turgut Özal. Innerhalb der ANAP galt Mesut Yilmaz als "rechter Bürokrat", Ende der 80er kam es zum Bruch mit Turgut Özal, dessen Haltung - insbesondere in der Kurdenfrage - Yilmaz als zu liberal ansah. Yilmaz war bereits 1991 für kurze Zeit Ministerpräsident.

Regierungssprecher und gleichzeitig Kultusminister wurde Agah Oktay Güner, bis 1980 Chefideologe der von Alparslan Türkes geführten MHP, und als solcher einer der Hauptangeklagten im MHP-Prozeß. Mitte der 80er trennte er sich von Türkes, propagierte eine stärkere Verbindung der nationalistisch-faschistischen Inhalte mit islamischen Motiven, wie sie in der "Türk-Islam-Synthese" ihren Ausdruck fand.

Justizminister wurde ausgerechnet der ehemalige Polizeichef Mehmet Agar, der für mehr als 2.000 nachgewiesene Folterungen während seiner Amtszeit verantwortlich ist und unter dessen Regie das "Verschwindenlassen" von Oppositionellen in Polizeihaft zur Massenerscheinung wurde. Agar gehörte innerhalb der Polizei zum MHP-nahen Flügel, der als Kontraguerilla die Verbindung zwischen Geheimdiensten, MHP und den offiziellen "Sicherheitskräften" realisierte. Er war 1980 einer der Gründer der berüchtigten Folterzentren DAL.

Das Ministerium für Menschenrechte - ein unter der Regierung Demirel eingeführtes "kosmetisches" Amt zur Befriedung westlicher Kritiker - wurde konsequenterweise gleich abgeschafft.

Als Staatsminister - angeblich für Wohnungsfragen - fungiert Ünal Erkan, ebenfalls einer der Köpfe des Kontraguerilla und bis 1995 "Gouverneur für das Gebiet im Ausnahmezustand". In dieser 1987 geschaffenen Funktion unterstanden ihm sämtliche Sicherheitskräfte von Polizei über Gendarmerie, Dorfschützer und reguläre Armee bis zu den Geheimdiensten in den kurdischen Gebieten. Erkan ist damit direkt Verantwortlicher für die Deportation und Vertreibung von mehr als anderthalb Millionen Menschen und die Zerstörung ihrer Dörfer, für mehr als zweitausend Morde durch Kontraguerilla oder Polizei an Oppositionellen. Darüber hinaus war er offensichtlich bereits in der Vergangenheit für internationale "Kontakte auf Staatssekretärsebene", also für die schmutzigen Geschäfte, zuständig. Immer wenn es um Absprachen bezüglich der Repression Oppositioneller z.B. in der BRD ging, um Verbote türkischer oder kurdischer Organisationen, Auslieferungen, gemeinsame Polizeiausbildung u.ä., war Erkan zur Stelle. Nach Meldungen türkischer Zeitungen soll Erkan sich auch während der Newroz-Tage in der BRD aufgehalten haben - sicher zum Studium deutscher Wohnungsbauprogramme ...

Mit Abdülkadir Aksu (ANAP), ehemaliger Polizeichef und unter Özal zeitweilig Innenminister und Nahit Mentese (DYP), Innenminister unter Demirel, wird die "Polizeiriege" im Kabinett zur dominierenden Fraktion. "Ja, das ist meine Truppe, ich arbeite mit meinen Leuten", sagt Mentese auf Fragen von Journalisten nach Erkan und Agar. Abdülkadir Aksu steht als Staatsminister sowohl der GAP-Behörde als auch dem türkischen "Atomenergie-Institut" vor.

Mustafa Kalemli, ebenfalls ehemaliger Innenminister unter der ersten Yilmaz-Regierung, wurde zum Parlamentspräsidenten ernannt. Dies ist nach der Verfassung das zweithöchste Staatsamt.

Bleibt zu ergänzen, daß Ünal Erkan und Mehmet Agar erst für die Kandidatur der DYP beitraten und unter Regie von Tansu Ciller auf absolut sicheren Listenplätzen, sogenannten "Kontingentplätzen", plaziert wurden.

Über diese Liste gelangten noch vier weitere Köpfe der Kontraguerilla als DYP-Abgeordnete ins Parlament:

- Hayri Kozakcioglu, ebenfalls jahrelang Ausnahmezustandsgouverneur (Vorgänger von Ünal Erkan) und späterer Gouverneur von Istanbul, in dieser Position brachte er einen großen Teil seiner Equipe und seiner Methoden mit nach Istanbul.

- Necdet Menzir, ehemaliger Polizeichef von Istanbul, in dieser Funktion verantwortlich für das "Verschwindenlassen" von etlichen Oppositionellen und für die brutalen Polizeiüberfälle gegen Aleviten im vergangenen März im Stadtteil Gazi, die mehr als zwanzig Menschen das Leben kosteten.

- Saffet Arikan Bedük, DAL-Mitbegründer und ehemaliger Polizeichef sowie Bekir Aksoy, ebenfalls zur gleichen "Fraktion" gehörig.

Auch wenn diese vier derzeit (noch?) keine Ministerfunktionen ausüben: der Einfluß der Kontra-Fraktion auf die Regierung ist eklatant. Laut türkischer Verfassung unterstand auch bisher die Regierung der Kontrolle der Militärs: Die gewählten Organe Parlament und Kabinett mußten die Regierungsgeschäfte und Gesetzgebung mit den Militärs "abstimmen", die über den "Nationalen Sicherheitsrat" entscheidenden Einfluß auf die Regierungsgeschäfte nahmen. In der neuen Regierung ist diese Fraktion nunmehr direkt am Steuer.

Als Parteien vertreten ANAP und DYP genau dieselbe "rechtskonservative" Politik, beide Parteien sind rechte Massenparteien. Die ANAP, noch zur Zeit des Verbots der AP/DYP Anfang der 80er Jahre gegründet, vereinigt in sich mehrere Strömungen (Islamisten, Faschisten, Liberale und Konservative). Allerdings gibt es auch innerhalb der DYP Islamisten (traditionell wurden den Vertretern bestimmter religiöser Orden Kontingentplätze eingeräumt) und in der letzten Zeit auch zunehmend eine der MHP nahestehende Strömung. Tansu Cillers Regierung stützte sich bereits während der letzten Jahre auf eine Duldung durch die MHP.

Um das "innenpolitische Chaos" zu beenden, hatten die Arbeitgeberverbände schon seit geraumer Zeit auf ein Zusammengehen der beiden Parteien gedrängt. Das ist nun letztlich auf Druck der Militärs, die in die zwei Monate dauernden wechselnden Koalitionsverhandlungen eingriffen, zustande gekommen.

"Hat vielleicht ein Putsch stattgefunden, ohne daß wir es gemerkt hätten", fragt der Kommentator Yavuz Gökmen in der "Hürriyet" vom 29.3.

Gökmen bezieht sich darauf, daß die erneute Verlängerung der seit dem Golfkrieg 1991 bestehenden Stationierungsgenehmigung für die "Eingreiftruppen" der USA der Presse durch einen ranghohen Militär und nicht von einem Vertreter der Regierung mitgeteilt wurde. (2) Gökmen schreibt weiter: "Der Beginn dieser Geschichte [des unbemerkten ‚Putsches`; N.M.] könnte am 2.3.1994 stattgefunden haben. An dem Tag hatte Tansu [Ciller] die DEP-Abgeordneten des türkischen Parlaments auf Befehl des Generalstabschefs Dogan Güres aus dem Parlament geschmissen und der Polizei ausgeliefert. Aber damit hatten Tansu und das Parlament (3) auch die Fäden ihres eigenen Geschickes in die Hände des Generalstabs gegeben. Die per Verfassung vorgesehene gemeinsame Regierung von Militär und Zivilisten hatte sich zugunsten der Militärs verlagert. Und das dauert bis heute an. Die Fäden sind in den Händen der Militärs geblieben."

N.M.

Anmerkungen:

1) Einige türkische Linke neigen dazu, innerhalb der politischen Parteien und Verbände der herrschenden Klasse jeweils Fraktionen auszumachen, vornehmlich eine US- und eine Deutschland-Fraktion. So platt wie es z.T. vorgetragen wird, ist es sicherlich Nonsens. Dennoch ist es nicht uninteressant festzustellen, daß bestimmte Politiker, darunter MHP-Chef Türkes, der Vorsitzende der Refah Partisi, Necmettin Erbakan, der ebenfalls lange Zeit in Deutschland studiert hat, wie eben auch Mesut Yilmaz, über enge Beziehungen in die BRD verfügen.

2) Die Stationierungsgenehmigung für die amerikanische Eingreiftruppe "poisend hammer", die die Einhaltung der "Schutzzone für Kurden" im Nordirak überwachen soll, ist seit fünf Jahren ein ständiger Streitpunkt in der türkischen Politik. Insbesondere die nationalistischen "Sozialdemokraten" als auch die islamistische Refah Partisi fordern immer wieder die sofortige Aufhebung der "amerikanischen Bevormundung". Bedeutung hat die Frage der Schutzzone vor allem, weil die PKK Guerillalager im Nordirak unterhält. Trotz aller vehement geführten Diskussionen ist immer schon im Voraus klar, daß den Forderungen der USA stattgegeben wird.

3) Die Mehrheit der Abgeordneten stimmte für die Aufhebung der Immunität der DEP-Abgeordneten und damit für ihre Auslieferung an die Polizei.

27. Repression in der Türkei geht weiter. Interview mit dem Vorsitzenden des Istanbuler Menschenrechtsverein

Interview mit dem Vorsitzenden des Istanbuler Menschenrechtsvereins

Autor: Peter Nowak · Rubrik: Türkei · CD-Datei: daten/aksuche/ak389/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:389:33

Ercan Kanar ist Vorsitzender des Istanbuler Menschenrechtsvereins und hielt sich gemeinsam mit dem stellvertretenden Hadep-Vorsitzenden und einem Parlamentarier des kurdischen Exilparlaments Ende März in Berlin auf. Das Interview wurde in Auszügen im ND vom 20.3.96 veröffentlicht.

Frage: Wird sich unter der neuen türkischen Regierung an der Menschenrechtssituation etwas ändern?

Ercan Kanar: Diese Regierung wird die Repression weiterführen wie bisher. Der neue Ministerpräsident Yilmaz äußert zwar verbal sein Bedauern über bestimmte Repressionsmaßnahmen, aber das dient nur der Kosmetik gegenüber den europäischen Regierungen.

Es wurde in der letzten Zeit von Reformmaßnahmen gesprochen. Was ist davon zu halten?

Damit soll das Ausland beruhigt werden. So bedeutet die Änderung von Artikel 8 des Antiterrorgesetzes in mancher Hinsicht noch eine Verschärfung. In Zukunft können Buchhändler, Radiostationen und Verlage noch einfacher angeklagt werden. Aber nach außen wird die Änderung als Reform verkauft, mit der sich die Türkei den Eintritt in die europäische Zollunion ermöglicht hat. Eine weitere Reform dieser Art wird zur Zeit von der türkischen Regierung vorbereitet. Danach soll der Ausnahmezustand über die kurdischen Gebiete jetzt zum letzten Mal verlängert werden. Danach soll das Ausnahmerecht in die Zuständigkeit der einzelnen Provinzgouverneure fallen. Der Ausnahmezustand kann dadurch auf die gesamte Türkei ausgedehnt werden. Streiks und politische Organisationen können dann in der gesamten Türkei verboten werden. Aber dem europäischen Ausland wird auch diese Maßnahme als Reform verkauft.

Sind denn die offenen Massaker wenigstens zurückgegangen?

Vor den Wahlen ließen die Menschenrechtsverletzungen wohl wegen der öffentlichen Aufmerksamkeit nach. Aber danach haben sie sowohl in Kurdistan als auch in den Gefängnissen der gesamten Türkei wieder zugenommen. In Istanbuler Gefängnissen wurden seitdem mindestens fünf Gefangene ermordet. Im Januar starben bei einem Massaker in der kurdischen Stadt Sirnak elf Menschen. Dabei muß man bedenken, daß die PKK am 15. Dezember einen einseitigen Waffenstillstand verkündet und weitgehend eingehalten hat. Lediglich ein Spion wurde von ihnen getötet. Seit dieser Zeit wurden in der gesamten Türkei über 100 Menschen von Sicherheitskräften ermordet, 46 sind verschwunden, zahlreiche kurdische Dörfer wurden verbrannt, die EinwohnerInnen vertrieben.

Das Erstarken der islamischen Refah-Partei wird hier sehr aufmerksam verfolgt. Sehen Sie in der Politik dieser Partei Ansätze für die Lösung des Kurdenproblems?

Nein, diese Partei beteiligt sich genauso an der Verfolgung der Kurden wie die gegenwärtigen Regierungsparteien. Erbakan war schon Ende der 70er Jahre Koalitionspartner der faschistischen MHP und der Rechtskonservativen. Zur Zeit wird das Erstarken der Refah-Partei von der türkischen Regierung als Vorwand benutzt, um Unterstützung von der Europäischen Gemeinschaft zu bekommen. Dazu werden die Islamisten zum Schreckgespenst aufgebaut. Zwischen Ciller, Yilmaz und Erbakan gibt es keinen Unterschied.

Der Menschenrechtsverein versucht seit Jahren auf die Situation in der Türkei aufmerksam zu machen. Wo sehen Sie Erfolge Ihrer Arbeit?

Anfang der 90er Jahre waren wir außerhalb der kurdischen Gebiete mit unseren Forderungen weitgehend isoliert. Mittlerweile gibt es eine wachsende Unterstützung auch unter der türkischen Bevölkerung für unsere Arbeit. Das ist ein großer Erfolg. Ich will Ihnen einige Beispiele dafür geben. Am 10. März 1996 versuchten KünstlerInnen, Intellektuelle in Istanbul eine Demonstration für den Frieden in Kurdistan zu organisieren, die aber vom Staat verboten wurde. Ca. 200 Intellektuelle unterzeichneten eine Resolution für die

Meinungsfreiheit. Vor zwei Jahren wären es höchsten 20 gewesen. Auf dem Kongreß der Revolutionären Gewerkschaftskonföderation wurde über die kurdische Frage diskutiert und ein Dialog gefordert. Das wäre vor Jahren noch undenkbar gewesen. In vielen Städten sind Friedensinitiativen entstanden, die den am 15. Dezember 1995 einseitig von der PKK verkündeten Waffenstillstand für einen Dialog in der Kurdistanfrage nutzen wollen.

Allerdings wird diese Arbeit von der türkischen Regierung behindert und kriminalisiert. Ich selbst stehe demnächst vor einem Militärgericht, weil ich an einer Pressekonferenz über die Situation der Menschenrechte in Kurdistan teilgenommen habe.

Wieso drückt sich der wachsende Widerstand gegen die antikurdische Politik in der Türkei nicht auch im letzten Wahlergebnis aus?

Die Wahlen im Dezember 1995 können nicht als demokratisch bezeichnet werden, auch wenn das im Ausland immer so hingestellt wird. In Kurdistan wurden die Wahlurnen nur in den von Dorfschützern kontrollierten Gebieten aufgestellt. Nach 14 Uhr wurden die Urnen dann mit den Wahlzetteln in Militärschulen gebracht, wo sie von Militärs geöffnet und ausgezählt wurden. Schließlich wurde die 10%-Klausel eingeführt, die gerade kurdische VertreterInnen aus dem Parlament heraushalten wollte.

Was können wir außerhalb der Türkei für diese Friedensbemühungen tun?

Die Menschen hier können Druck ausüben, damit die BRD den Export von Waffen an die Türkei und die Abschiebung von Kurden einstellt.

Interview: Peter Nowak

28. 125 Jahre Pariser Kommune

Autor: Js. · Rubrik: Geschichte der Kommunisten · CD-Datei: daten/aksuche/ak389/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:389:05

"Am Morgen des 18. März 1871 wurde Paris geweckt durch den Donnerruf: ‚Es lebe die Kommune!` Was ist die Kommune, diese Sphinx, die den Bourgeoisverstand auf so harte Proben setzt?" Mit diesen Worten beginnt Karl Marx den dritten Abschnitt seiner Schrift "Der Bürgerkrieg in Frankreich", die als "Adresse des Generalrats der Internationalen Arbeiterassoziation", kurz: Internationale, in mehreren Sprachen verbreitet wurde. Seitdem sind 125 Jahre vergangen - Anlaß zurückzublicken auf ein weltgeschichtliches Ereignis, das nicht allein für den "Bourgeoisverstand" eine Herausforderung bleibt.

Seit 1789 habe jede Revolution in Frankreich einen "proletarischen Charakter" annehmen müssen, schrieb Engels 1891. Nach jedem von den Arbeitern erkämpften Sieg trat das Proletariat mit eigenen Forderungen auf. "Diese Forderungen waren mehr oder weniger unklar und selbst verworren, je nach dem jedesmaligen Entwicklungsstand der Pariser Arbeiter; aber schließlich liefen sie alle hinaus auf die Beseitigung des Klassengegensatzes zwischen Kapitalisten und Arbeitern." Die Bourgeoisie hatte die Bedrohung schon 1848 verstanden und unter den aufständischen Arbeitern ein Blutbad angerichtet. Auf die Republik folgte das zweite Kaiserreich unter Napoleon III., der die Kapitalisten gegen die Ansprüche der Arbeiter zu schützen versprach. Die 1815 verlorenen linksrheinischen Gebiete sollten notfalls auch mit kriegerischen Mitteln zurückerobert werden. Nach dem Preußisch-Österreichischen Krieg von 1866 drohte Preußen zur Hegemonialmacht in Mitteleuropa zu werden. Die bevorstehende Konstituierung des deutschen Nationalstaates veranlaßte Frankreich zum Krieg; die französische Kriegserklärung an Preußen wurde von Bismarck absichtlich provoziert. (Einzelheiten sind unter dem Stichwort "Emser Depesche" im Geschichtsbuch nachzulesen.)

Zusammen mit den Heeren des Norddeutschen Bundes drangen Anfang August 1870 auch Truppen der süddeutschen Staaten nach Frankreich vor. Die seit Jahren geplante Offensive war erfolgreich, Frankreichs Kriegsvorbereitungen dagegen erwiesen sich als mangelhaft. 442.000 deutschen Soldaten standen nur 210.000 französische gegenüber. In den Grenzschlachten zwischen dem 4. und dem 6. August wichen Teile der französischen Rheinarmee zurück. Am 1. September kam es bei Sedan zur vorentscheidenden Schlacht: Die französischen Verbände mußten sich ergeben, auch Napoleon III. wurde gefangengenommen und dankte zwei Tage später ab.

Am 4. September wurde in Paris das Kaiserreich gestürzt und die Republik ausgerufen. Das Angebot der Republikaner, den Krieg ohne Grenzänderungen zu beenden, beantwortete das deutsche Hauptquartier unter General von Moltke mit der Forderung, Elsaß-Lothringen dem deutschen Staatsgebiet einzuverleiben. Nach der Kapitulation der französischen Rheinarmee in Metz (27. Oktober) drangen die deutschen Truppen ins Innere Frankreichs vor und begannen am 28. Dezember mit der Beschießung von Paris. Am 18. Januar 1871 wurde in Versailles das Deutsche Reich proklamiert und der preußische König Wilhelm I. zum Kaiser ausgerufen.

Die republikanische Regierung unter Thiers setzte den Besatzern nur wenig Widerstand entgegen. Nach dem Waffenstillstand vom 31. Januar wurde am 26. Februar in Versailles der Vorfrieden geschlossen. Frankreich trat Elsaß-Lothringen ab und verpflichtete sich zur Zahlung von 5 Mrd. Francs.

In Paris blieb das Volk auch nach der Kapitulation bewaffnet. In der während der Septemberrevolution gebildeten Nationalgarde hatte der "vierte Stand", das Proletariat, die Mehrheit. Den deutschen Truppen waren zwar die Befestigungen rund um Paris übergeben worden, den Einzug in die Stadt wagten jene aber nicht. Engels schrieb: "Solchen Respekt flößten die Pariser Arbeiter dem Heere ein, vor welchem sämtliche Armeen des Kaiserreichs die Waffen gestreckt: und die preußischen Junker, die hergekommen waren, um Rache zu nehmen am Herd der Revolution, mußten ehrerbietig stehnbleiben und salutieren vor eben dieser bewaffneten Revolution."

Zur offenen Rebellion kam es am 18. März, als die bürgerliche Regierung Thiers die Geschütze der Nationalgarde beschlagnahmen lassen wollte. Der Versuch schlug fehl, die Regierung und ihr Anhang verließen fluchtartig die Stadt und zogen nach Versailles. Das Zentralkomitee der Nationalgarde übernahm die Regierungsgewalt.

Nationalismus

und Sozialismus

In seinem Manifest vom 18. März 1871 rechtfertigte das Zentralkomitee seine Tat: "Die Proletarier von Paris, inmitten der Niederlagen und des Verrats der herrschenden Klassen, haben begriffen, daß die Stunde geschlagen hat, wo sie die Lage retten müssen, dadurch, daß sie die Leitung der öffentlichen Angelegenheiten in ihre eigenen Hände nehmen... Sie haben begriffen, daß es ihre höchste Pflicht und ihr absolutes Recht ist, sich zu Herren ihrer eigenen Geschichte zu machen und die Regierungsgewalt zu ergreifen."

Am 26. März wurde die Kommune gewählt und zwei Tage später proklamiert. In seinem Aufruf vom 28. März rühmte das Zentralkomitee der Nationalgarde den "bewunderswerten Patriotismus" der Bürger und rief sie auf, zum "Sterben für das Vaterland" bereit zu sein. Am Schluß des Manifests ist dagegen als "nächstes Ziel: die Weltrepublik" angegeben. In ihrer Praxis war die Kommune internationalistisch: Am 30. März wurden alle in die Kommune gewählten Ausländer in ihrem Amt bestätigt, da die "Fahne der Kommune die der Weltrepublik ist". So wurde der Ungar Leo Franckel Arbeitsminister, und die "Heldensöhne Polens" (Marx) organisierten die Verteidigung von Paris. Ein wichtiger symbolischer Akt gegen den Militarismus und für den Völkerfrieden war der Abriß der Vendôme-Säule, "Sinnbild des Chauvinismus und der Völkerverhetzung" (Engels), die an Napoleons Siege erinnern sollte.

Dennoch behielt die Erhebung einen zwiespältigen Charakter. Die doppelte Zielsetzung - Befreiung Frankreichs von den Okkupanten und Sturz des Kapitalismus - bezeichnete Lenin als "höchst charakteristisches Merkmal der Kommune": "In der Vereinigung sich widersprechender Aufgaben - des Patriotismus und des Sozialismus - lag der verhängnisvolle Fehler der französischen Sozialisten." Die Illusion, "daß in dem durch die gesamtnationale Aufgabe geeinigten Lande die höchste Gerechtigkeit Wirklichkeit werde", begünstigte die Halbherzigkeiten der Kommunarden: Weder nahmen sie die Bank von Frankreich in ihren Besitz noch verfolgten sie die nach Versailles geflohenen Konterrevolutionäre, die so ihre Kräfte sammeln und zum Gegenschlag rüsten konnten.

Die Diktatur des Proletariats ...

Nach der Wahl am 26. März übergab das Zentralkomitee der Nationalgarde die Regierungsgewalt an die Kommune. Zur Festigung ihrer Macht schaffte die Kommune das stehende Heer ab; die Nationalgarde, zu der alle Männer zwischen 19 und 40 Jahren gehören sollten, blieb die einzige bewaffnete Macht. Auch der Beamtenapparat wurde abgeschafft. Alle Stellen in Verwaltung, Rechtsprechung und Bildungswesen wurden durch Wahl besetzt. Die Gewählten waren ihren WählerInnen verantwortlich und konnten jederzeit abgesetzt werden. Das Gehalt für die öffentlich Bediensteten durfte 6000 Francs nicht übersteigen und entsprach damit in etwa dem Arbeiterlohn.

Mit einer Reihe von Dekreten verbesserte die Kommune unmittelbar die Lebensbedingungen der Pariser Bevölkerung. Die wichtigsten Maßnahmen:

- Erlaß der Miete von Oktober 1870 bis April 1871 und Anrechnung der geleisteten Zahlungen,

- Übergabe der von den Besitzern verlassenen Werkstätten und Fabriken an die dort Beschäftigten,

- Beschlagnahme der leeren Wohnungen der Bourgeoisie,

- Verbot der Nachtarbeit für Bäckergesellen,

- Verstaatlichung der Arbeitsvermittlung,

- Abschaffung der Pfandhäuser,

- Festlegung des Brotpreises,

- Dekret über die Festlegung von Minimallöhnen.

Trugen diese Beschlüsse einen "entschieden proletarischen Charakter" (Engels), waren andere Maßnahmen auf die radikale Demokratisierung der Gesellschaft gerichtet. Beschlossen wurde die Trennung der Kirche vom Staat; der Kirchenbesitz wurde verstaatlicht, alle staatlichen Zahlungen an die Kirche wurden eingestellt, religiöse Symbole, Bilder, Dogmen und Gebete aus der Schule verbannt. Die Guillotine wurde - öffentlich und unter lautem Jubel - von einem Bataillon der Nationalgarde verbrannt.

Marx sprach gar von einer "wunderbaren Verwandlung", die die Kommune an Paris vollzogen habe: Es habe keine Morde, keine Einbrüche und "fast keine Diebstähle" mehr gegeben; "seit den Februartagen waren die Straßen von Paris wirklich einmal wieder sicher, und das ohne irgendwelche Polizei". Ob das idyllische Bild mit der Wirklichkeit übereinstimmte, sei dahingestellt. Die unausgesprochene Folgerung - ohne die Reichen (fast) keine Kriminalität und Gewalt - paßt wohl eher in eine Revolutionshymne wie die "Internationale". Deren Dichter, der Kommunarde Eugène Pottier, versprach, nach dem Verschwinden der "Geier" und der "Raben" werde die Sonne "ohn' Unterlaß" scheinen ("Le soleil brillera toujours" im französischen Original).

... und die Emanzipation

der Frauen

Eine weitere "wunderbare Verwandlung" betraf die Frauen der Kommune, laut Marx die "wirklichen Weiber von Paris" und allesamt "heroisch, hochherzig und aufopfernd wie die Weiber des Altertums". Ein konservativer Beobachter, der Korrespondent der Londoner Times, beschrieb die Frauen der Kommune mit etwas anderen Worten: "Wenn das Franzosenvolk nur aus Frauen bestünde, welch schreckliche Nation wäre das!"

BeobachterInnen unterschiedlicher Couleur bescheinigen den in der Revolution aktiven Frauen eine besondere Entschlossenheit. Schon am 18. März standen Frauen in vorderster Front, als es galt, Thiers' Provokation zurückzuweisen und die Entwaffnung der Nationalgarde zu verhindern. Bei der Verteidigung von Paris kämpften Frauen zu Zehntausenden auf den Barrikaden. Die Konterrevolution gab ihnen den Schmähnamen "les pétroleuses" und beschuldigte sie, Paris vor den anrückenden Versailler Truppen mit Petroleum in Brand gesteckt zu haben. (Marx wies im übrigen darauf hin, daß die Verteidiger von Paris erst zur Brandstiftung griffen, als die Versailler bereits massenhaft Gefangene abgeschlachtet hatten; die Taten der Kommunardinnen und Kommunarden rechtfertigte er als "Vandalismus der verzweifelnden Verteidigung".)

Die Kommune erließ eine Reihe von Gesetzen zugunsten der Frauen: das Recht auf Schulausbildung für Mädchen und die Zulassung von Frauen zum Studium; die Gleichstellung von Ehe und nichtehelicher Lebensgemeinschaft: Per Dekret wurde Ehefrauen und Lebensgefährtinnen gefallener Kommunarden die gleiche Pension zuerkannt, ebenso den ehelichen und den nichtehelichen Kindern.

Ein konfliktfreies Idyll war das Zusammenleben der Geschlechter natürlich nicht. Viele Männer wollten die Frauen auch weiterhin lieber an den Kochtöpfen wissen, und im 90köpfigen Rat der Kommune gab es keine einzige Frau. Ein historischer, revolutionärer Schritt bleibt die massenhafte Beteiligung der Pariser Frauen an der Revolution dennoch: Sie "vollzogen erstmalig einen politischen Akt, beteiligten sich zum ersten Mal am politischen Leben, von dem sie bisher immer ausgeschlossen waren." (die Schriftstellerin Edith Thomas, zitiert nach FR, 16.3.1996)

Das Ende - ein Blutbad

"Wenn sie unterliegen, so ist nichts daran schuld als ihre ‚Gutmütigkeit`" schrieb Marx am 12. April 1871 in einem Brief an Ludwig Kugelmann. Nur "aus Gewissensskrupel" hätten die Kommunarden den entscheidenden Schritt versäumt: den vernichtenden Schlag gegen die Konterrevolution in Versailles. Fünf Tage später räumte Marx, ebenfalls in einem Brief an Kugelmann, immerhin ein, daß die Pariser Revolution unter ungünstigen Bedingungen stattfand: "in Anwesenheit der Preußen in Frankreich und ihrer Stellung vor Paris". Nur durch "Verrat" gelang es der Regierung Thiers, die Kommune niederzuschlagen: Die Solidarität der herrschenden Klassen in Frankreich und Deutschland drängte ihren nationalen Gegensatz in den Hintergrund.

Über die "großmütige Hilfe" des neugegründeten Deutschen Reiches für den gerade geschlagenen Feind verbreitete sich Ministerpräsident Thiers später ganz offen: "Herr von Bismarck bot in aller Öffentlichkeit seine Hilfe gegen die Kommune an... Er drängte uns sogar, mit der Kommune Schluß zu machen... Trotz des Vertrages, der die Armee auf 40.000 Mann begrenzte, stimmte Herr von Bismarck einer Verstärkung der Armee zunächst um 100.000 und dann um 130.000 Mann zu. Er lieferte uns sogar die Mittel dafür durch die Entlassung einer ziemlich beträchtlichen Zahl unserer Gefangenen."

So konnte in Versailles eine schlagkräftige Armee aufgebaut werden. Befehligt wurde sie von General Mac Mahon, der eigens zu diesem Zweck aus deutscher Kriegsgefangenschaft entlassen worden war. Die Finanzierung der Konterrevolution besorgte die Bank von Frankreich, die die Kommune nicht angetastet hatte. Am 17. April begann die Offensive der Versailler Truppen. Paris wurde mit Kanonen beschossen, ganze

Stadtviertel gingen in Trümmer. Am 21. Mai durchbrachen die Versailler die Verteidigungslinie der Kommunarden und drangen in die Stadt ein. Acht Tage dauerte der ungleiche Kampf, in dem weniger als 60.000 schlecht ausgerüstete Nationalgardisten Straße um Straße zurückweichen mußten. Am 27. Mai wurden 200 Kommunarden auf dem Friedhof Père Lachaise zusammengeschossen; die Überlebenden wurden an der Friedhofsmauer ermordet. Einen Tag später war die Pariser Kommune endgültig besiegt.

Erst nach dem Sieg der Konterrevolution "erreichte das Morden wehrloser Männer, Weiber und Kinder, das die ganze Woche hindurch in steigendem Maße gewütet, seinen Höhepunkt", schrieb Friedrich Engels 20 Jahre später. Die Gefangenen wurden zu Hunderten zusammengetrieben und durch das Feuer aus mitrailleuses (vielrohrige Gewehre mit großer Streuwirkung) niedergemetzelt. Die Versailler Soldateska zeigte, "welcher Raserei die herrschende Klasse fähig ist, sobald das Proletariat es wagt, für sein Recht einzutreten" (Engels). Noch Ende April hatte Thiers einen generösen "Friedensakt" versprochen, "der nur die kleine Zahl der Verbrecher ausschließt". Jetzt wurden 30.000 Menschen ermordet, 40.000 weitere in Lager gesperrt. Tausende wurden später zu Zwangsarbeit verurteilt oder verbannt.

Marx, Engels und Lenin über "die Lehren der Kommune"

Bei aller Kritik im einzelnen haben die "Klassiker" des Marxismus die Kommune als weltgeschichtliches Ereignis gefeiert, das der internationalen sozialistischen Bewegung enormen Auftrieb gab. Zwar hatte Marx die französischen Mitglieder der "Internationalen Arbeiterassoziation" noch im Herbst 1870 vor dem Griff zur Macht gewarnt. Nach der Niederschlagung der Kommune aber rechtfertigte er ihren aussichtslosen Kampf: Im Falle einer kampflosen Preisgabe der Macht wäre "die Demoralisation der Arbeiterklasse ... ein viel größres Unglück gewesen".

Aber Marx zog auch theoretische Schlußfolgerungen: Die Arbeiterklasse "kann nicht die fertige Staatsmaschinerie einfach in Besitz nehmen und diese für ihre eignen Zwecke in Bewegung setzen", schrieb er, sie müsse vielmehr "die bürokratisch-militärische Maschinerie ... zerbrechen"; die Kommune, "wesentlich eine Regierung der Arbeiterklasse", sei die "endlich entdeckte politische Form, unter der die ökonomische Befreiung der Arbeit sich vollziehen konnte". Friedrich Engels würdigte 20 Jahre später die Pariser Kommune als Beispiel für die "Diktatur des Proletariats".

Nach der niedergeschlagenen russischen Revolution von 1905 griff Lenin erneut die Erfahrungen der Kommune auf, und am Vorabend der Oktoberrevolution systematisierte er sie in seiner Schrift "Staat und Revolution". Was immer sich gegen dieses Werk, das Fragment blieb, aus heutiger Sicht sagen läßt: Als "Gebrauchsanweisung" für den Oktoberaufstand und die Sicherung der Sowjetmacht hat es funktioniert. Daß darin ein für allemal "die Lehre des Marxismus vom Staat und die Aufgabe des Proletariats in der Revolution" (so der Untertitel von August 1917) definiert seien, wird niemand mehr ernsthaft behaupten wollen. Lenins Schrift ist dennoch nicht nur als Material für kontroverse staatstheoretische Debatten von Interesse (die in den kapitalistischen Metropolen derzeit kaum praktischen Nutzen haben). Sie bietet auch sehr konkrete Argumente für die notwendige Diskussion über die Fehler und das Scheitern des "sozialistischen Experiments".

Lenin rühmt wie Marx die demokratische Verfassung der Kommune, die von anderen Sozialisten der Epoche als "primitiver Demokratismus" belächelt wurde: "Die uneingeschränkte Wählbarkeit und die jederzeitige Absetzbarkeit ausnahmslos aller beamteten Personen, die Reduzierung ihrer Gehälter auf den gewöhnlichen ‚Arbeiterlohn`, diese einfachen und ‚selbstverständlichen` demokratischen Maßnahmen ... dienen gleichzeitig als Brücke, die vom Kapitalismus zum Sozialismus führt." Der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus sei "ohne eine gewisse ‚Rückkehr` zu ‚primitivem` Demokratismus unmöglich", schlußfolgert Lenin und schließt in Klammern die rhetorische Frage an: "Wie soll denn sonst der Übergang zur Ausübung der staatlichen Funktionen durch die Mehrheit der Bevölkerung, ja durch die ganze Bevölkerung ohne Ausnahme erfolgen?" Auch die von der Kommune verfügte Reduzierung der Gehälter der Mandatsträger auf den gewöhnlichen "Arbeiterlohn" ist für Lenin eine unverzichtbare Maßnahme, um ihnen "jeden Schimmer eines Vorrechts, eines ‚Vorgesetztenrechts` zu nehmen".

Wie wir wissen, hat die Sowjetunion diesen "primitiven Demokratismus" ziemlich schnell hinter sich gelassen. Die Partei wurde zur Staatspartei, deren Herrschaft nach dem Ende des Bürgerkriegs nicht mehr in Frage zu stellen war. Auch anderswo gelang es nicht, das Staatswesen nach den Prinzipien der Pariser Kommune zu organisieren, obwohl dieser Anspruch erhoben wurde. So heißt es im Beschluß des ZK der KP Chinas über die

"Große Proletarische Kulturrevolution" (8.8.1966): "Es ist notwendig, ein allgemeines Wahlsystem ähnlich dem in der Pariser Kommune einzuführen..." Angewandt wurde dieses System allerdings nur bei der Wahl der Kulturrevolutionsgruppen und -komitees; die Spitzen von Staat und Partei blieben davon verschont.

Wo nur eine einzige Partei existiert und mit dem Staatsapparat verschmilzt, ist radikale Demokratie unmöglich. Vielleicht war Lenin der Lösung 1908 auf der Spur, als er sich über den Revolutionsversuch von 1871 wunderte: "Obwohl das sozialistische Proletariat in viele Sekten gespalten war, gab die Kommune ein glänzendes Beispiel dafür, wie es das Proletariat versteht, einmütig die demokratischen Aufgaben zu lösen, die die Bourgeoisie nur zu proklamieren fähig war." Und wenn die "Spaltung in viele Sekten" die Voraussetzung für die Lösung der "demokratischen Aufgaben" wäre?

Marx gab in dieser Frage schon 1871 einen wichtigen Hinweis. Die Kommune habe "keinen Anspruch auf Unfehlbarkeit" erhoben: "Sie veröffentlichte alle Reden und Handlungen, sie weihte das Publikum ein in alle ihre Unvollkommenheiten." Diese Praxis wurde von allen sozialistischen "Staatsparteien" gefürchtet und gemieden - sie werden dafür ihre Gründe gehabt haben.

Js.

Marx, Engels und Lenin über die Pariser Kommune

Karl Marx: Der Bürgerkrieg in Frankreich, MEW Band 17

Karl Marx an Ludwig Kugelmann (Briefe vom 12.4. u. 17.4.1871), MEW Band 33

Friedrich Engels: Einleitung zu "Der Bürgerkrieg in Frankreich" von Karl Marx (Ausgabe 1891), MEW Band 22

W.I. Lenin: Die Lehren der Kommune, Werke Band 13

W.I. Lenin: Staat und Revolution, Werke Band 25

Louise Michel:

Frauen und Männer der Kommune

Die Anarchistin Louise Michel (1830-1905), von Beruf Lehrerin, leitete während der Zeit der Kommune die Frauenbataillone. In ihren 1886 veröffentlichten Memoiren schrieb sie über die Kommunardinnen und Kommunarden in den Comités de Vigilance ("Wachsamkeitskomitees"):

"Auf Montmartre gab es zwei Comités de Vigilance, das der Männer und das der Frauen. (..) Nie wieder habe ich so aufrechte, so schlichte und edle Geister kennengelernt und Menschen mit solch einer ausgeprägten Persönlichkeit. (...) Bei den Bürgerinnen war derselbe Mut; auch dort bemerkenswerte Persönlichkeiten (...) Wenn es um die Pflicht ging, kümmerte man sich kaum darum, welchem Geschlecht man angehörte. Mit dieser albernen Frage war Schluß. (...) Die Comités de Vigilance von Montmartre ließen niemanden ohne Obdach, niemanden ohne Brot. Dort aß man zu viert oder fünft an einem Hering... Wenn es hieß: Montmartre kommt! verkrochen sich die Reaktionäre in ihren Löchern, und wie gejagte Tiere ließen sie ihre Verstecke fahren, in denen die Lebensmittel verfaulten, während Paris an Hunger krepierte. Wir lachten aus vollem Herzen, wenn einer von uns irgendeinen Spitzel mitgebracht hatte, den er für einen guten Bürger gehalten hatte."

Über den Kampfbeitrag der Frauen schrieb Louise Michel:

"Wenn die Reaktion so viele Feinde unter den Frauen wie unter den Männern gehabt hätte, wäre Versailles auf größere Schwierigkeiten gestoßen; wir müssen unseren Freunden die Gerechtigkeit widerfahren lassen, daß sie dem Mitleid zugänglicher sind als wir; die Frau, dieses Wesen mit dem angeblich weichen Herzen, ist eher als der Mann imstande zu sagen: Es muß sein. Mag sie sich auch bis ins Innere zerrissen fühlen, sie bleibt gelassen. Ohne Haß, ohne Zorn, ohne Mitleid mit sich noch mit anderen, es muß sein, ob das Herz blute oder nicht. So waren die Frauen der Kommune..."

zitiert nach Louise Michel: Memoiren; aus dem Französischen von Claude Acinde; Münster (Verlag Frauenpolitik) 1979, 373 Seiten, 24,80 DM

Die Nachkommen der Preußen und die Pariser Kommune

Einige der einschlägigen Zitate von Marx, Engels und Lenin finden sich auch in dem 1984 erschienenen "Wörterbuch der Geschichte" (Dietz Verlag Berlin), das sich stützt auf die "Dokumente des X. Parteitags der SED, des XXVI. Parteitags der KPdSU", die "Erkenntnisse der Klassiker des Marxismus-Leninismus" und die "Ergebnisse der Geschichtsforschung der DDR, der UdSSR und der anderen sozialistischen Länder". So steht es im Vorwort von Herausgeber und Verlag. Neben Dutzenden von Wissenschaftlern werden auch einige Institutionen aufgezählt, die an der Zusammenstellung des "Nachschlagewerks für einen breiten Leserkreis" beteiligt waren, darunter das Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, die Akademie für Gesellschaftswissenschaften und die Parteihochschule "Karl Marx" (beide ebenfalls angesiedelt "beim ZK der SED"), ferner die Universitäten Berlin und Jena.

Der illustre Kreis zitatenfester Experten hat unter dem Stichwort "Pariser Kommune" einerseits nützliche Fakten zusammengetragen; die dort gezogenen Lehren allerdings sind geradezu unverschämt einseitig und tendenziös: "Die P.K. unterstrich die Notwendigkeit revolutionärer Massenparteien des Proletariats sowie des Bündnisses der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft und den städtischen Mittelschichten." Daß in der DDR diese "revolutionäre Massenpartei" SED heißt und das der Zukunft zugewandte Klassenbündnis sich im "Demokratischen Block der Parteien und Massenorganisationen" verkörpert, wird stillschweigend vorausgesetzt.

Den von Marx und Lenin gerühmten demokratischen Prinzipien der Kommune dagegen ist nur ein im Informationsteil versteckter Hinweis gewidmet: "... die Staatsfunktionäre wurden gewählt, waren ihren Wählern rechenschaftspflichtig und absetzbar". Für Lenin gab die Kommune damit "ein glänzendes Beispiel dafür, wie es das Proletariat versteht, einmütig die demokratischen Aufgaben zu lösen": Es "beseitigte die Bürokratie" (Lenin) und ließ den öffentlichen Dienst "für Arbeiterlohn" (Marx) besorgen - das muß den verbeamteten Professoren mit SED-Parteibuch als linkssektiererische Verirrung erschienen sein.

29. Die "Protokolle der Weisen von Zion". Wege einer Fiktion

Autor: Kt. · Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Zeitgeschichte · CD-Datei: daten/aksuche/ak389/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:389:06

Am 13. Mai 1943 notierte der deutsche Propagandaminister Goebbels in sein Tagebuch: "Ich studiere noch einmal eingehend die Zionistischen Protokolle. Bisher war mir immer entgegengehalten worden, sie eigneten sich nicht für die aktuelle Propaganda. Ich stelle bei meiner Lektüre fest, daß wir sie sehr wohl gebrauchen können. Die Zionistischen Protokolle sind heute so modern wie an dem Tage, an dem sie zum ersten Mal publiziert wurden. Ich komme mittags beim Führer auf dies Thema zu sprechen. Der Führer vertritt den Standpunkt, daß die Zionistischen Protokolle absolute Echtheit beanspruchen könnten."

Die Rede ist von den sogenannten "Protokollen der Weisen von Zion". 1903 erstmals in Rußland veröffentlicht, 1920 in einer deutschen Fassung erschienen, sollten sie angeblich die Selbstdarstellung einer jüdischen Verschwörung zur Erlangung der Herrschaft über die Welt sein. Daß es sich dabei in Wirklichkeit entweder um eine primitive Fälschung oder um eine nicht sehr phantasievolle und geistreiche Tendenzschrift handelte, auf jeden Fall zu antisemitischen Zwecken produziert, war schon 1921 zweifelsfrei nachgewiesen worden. Darauf beziehen sich vermutlich im Wesentlichen die von Goebbels angesprochenen Zweifel an den Wirkungsmöglichkeiten einer Propaganda-Arbeit mit dem diskreditierten Text. Ein weiterer Gesichtspunkt war vielleicht, daß die "Protokolle" aus einer anderen Zeit stammten und für die spezifische Kriegspropaganda im Krisenjahr 1943 kaum etwas hergaben, sondern stellenweise eher lächerlich wirken konnten.

Hitler hatte die Frage nach der Echtheit der "Protokolle" schon in seinem 1925 erschienen biographisch-programmatischen Buch "Mein Kampf" als unerheblich abgetan: "Sie sollen auf einer ‚Fälschung` beruhen, stöhnt und schreit die ‚Frankfurter Zeitung` jede Woche einmal in die Welt hinaus; der beste Beweis dafür, daß sie also echt sind. Was viele Juden unbewußt tun mögen, ist hier bewußt klargelegt. Darauf aber kommt es an. Es ist ganz gleich, aus wessen Judenkopf diese Enthüllungen stammen, maßgebend aber ist, daß sie in geradezu grauenerregender Sicherheit das Wesen und die Tätigkeit des Judenvolkes aufdecken und in ihren inneren Zusammenhängen sowie den letzten Schlußzielen klarlegen."

Aus anderen Tagebuch-Aufzeichnungen von Goebbels wissen wir, daß Hitler schon im November 1939 darauf gedrängt hatte, mit Flugschrift-Fassungen der "Protokolle" im Ausland Propaganda zu machen, und daß dies von Funktionären des Propagandaministeriums, die offenbar Zweifel am Sinn eines solchen Unternehmens hatten, zumindest verschleppend behandelt wurde. Auch im Mai 1943 fand Goebbels bei Hitler, wie überhaupt nicht anders zu erwarten, Unterstützung für seine Überlegung, die "Protokolle" noch einmal aus dem Mülleimer hervor zu holen.

So geschah es, daß der Reichspropagandaminister am 5. Juni 1943 bei einer Kundgebung im Berliner Sportpalast vor Arbeitern der Kriegsindustrie auf das Thema zurückkam: "Im fünfzehnten der Protokolle der Weisen von Zion steht geschrieben: ‚Wenn der König der Juden auf sein geheiligtes Haupt die Krone setzen wird, die Europa ihm anbieten muß, dann wird er der Stammvater, der Patriarch der ganzen Welt sein.` Schon oft in ihrer Geschichte haben die Juden nahe vor diesem Triumph gestanden, wie sie das auch heute glauben. Aber immer im letzten Augenblick folgte dann ihr Sturz aus der höchsten Höhe in die tiefste Tiefe. Das wird auch diesmal sein, auch diesmal wird Luzifer fallen. Unser Europa wird ihnen nicht die Krone, sondern die gepanzerte Faust anbieten! Und nicht der Patriarch und der Stammvater der ganzen Welt wird der Jude sein, sondern ein Aussätziger, der Abschaum, das Opfer seines eigenen verbrecherischen Ehrgeizes, der an unserer Kraft und an der Erkenntnis unseres Volkes scheitern wird!

Vor dieser Weltgefahr haben Sentimentalitäten selbstverständlich keinen Platz. Mag sein, daß der eine oder der andere das Judenproblem nicht in seiner Tiefe verstehen kann, aber das kann uns nicht beirren. Die gänzliche Ausschaltung des Judentums aus Europa ist keine Frage der Moral, sondern eine Frage der Sicherheit der Staaten."

Die Anfänge der Legende

Die "Protokolle der Weisen von Zion" wurden erstmals in mehreren Teilen im August und September 1903 in einer St. Petersburger Zeitung veröffentlicht. Ihr Herausgeber, Kruschewan, gehörte mit einer anderen von ihm geleiteten Zeitung, dem "Bessarabets", zu den maßgeblichen Aufhetzern eines Pogroms, das zu Ostern 1903 in Kischinjow (in der heutigen Republik Moldova) gewütet hatte. 51 Juden wurden dabei ermordet, 500 verletzt; etwa 1.300 Häuser und Geschäfte, die Juden gehört hatten, wurden bei den Krawallen zerstört.

Norman Cohn hat in seinem Buch über Geschichte und Hintergrund der "Protokolle" (1) aufgrund mehrerer zeitgenössischer Anspielungen die plausible Hypothese aufgestellt, daß die erste Fassung schon um 1895-98 entstanden sein dürfte, wahrscheinlich in Frankreich. Allgemein wird vermutet, daß dabei der Leiter der Außenstelle der zaristischen Geheimpolizei in Paris, Ratschkowski, zumindest maßgeblich beteiligt war, falls er nicht sogar selbst der Verfasser war.

Für ein französisches Ambiente des Textes spricht auch der sonderbare Umstand, daß in den "Protokollen" die katholische Kirche und der Vatikan sehr gut abschneiden und daß von den Jesuiten geradezu mit Respekt gesprochen wird. Das wäre normalerweise kaum einem russischen Konservativen in den Sinn gekommen. Man lese beispielsweise Dostojewskijs Ausfälle gegen den Katholizismus und die Jesuiten, die ihm nicht weniger suspekt waren als die Juden.

Es bedarf, falls die Datierung auf die letzten Jahre des 19. Jahrhunderts zutrifft, einer Erklärung, daß der absichtsvoll zusammenfabulierte Text dennoch erst 1903 zum ersten Mal publiziert wurde. Das könnte so interpretiert werden, daß die "Protokolle" nicht von Anfang an für die Öffentlichkeit gedacht waren, sondern zunächst nur der Stimmungsmache und Entscheidungsbeeinflussung maßgeblicher staatlicher und adliger Kreise dienen sollten. Es scheint, daß sie anfangs von Hand zu Hand weitergegeben wurden, daß sie bei mehreren Abschriften um weitere Erfindungen angereichert wurden und daß ein undurchsichtiges Gestrüpp von einander widersprechenden Legenden um die Herkunft des Textes gesponnen wurde.

Ende 1905/Anfang 1906 wurden mehrere unterschiedliche Fassungen der "Protokolle" als Broschüren veröffentlicht. In Rußland gab es zu dieser Zeit starke revolutionäre Erschütterungen, die die Herrschaft des Zarismus und des Adels bedrohten. Reaktionäre Kreise versuchten, eine Gegenbewegung zu formieren, um der Verteidigung des traditionellen Systems eine aktive Massenbasis in Teilen der Bevölkerung zu verschaffen.

Im November 1905 wurde - wiederum unter Mitwirkung Kruschewans - der "Bund des russisches Volkes" gegründet, dessen Anhänger sehr viel bekannter wurden unter dem Namen "Schwarzhunderter" oder "Schwarze Hundertschaften". Aufgrund seiner Strategie, radikale Demagogie und Gewalttätigkeit zur Bekämpfung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung und des bürgerlichen Liberalismus einzusetzen, gilt der "Bund des russischen Volkes" als Vorläufer des Faschismus und Nazismus.

Dabei spielte der Antisemitismus eine zentrale Rolle. Indem die jüdische Bevölkerungsgruppe mit der vom Kapitalismus ausgehenden Umwälzung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse Rußlands identifiziert wurde, unternahm man den Versuch, eine Interessengemeinschaft zwischen den elend lebenden Massen der Bauern und städtischen Unterschichten einerseits und dem Adel andererseits zu konstruieren.

Wenn Herzl wüßte!

Die "Protokolle" geben sich als Niederschrift einer Rede aus, die ein namentlich nicht genannter, aber offenbar maßgeblicher Jude an mehreren Tagen hintereinander während einer geheimen Zusammenkunft gehalten habe. Wo, wann und unter welchen Umständen, wurde von den Herausgebern der "Protokolle" jeweils unterschiedlich dargestellt. Die in den zwanziger und dreißiger Jahren in Deutschland gebräuchlichste Version findet sich erst in der 1917 von dem religiösen Phantasten Sergej Nilus herausgegebenen Fassung. Immerhin war das unter den von ihm selbst herausgegebenen Auflagen der "Protokolle" bereits die dritte; die erste hatte er 1905 drucken lassen.

1917 also wußte Nilus plötzlich zu berichten, der protokollierte Vortrag habe ungefähr zur Zeit des ersten Kongresses der zionistischen Bewegung (1897 in Basel) stattgefunden. Theodor Herzl selbst, der Begründer des Zionismus, sei der Redner gewesen, behauptete Nilus "aus jüdischen Quellen" erfahren zu haben. Immerhin weist das Datum 1897 gleichfalls auf die schon vermutete Entstehungszeit des Textes mehrere

Jahre vor seiner ersten Veröffentlichung hin. In der ersten deutschsprachigen Ausgabe 1920 wurde sogar kurzerhand hinzu erfunden, die Rede sei direkt auf dem Basler Kongreß gehalten worden.

Die "Protokolle" stehen in einer langen Tradition ähnlicher Tendenzschriften. Nach allgemeiner Ansicht der Antisemiten bestand offenbar eine unbezwingbare Neigung der Juden, ihre Weltherrschaftspläne und sonstigen üblen Absichten in geheimen Reden und schriftlichen Anweisungen explizit darzulegen und die kompromittierenden Dokumente dann in die Hände notorischer Judenfeinde fallen zu lassen.

Eine im 19. und frühen 20. Jahrhundert vielfach ausgeschlachtete, von zahlreichen Händen umgeschriebene und weitergedichtete Quelle für solche angeblichen Dokumente war eine fiktive Erzählung, deren Autor selbst noch gar nicht vorgegeben hatte, wirkliche Ereignisse zu schildern. Es war ein konservativer Journalist und Romanschriftsteller namens Goedsche, der aber vorzugsweise unter dem Pseudonym Sir John Retcliffe publizierte. In einem seiner Romane ("Biarritz", 1868) findet sich ein Kapitel, das auf dem jüdischen Friedhof in Prag spielt. Zu nächtlicher Stunde kommen dort alle hundert Jahre die Vertreter der zwölf Stämme Israels zusammen, erstatten Bericht über die Tätigkeit ihres Stammes im vergangenen Jahrhundert und hören die Rede des Versammlungsvorsitzenden. Diese nun, in der von Goedsche erdichteten Form, gehört offensichtlich zu den Quellen, die der Autor der "Protokolle der Weisen von Zion" benutzte.

1872 wurde das Kapitel erstmals in russischer Sprache publiziert, damals noch mit dem einschränkenden Vermerk, daß es sich zwar um eine literarische Fiktion handle, die aber auf wirklichen Vorgängen beruhe. Als der Text 1881 in einer französischen Zeitschrift erschien, verbürgte sich die Redaktion bereits für seine Echtheit. Als Gewährsmann gab sie einen englischen Diplomaten namens Sir John Readclif an, offensichtlich eine Verballhornung von Goedsches Pseudonym. In einer 1896 erschienenen französischen Publikation hieß es schließlich, es handele sich um die 1880 gehaltene Rede eines Großrabbiners namens John Readclif!

Aus Goedsches Fiktion entstand schließlich ein eigenständiges Stück Literatur, die sogenannte "Rede eines Rabbiners". Sie wurde 1887 erstmals in Deutschland und in Frankreich veröffentlicht; 1891 erschien sie in einer russischen Zeitung mit der Angabe, sie sei 1869 von einem Rabbiner vor einer geheimen jüdischen Ratsversammlung gehalten worden. Kruschewan, der erste Herausgeber der "Protokolle" in Rußland, benutzte ein Flugblatt mit der "Rede des Rabbiners", um die antijüdische Stimmung vor dem Pogrom von Kischinjow 1903 anzuheizen.

Der Vorgang ist typisch für die Ausbreitung antisemitischer Phantasieprodukte zu jener Zeit: Texte erschienen irgendwo, wurden einige Zeit später in andere Sprachen übersetzt, diese Fassungen dienten ihrerseits wieder als Vorlagen für weitere Übersetzungen. Jeder Zwischen-Autor nahm noch ein paar persönliche Abänderungen und Ergänzungen vor. Oft handelte es sich dabei um zusätzliche Übertreibungen und um Anpassungen an bestimmte Zwecke des neuen Autors, an Probleme des jeweiligen Landes usw. Die Angaben über Ort und Umstände des angeblichen Dokuments sowie über seinen Weg an die Öffentlichkeit wurden nach Belieben verändert. Spuren zur Originalquelle waren aufgrund der vielen Wandlungen nur noch mühsam zu rekonstruieren. Gern behauptete man auch, es handele sich um ein bereits vor mehreren Jahrzehnten publiziertes Dokument, aber die Juden hätten damals die gesamte Auflage aufgekauft und verschwinden lassen.

Die Hemmungslosigkeit der Herausgeber und Publizisten war grenzenlos; offensichtlich gab man sich bei der Produktion oder Weiterverarbeitung solcher "Enthüllungen" nicht einmal Mühe. Von ihren antisemitischen Wahnvorstellungen war die Mehrheit von ihnen vermutlich wirklich überzeugt, hielt aber gerade darum in der Gegenpropaganda alles für erlaubt und kaum eine Lüge für unzweckmäßig.

Und die Leser haben damals jeden judenfeindlichen Blödsinn als absolut wahr hingenommen und die albernsten "Enthüllungen" für authentisch gehalten? Das erscheint kaum vorstellbar. Eher war es wohl so, daß die Menge solcher Publikationen (oft billige Broschürchen) riesig war und man sich mit dem nötigen Ressentiment sagen konnte: Wenigstens die Hälfte oder ein Drittel der Behauptungen werde schon ungefähr zutreffend sein, und wenn es schon nicht stimme, so sei es den Juden jedenfalls trotzdem zuzutrauen. Einer der zahlreichen Herausgeber der "Protokolle", Theodor Fritsch, formulierte es so: "Selbst angenommen, diese Schriftstücke wären nicht aus jüdischer Hand hervorgegangen, so blieben sie dennoch ein Meisterwerk der Kennzeichnung jüdischer Gedanken und Pläne. Sie könnten nur von einem genialen Kopfe geschaffen sein, der in die tiefsten Gründe der jüdischen Seele schaute." (4)

Dialog im Fegefeuer

Eine Besonderheit der "Protokolle" ist, daß der Autor nicht nur thematische Elemente aus unterschiedlichen Quellen aufgenommen und weiterverarbeitet hat, sondern daß er ganze Abschnitte und Gedankengänge nahezu wörtlich aus einem Buch abgeschrieben hat, das zudem überhaupt nicht zur antisemitischen Literatur gehört. Norman Cohn gibt in seiner Untersuchung (1) an, daß etwa 40% des Textes der "Protokolle" daraus abgeschrieben seien. Das läßt sich allerdings nicht eindeutig errechnen; vielleicht wäre 25-30% eine bessere Schätzung.

Die Rede ist von dem Buch "Dialogue aux Enfers entre Montesquieu et Machiavel" ("Dialog in der Hölle zwischen Montesquieu und Machiavelli") von Maurice Joly, erschienen erstmals anonym 1864. Machiavelli ist durch sein Werk "Il Principe" mit seinem Namen zum Begriff für zynische, raffinierte und amoralische Machtpolitik geworden, deren oberstes Prinzip ist, daß der Zweck die Mittel heilige. Montesquieu mit seinem Eintreten gegen den Absolutismus und für die Gewaltenteilung gilt als Wegbereiter der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung und der französischen Revolution.

Joly läßt seinen Machiavelli argumentieren, daß die Prinzipien der Demokratie und des Parlamentarismus breiten Volksschichten keinen Nutzen gebracht hätten, sondern nur zum Sieg einer Minderheit geführt hätten. "Was bedeutet es für den Proletarier, der von der Last seiner Arbeit niedergebeugt, von der Wucht seines Schicksals erdrückt wird, daß ein paar Redner das Recht zu sprechen haben, daß ein paar Journalisten das Recht zu schreiben haben? Ihr habt Rechte geschaffen, die für die Masse des Volkes immer reine Theorie bleiben werden, da sie keinen Gebrauch von ihnen machen kann. (...) Ich sage Ihnen, daß die große Masse diese Gesetze eines Tages hassen und sie mit eigener Hand zerschlagen wird, um sich dem Despotismus anzuvertrauen." - Die Volkssouveränität führe zur Demagogie, diese zum Anarchismus und der zur Despotie. Despotismus also sei "die einzige Regierungsform, die wirklich zum sozialen Zustand der modernen Völker paßt."

Joly's Machiavelli entwickelt im folgenden die Innen- und Außenpolitik eines despotischen Herrschers, der sich mit den Methoden der sozialen Demagogie, des instrumentalisierten Plebiszits, der Spaltung seiner Gegner, des konzertierten Einsatzes der Presse usw. einen weitgehenden Konsens der Beherrschten zu beschaffen versteht. "In modernen Gesellschaften muß man auch moderne Methoden anwenden." Bei vielen Einzelheiten handelte es sich um Maßnahmen, deren sich Napoleon III. (1808-1873) bediente. Joly's Absicht war es, auf diesem Weg die Politik des Kaisers zu kritisieren und bloßzustellen.

Der "Dialogue aux Enfers" war sicher kaum bekannt, aber sich seiner so umfangreich und direkt für eine Fälschung zu bedienen, die man als authentisches Dokument einer jüdischen Geheimrede ausgeben wollte, war doch ein allzu starkes Stück. Sobald das Machwerk nach der russischen Oktoberrevolution von 1917 durch Emigranten nach Deutschland und in andere Länder gebracht wurde, war die Aufdeckung des Schwindels nur noch eine Frage der Zeit. Sie geschah im August 1921 durch einen Journalisten der englischen "Times".

Die Entschlüsselung der literarischen Vorlage hätte normalerweise der propagandistischen Verwendung der "Protokolle" den Boden entziehen müssen. Dennoch gab es weiterhin eine Vielzahl von Neuauflagen. Auf die allgemeine Hemmungslosigkeit im antisemitischen Milieu wurde schon hingewiesen. Selbst wenn man sich der offensichtlichen Unechtheit irgendeines angeblichen Dokuments überhaupt nicht mehr entziehen konnte, ließ sich immer noch argumentieren, daß es aber die verborgenen Absichten der Juden doch sehr genau wiedergebe. Zweitens konnte man im konkreten Fall der "Protokolle" immer noch behaupten, der geheimnisvolle jüdische Redner selbst habe das Buch von Joly so passend für seine Zwecke gefunden, daß er lange Passagen davon wörtlich übernahm. Eine andere Erklärungsmöglichkeit: Joly selbst sei Jude gewesen, sein Buch enthalte eigentlich den Plan der jüdischen Weltherrschaft.

Wie erwähnt besteht außerdem die Möglichkeit oder sogar Wahrscheinlichkeit, daß der ursprüngliche Autor der "Protokolle" den Text gar nicht für eine Veröffentlichung geschrieben hatte, zumindest nicht für ein Massenpublikum und schon gar nicht außerhalb Rußlands. Es ist darüber hinaus fraglich, ob wirklich eine Fälschung beabsichtigt war, d.h. ob der Autor selbst die Rede als authentisches Dokument erscheinen lassen wollte.

Zur Verdeutlichung: Selbstverständlich wollte Joly nie den Eindruck erwecken, er habe tatsächlich Machiavelli und Montesquieu im Fegefeuer belauscht. Er benutzte diese literarische Form lediglich, um bestimmte Auffassungen und Absichten in zugespitzter und zusammengefaßter Form bloßstellen zu können. In ähnlicher Weise hatte Goedsche mit seiner fiktiven Versammlung auf dem jüdischen Friedhof in Prag nicht vorgeben wollen, einen wirklichen Vorgang zu beschreiben. Das könnte analog auch für die "Protokolle" gelten, die primär als Kampfschrift gegen den Liberalismus und gegen die Modernisierung allgemein intendiert sind - und die zugleich Empfehlungen an die Regierung und an den Zaren für eine despotische Politik der harten Hand enthalten. Diese machen ungefähr die Hälfte des gesamten Textes aus.

Schriften wie diese spielte man damals hohen Beamten, Mitgliedern des Herrscherhauses oder vielleicht auch dem Zaren selbst auf den Schreibtisch, um sie in eine bestimmte Richtung zu beeinflussen. Tatsächlich wurden Zar Nikolaus II. die "Protokolle" im Revolutionsjahr 1905 vorgelegt und beeindruckten sein schlichtes, dem antijüdischen Ressentiment ohnehin zugeneigtes Gemüt aufs tiefste. An der Echtheit des Textes könne kein Zweifel bestehen, die revolutionären Ereignisse seien der beste Beweis dafür, notierte der Zar. Er ließ sich aber von seinem Innenminister Stolypin überzeugen, daß die Herkunft der "Protokolle" zumindest dubios war und daß es nicht ratsam wäre, sie zu Propagandazwecken zu publizieren. Immerhin ließ der Zar aber eine englische Übersetzung an seine königlichen Verwandten in London schicken, die das Exemplar ans British Museum weiterreichten.

Modernisierungsopfer

Die "Protokolle" drücken in erster Linie ein grundsätzliches, alle Lebensbereiche erfassendes Mißtrauen gegen die real stattfindende Modernisierung der russischen Gesellschaft aus: Die Industrialisierung; das Entstehen eines Finanzkapitals; die Erschließung des Landes durch Eisenbahnlinien; die sinkende Bedeutung der Landwirtschaft (und damit der grundbesitzenden Klasse, des Adels!); Reformen der schulischen Lehrpläne und -methoden; der Zerfall der traditionellen Großfamilie mit ihren hierarchischen Autoritäten; die Respektlosigkeit, der "Nihilismus" und die Aufsässigkeit der Jugend; die Lockerung der strengen Strafjustiz; die drohende Einschränkung der unbeschränkten Macht des Zaren und des Hochadels durch Verfassung und Parlamente; der Bedeutungsverlust der christlichen Religion und das sinkende Ansehen der Priesterschaft; das Entstehen einer von der Zensur nicht mehr total zu gängelnden Presseszene; die Entwicklung einer Vielzahl von Parteien; "schlüpfrige und unsittliche Literatur"; die wachsende Abhängigkeit Rußlands von Auslandskrediten; die Ausbreitung der Arbeiterbewegung...

In seinem Antimodernismus geht der Autor der "Protokolle" sehr viel weiter als später die Faschisten und Nationalsozialisten in Italien und Deutschland. Vor allem mißtraut er dem Kapitalismus und der Industrialisierung grundsätzlich, ohne die spätere, zweckorientierte Trennung zwischen dem bösen, jüdischen ("raffenden") und dem guten, einheimischen ("schaffenden") Kapital vorzunehmen. Der Text steht in der Tradition der "antiwestlerischen" Trotzreaktionen gegen die wirtschaftliche und kulturelle "Überfremdung" Rußlands durch die Einflüsse Europas. Mehr oder weniger stehen die Juden hier nur stellvertretend für den Westen insgesamt und allgemeiner noch für den Zerfall des idealisierten alten Rußlands.

Der Aufbau der "Protokolle" folgt einem einfachen Schema. Einerseits werden die (einseitig oder übertrieben dargestellten) Folgeerscheinungen der Modernisierung und Liberalisierung der russischen Gesellschaft so beschrieben, als handele es sich um planmäßige Schritte der geheimen jüdischen Weltzentrale zur Zersetzung und Zerstörung des allerletzten Bollwerks, das ihrer Herrschaft über die Welt noch im Wege steht: des alten Rußlands und des Zarismus, "der einzige Feind, den wir in der Welt hatten". (Die Vergangenheitsform verblüfft, denn sie macht erst aus dem Rückblick nach der Revolution von 1917 Sinn. Möglicherweise ein Eingriff eines Übersetzers oder späteren Herausgebers.)

Andererseits: Die fiktiven jüdischen Weltverschwörer teilen die Überzeugung des Autors, daß mit Liberalismus, Pluralismus und demokratischen Strukturen keine dauerhafte Herrschaft aufzubauen ist, sondern daß sie nur zur Destabilisierung und Zerstörung der bestehenden Gesellschaft taugen. Der fiktive Redner der "Protokolle" entwickelt daher, eng an Joly's Machiavelli angelehnt, die Prinzipien, mit denen verwaltet, regiert und manipuliert werden soll, sobald die Juden erst einmal die Herren der Welt sind.

Mit Sicherheit kam den Menschen, für deren Augen die "Protokolle" ursprünglich bestimmt waren, kaum etwas von diesen Absichten besonders schrecklich vor. Im Gegenteil, alles war wohlvertraut und einleuchtend -

sobald man das jüdische Vorzeichen wegnahm und den Text einfach als programmatische Denkschrift für die Rettung des alten russischen Systems in einer sich wandelnden Welt begriff. Zweifellos war die Sache vom Autor genau so auch gemeint.

Nehmen wir beispielsweise Aussagen wie: "Diese soziale Reform (d.h. eine progressive Besteuerung) muß von oben kommen, denn die Zeit ist reif dafür - sie ist unerläßlich als ein Unterpfand der Ruhe und Ordnung." - Oder: "Wir werden die Arbeit des kleinen Meisters wieder fördern und dadurch die Macht der Großindustrie erschüttern. (...) Ein Volk von kleinen Meistern weiß nichts von Müßiggang. Das bindet fest an die bestehende Ordnung und infolgedessen an die Grundsätze der Staatsgewalt. Arbeitslosigkeit ist das gefährlichste Ding für eine Regierung." - Daher wird auch empfohlen, durch Staatsinvestitionen für öffentliche Arbeiten ein Arbeitsbeschaffungsprogramm zu unternehmen. Ferner enthalten die "Protokolle" u.a. praktische Ratschläge für die Bekämpfung der revolutionären Zirkel.

Warum sollte ausgerechnet ein Antisemit einer fiktiven jüdischen Weltzentrale ein in Einzelheiten gehendes konservativ-restauratives, also den meisten Antisemiten durchaus sympathisches Regierungsprogramm zuschreiben? Die naheliegende Frage klärt sich ohne weiteres, wenn man annimmt, daß gerade dieses Programm die eigentliche Message der "Protokolle" war, jedenfalls nach der Absicht ihres Autors.

Schüler Machiavellis

Es ist kein Zufall und keine Absonderlichkeit, daß beispielsweise die Politik der NSDAP an der Macht in vielen Punkten wie eine Ausführung der Absichten erschien, die den Juden in den "Protokollen" zugeschrieben wurde. Insofern sind auf den ersten Blick verblüffende Buchtitel wie "Adolf Hitler, Schüler der ‚Weisen von Zion`" (2) oder "The Protocols of Zion: A secret source of Nazi Ideology" ("Die Protokolle von Zion: Eine geheime Quelle der Nazi-Ideology") (3) durchaus berechtigt.

Theodor Fritsch, sozusagen "der alte Mann des deutschen Antisemitismus", schrieb 1933 im Nachwort zur 12. Auflage seiner Ausgabe der "Protokolle": "Gestehen wir, daß in diesen ‚Zionistischen Protokollen` eine Unsumme von Lebensklugheit verborgen liegt (...). Wenn diese Köpfe, die solche Dinge ausklügelten, nicht gesellschaftsfeindliche Sonderinteressen verfolgten, so könnten sie beinahe als die berufenen Männer erscheinen, einen Staat scharfsinnig und mit feinem psychologischen Verständnis zu leiten. (...) Jedenfalls sollten jedem, der sich mit Politik befassen will, die ‚Protokolle` ein Gegenstand ernsten Studiums sein. Hier ist zu lernen, wie ein straffes Regiment einzurichten ist, um Nichtswürdigkeit und Zerstörergeist niederzuhalten."

Da schon seit Anfang der zwanziger Jahre bekannt war, wo der Verfasser der "Protokolle" abgeschrieben hatte, ist anzunehmen, daß Hitler, Goebbels und andere sich auch das Buch von Joly verschafft haben und daß sie sich auch unmittelbar an dieser Quelle versorgt haben.

Nehmen wir beispielsweise die Machiavelli in den Mund gelegte Ankündigung "Ich bin der Führer der Wehrmacht" (von Hitler 1938 realisiert) und seine Absicht, die Beseitigung der demokratischen Strukturen durch ein Referendum legitimieren zu lassen. Oder: "Meine Prinzipien, meine Ideen, meine Taten würde ich mit dem Nimbus der Jugendlichkeit umgeben, mit dem Glanz des neuen Rechts im Gegensatz zur Altersschwäche und Hinfälligkeit der früheren Einrichtungen." Oder: "Das größte meiner guten Werke wird es zunächst einmal sein, daß ich meinem Volke den Frieden im Innern geschenkt habe. (...) Ich habe einem Lande, das vor meiner Machtergreifung in Parteien zerrissen war, die Freiheit, die Würde und die Macht wiedergeschenkt." - Das war ein Thema, das in Hitlers Reden endlos wiederholt wurde.

"Ich würde dem Volke zeigen, daß ich die großen Bauwerke, zu deren Errichtung man einst Jahrhunderte brauchte, niederlegen und sie in wenigen Jahren neu aufbauen kann. (...) Ich würde ganze Städte niederreißen, um sie nach neuen Plänen regelmäßiger wieder aufzubauen und schönere Städtebilder zu erhalten." - Es ist immer noch Joly's Machiavelli, der hier spricht, aber wir hören zugleich Hitlers größenwahnsinnige Nachkriegsplanungen in seinen monologischen "Tischgesprächen" oder in seinen Unterhaltungen mit engen Vertrauten wie Goebbels und Speer.

Die "Protokolle der Weisen von Zion" sind schlecht geschrieben, langatmig, in ihren Unterstellungen gegen die Juden nicht gerade sensationell, liefern an (scheinbaren) Fakten so gut wie nichts, sind außerdem völlig veraltet. Als Fälschung taugen sie eigentlich nicht, zumal durch das plumpe Plagiat an Joly's Buch, das schon 1921 aufgedeckt wurde. Aus der Flut der vor ihnen und nach ihnen erschienenen antisemitischen Pamphlete

ragen die "Protokolle" weder durch besondere Gescheitheit noch durch besondere Bösartigkeit hervor. Und doch gibt es immer wieder neue Übersetzungen und Auflagen, in arabischen Ländern, in Rußland, bei schwarzen Nationalisten in den USA.

Möglicherweise verdankt der Text seine erstaunliche Beliebtheit bei Antisemiten aller Zeiten und Länder gerade der Tatsache, daß er ein Programm mitliefert, zu dem bei den Lesern starke Affinitäten bestehen?

Kt.

Anmerkungen

1) Norman Cohn: Die Protokolle der Weisen von Zion. Der Mythos von der jüdischen Weltverschwörung. Aus dem Englischen von Karl Römer. Köln/Bonn 1969. - Die beste Gesamtdarstellung über Entstehung und Wirkungsgeschichte der "Protokolle".

2) A. Stein: Adolf Hitler, Schüler der "Weisen von Zion". Karlsbad (Tschechoslowakei) 1936.

3) Hans Kosmala: The Protocols of Zion: A secret source of Nazi Ideology. Edinburgh 1942

4) Inhaltsangaben und Zitate in diesem Artikel beziehen sich auf die 1933 erschienene 12. Auflage der von Theodor Fritsch herausgegebenen Ausgabe der "Protokolle".

30. Sozialismus und Antisemitismus - Teil 1

von Mario Keßler (Teil 1)

Autor: Mario Keßler · Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Zeitgeschichte; Geschichte der Kommunisten · CD-Datei: daten/aksuche/ak389/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:389:09

Mario Keßler ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Zeithistorische Forschung, Potsdam, und Lehrbeauftragter am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin. Er promovierte 1982 in Leipzig zum Thema "Die Kommunistische Internationale und der arabische Osten (1919-1929)". Seine Habilitationsschrift Zionismus und internationale Arbeiterbewegung 1897-1933 erschien 1994 beim Akademie-Verlag Berlin. Er veröffentlichte des weiteren u.a. eine Sammlung von Aufsätzen, die z.T. vor 1989 in der DDR entstanden waren, unter dem Titel Antisemitismus, Zionismus und Sozialismus (2. Aufl. 1994). 1995 erschien, wiederum beim Akademie-Verlag, seine Studie Die SED und die Juden - zwischen Repression und Toleranz.

Im vorliegenden Aufsatz erörtert Mario Keßler das Verhältnis sozialistischer Strömungen zu den Juden von der Mitte des letzten Jahrhunderts bis in die Gegenwart, wobei antisemitische Auffassungen und Handlungen im Mittelpunkt stehen. Dem in dieser Ausgabe veröffentlichten ersten Teil des Aufsatzes - "Antisemitismus und Sozialismus vor 1914" und "Die marxistisch-leninistische Haltung zu den Juden am Beispiel Lenins" - folgen in der nächsten ak die Abschnitte: "Die ungelöste jüdische Frage in der Sowjetunion" und "Einige Schlußfolgerungen für die Forschungsarbeit".

Der Anspruch der Arbeiterbewegung, eine klassenlose Gesellschaft zu errichten, war seit Anbeginn Teil des allgemeinen Kampfes um Menschenrechte und soziale Emanzipation, den revolutionäre Denker und Aktivisten seit Jahrhunderten führten. Er war auch mit dem Ringen nach Gleichberechtigung aller religiösen und ethnisch-kulturellen Gruppen verbunden. "Bereits in den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts", so Walter Grab, "gelangte eine Anzahl jüdischer Intellektueller zur Erkenntnis, daß die Befreiung der Arbeiter von kapitalistischer Ausbeutung und die Emanzipation der Juden von religiöser und rassischer Diskriminierung zwei Seiten derselben Medaille waren. Sie betonten, daß die beiden Außenseitergruppen den Druck der Repressionsgewalten nur durch eigene gezielte Selbsttätigkeit abschütteln könnten. Es ist daher keineswegs Zufall, daß zu den Pionieren der entstehenden sozialistischen Arbeiterbewegung Persönlichkeiten gehörten, die dem Judentum entstammten." (1)

1. Antisemitismus

und Sozialismus vor 1914

Das Eintreten für eine vollständige Emanzipation der Juden wurde - trotz mancher Widersprüchlichkeiten (2) - seit der Aufklärung im 18. Jahrhundert ein Bestandteil des Kampfes um eine gerechtere Welt. So wollte der preußische Staatsrat Christian Wilhelm von Dohm 1781 in seinem Buch Über die bürgerliche Verbesserung der Juden den Juden volle Bürgerrechte gewähren - dies allerdings als Belohnung für soziales Wohlverhalten. Dies barg jedoch die Tendenz in sich, die Emanzipation jederzeit widerrufen zu können, sollten sich die Juden dieser nicht als "würdig" erweisen. Ein Vierteljahrhundert später verbanden sich indes die Lehren deutschtümelnder Romantiker wie Ernst Moritz Arndt und Friedrich Ludwig Jahn mit Doktrinen, die die Reinheit des germanischen Blutes anstrebten, die christliche Religion als Grundwert des deutschen Nationalbewußtseins definierten und die traditionelle religiöse Judenfeindschaft durch eine wertmäßig abgestufte Hierarchie der Menschenrassen ersetzen wollten. Selbst angeblich progressive deutsche Geistesgrößen wie die Teilnehmer der 1811 gebildeten Berliner Tischgesellschaft, der unter anderem Fichte, Kleist, Brentano, Arnim, Schleiermacher, Clausewitz und Savigny angehörten, schloß ausdrücklich nicht nur Angehörige der jüdischen Religionsgemeinschaft, sondern auch Getaufte und sogar deren Nachkommen von der Mitgliedschaft aus. Somit wurde ein "Arierparagraph" vorweggenommen, lange bevor es dieses Wort gab. Doch nahmen fast alle der Genannten sowohl im Wilhelminischen Deutschland, als auch in der Weimarer Republik, im Nazireich, schließlich in der Bundesrepublik wie in der DDR einen hohen Stellenwert im offiziellen Bewußtsein ein. Dies allein weist auf Traditionsbestände hin, die die verschiedenen Gesellschaftssysteme in Deutschland überdauerten und es bleibt zu fragen, inwieweit sie diese mitprägten.

Die bedingte, inkonsequente und auf Widerruf gewährte Gleichstellung der Juden innerhalb des Deutschen Reiches nach 1871 erfolgte ohne entscheidende Mitwirkung der Bevölkerungsmehrheit, ihr jüdischer Teil

eingeschlossen. Anders als beispielsweise in Frankreich, tastete sie die Normen und Werte der halbfeudalen gesellschaftlichen Elite mitsamt ihrem verinnerlichten Antisemitismus nicht an. Es oblag somit der Arbeiterbewegung, die universalistischen Postulate von Menschenrechten und Demokratie auch für die jüdische Bevölkerung immer neu einzufordern. Dabei mußte sich schon die frühe Arbeiterbewegung mit antisemitischen Vorurteilen in ihren eigenen Reihen auseinandersetzen: Es half Karl Marx wenig, daß er in einer seiner wichtigsten Frühschriften, Zur Judenfrage, die Emanzipation der Juden durch die Emanzipation der Gesellschaft vom Judentum, d.h. durch eine Vorwegnahme des sozialistischen Assimilationskonzeptes, erreichen wollte. Für viele seiner Gegner blieb er "der" Jude. Eduard von Müller-Tellering, ein ehemaliger Parteigänger von Marx, veröffentlichte nach seinem Abfall vom Lager der Revolution im Jahre 1850 die polemische Schrift Vorgeschmack in die künftige deutsche Diktatur von Marx und Engels, worin Marx als ein "aufgeblasener Jude" geschmäht wurde, der angeblich "demokratischen Knoblauch [...] ausdunstet." (3) Zwanzig Jahre später griff Michail Bakunin die Marxisten an und behauptete, sie seien "ein Haufen kleiner Jüdchen, [...] Literaturmakler und Börsenmakler." (4) "Alle gehören dieser geschäftigen, intriganten, ausbeuterischen, durch und durch bürgerlichen Nationalität an, teils durch Überlieferung, teils durch Instinkt", so Bakunin, der sich damit als ein geistiger Vorläufer der Protokolle der Weisen von Zion erwies. "Mit einem Fuß stehen sie [die Juden, M. K.] in der Bank, mit dem anderen in der sozialistischen Bewegung, mit dem Hintern sitzen sie in Deutschlands Tagesliteratur. Sämtliche Zeitungen sind in ihrer Hand." (5)

Bakunins anarchistisches Ideengut beeinflußte stark die französische Arbeiterbewegung, doch fand auch sein Antisemitismus unter den Führern des französischen Frühsozialismus seine Anhänger. Einige von ihnen verhalfen den rassistischen Strömungen in der Dritten Republik mindestens indirekt zum Durchbruch, wie der Historiker Zeev Sternhell herausgearbeitet hat. (6) Agrarromantik und Großstadtfeindschaft, die Gleichsetzung nahezu aller Juden mit Kapitalisten und Nutznießern der Industrialisierung sowie, davon abgeleitet, vorgeblich ökonomisch motivierte Angriffe gegen "jüdisches" Kapital und Bankwesen - all dies wuchs zu einer spezifisch französischen Spielart des Antisemitismus von links zusammen. Verschiedene, doch häufige Äußerungen von Auguste Blanqui und seinen Schülern Gustave Tridon und Benoit Malon, von Charles Fourier, Pierre Leroux oder auch Georges Sorel richteten sich gegen die Juden und verbanden sich mit Antimodernität und der Gegnerschaft zur bürgerlich-parlamentarischen Republik. So schrieb Blanqui 1851: "Die allgemeine Abstimmung ist eine beschlossene Sache [er meinte Louis Bonapartes Plebiszit, M.K.]. Das ist die Inthronisation der Rothschilds, die Thronbesteigung der Juden." (7) Der Fourier-Schüler Alphonse Toussenel veröffentlichte 1845 sein Hauptwerk Les juifs, rois de l'époque (Die Juden, Könige der Epoche), worin er die Juden für das Elend der Arbeiter im Kapitalismus verantwortlich machte. Sein Meister Fourier sprach von ihnen als dem "Feind der Menschheit". (8) Pierre-Joseph Proudhon denunzierte Heine als Spion, Marx als böses, neidisches Wesen und forderte: "Man muß ihre [der Juden, M. K.] Vertreibung aus Frankreich verlangen, ausgenommen derjenigen, die mit Französinnen verheiratet sind; man muß den Kultus verbieten, denn der Jude ist der Feind der Menschheit, man muß diese Rasse nach Asien zurückschicken oder sie ausrotten." (9) Hier finden sich konzentriert bereits alle antijüdischen Glaubenssätze des künftigen Faschismus. Charles Maurras, der Begründer der Action francaise, sollte in seinem Cercle Proudhon linksradikale Syndikalisten, präfaschistische Antisemiten und demokratiefeindliche nationalistische Abenteurer zusammenführen. (10) Erst die Auseinandersetzungen in der Affäre Dreyfus sollte den längst fälligen Bruch zwischen revolutionärer Linke und Antisemitismus in Frankreich mit sich bringen.

Der Antisemitismus übte auf die deutsche Arbeiterbewegung wie die deutsche Gesellschaft insgesamt damals einen relevanten, aber doch begrenzten Einfluß aus. "Bis 1914 muß diese Geschichte langweilig und unbedeutend erscheinen, gewiß weniger bemerkenswert als die von Rußland und Frankreich", schrieb der Historiker des deutschen Antisemitismus Peter Pulzer. (11) Er wies jedoch auf das Ausmaß hin, "in dem der Antisemitismus in das gesamte politische Denken eindrang und die Anerkennung der liberalen Werte des 19. Jahrhunderts untergrub." (12)

Zwischen der Verteidigung allgemeiner Bürgerrechte und der Bekämpfung des durch diese Rechte auch legitimierten kapitalistischen Systems hin- und hergerissen, gelangte auch die deutsche Sozialdemokratie nur allmählich zur Erkenntnis, den Antisemitismus in all seinen Erscheinungsformen konsequent bekämpfen zu müssen. In den sechziger und siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts übten sich einzelne sozialdemokratische Politiker wie Johann Baptist Schweitzer und Wilhelm Hasselmann in antisemitischer Rhetorik, war auch - insbesondere nach dem Gründerkrach von 1873 - ein proletarischer Antisemitismus zu beobachten. (13) In den achtziger und neunziger Jahren erlagen manche deutschen und österreichischen Sozialisten der

gefährlichen Illusion, die antijüdischen Ressentiments proletarisierter Kleinbürger in antikapitalistische Bahnen zu lenken und für ihre eigenen Ziele nutzen zu können. Demgegenüber warnte Friedrich Engels 1890 sehr entschieden vor den Gefahren, die eine undifferenzierte Gleichsetzung von Juden und Kapitalisten in sich barg. Er rief zur unbedingten Solidarität mit den "am schlimmsten ausgebeuteten und [...] allerelendsten" jüdischen Proletariern auf. (14) Dennoch setzte die Auseinandersetzung der Arbeiterbewegung mit dieser Frage eher zögernd ein. Der Brüsseler Kongreß der Zweiten Internationale verzichtete 1891 auf eine eindeutige Verurteilung des Antisemitismus. Er verabschiedete lediglich eine im neutralen Ton gehaltene Resolution, die "anti- und philosemitische Hetzereien" gleichermaßen als spalterische Manöver der herrschenden Klasse kritisierte. (15) Doch trugen vor allem drei Entwicklungstendenzen schließlich entscheidend dazu bei, daß die internationale sozialistische Bewegung alsbald entschieden Partei für die Juden ergriff und diese Parteinahme als hervorragende Aufgabe der Internationale begriff.

Zum einen entwickelte sich namentlich im deutschsprachigen Mitteleuropa am Ende des 19. Jahrhunderts eine neuartige Variante des Antisemitismus. Der Terminus, 1879 von dem Ex-Anarchisten Wilhelm Marr erstmals verwendet, (16) deutete auf den qualitativen Wandel hin: Anstatt der bisherigen, religiös begründeten Judenfeindschaft, die von wichtigen Repräsentanten der beiden großen Kirchen mitgetragen wurde, gewannen rassistische Deutungsmuster, die um die Jahrhundertmitte an Wirkung verloren hatten, nunmehr eine Massenbasis. In Deutschland und Österreich errangen antisemitische Parteien beachtliche Wahlerfolge. Nunmehr gelangten viele führende Sozialdemokraten zu der Erkenntnis, daß die ökonomischen und psychologischen Bedingungen, die die rassistischen Stereotypen erzeugten und verbreiten halfen, vor allem in jenen kleinbürgerlichen und kleinbäuerlichen Schichten gegeben waren, deren Existenzgrundlage mit der Ausbreitung der kapitalistischen Produktionsweise immer unsicherer wurde. Die Schlußfolgerung daraus sollte sich jedoch als zu vereinfacht herausstellen: Antisemitismus und jüdische Frage allgemein würden demnach aufhören zu existieren, da die Trägerschichten des Antisemitismus allmählich verschwinden würden. Für viele Sozialdemokraten blieb der Antisemitismus deshalb zunächst lediglich ein "Sozialismus des dummen Kerls", wie August Bebel befand. (17) Victor Adler, Gründer der österreichischen Sozialdemokratie und selbst Jude, meinte über die sich populistisch gebärdenden Antisemiten: "Sie besorgen die Geschäfte der Sozialdemokratie." (18) Dennoch gingen sozialdemokratische Parteiführer und -theoretiker, entsprechend ihrer marxistischen Denkweise, alsbald den sozialökonomischen Ursachen des Antisemitismus genauer nach und kamen allmählich zu anderen Erkenntnissen über dessen Erfolge. Entscheidend dazu trug das Anwachsen der antisemitischen Bewegung in Frankreich wie in Rußland bei.

Denn zum zweiten bekam der Kampf gegen die Verurteilung von Alfred Dreyfus eine über die französische sozialistische Bewegung noch hinausreichende Bedeutung. Die internationale Sozialdemokratie begriff sehr bald nach dem Aufkommen der Kampagne, daß Antiparlamentarismus, Antisozialismus und Antisemitismus bei den französischen Rechten zusammenfielen. "Noch nie", so Jean Jaurés 1898, "war die Republik in einer solchen Gefahr; läßt man den Generalen freie Hand, so gibt es bald keine Sozialisten und keine Republikaner mehr." (19) Karl Kautsky äußerte gegenüber Jaurés seine "tiefe Bewunderung über die unvergleichliche Weise, in welcher Sie die Ehre des französischen Sozialismus in der Dreyfus-Affäre gerettet haben." (20) Auf dem Höhepunkt der Affäre, im Mai 1898, trat mit Alexandre Millerand zum ersten Mal ein "unabhängiger Sozialist" in eine bürgerliche Regierung ein. Dieser Schritt war damals in der Zweiten Internationale sehr umstritten. Die Befürworter von Millerands Haltung argumentierten auch, daß hierdurch die von Rechtskräften bedrohte Republik stabilisiert und der Antisemitismus zurückgedrängt werde. Seine Kritiker befürchteten eine allmähliche Einpassung der Arbeiterbewegung in den bürgerlichen Staat bei zunehmendem Verzicht auf eigenständige revolutionär-sozialistische Politik. Diese Gratwanderung ist mit Blick auf die SPD von Dieter Groh als "negative Integration und revolutionärer Attentismus " und von Peter Gay als "Dilemma des demokratischen Sozialismus" beschrieben worden. (21) Die Stellungnahmen zur Dreyfus-Affäre markierten aber den Beginn eines nunmehr kompromißlos geführten Kampfes der internationalen sozialistischen Bewegung gegen den Antisemitismus.

Wichtiger als die beiden erstgenannten Punkte war drittens die Konstituierung einer eigenständigen jüdischen Arbeiterbewegung überall dort, wo sich ein jüdisches Proletariat herausgebildet hatte. Dies war im Londoner East End (22) ebenso der Fall wie in Amsterdam (23) und besonders in den Großstädten der amerikanischen Ostküste. (24) Doch erreichte die jüdische Arbeiterbewegung nicht an einem dieser Plätze ihren geschichtswirksamen Masseneinfluß, sondern in Osteuropa. (25)

Schon auf dem Gründungskongreß der Zweiten Internationale im Juli 1898 hatte der Narodnik Pjotr Lawrow in Paris hervorgehoben, daß die jüdischen Proletarier "in England, in Amerika wie in Rußland lebhaften Anteil an der sozialistischen Arbeiterbewegung nehmen, so wie sie dieselbe in den verschiedenen Ländern finden." (26) Georgij Plechanow schrieb in seinem Tätigkeitsbericht der russischen Sozialdemokratie für den Londoner Kongreß der Internationale 1896: "Diese Parias Rußlands, welche nicht einmal im Besitz derjenigen elenden Rechte sind, welche die christlichen Angehörigen des Russischen Reiches genießen, haben im Kampfe mit ihren Ausbeutern so viel Ausdauer und Verständnis der sozialpolitischen Aufgaben der modernen Arbeiterbewegung an den Tag gelegt, daß man sie in gewisser Hinsicht als die Avantgarde der Arbeiterbewegung Rußlands betrachten kann." (27) Bereits im folgenden Jahr konstituierte sich der Allgemeine Jüdische Arbeiterbund von Rußland, Polen und Litauen, kurz Bund genannt, in Wilna. Ein weiteres Jahr später, 1898, waren Mitglieder des Bundes an der Gründung der russischen sozialdemokratischen Partei entscheidend beteiligt. Vor dem Einbruch des Stalinismus in die Arbeiterbewegung wurde diese später geleugnete Tatsache allgemein anerkannt und gewürdigt. So schrieb Grigorij Sinowjew, stets ein politischer Gegner des Bundes, emphatisch, aber durchaus korrekt im Jahre 1923: "Man braucht nur darauf hinzuweisen, daß der Hauptorganisator des ersten Kongresses unserer Partei im Jahre 1898 der ‚Bund` war. Und es war keineswegs ein Zufall, daß dieser Kongreß in Minsk stattfand, auf dem Tätigkeitsgebiet des Bund." Sinowjew fuhr fort: "Wenn wir heute die Geschichte unserer Partei, die zu einer mächtigen Organisation herangewachsen ist, überblicken, glaube ich, daß wir der kühnen jüdischen Handwerker und Arbeiter gedenken müssen, die als erste den Kampf aufnahmen und uns halfen, die ersten Steine zu unserem Parteigebäude zu legen." (28)

2. Die marxistisch-leninistische Haltung zu den Juden am Beispiel Lenins

Lenins Haltung zu den Juden wurde und wird zumeist durch das Prisma seiner scharfen Polemiken gegen den Bund gesehen. Der Bund spaltete sich im Sommer 1903 auf dem 2. Parteitag der SDAPR, der russischen Sozialdemokratie, von der Gesamtpartei ab, nachdem seine Forderungen keine Mehrheit fanden. Diese Forderungen bezogen sich auf die national-kulturelle Autonomie und auf eine eigenständige jüdische Organisation innerhalb der russischen Arbeiterbewegung. In der oft hitzig geführten Debatte auf dem Parteitag hatte sich, wie das Protokoll ausweist, Lenin ebenso wie die anderen Nichtjuden zurückgehalten. Nach dem Parteiaustritt des Bundes vermutete Lenin, die Bundisten würden bald "demagogische Begründungen" für ihre Politik suchen und könnten dabei auch "nach der zionistischen Idee der jüdischen ‚Nation' greifen ..." (29) Er glaubte, daß die Bundisten die "in ihrem Kern vollkommen falsche und reaktionäre zionistische Idee" adaptieren würden. (30) "Den Bundisten bleibt also nur noch übrig, die Idee der besonderen Nationalität auszuarbeiten, deren Sprache das Jiddisch und deren Territorium das Ansiedlungsgebiet (31) ist." (32)

In seiner Argumentation unterliefen Lenin aber zwei gravierende Fehler. Zum einen bestritt er, daß die kompakt im Ansiedlungsgebiet lebende jüdische Bevölkerung, immerhin damals 5,2 Millionen Menschen, nationale Merkmale aufwies, zum anderen bezeichnete er unterschiedslos jede jüdisch-nationale Äußerung als "zionistisch". Der Zionismus aber erkannte nicht nur den Juden der ganzen Welt - und nicht etwa nur der kulturell homogenen Bevölkerung im Ansiedlungsgebiet - einheitliche nationale Merkmale zu, sondern er forderte vor allem zur jüdischen Migration nach Palästina auf. Das Ziel war die Gründung eines jüdischen Staates im bislang zumeist von Arabern besiedelten Palästina. Diese Grundsätze des Zionismus wurden vom Jüdischen Arbeiterbund vehement abgelehnt und bekämpft. Der Bund sah die Heimat und den Kampfboden der jüdischen Werktätigen in den jeweiligen Ländern, wo diese lebten und wo sie sich - eigenständig - am Kampf um soziale Emanzipation beteiligen sollten. Zu Beginn des Jahrhunderts verteidigte Lenin demnach noch das sogenannte Assimilationskonzept der Zweiten Internationale. Ihre Theoretiker von Kautsky bis Otto Bauer forderten, die Juden sollten sich unter Verzicht auf ihre religiöse und sozio-kulturelle Eigenart in die Gesamtbevölkerung möglichst rasch integrieren. (33) Im Russischen Reich stand dem indes die durch Staat und Kirche erzwungene übermächtige Absonderung entgegen. Sie fand ihren Ausdruck in der Ghettoisierung der Juden, der Sprachbarriere und auch in einem proletarischen Antisemitismus, der gemeinsamen Organisationen von jüdischen und nichtjüdischen Arbeitern entgegenwirkte. Die zentralen Forderungen des Bundes besaßen somit ihre innere Logik. Doch hatte auch Lenin für seine Position gute Gründe: Eine separate jüdische Organisation hätte die Einheit der Arbeiterbewegung aufs Spiel gesetzt, den Anspruch erhoben, für die nicht im Bund organisierten Juden zu sprechen und schließlich auch andere Nationen dazu bewegen können, dem Beispiel des Bundes zu folgen. Als politischer Faktor wäre damit die Arbeiterbewegung insgesamt zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken, denn ihre Stärke als entschiedenste Oppositionskraft zum

Zarenregime lag gerade in ihrer Einheit. "Die jüdische Frage steht so und nicht anders: Assimilation oder Absonderung", schrieb Lenin 1903. (34) Dieses schematische Gegensatzpaar schloß jedoch die Möglichkeit aus, daß sich die Juden als eine sozio-ökonomisch und kulturell relativ eigenständige Gruppe in die anzustrebende bürgerlich-demokratische Gesellschaft integrieren könnten.

Mit jüdischen Problemen allmählich besser vertraut, kam Lenin zu neuen Einsichten. Eine rein negative Haltung gegenüber den nationalen Bestrebungen der Juden des Zarenreiches könne nicht länger die ultima ratio sozialistischer Politik sein. Diesen Grundgedanken entwickelte Lenin 1913 in seinen Kritischen Bemerkungen zur nationalen Frage, ohne seine Prinzipien über die Einheitlichkeit der sozialistischen Partei aufzugeben. Doch korrigierte er seine Ansichten über die jüdische Ethnizität, die er ein Jahrzehnt früher geäußert hatte. Nunmehr sah Lenin im Vorgang der Assimilation kein ausschließlich die Juden betreffendes Phänomen mehr. Er anerkannte die nationalen Merkmale der in Osteuropa lebenden Juden und schrieb "von der am meisten unterdrückten und gehetzten Nation: der jüdischen", die "mit Gewalt in der Lage einer Kaste gehalten" werde. (35)

Dies hatte praktische Folgen für Lenins politische Direktiven ab dem November 1917: Nach der Machtübernahme waren die Bolschewiki nicht mehr, wie es aus Lenins frühen Schriften abzuleiten gewesen wäre, um eine Assimilation der Juden an die Russen, Ukrainer oder Bjelorussen bemüht, sondern förderten Organisationen, die das eigenständige nationale Leben der Juden organisieren halfen.

Die Pogrome der weißen Konterrevolution zerstörten in den Jahren 1917 bis 1920 die jüdischen Ansiedlungsgebiete besonders in der Ukraine. Über einhunderttausend Menschen wurden in diesem größten antisemitischen Massaker der Vor-Nazizeit ermordet. (36) Lenins Regierung bekämpfte die Pogromisten auf das Schärfste. (37) Stets hatte Lenin den großrussischen Chauvinismus als essentiell judenfeindliche Ideologie gebrandmarkt. "Kratze manch einen Kommunisten", rief er auf dem VIII. Kongreß der russischen KP 1919 aus, "und du wirst auf einen großrussischen Chauvinisten stoßen." (38) Es gibt eine Fülle von Zeugnissen, wonach Lenin in privaten, öffentlichen oder halböffentlichen Auseinandersetzungen jede antisemitischen Vorurteile unter den russischen Linken als absolut unvereinbar mit der revolutionären Ethik ansah. So kritisierte er im August 1900 auf einer Redaktionssitzung der Iskra antijüdische Redereien Plechanows (der in der Öffentlichkeit nie als Antisemit hervortrat) und warf ihm eine "phänomenale Intoleranz" gegenüber dem Bund vor. (39) Anfang 1917 betonte Lenin, daß "die Juden das Verdienst [haben], ein merklich höheres Prozent der Vertreter der internationalen Strömung als andere Nationen aufzuweisen." (40) Der israelische Historiker Silberner, der Lenin keineswegs zugetan war, schrieb hierzu: "Es findet sich bei ihm nicht die geringste Spur antijüdischer Gefühle, obwohl viele seiner politischen Gegner Juden waren." (41)

Doch mit dem Aufstieg des Stalinismus sollte eine bestimmte Spielart des Antisemitismus zum Mittel in Fraktionskämpfen werden.

Quellen und Amerkungen:

1) Walter Grab, Sozialpropheten und Sündenböcke. Juden in der deutschen Arbeiterbewegung 1840 bis 1933, in: Julius H. Schoeps (Hg.), Juden als Träger bürgerlicher Kultur in Deutschland, Stuttgart/ Bonn 1986, S. 357.

2) Über emanzipatorische, aber auch judenfeindliche Tendenzen bestimmter Vertreter der Aufklärung informiert Detlev Claussen, Grenzen der Aufklärung. Zur gesellschaftlichen Geschichte des modernen Antisemitismus, Frankfurt am Main 1987.

3) Zit. nach Edmund Silberner, Kommunisten zur Judenfrage. Zur Geschichte von Theorie und Praxis des Kommunismus, Opladen 1983, S. 327.

4) Zit. nach Bruno Frei/Hans Adamo, Anarchistische Utopie - Terrorismus, Frankfurt am Main 1978, S. 94.

5) Zit. ebenda.

6) Zeev Sternhell, La droite revolutionnaire. Les origines francaises du Fascisme 1885-1914, Paris 1978, S. 177ff.

7) Zit. ebenda, S. 189.

8) Zit. ebenda, S. 186.

9) Zit. nach Francois-Georges Dreyfus, Antisemitismus in der Dritten Französischen Republik, in: Bernd Martin/Ernst Schulin (Hg.), Die Juden als Minderheit in der Geschichte, München 1981, S. 233.

10) Vgl. Micha Brumlik, Antisemitismus im Frühsozialismus und Anarchismus, in: Ders. u. a. (Hg.), Der Antisemitismus und die Linke, Frankfurt am Main 1991, S. 15.

11) Peter G. J. Pulzer, Die Entstehung des politischen Antisemitismus in Deutschland und Österreich 1867-1914, Gütersloh 1966, S. 7.

12) Ebenda, S. 8.

13) Vgl. Arno Herzig, The Role of Anti-Semitism in the Early Years of the German Workers' Movement, in: Leo Baeck Institute, Year Book XXVI, London 1981. S. 243-259.

14) Friedrich Engels, Über den Antisemitismus, in: Marx-Engels-Werke, Bd. 22, Berlin (DDR) 1963, S. 50.

15) Verhandlungen und Beschlüsse des internationalen Arbeiter-Kongresses zu Brüssel (16.-22. August 1891), Berlin 1893, S. 16.

16) Vgl. Pulzer, S. 48.

17) Vgl. August Bebel in: Hermann Bahr (Hg.), Der Antisemitismus. Ein internationales Interview, Berlin 1894 (Neudruck: Königstein/Ts. 1979), S. 24. Der Ausdruck stammt jedoch möglicherweise von Engelbert Pernerstorfer, einem österreichischen Sozialdemokraten.

18) Zit. nach Edmund Silberner, Sozialisten zur Judenfrage. Ein Beitrag zur Geschichte des Sozialismus vom Anfang des 19. Jahrhunderts bis 1914, Berlin (West) 1962, S. 235.

19) Zit. nach Alexandre Zévaès, Histoire du socialisme et du communisme en France de 1871 d 1947, Paris 1947, S. 264.

20) Zit. nach Jack Jacobs, Sozialisten und die "jüdische Frage" nach Marx, Mainz 1994, S. 26.

21) Dieter Groh, Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges, Frankfurt am Main etc. 1973; Peter Gay, The Dilemma of Democratic Socialism. Eduard Bernsteins Challenge to Marx, New York 1952.

22) William J. Fishman, East End Jewish Radicals, 1875-1914, London 1975.

23) Vgl. Nathan Weinstock, Le pain de misère. Histoire du mouvement ouvrier juif en Europe, Bd. 1, Paris 1984.

24) Vgl. Melech Epstein, Jewish Labor in the USA. An Industrial, Political and Cultural History of the Jewish Labor Movement, 2 Bde., New York 1969; Zosa Szajkowsky, Jews, Wars and Communism, 2 Bde., New York 1972.

25) Vgl. u. a. John Bunzl, Klassenkampf in der Diaspora. Zur Geschichte der jüdischen Arbeiterbewegung, Wien 1975; Jonathan Frankel, Prophecy and Politics. Socialism, Nationalism and the Russian Jews, 1862-1917, New York 1982; Enzo Traverso, Die Marxisten und die jüdische Frage, Geschichte einer Debatte (1843-1943), Mainz 1995.

26) Protokoll des internationalen Arbeiter-Kongresses zu Paris. Abgehalten vom 14. bis 20. Juli 1889. Deutsche Übersetzung, Nürnberg 1890, S. 35 (Orthographie modernisiert).

27) Zit. nach Bunzl, S. 60.

28) G. Sinowjew, Geschichte der Kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki), Hamburg 1923, S. 51.

29) W. I. Lenin, Ein Maximum von Schamlosigkeit und ein Minimum an Logik, in: Lenin-Werke, Bd. 7, Berlin (DDR) 1956, S. 51.

30) Ders., Die Stellung des "Bund" in der Partei, in: Ebenda, S. 89.

31) Das Ansiedlungsgebiet (certa osedlosti evreev), außerhalb dessen Juden nur in Ausnahmefällen leben durften, umfaßte den russisch besetzten Teil Polens, Teile der baltischen Provinzen, Westbjelorußland, die West- und Südukraine sowie Moldawien.

32) Lenin, Die Stellung des "Bund" ..., S. 90.

33) Vgl. zu dieser Debatte die genannten Arbeiten von Bunzl, Jacobs und Traverso.

34) Lenin, Die Stellung des "Bund" ..., S. 89.

35) Ders., Kritische Bemerkungen zur nationalen Frage, in: Lenin-Werke, Bd. 20, Berlin 1961, S. 10. Hervorhebungen im Text.

36) Vgl. Salo W. Baron, The Russian Jews under Tsars and Soviets, 2. Aufl., New York 1987, S. 181ff.; Matthias Vetter, Antisemiten und Bolschewiki. Zum Verhältnis von Sowjetsystem und Judenfeindschaft 1917-1939, Berlin 1995, S. 84 ff.

37) Vgl. W. I. Lenin, Über die Pogromhetze gegen die Juden, in: Lenin-Werke, Bd. 29, Berlin (DDR) 1961, S. 239 f.

38) Ders., Schlußwort zum Bericht über das Parteiprogramm, 19. März (1919), in: Ebenda, S. 181.

39) Ders., Wie der "Funke" beinahe erlosch, in: Ebenda, Bd. 4, Berlin (DDR) 1955, S. 332.

40) Lenin, Ein Vortrag über die Revolution von 1905, Zürich, 22. Januar 1917, in: Ebenda, Bd. 23, Berlin 1961, S. 258.

41) Silberner, Kommunisten zur Judenfrage, S. 74.

31. 75 Jahre "Märzaktion" der VKPD

Von Sascha Möbius

Autor: Sascha Möbius · Rubrik: Zeitgeschichte; Geschichte der Kommunisten · CD-Datei: daten/aksuche/ak389/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:389:42

"Bei Leuna sind viele gefallen, bei Leuna floß Arbeiterblut..."

So sangen KommunistInnen nach der blutigen Erstürmung des Leunawerkes bei Merseburg durch preußische Schutzpolizei am 29. März vor 75 Jahren. Damals kam es im Raum Halle-Merseburg zur letzten bewaffneten Massenerhebung der deutschen ArbeiterInnenbewegung. Diese "Märzaktion" der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (VKPD) hat nicht nur in vielen Liedern und Legenden ihren Niederschlag gefunden. Sie war auch der Ausgangspunkt für eine durchgreifende Neuorientierung der Kommunistischen Internationale (KI). Einige Tage in einem preußischen Regierungsbezirk machten Weltgeschichte. Die Lehren sind auch heute noch von Interesse, obwohl sich die deutsche Linke mit fataler Beharrlichkeit geweigert hat, sie zu verarbeiten.

Freilich war die Gegend um Halle und Merseburg nicht irgendein preußischer Kreis. Die Gegend war von Großbetrieben im Bereich der Chemieindustrie, Braunkohle- und Kupferförderung geprägt. Während des ersten Weltkrieges waren gigantische Großunternehmen entstanden, so das Kraftwerk Golpa-Zschornewitz (1915), das Kalkstickstoffwerk Piesteritz (1915) oder das Ammoniakwerk bei Merseburg, die bekannten Leunawerke (1916/17). (1) In der Förderung von Kupfererz waren 1921 22.900 ArbeiterInnen und Angestellte beschäftigt, in der Mansfelder Braunkohlengrube arbeiteten 19.000 Menschen. (2) Die Leunawerke hatten eine Belegschaft von 23.000 ArbeiterInnen.

Das "rote Herz Deutschlands"

Das Zusammenspiel von hoher Konzentration der ArbeiterInnen, extrem konservativen Betriebsleitungen und gleichzeitiger Kampffähigkeit der ArbeiterInnenbewegung begünstigte die Herausbildung eines linkssozialistischen Masseneinflusses in der Region. Die Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands (VKPD) war dort die stärkste politische Kraft. Bei den Wahlen zum preußischen Landtag vom 20.2.1921 erhielt sie 204.569 Stimmen, gefolgt von den Deutschnationalen mit 153.872, während SPD und rechte USPD mit jeweils etwas über 70.000 zusammen weniger Stimmen als die VKPD auf sich vereinigen konnten. (3)

Die Stärke der VKPD war den Unternehmensleitungen nicht nur ein politischer Dorn im Auge. Sie sahen sich mit einer organisierten linken ArbeiterInnenschaft konfrontiert, die in der durch Reparationszahlungen an die Sieger des Krieges verschärften Wirtschaftskrise Lohnabbau und schlechte Arbeitsbedingungen nicht hinnehmen wollte. Im Winter 1920/21 kam es verstärkt zu Streiks für Lohnerhöhungen und die Durchsetzung der 48-Stunden-Woche. (4) Die Unternehmer sahen in diesen Aktionen kriminelle Handlungen und forderten auf verschiedenen Konferenzen vom preußischen Innenministerium unter Severing und dem Oberpräsidenten der preußischen Provinz Sachsen, Otto Hörsing (beide SPD), ein hartes Vorgehen gegen die aufmüpfigen ArbeiterInnen. (5) Diese explosive Situation sollte sich dann in den Märzkämpfen entladen.

Putsch oder Provokation

Eine große Zahl bürgerlicher Geschichtswerke über die Weimarer Republik stellt die Märzkämpfe als Putschversuch der KPD dar. (6) Zutreffend scheint jedoch Otto Hörsings Darstellung der Ziele des die Kämpfe unmittelbar auslösenden Schupoeinsatzes in einem Geheimschreiben vom 13.3.1921: "Zur Vornahme von Entwaffnungen, Waffendurchsuchungen und aus Gründen der Staatsautorität sind die Kreise Mansfelder Seekreis (Eisleben) und Mansfelder Gebirgskreis (Mansfeld) vorübergehend mit Schutzpolizei zu besetzen." Es ging also vor allem um eine politisch motivierte Polizeiaktion, die den starken Einfluß der VKPD im Bezirk zurückdrängen sollte.

Die VKPD hingegen wurde Opfer des krassen Mißverhältnisses zwischen der politischen Bereitschaft zum Aufstand und der nicht vorhandenen organisatorischen und politischen Vorbereitung einer solchen Aktion. Den behaupteten Aufstandsversuch der VKPD im Sinne einer planmäßig vorbereiteten Aktion gab es nicht. In einer Denkschrift aus Schupokreisen hieß es nach den Kampfhandlungen über die "Roten": "Von guter einheitlicher Führung wurde nichts gemerkt." (7) Auf einen der zentralen militärischen Führer, Max Hölz, hatte die VKPD

keinen Einfluß. Auch die wahrscheinlich Anfang März in Berlin eingetroffenen KI-Beauftragten Bela Kun, Samuel Guralski und Josef Pogany hatten keinen nachweisbaren Einfluß auf irgendwelche konkreten Aufstandsplanungen.

Die VKPD plante den Aufstand nicht organisatorisch, begab sich aber politisch auf einen Kurs, der die Zusammenarbeit mit MSPD, USPD und von ihnen geführten Gewerkschaftskartellen ablehnte und auf eine revolutionäre Offensive hinsteuerte. Die Diskrepanz zwischen revolutionärer Propaganda und tatsächlicher Fähigkeit zu einer erfolgreichen revolutionären Aktion zeigt jedoch schon, daß sowohl die VKPD als auch die KI in diesen Monaten stark am Suchen waren. Gegenüber der "Offensivtheorie" der VKPD-Führung herrschte zwar in Teilen der KI, namentlich bei Lenin, große Skepsis. Doch Teile der russischen Führung (Sinowjew, Bucharin, Radek) oder die Mehrheit der italienischen Sektion waren mit der schärferen Gangart einverstanden. Daß sich die KI in der Zeit vor der Märzaktion in einer schwierigen Phase des Ringens um eine Orientierung und damit verbundener Richtungskämpfe befand, zeigt sich auch daran, daß die Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands (KAPD), die noch "links" von der VKPD stand, als sympathisierende Sektion in die KI aufgenommen worden war. Nach der Erfahrung der "Märzaktion" wurde dieser Status freilich wieder aufgehoben.

Die "Offensivstrategie"

der VKPD

Wenn die KI ein Bild bot, welches alles andere als einheitlich war, so galt dies für die VKPD noch mehr. Die Leitung um Paul Levi, Ernst Däumig, Clara Zetkin und andere hatte versucht, aus den Erfahrungen seit der Novemberrevolution Lehren zu ziehen und die ultralinke Haltung der KPD zu korrigieren. Ihre Bemühungen mündeten in dem "Offenen Brief" vom 8.1.1921. Dieser Appell an alle ArbeiterInnenorganisationen bot eine gemeinsame Plattform gegen die rapide Verschlechterung der sozialen Lage der Lohnabhängigen an. Die VKPD betonte einerseits ihren weiterbestehenden Willen zu revolutionären Aktionen "in jedem günstigen Augenblick", schlug aber gleichzeitig Aktionen gegen Entlassungen, Lohnkürzungen und weißen Terror vor. Die Krise sollte von den Unternehmern bezahlt und gleichzeitig sollten vereinigte "proletarische Selbstschutzorganisationen gebildet werden. (8)

Diese Wendung zahlte sich für die VKPD aus. Sie gewann neue Mitglieder und fand vor allem das Ohr sozialdemokratischer ArbeiterInnen, die bisher von der reinen Konfrontationspolitik abgeschreckt waren. Erwartungsgemäß blieb eine Zustimmung von Seiten der SPD, der USPD und der Gewerkschaftsführungen aus. Daß der "Offene Brief" keine verankerte neue taktische Orientierung darstellte, sollte sich kurze Zeit später anhand der Reaktion der VKPD auf die Ablehnung zeigen. Am 16.1.1921 veröffentlichte die Zentrale der VKPD in der Roten Fahne einen Aufruf "An das gesamte deutsche Proletariat". (9) Darin wurde festgestellt, daß jetzt allen ArbeiterInnen klar sei, daß die reformistischen Führer keine gemeinsame Front wollten. Jetzt ginge es darum, sich an den alten Führungen vorbei für die Forderungen des "Offenen Briefes" in den Betrieben zusammenzuschließen. Die positive Wirkung des "Offenen Briefes" wurde von der VKPD-Leitung über- und die Schwerfälligkeit der sozialdemokratischen ArbeiterInnen unterschätzt. Der Vorschlag der Einheit von unten glich natürlich der Aufforderung an die sozialdemokratischen ArbeiterInnen, sich von der VKPD anführen zu lassen - wozu diese bei weitem noch nicht bereit waren.

In dieser Situation des Experimentierens mit der neuen Linie kam es in der Leitung der VKPD zum Bruch. Die Kräfte, die gegen die Orientierung des "Offenen Briefes" waren, hatten aus den Reihen der KI-Leitung Unterstützung bekommen. Auf einer Sitzung des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale (EKKI) am 22.2.1921 bezeichnete Sinowjew den "Offenen Brief" als "literarisches Hirngespinst". Auch Bucharin griff die VKPD-Vertreter an. Unterstützung erhielten sie von Radek, dessen Position von Lenin geteilt wurde. Dies hielt Radek aber nicht davon ab, den prominentesten Vertreter des "Offenen Briefes", Paul Levi, als "Opportunisten" anzugreifen. Daß die Mehrheit des EKKI mit Abstufungen für eine Offensivstrategie eintrat, wurde auch daran deutlich, daß sie sich bei Auseinandersetzungen in der italienischen Partei deutlich auf die Seite des linken "Offensivflügels" um Amadeo Bordiga gestellt und das der linken USPD nicht unähnliche Zentrum verprellt hatte.

Als diese Linie auf der Sitzung des Zentralausschusses der VKPD vom 22.-24.2.1921 unterstützt wurde, legten Levi und Däuming den Parteivorsitz nieder, und auch Clara Zetkin zog sich aus der zentralen Leitung zurück.

Die neuen Parteivorsitzenden Heinrich Brandler und Walter Stoecker arbeiteten im Sinne der Mehrheit des EKKI. Die erneute Wende machte sich sehr schnell bemerkbar. Schon am 4.3.1921 erschien ein Aufruf "an das deutsche Proletariat" in der Roten Fahne, in dem es hieß: "Der deutschen Arbeiterklasse hilft nur der unmittelbare Kampf: der Sturz der deutschen Bourgeoisregierung."

Insgesamt überschätzte die VKPD die Krise des deutschen Kapitalismus und ihren Einfluß auf die ArbeiterInnenbewegung. Die Offensivtheorie war mehr eine Bekundung guter revolutionärer Absichten als eine planmäßige Strategie zur Durchführung eines bewaffneten Aufstandes. Als Reflex auf die jahrelange legalistische Praxis der SPD vor dem Weltkrieg und das Bündnis der MSPD mit reaktionären und protofaschistischen Kräften (Generalstab, Freikorps) während und nach dem Krieg war sie verständlich. Falsch war sie trotzdem und sicher nicht unvermeidlich. Die Erfahrungen des "Spartakusaufstandes" vom Januar 1919 hatten gezeigt, wie fatal das Vorpreschen eines Teils der radikalisierten Avantgarde sein konnte.

Die Märzkämpfe

Am 14.3.1921 beschlossen Severing und Hörsing die Ausdehnung der geplanten Schutzpolizeiaktion auf den gesamten Regierungsbezirk Halle-Merseburg. Zusätzlich zu den direkt eingesetzten drei Hundertschaften wurden weitere Schupoeinheiten in Alarmbereitschaft versetzt. Auf einen massierten Einsatz der Reichswehr verzichteten die beiden sozialdemokratischen Politiker allerdings bis zum Ende der Kämpfe. Solch ein Vorgehen hätte womöglich eine geeinte Reaktion der gesamten ArbeiterInnenschaft hervorgerufen, da dieser die Reichswehr parteiübergreifend verhaßt war. (10)

Am 19.3.1921 begann der Schupoeinsatz mit dem Einzug dreier Hundertschaften unter Major Folte in Eisleben. Zunächst gab es keine größeren Zwischenfälle. (11) Doch Unruhe und Angst unter den ArbeiterInnen wuchsen. Die VKPD schlug einen immer aggressiveren Ton an, der nicht dazu beitrug, sozialdemokratische ArbeiterInnen für eine gemeinsame Streikfront gegen die Polizeiprovokation zu gewinnen. Schon auf die Ankündigung des Schupoeinsatzes reagierte die Zentrale der VKPD mit dem Aufruf zum "unmittelbaren Kampf". Offenbar sah sie in Verkennung des realen Kräfteverhältnisses jetzt den "günstigen Augenblick" für den Beginn des bewaffneten Aufstandes. Am 21.3.1921 erließ die Mansfelder VKPD den Aufruf zum Generalstreik, der in der Region auch ab dem 23.3.1921 weitgehend befolgt wurde. (12)

Die VKPD versuchte jetzt auch in anderen Regionen des Reiches den Aufstand zu beginnen. Doch die erhofften Reaktionen blieben weitgehend aus, wenn es auch vor allem in Hamburg und im Ruhrgebiet zu einigen Aktionen und Solidaritätskundgebungen kam.

Am 22.3.1921 kam es in Eisleben zu den ersten ernsten Zwischenfällen. Zunächst konnten die ArbeiterInnen Erfolge gegen die Schupo erzielen. Der deutsche Reichsanzeiger und preußische Staatsanzeiger vom 24.3.1921 meldete: "Die aufständischen Elemente haben die Oberhand." (13) Am 24.3.1921 trat auch Max Hölz auf den Plan. Er organisierte zunächst eine "Sturmkompanie" von 400 Mann, die bis zum 25.3.1921 auf ca. 2.500 Kämpfer anwuchs. (14) Am 24.3.1921 entschloß sich der Reichspräsident dann, den Ausnahmezustand im Bezirk Halle-Merseburg zu verhängen. Kommunistische Zeitungen wurden verboten, ein Versammlungsverbot verhängt. Den vom Chef der Reichswehr, General von Seeckt, geforderten Militäreinsatz lehnte er jedoch immer noch ab.

An den Kämpfen beteiligte sich neben jenen Einheiten, die den harten Widerstand in Bitterfeld und Aschersleben brachen, nur eine Artilleriebatterie der Reichswehr, die allerdings bei dem Kampf um die Leunawerke großen Schaden anrichtete. Am 25.3.1921 hatten VKPD-Funktionäre Fühler zu Major Folte ausgestreckt, und man hatte sich schon auf ein Waffenstillstandsabkommen geeinigt. Doch hier nahmen Hörsing, Severing und das Reichsinnenministerium, die offenbar nicht an einer friedlichen Lösung interessiert waren, Übergriffe seitens der Einheit von Max Hölz zum Vorwand, um den Kampf weiterzuführen. Dies geschah trotz der im Abkommen vorgesehenen Abgabe aller Waffen der aufständischen Arbeiter. Die Schupoeinheiten wurden weiter verstärkt, am 25.3.1921 erlitten Hölz' Leute bei Eisleben eine erste Schlappe, und es kam bei Hettstedt zu schweren Kämpfen. Bei Sangershausen und Ammendorf wurde Hölz am 27. und 28.3.1921 von der Schupo gestoppt, und am 1.4.1921 kam für die "Sturmkompanie" bei Beesenstedt das Ende.

Besonders hart waren die Kämpfe um das Leunawerk. Dieses war bereits seit dem 24.3.1921 in Verteidigungszustand gesetzt. Die Arbeiter hatten sich sogar einen eigenen Panzerzug gebaut, mit dem sie die

Reichswehrkanoniere mehrfach von ihren Geschützen verjagen, diese jedoch nicht zerstören konnten. Mit dem Artilleriebeschuß des Chemiewerkes nahmen Schupo und Reichswehr eine Katastrophe in Kauf. Die schnelle und blutige Niederwerfung des Aufstandes war ihnen wichtiger als das Leben zahlreicher EinwohnerInnen der angrenzenden Ortschaften. Am 29.3.1921 befahl der Polizeioberst Graf von Poninsky den Sturm auf die Leunawerke. Der Angriff begann um 6.30 Uhr in der Frühe, und eine Dreiviertelstunde später drang die Schupo in das Werk ein. (15) Im Verlauf des Kampfes wurden 60 Arbeiter getötet und 1.500 gefangengenommen.

Nach sicher zu niedrig gegriffenen offiziellen Angaben wurden während der Märzkämpfe 145 Arbeiter getötet. Die Gefangenen wurden zum Teil schwer mißhandelt. Entgegen den Aussagen in der bürgerlichen Presse (16) gab es standrechtliche Erschießungen, (17) die nicht einmal durch den Ausnahmezustand rechtlich abgedeckt waren.

Es war nicht an allen Orten zu harten Kämpfen gekommen. Daß auch die VKPD nicht einheitlich auf eine Großoffensive setzte, zeigten die Vorgänge in Bitterfeld, das vom 27.-30.3.1921 von den Aufständischen kontrolliert wurde. Die dortige VKPD hatte sich besonnen gezeigt und z.B. auf Sprengungen von öffentlichen Gebäuden verzichtet, die bürgerliche Kreise und sozialdemokratische ArbeiterInnen aufschrecken, aber nicht einschüchtern konnten. Daß ihnen dann die Leitung entglitt und auf die KAPD überging, zeigt allerdings auch, daß die VKPD durch ihre offensiven Parolen vor den Märzkämpfen schon den Grundstein für die spontane Überradikalisierung vieler ArbeiterInnen gelegt hatte. Insgesamt waren die Kämpfe aber von einer solchen Intensität, daß der Schluß zulässig ist, daß es sich zwar um einen örtlich begrenzten Aufstand, aber auf jeden Fall um eine Massenerhebung der übergroßen Mehrheit der ArbeiterInnenschaft in der betreffenden Region gehandelt hatte.

Das geänderte Kräfteverhältnis nach der Niederschlagung des Aufstandes erlaubte es den Unternehmern, eine Welle sozialer Repression in Form von Angriffen auf soziale Rechte und Entlassungen zu starten. So wurden z.B. in den Leunawerken "in der Regel alle Arbeiter unter 25 Jahren" nicht wieder eingestellt. Der harte und auch von den SPD-Politikern nicht unterbundene Terror direkt nach der Aktion sollte zur Abschreckung dienen. Die späteren Urteile und die nicht unbeträchtliche Anzahl von Begnadigungen war hingegen wohl dadurch motiviert, daß die VKPD keinen Profit aus etwaigen Solidaritätsaktionen schlagen sollte.

Bilanz

Die VKPD hatte sich wahrscheinlich vor dem Hintergrund der schweren Krise des gesamten politischen und wirtschaftlichen Systems und dem qualitativen Wachstumssprung aufgrund der Vereinigung mit der linken USPD, die sie binnen Wochen in eine Massenpartei verwandelte, zu ihrer Offensivtheorie verleiten lassen. Begünstigt wurde diese Entwicklung im Raum Halle-Merseburg dadurch, daß hier eine radikalisierte kommunistische ArbeiterInnenklasse die vorherrschende gesellschaftliche und politische Kraft war. Dies waren die Voraussetzungen dafür, daß angesichts einer sehr ungleichen Entwicklung des Bewußtseins der ArbeiterInnenschaft eine auf einen Teil des Landes begrenzte Avantgarde isoliert und vorzeitig den Kampf aufnahm, ohne andere Schichten mitzureißen.

Die ungenügende Verarbeitung der russischen Erfahrungen verhinderte eine frühere Kurskorrektur durch die Kommunistische Internationale. Darüberhinaus bezahlte die VKPD dafür, daß die SPD-Linke vor dem Krieg keine eigenen Strukturen herausgebildet hatte und über kein Kollektiv von Leuten verfügte, die langjährige Erfahrungen in politischen Kämpfen besaßen und diese gemeinsam verarbeitet hatten. Die Linken in der SPD waren vor allem propagandistisch gegen die reformistische Mehrheit aufgetreten. Sie mußten erst in einem langen und schmerzhaften Prozeß eine selbständige Politikfähigkeit erringen. In den entscheidenden Auseinandersetzungen nach dem Weltkrieg zeigten die Mitglieder der KPD Mut und Opferbereitschaft. Politisch gingen sie aber fast immer in die falsche Richtung.

Die KI sollte auf ihrem dritten Weltkongreß, der am 22.6.1921 begann, die Lehren aus der "Märzaktion" mehrere Tage lang diskutieren. Die "Offensivstrategie" war dem Test in der Praxis unterzogen worden und hatte tragisch versagt. Die radikalste Kritik der "Märzaktion" wurde von Paul Levi in seiner Broschüre "Unser Weg wider den Putschismus" geäußert. Er bezeichnete die Aktion als den "größten Bakunistenputsch der Geschichte". Mit seiner sehr scharfen politischen Kritik verband Levi allerdings auch schwere Vorwürfe gegen die VKPD und KI-Leitung, indem er ihnen weitgehend die Alleinschuld an der Niederlage gab und die

Provokation seitens der Landesregierung wenig beleuchtete. Dies war nicht nur sachlich falsch, sondern hätte auch vor Gericht gegen GenossInnen der VKPD genutzt werden können.

Levi hatte mit seiner Position Probleme, die Frage zu beantworten, wie die VKPD auf den Schupoeinsatz und die spontanen Erhebungen im Raum Halle-Merseburg hätte antworten sollen. Auf der anderen Seite versuchten August Thalheimer und Bela Kun, die "Offensivstrategie" zu retten und die Niederlage vor allem auf die mangelnde Geschlossenheit der VKPD zurückzuführen. Lenin, der sich schließlich durchsetzen sollte, trat dieser letzten Auffassung mit aller Schärfe entgegen. Dabei spielte wohl nicht nur die Wut über GenossInnen eine Rolle, die nicht in der Lage waren, konkrete Erfahrungen zu verarbeiten, sondern auch das schlechte Gewissen, nicht vorher eingegriffen zu haben.

Auf alle Fälle war die Verarbeitung der Märzaktion eines der positivsten Kapitel der Geschichte der kommunistischen Bewegung. Zuerst wurde das Geschehene bilanziert und dann eine Positionsbestimmung in den politischen Grundsatzfragen gefunden. Erst danach wurden die organisatorischen Konsequenzen gezogen. Allen Mitgliedern der Partei sollte eine Mitarbeit auf der Grundlage der Weltkongreßbeschlüsse ermöglicht werden: "Der Kongreß erwartet von der Zentrale und der Mehrheit der VKPD die tolerante Behandlung der früheren Opposition, falls diese die vom III. Kongreß gefaßten Beschlüsse loyal durchführt (...)." (18)

Da die Festlegung der Einheitsfronttaktik von allen Delegierten aus Deutschland anerkannt worden war, wurde von "der früheren Opposition die sofortige Auflösung jeder Fraktionsorganisation"(19) gefordert, gleichzeitig aber in einer späteren Vereinbarung zur Lage in der VKPD die "Ermöglichung der Diskussion strittiger Fragen in der Parteipresse und den Parteiorganisationen innerhalb der weitesten Grenzen, die mit den Interessen der Bewegung vereinbar sind", gefordert. Der von der VKPD-Leitung vor dem Weltkongreß beschlossene Ausschluß Paul Levis wurde allerdings bestätigt - nicht wegen des Inhaltes seiner Kritik, sondern aufgrund der Veröffentlichung seiner Broschüre an der VKPD vorbei. Die Märzaktion wurde einerseits im Gegensatz zu den "Linken" als schwerer strategischer Fehler bezeichnet, aber nicht im Sinne Levis verdammt, da zigtausende von ArbeiterInnen aufopfernd gekämpft und sich nicht einfach in ihr Schicksal ergeben hatten.

Die KI ging davon aus, daß die VKPD nicht willkürlich zum Aufstand aufgerufen hatte, sondern aufgrund einer falschen Politik eine verständliche, aber überzogene Massenreaktion falsch eingeschätzt und für ihre "Offensive" zu nutzen versucht hatte; sie "machte (...) eine Reihe von Fehlern, von denen der wichtigste darin bestand, daß sie den defensiven Charakter des Kampfes nicht klar hervorhob (...)." (20) Im Mittelpunkt der politischen Aufarbeitung stand die systematische Entwicklung der Einheitsfronttaktik. Ausgehend von einer relativen Stabilisierung des Kapitalismus und der Minderheitsposition der meisten kommunistischen Parteien wurde in erster Linie darauf abgezielt, "unentwegt und systematisch um die Mehrheit der Arbeiterklasse, in erster Linie innerhalb der alten Gewerkschaften, zu ringen." (21)

Die Kommunistischen Parteien sollten bei Beibehaltung ihrer unabhängigen Propaganda und auch eigener Aktionen vor allem auf Aktionseinheiten mit den anderen Organisationen der ArbeiterInnenschaft orientieren. Dabei sollte es freilich nicht um wohlklingende Erklärungen, sondern um konkrete Aktionen, konkrete Ziele zugunsten der Lohnabhängigen gehen. Die Aktionseinheiten sollten nicht "von unten" den sozialdemokratischen ArbeiterInnen allein angeboten werden, sondern auf allen Ebenen an die anderen Organisationen herangetragen werden. Im Gegensatz zu manch falscher Auffassung der Einheitsfront stand dabei die Aktionsfähigkeit der nach dem Krieg gespaltenen ArbeiterInnenbewegung im Mittelpunkt, während die Entlarvung der reformistischen Führungen zwar erklärtes Ziel, aber kein Selbstzweck war. Die Einheitsfront sollte in der Bildung von Räten, dauerhaften, organisierten Einheitsfronten aller Werktätigen und der Bildung von Regierungen aller linken ArbeiterInnenparteien münden.

Die Nichtbeachtung dieser Lehren zieht sich fast wie ein Fluch durch die Geschichte der deutschen Linken. Die Thälmann-KPD verabschiedete sich von jeglicher Einheitsfrontpolitik und trug damit genauso wie die SPD zum Sieg der Nazis 1933 bei. Das Revival dieser Politik in den meisten K-Gruppen in den 70er Jahren demoralisierte Tausende von politisch aktiven Menschen.

Betrachtet man die heutigen linken Flügel von SPD, Grünen und PDS, so zeigt sich auch bei diesen GenossInnen, daß sie stark auf einen propagandistischen Kampf gegen die Mehrheit ihrer jeweiligen Organisation orientieren. Am deutlichsten ist dies wohl bei der Kommunistischen Plattform in der PDS. Damit

die hiesige Linke in Zukunft nicht wieder zwischen Propagandismus und Putschismus zerrieben wird, bleibt es eine Aufgabe, die teuer erkauften Erfahrungen der Märzaktion in eine aktive und offene sozialistische Politik umzusetzen.

Anmerkungen:

1) Stefan Weber, Ein kommunistischer Putsch? Märzaktion 1921 in Mitteldeutschland, Berlin: 1991, S. 9. Alle Zitate, die im folgenden nicht mit Fußnoten versehen sind, wurden dem Buch von Stefan Weber entnommen.

2) Peter Leßmann, Die preußische Schutzpolizei in der Weimarer Republik, Düsseldorf: 1989, S. 104-105.

3) Volksstimme Nr. 46 vom 24.2.1921. Landesarchiv Merseburg, SED Bezirksleitung Halle, V/1A/96, Bl. 54.

4) Leßmann, Die preuß. Schutzpolizei, S. 104.

5) Vgl. Brief Otto Hörsings an die Direktion der Badischen Anilin- und Sodafabrik Leunawerk Merseburg, eingeg. 15.4.1921. LA Merseburg, SED Bezirksleitung Halle, II/C3/3, Bl. 7.

6) Eberhard Kolb, Die Weimarer Republik, München/Wien: 1984, S. 47; Erich Eyck, Geschichte der Weimarer Republik, Erlenbach-Zürich: 1973, Bd. I, S. 243; Gordon A. Craig, Germany 1866-1945, Oxford: 1984, S. 460-461; J.W. Hiden, The Weimar Republic, Harlow: 1985, S. 38-39. Dieselbe Tendenz, aber etwas vorsichtiger bei: Helmut Heiber, Die Republik von Weimar, München: 1985, S. 102.

7) "Bericht über die Tätigkeit und Erfahrungen während der Märzunruhen". LA Merseburg, SED Bezirksleitung Halle V/1A/93, B. 15.

8) Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd.7/I, Berlin (O): 1966, S. 410-412.

9) a.a.O., S. 413-416.

10) Notizen über die Besprechungen in Halle und Magdeburg am 30.3.1921. LA Merseburg, SED Bezirksleitung Halle, V/1A/93, Bl. 19.

11) "Bericht über die Tätigkeit und Erfahrungen während der Märzunruhen". LA Merseburg, SED Bezirksleitung Halle, V/1A/93, Bl. 8.

12) Leßmann, Die preuß. Schutzpolizei, S. 109-110.

13) Deutscher Reichsanzeiger und preußischer Staatsanzeiger Nr. 70 vom 24.3.1921. LA Merseburg, Rep. C 50 Landratsamt Delitzsch A, Nr. 365, Bl. 5 a).

14) Leßmann, Die preuß. Schutzpolizei, S. 110.

15) "Bericht über die Tätigkeit und Erfahrungen während der Märzunruhen". LA Merseburg, SED Bezirksleitung Halle, V/1A/93, Bl. 9.

16) ebd., II/C3/5, Bl. 16.

17) Tribüne Nr. 10 vom 26.5.1921. LA Merseburg, SED Bezirksleitung Halle, V/1A/96, Bl. 1.

18) Thesen und Resolutionen des III. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, Hamburg: 1921, S.66.

19) a.a.O., S.66.

20) a.a.O., S. 52-53.

21) a.a.O., S. 227.

Die vollständige Untersuchung kann bei Sascha Möbius angefordert werden. Kontakt wird über die ak-Redaktion hergestellt.

32. Wolfgang Harich und der Club of Rome

Von Hannes Hofbauer

Autor: Hannes Hofbauer · Rubrik: Philosophie; Geschichte der Kommunisten · CD-Datei: daten/aksuche/ak389/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:389:18

Harich war Gesamtdenker. Das, was seine spezifische Philosophie ausmachte, bezog er aus vielerlei, höchst unterschiedlichen Quellen. Er zog kritisches Denken förmlich an sich. Neben seiner Hegel-Rezeption, der Schule der marxistischen Klassiker, die er penibel und ausdauernd im Bautzener Gefängnis studiert hatte, den Diskussionen mit Georg Lukacs und seinen Nikolai-Hartmann-Studien beschäftigte sich der Zeit seines Lebens politisch verfolgte deutsche Philosoph intensiv mit den Forschungen des Club of Rome. Darüber, über den ökologischen Harich, wird es im folgenden Bericht gehen.

Harich war ein ökologisch denkender Mensch. Oikos und Logos begriff er als zentrale Kategorien des menschlichen Seins, lange vor der neuen Umweltbewegung. Die Lehre des Hauses, als Weltganzes verstanden, als Behausung der menschlichen Gattung, war für ihn gleichbedeutend mit philosophischer Grundlagenforschung. Darum setzte er sich mit den Wechselbeziehungen von belebter und nichtbelebter Natur - wie Klima oder Böden -, mit dem stofflichen Haushalt unserer Biosphäre auseinander.

Ausgangspunkt Hegel

Seit 1948 näherte sich Harich dem ökologischen Denken an. Seine Ausgangsthese wurzelte in einer Hegelschen Grunderkenntnis, wonach die Natur ein zusammenhängendes, einheitliches Ganzes darstelle. Als Lehrbeauftragter der Pädagogischen Fakultät an der Berliner Humboldt-Universität heftete sich Harich gedanklich auf die Spur von Stalins Traktat "Über dialektischen und historischen Materialismus", insbesondere den "I. Grundzug der materialistischen Dialektik", das 1936 erschienen war. Stalins lapidarer These, wonach "Dinge und Erscheinungen miteinander organisch verbunden sind, voneinander abhängen und einander logisch bedingen", mußte der junge Harich - SED sei Dank - naturwissenschaftlich Rechnung tragen. Er fand sie in der "Pflanzensoziologie" von Du Rietz, der "Waldkunde" Wohlfahrts und in "Der See als Lebenseinheit" von August Thienemann bestätigt. Weitere biologische und mathematische Studien folgten.

Harichs Hauptinteresse war vorerst kein umweltschützerisches, sondern philosophisch motiviert. Bei näherer Betrachtung schienen ihm die Naturwissenschaften des 20. Jahrhunderts bar jeder Zusammenhangsforschung. Das dialektische Prinzip Hegels fand kaum Eingang in die Erkenntnisse beispielsweise der biologischen Forschung. Also setzte es sich Harich zur Aufgabe, Hegels Dialektik für die Naturwissenschaften nutzbar zu machen. Namentlich interessierte ihn "Hegels Kritik an dem, was wir heute ‚lineare Kausalität' und ‚monokausales Denken' nennen, und sein Dringen darauf, jedesmal die konkrete Totalität auf den Begriff zu bringen. (...) Wer die im Kopf hat und sie überdies materialistisch zu fassen sucht, wird, sobald er Ökologie zu studieren beginnt, entdecken, daß sämtliche Öko-Gefüge ‚konkrete Totalitäten' im Hegelschen Sinne sind, daß mithin für sie mutatis mutandis dasselbe gilt wie für die gesellschaftlichen Totalitäten, auf die sich der historische Materialismus bezieht. (...) der qualitative Unterschied zwischen organischer Natur und gesellschaftlichem Sein darf selbstredend nicht übersehen werden. Aber dann gibt es da auch noch das Umschlossensein der Gesellschaft im ganzen von der Totalität der Natur ..." (1)

Beim Limnologen Thienemann intensivierte Harich das Wissen über die Wechselbeziehungen zwischen Mensch und Natur. Der Mensch wird von seiner Naturbasis nicht nur getragen, sondern wirkt auf sie zurück - produktiv und gleichzeitig auch destruktiv, zerstörerisch. Das erhärtete die Aussagen des dialektischen Materialismus, der eben nicht nur auf die Historie, sondern auch auf die stofflichen Wechselbeziehungen zwischen Natur und Gesellschaft anzuwenden sei. Im Kopf von Wolfgang Harich formten sich - vor allem auch unter dem Eindruck von Engels "Dialektik der Natur" - erste Gedankenbruchstücke einer Dialektik der Ökologie.

Dieses Hegelsche "Umschlossensein der menschlichen Gesellschaft von der Totalität der Natur" sowie die unausweichlichen gegenseitigen Wechselwirkungen führten Harich Ende der 50er/Anfang der 60er Jahre - in der Zelle in Bautzen - zur Erkenntnis, daß organische Natur à la longue durch industrielle Zivilisation und deren Agrikultur gefährdet sei. Gewißheit über diese menschheitsbedrohenden Gefahren brachte, ein Jahrzehnt später, die MIT-Studie (Massachusetts Institute of Technology) von Dennis Meadows, "Grenzen des

Wachstums", an den Club of Rome. Der Club of Rome war 1968 vom italienischen Industriellen Aurelio Peccei gegründet worden und stellte einen informellen Zusammenschluß von Wissenschaftlern, Managern und Politikern dar, die - im eigenen Selbstverständnis - "Menschheitsforschung" betrieben. Die brisanteste Aussage des 1972 erschienenen Berichts "Grenzen des Wachstums" war der Ruf nach einem wirtschaftlichen Nullwachstum, der zwar wenige Jahre später von den Auftraggebern revidiert wurde, der Forschung aber als grundlegende Erkenntnis blieb.

Den Club of Rome antikapitalistisch wenden

Die Warnungen des Club of Rome lösten bei Wolfgang Harich die Idee aus, das Meadowsche Gedankengut, in seiner Struktur durchaus antikapitalistisch, mit marxistischer Philosophie und linker Politik kompatibel zu machen. Ein erneutes, speziell auf den ökologischen Aspekt ausgerichtetes Studium von Marx und Engels folgte. Bei Marx gab es eben nicht nur - in seiner "Kritik der politischen Ökonomie" - die "Höherentwicklung der Produktivkräfte" nach der proletarisch sozialistischen Revolution, die alle "Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums" voller fließen lassen würden, sondern es fanden sich auch Warnungen vor der möglichen Destruktivität der Produktivkräfte.

Im ersten Band des "Kapitals" beispielsweise steht dazu zu lesen: "Und jeder Fortschritt der kapitalistischen Agrikultur ist nicht nur ein Fortschritt in der Kunst, den Arbeiter, sondern zugleich in der Kunst, den Boden zu berauben, jeder Fortschritt in der Steigerung seiner Fruchtbarkeit für eine gegebene Zeitfrist zugleich ein Fortschritt im Ruin der dauernden Quellen dieser Fruchtbarkeit. Je mehr ein Land, wie die Vereinigten Staaten von Nordamerika z.B., von der großen Industrie als dem Hintergrund seiner Entwicklung ausgeht, desto rascher dieser Zerstörungsprozeß. Die kapitalistische Produktion entwickelt daher nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen alles Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter." (2)

Bei Friedrich Engels "Dialektik der Natur" wiederum entdeckte Harich naturbezogene Ausbeutungskritik lange vor jeder Ökologiebewegung: "Schmeicheln wir uns indes nicht zu sehr mit unsern menschlichen Siegen über die Natur. Für jeden solchen Sieg rächt sie sich an uns. Die Leute, die in Mesopotamien, Griechenland, Kleinasien und anderswo die Wälder ausrotteten, um urbares Land zu gewinnen, träumten nicht, daß sie damit den Grund zur jetzigen Verödung jener Länder legten, indem sie ihnen mit den Wäldern die Ansammlungszentren und Behälter der Feuchtigkeit entzogen. Die Italiener der Alpen, als sie die am Nordabhang des Gebirges so sorgsam gehegten Tannwälder am Südabhang vernutzten, ahnten nicht, daß sie damit der Sennwirtschaft auf ihrem Gebiet die Wurzel abgruben. (...) Und so werden wir bei jedem Schritt daran erinnert, daß wir keineswegs die Natur beherrschen, wie ein Eroberer ein fremdes Volk beherrscht, wie jemand, der außer der Natur steht - sondern daß wir mit Fleisch und Blut und Hirn ihr angehören und mitten in ihr stehen, und daß unsre ganze Herrschaft über sie darin besteht, im Vorzug vor allen andern Geschöpfen ihre Gesetze erkennen und richtig anwenden zu können." (3)

Von Marx und Engels also bezog Wolfgang Harich sein Wissen über die Zweischneidigkeit des Fortschrittsbegriffes, der linear und undialektisch das 20. Jahrhundert geprägt hat. Gleich den Klassikern ortet Harich das Umschlagen der Produktiv- in Destruktivkräfte in der vom Kapitalismus geprägten Industriegesellschaft. Sein großes Verdienst: Harich öffnet damit die Denker Marx und Engels für die entstehende Ökologiebewegung.

Wider die Wachstumsideologie

Sozialistische Ökonomen hatten - bei vielerlei Gegnerschaft - mit Kapitalverwertern im Westen eine Grundposition gemein; sie standen für die Fortsetzung der von Wachstumsphilosophie begleiteten industriellen Produktions- und Reproduktionsprozesse. Dieser im Grunde ideologische Gleichklang führt uns heute zur Erkenntnis, die sozialistischen Gesellschaften in Osteuropa könnten nicht viel mehr als nachholende industrielle Entwicklungsmodelle mit besonderen sozialen Verteilungsideen gewesen sein.

Ideologisch gipfelte der Kampf der Traditionslinken gegen den Club of Rome in der Unterscheidung von "gutem" und "bösem" Kapital, guten und bösen Kapitalisten. Die Wachstumsskeptiker gehörten zu den bösen, das wurde auch den Arbeitern in der DDR eingetrichtert. Harich ließ in seinem "Kommunismus ohne Wachstum" die Arbeiter von den Parteigenossen sinngemäß warnen: "Fallt um Himmels willen nicht auf Reaktionäre und Obskuranten wie Peccei, Forrester und Meadows herein, die wollen euch ins Elend stürzen!

Hört dann schon lieber auf McNamara, ehemaligen amerikanischen Kriegsminister, Schlächter des vietnamesischen Volkes, jetzigen Präsidenten der Weltbank, der euch, wie wir, sagt (wörtlich): ‚Wir brauchen das wirtschaftliche Wachstum, um unseren Beitrag zum Kampf gegen die Armut leisten zu können`." (4)

Der Fiat-Manager Aurelio Peccei war beliebtes Angriffsziel von links. Und Harich konterte den Angreifern. Für ihn war es logisch, daß gerade die Automobilhersteller ökologische Studien finanzierten - schon aus Alibigründen. Auch daß die monopolistisch agierende Bourgeoisie an langfristig angelegter Strategieforschung interessiert war, überraschte ihn nicht; die daraus gewonnenen Erkenntnisse sollten sich Marxisten einfach zu eigen machen. Am stärksten griffen jedoch seine Gegenargumente in dem Moment, als der Club of Rome selbst den Meadows-Bericht zurückzog. Die ein Jahr nach dem Erscheinen der MIT-Studie einsetzende Erdölkrise hatte nämlich bewirkt, daß sich der Club of Rome von der Nullwachstumsformel distanzierte. 1976 erklärte Vizepräsident Nelson Rockefeller, daß es nicht darum gehen könne, einen kleiner werdenden Kuchen zu verteilen, sondern daß man sein Wachstum betreiben müsse. Die Club-of-Rome-Inspektoren reagierten prompt - und unterwürfig: "Wir hatten nie behauptet, daß der Club of Rome gegen Wirtschaftswachstum ist", hieß es plötzlich. "Die Meadows-Studie war nicht vom Club of Rome gefertigt, sondern an den Club of Rome gerichtet", lautete die Distanzierung plump.

Marxistische Wachstumskritik à la Harich hatte sich damit - auch vor den Augen der linken Fortschrittsapologeten - rehabilitiert, zumindest theoretisch. Die Standhaftigkeit in dieser Frage machte Wolfgang Harich auch zum weithin bekannten marxistisch argumentierenden Wachstumsbegrenzer. Sein "Kommunismus ohne Wachstum", ein als - fiktives - Gespräch mit dem SPD-Mann Freimut Duve im Jahre 1975 erschienener Band, setzt bei der "radikalen Verschwörung zur Gleichheit" an. In Anlehnung an den utopischen Sozialisten Gracchus Babeuf beginnt Kommunismus für Wolfgang Harich mit "gerechter Verteilung, konsequent und radikal durchgeführt". (5) Die MIT-Studie gibt ihm dazu Material, auf das er sich berufen kann. Dort heißt es u.a.: "Der Zustand des globalen Gleichgewichts kann so projektiert sein, daß die wichtigsten materiellen Bedürfnisse eines jeden Menschen auf der Erde befriedigt werden, und jeder Mensch die gleiche Möglichkeit hat, seine individuellen Fähigkeiten zu realisieren." (6)

Harich verband die Forderung nach Nullwachstum mit der Idee einer gerechten Verteilung des Mangels, mit rationierter Verteilung. Diese Idee kam ihm Ende 1973, als er in der BRD weilte. Die Ölkrise hatte zur Rationierung des Benzins - ein erstes Anzeichen einer tiefen wirtschaftlichen Krise im Weltsystem - geführt. "Da fiel es mir wie Schuppen von den Augen, und ich dachte: ‚Warum nicht gleich alles rationieren? Und wenn ja, warum nicht auf sozialistischer Grundlage? (...) Und wäre es nicht, infolge der rationierten Verteilung, der Kommunismus Babeufs, zu dem die Arbeiterbewegung nun auf höherer Stufenleiter, mit einer dialektischen Spiralenbewegung zurückkehren muß, nachdem fast 200 Jahre lang die ‚Springquellen' des kapitalistischen Reichtums voll genossen sind?" (7) Aus utopischem Sozialismus, marxistischer Philosophie und der Erkenntnis über die ökologischen Folgen der Überschuß- und Verwertungskrise im kapitalistischen Industrialismus formte Wolfgang Harich seinen ökologischen Kommunismus, oder - wie er selbst sagte - den homöostatischen, wachstumslosen Kommunismus.

Demokratie oder Despotie

Damit schuf er sich viele Feinde. Zuteilungsbürokrat, Mangelverwalter und Ökostalinist lauteten die durchaus böse gemeinten Schimpfworte. Der dritte Vorwurf wog schwer. An Harichs philosophischem Denken zielte er freilich vorbei. Seine Logik war diesbezüglich messerscharf. Je länger eine ökologische Krisenbewältigung auf sich warten ließe, desto autoritärer würde der Mechanismus sein, der zur Lösung der Menschheitsbedrohungen notwendig würde. Das war ihm einleuchtend. 1979 meinte Harich dazu auf einer Veranstaltung in Wien anläßlich der UN-Konferenz über Wissenschaft und Technik für Entwicklung: "Die Frage ist, ob das ein demokratischer oder ein despotischer Staat sein wird (der die Ökokrise zu lösen im Stande ist). Das hängt davon ab, wie schnell und gründlich man den neuen Weg geht. Je schneller, desto mehr Freiheiten werden übrigbleiben. Je länger Verschwendung und Umweltzerstörung weitergehen, um so härtere Maßnahmen wird es brauchen. Zu welchen Gunsten werden diese Maßnahmen sein? Werden sie menschenwürdiges Leben der breiten Masse garantieren - dann zu Ungunsten der Reichen. Damit aber wird die Gefahr eines Öko-Faschismus deutlich. Das ist die Wahl, vor der wir stehen: Öko-Faschismus oder ein homöostatischer, wachstumsloser Kommunismus mit staatlicher Autorität. Angesichts dieser Wahl muß ein Liberaler zum Pessimismus neigen. Ich bin kein Liberaler." (8)

Harichs Fazit: Der Kommunismus sei besser geeignet als der Kapitalismus zur Lösung der ökologischen Krise. Schon deshalb, weil in ihm Produktion als Bedürfnisbefriedigung angelegt ist, Gebrauchswert- vor Tauschwertproduktion geht. Heute, nach 1989, nach dem Zusammenbruch der pervertierten sozialistischen Entwicklungsversuche, heißt das, daß es notwendig geworden ist, für die Rückgewinnung der fundamentalen Grundlage einer nicht verwertungsorientierten Gesellschaft zu kämpfen, für die Rückgewinnung auch des politischen Primats über ökonomische Prozesse. Dafür hat sich Wolfgang Harich in seinen letzten Lebensjahren stark gemacht.

Im Club-of-Rome-Bericht des Jahres 1991 von Alexander King und Bertrand Schneider - "Die globale Revolution" - erkannte Harich eine reiche Materialsammlung, um diesem Ziel näher zu rücken. Als die drei zentralen Weltprobleme werden darin genannt: der militärisch-industrielle Komplex und seine Destruktionskapazitäten; die drohende Klimakatastrophe, insbesondere die globale Erwärmung der Erde; die Weltarmut, von der Kluft zwischen Norden und Süden ausgehend. Harich nahm den Club-of-Rome-Bericht 1991 als Beweis für die Umsturzreife der Welt. Wie King und Schneider forderte er die "große Revolution auf globaler Ebene", (9) ohne die die verheerenden Konsequenzen eines Systems nicht aufzuhalten wären.

Und wieder legte sich Harich mit der traditionell denkenden Linken an. Er erkennt die Kernaufgabe der Rettung der Menschheit als solche; und begreift die Tragweite des "neuen Denkens", indem er - auch unter dem Eindruck Michael Gorbatschows - die Menschheitsfrage vor die Klassenfrage stellt. "Wer soll das Subjekt der globalen Revolution sein?", fragt er sich in einem Beitrag zum Club of Rome-Bericht, um sich gleich selbst die Antwort zu geben: "Alle! Weil die Existenz aller auf dem Spiel steht, muß es möglich sein, jeden einzelnen dahin zu bringen, daß sein elementarer Egoismus sich herausgefordert sieht und so für ein ‚weltweit aufgeklärtes und gemeinsames Eigeninteresse` der Menschheit im ganzen gewonnen und mobilisiert werden kann." (10)

Sein revolutionäres Subjekt fand in der Linken wenig Sympathie. Bei Harichs Veranstaltungen zum Club of Rome hagelte es Proteste, die im Vorwurf gipfelten, Harich verriete die Arbeiterklasse. Wie schon in den 70er Jahren antwortete er, daß auch Kommunisten gar keine andere Wahl hätten, als die Ergebnisse des Club of Rome ernst zu nehmen. Die bereits von Hegel erkannte Umschlossenheit der Gesellschaft von der Natur sowie die vielfach bewiesenen Wechselbeziehungen zwischen Natur und Mensch erforderten diese Erkenntnis. In menschheitsbedrohenden Krisen - und nur in solchen - käme eben der Mensch vor der Klasse.

Wolfgang Harich hat es sich mit seinem Kampf gegen menschheitsbedrohende Entwicklungen nicht leicht gemacht. Und sich mancherlei Spott und Hohn - gerade in der Linken - ausgesetzt. Als Bote der schlechten Nachricht war er freilich immer der falsche Adressat wachstumsfetischistisch motivierter Kritik. Um so mehr, als er nie vergessen hat, die Profiteure der ökologischen Krise als Verantwortliche beim Namen zu nennen.

Der Beitrag erscheint im Herbst 1996 in leicht geänderter Form in: "Wolfgang Harich - Streiter für ein besseres Deutschland". Verlag Edition Ost.

Anmerkungen:

1) Wolfgang Harich, Kommunismus ohne Wachstum? Babeuf und der "Club of Rome". Reinbek bei Hamburg 1975, S.14.

2) Karl Marx, Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie Band 1, Berlin 1977 (nach Hamburg 1890), S.529 f.

3) Friedrich Engels, Dialektik der Natur. Berlin 1952, S.190 f.

4) Wolfgang Harich, Kommunismus ohne Wachstum? S.64.

5) ebenda, S. 59.

6) Dennis Meadows, Die Grenzen des Wachstums. o.0. (Stuttgart) 1972.

7) Wolfgang Harich, Kommunismus ohne Wachstum? S.63.

8) aus: Forum Alternativ (Hg.), Dokumentation der Parallelkonferenz zur UN-Konferenz über Wissenschaft und Technik im Dienste der Entwicklung/UNCSTD vom August 1979. Wien 1980, S.77.

9) Alexander King/Bertrand Schneider, Die globale Revolution. Ein Bericht des Rates des Club of Rome. Erschienen als: Spiegel-Spezial Nr. 2/1991. Hamburg 1991, S.9.

10) Wolfgang Harich, Weltrevolution jetzt. Zur jüngsten Veröffentlichung des Club of Rome. In: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Nr.8, Dezember 1991. Frankfurt 1991, S.69.

33. Wolfgang Harich - Streiter für ein besseres Deutschland. Die Alternative Enquetekommission würdigte ...

Die Alternative Enquetekommission würdigte den vor einem Jahr verstorbenen Philosophen

Autor: Angela Martin · Rubrik: Philosophie; Geschichte der Kommunisten · CD-Datei: daten/aksuche/ak389/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:389:23

Als "Mutmacher" ehrte das Neue Deutschland den Philosophen Wolfgang Harich an seinem 70. Geburtstag. Nicht immer ist das Zentralorgan so respektvoll mit dem Dissidenten umgegangen, der 1957 zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, weil er die Entstalinisierung der DDR und den Sturz Walter Ulbrichts gefordert hatte. Harich war eine der beeindruckendsten Persönlichkeiten der Nachkriegsgeschichte, nicht zuletzt, weil er immer wieder den Mut aufbrachte, für seine Überzeugungen einzutreten - auch gegen Mehrheitsmeinungsmatsch und trotz drohender Repressionen.

Seine erste Haftstrafe verbüßte er 1943 wegen unerlaubter Entfernung von der Truppe. Ein Jahr vor seinem Tode drohte ihm wieder Gefängnis. Harich, der nach der Wende für eine nationale Aussöhnung der Deutschen eintrat, hielt nichts von einer justiziellen "Aufarbeitung" der DDR-Geschichte. Konsequenterweise weigerte er sich daher, in einem Ermittlungsverfahren gegen seinen ehemaligen Richter auszusagen. Das hat Mut gemacht, zumal Harich bei seinem Standpunkt blieb, obwohl er von der bundesdeutschen Justiz mit zahlreichen Ordnungsstrafen belegt wurde; der angedrohten Beugehaft entging er nur, weil er schwer krank und daher haftunfähig war.

Am 15. März 1995 ist Wolfgang Harich in Berlin gestorben. Zu seinem ersten Todestag hat die Alternative Enquetekommission, deren Vorsitzender Harich bis Oktober 1994 war, ein Gedenkkolloquium für den "Streiter für ein besseres Deutschland" veranstaltet. Rund 15 Referenten waren ins Berliner Ribbeck-Haus geladen, um Werk und Wirken des ungemein vielseitigen marxistischen Denkers vorzustellen.

Eine steile Karriere

Siegfried Prokop, Vorsitzender der Alternativen Enquetekommission und Organisator der Tagung, bezeichnete Harich in einem einleitenden Referat als einen der "größten deutschen Intellektuellen des 20. Jahrhunderts". Tatsächlich hat Wolfgang Harich die deutsche Kulturlandschaft der Nachkriegszeit entscheidend geprägt: als Sekretär von Paul Wegener, dem Präsidenten der Kammer der Kunstschaffenden, als einflußreicher Literatur- und Theaterkritiker, als Lektor und als Hochschullehrer an der Humboldt-Universität. Seine Vorlesungen über Philosophiegeschichte füllten das Audi-Max; er galt als die philosophische Begabung im Deutschland der Nachkriegszeit. Harich wurde stellvertretender Cheflektor des Aufbau-Verlags, zuständig für Klassiker-Ausgaben und Philosophie. Er förderte Lukács, und Lukács beriet Harich, den Mitherausgeber der Deutschen Zeitschrift für Philosophie.

Nach der Befreiung vom Faschismus verdiente Harich seinen Unterhalt als Theater- und Literaturkritiker. Bald gehörte er - erst 22 Jahre alt - mit Friedrich Luft und Paul Rilla zum Dreigestirn der Berliner Theaterkritik. Seit Oktober 1945 schrieb er für den französisch lizensierten Kurier. Frank Götze hat diese Arbeiten auf dem Kolloquium vorgestellt. Populär wurde Harich vor allem durch seine literarischen Parodien unter dem Pseudonym "Hipponax". Doch schon im Sommer 1946 kam es zu Konflikten in der Redaktion: Harich hatte eine Polemik gegen Wilhelm Röpke geschrieben, einen Anhänger der Totalitarismus-These, der zudem für die Westbindung der Westzonen und damit für eine Spaltung Deutschlands plädierte. Der Zensor der Franzosen verbot Harichs Artikel, der später in der Ostpresse, d.h. in der Täglichen Rundschau erschien. Deren erster Theaterkritiker blieb Wolfgang Harich bis 1950.

Gegen "unsere Sektierer"

Gleichzeitig absolvierte er sein Studium. 1948 erhielt er seinen ersten Lehrauftrag an der Pädagogischen Fakultät der Humboldt-Universität, 1951 wurde er Dozent an der Philosophischen Fakultät. Aber auch als Philosoph war er unbequem. Seine Hegel-Vorlesungen brachten ihm im Mai 1953 eine schwere Parteirüge ein. Harich mochte sich der "Schwarz-Weiß-Philosophie" stalinistischer Hegel-Interpreten nicht anschließen. Deren

Methoden erläuterte Peter Feist am Beispiel von Rugard Otto Gropp. Gropp interpretierte Hegels Begriff der Synthese als Ausdruck eines "Versöhnlertums", dem er außer Hegel auch die "Revisionisten" Ernst Bloch, Auguste Cornu (einen in der DDR lebenden französischen Marx-Forscher) und Georg Lukács zurechnete. Trotz seiner Parteistrafe unterstützte Harich die "Revisionisten". Als der "Neue Kurs" der SED einen vorsichtigeren Umgang mit den DDR-Intellektuellen gebot, setzte er eine Hegel-Debatte in der Deutschen Zeitschrift für Philosophie durch. Ihm ist es auch zu verdanken, daß Lukács' Schrift Der junge Hegel 1954 in der DDR erscheinen konnte.

Vom September 1952 datiert ein Brief Wolfgang Harichs an Lukács, in dem er den Wunsch äußert, dessen Hegel-Buch zusammen mit den Frühschriften von Hegel herauszugeben. In dem Briefwechsel mit Lukács, den Helmut Steiner im Budapester Lukács-Archiv eingesehen hat, äußerte sich Harich sehr freimütig über "unsere Sektierer" und ihre geistige Beschränktheit. Insbesondere kritisierte er auch Gropp, der in der DDR maßgeblich an der Ausgrenzung nonkonformistischer Philosophen beteiligt war und 1956 eine Kampagne gegen Ernst Bloch in Leipzig startete.

Auf kulturpolitischer Ebene kämpfte Harich ebenfalls gegen Dogmatismus und Kleingeistigkeit. Er fand es unerträglich, daß die Staatliche Kunstkommission Künstler als "Formalisten" und "Dekadente" verfemte, die erst kürzlich unter den Nazis als "entartet" gegolten hatten. Als die SED-Führung nach dem 17. Juni 1953 ihre Intelligenz-Politik korrigieren mußte, nutzte Harich die Gunst der Stunde und griff, unterstützt von Bert Brecht, die verhaßte Kunstkommission unter Helmuth Holtzhauer an. Eberhard Schulz zitierte aus Harichs Vorschlägen zur Kulturpolitik vom 2. Juli 1953: Holtzhauer und die der Staatlichen Kunstkommission hörigen Kunstkritiker, Wilhelm Girnus und Kurt Magritz, würden die DDR durch Ignoranz und Sektierertum in Verruf bringen, schrieb Harich damals. Harich verlangte entsprechende personelle Konsequenzen und die Auflösung der Institution. Tatsächlich gelang es im folgenden Jahr, die Kunstkommission zu stürzen und durch ein von Johannes R. Becher geleitetes Kulturministerium zu ersetzen.

Doch nicht immer war eine solche Offenheit der Auseinandersetzung möglich. Seine Wertschätzung des Philosophen und Soziologen Arnold Gehlen, dessen Weste einige braune Flecken aufweist, konnte Harich nur auf klandestine Weise ausdrücken, so Stefan Dornuf. 1952 würdigte Harich den wissenschaftlichen "Bestseller-Autor der Ära Adenauer" in einer Einleitung zu Herders Philosophie der Geschichte - und zwar indem er ihn verschwieg und somit schonte. Harichs Aufsatz Über die Empfindung des Schönen (in Sinn und Form, 1953, Heft 6, ausgeliefert im Januar 1954), sei eine klammheimliche Ehrung Gehlens zu dessen 50. Geburtstag, glaubt Dornuf. Harich wollte Gehlens Methode von seinen soziologischen Inhalten trennen und so dessen Anthropologie für den Marxismus nutzbar machen.

Harich war ein Schüler von Lukács, aber er beeinflußte auch seinerseits den Lehrer. Schon in einem seiner ersten Briefe an Lukács machte er den ungarischen Philosophen auf die Ontologie von Nicolai Hartmann aufmerksam - Harich kann daher als der Anreger von Lukács' Ontologie des gesellschaftlichen Seins und seiner Ästhetik gelten. Reinhard Pitsch erläuterte den Einfluß von Nicolai Hartmann sowohl auf Harich als auch auf Lukács. Daß es Harich unmöglich war, über die aus der Hartmann-Rezeption resultierenden Fragen mit Lukács in eine Debatte zu treten, hat Walter Janka verschuldet. Janka störte das Verhältnis von Lukács und Harich, noch während dieser im Gefängnis saß. Später sorgte er durch seine Verleumdungen dafür, daß Wolfgang Harich politisch und wissenschaftlich isoliert blieb und die Kraft seiner letzten Lebensjahre für die Verteidigung gegen Janka einsetzen mußte.

Ein besonderer deutscher

Weg zum Sozialismus

Harichs Plattform für einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus, im November 1956 geschrieben, ist einigermaßen bekannt. Darin forderte er Reformen, die die Vereinigung der beiden deutschen Staaten zu einem blockfreien, neutralen Land vorbereiten sollten. Doch bereits im Oktober 1956 hatte Harich ein ähnlich ausgerichtetes Memorandum verfaßt und dem damaligen sowjetischen Botschafter Puschkin zukommen lassen. Siegfried Prokop hat es gelesen. Darin schlug Wolfgang Harich vor, daß die UdSSR besetzte Gebiete an Polen zurückgeben solle. Das könne das Verhältnis der beiden Länder verbessern, würde möglicherweise aber auch den Weg freimachen für Verhandlungen zwischen Polen und der DDR über die Gebiete östlich von Oder und Neiße. Diese Schrift war den MfS-Chefs Wollweber und Mielke bekannt, ist aber offenbar nie in die

Hände von Ulbricht gelangt. Prokop vermutet, daß dies von Mielke beabsichtigt war, "um Schlimmeres zu verhindern". Möglich, daß Mielke damals auf Weisung Moskaus über Harichs Vorstoß schwieg.

Dennoch strafte Ulbricht seinen Gegner hart. 1957 wurde Harich in einem Schauprozeß wegen "Boykotthetze" verurteilt; bis Dezember 1964 saß er im Zuchthaus. Außerdem erhielt er Berufsverbot: Der auch im Westen anerkannte Philosoph Wolfgang Harich schien der SED-Führung selbst nach acht Jahren Zuchthaus noch gefährlich. Also betreute Harich nach seiner Entlassung aus der Haft die Feuerbach-Ausgabe des Akademie-Verlags und schrieb zwei Bücher über Jean Paul. Mit den Arbeiten dazu hatte er bereits im Gefängnis begonnen. Er wollte Jean Paul auf die gleiche Stufe wie die Weimarer Klassiker heben. Der sympathisierte im Gegensatz zu Goethe und Schiller mit der Französischen Revolution und ihren demokratischen Extremen. Im Titan hat er einen positiven Helden gestaltet, dessen Entwicklung in dem Entschluß gipfelt, sich einer Revolutionsarmee anzuschließen. Wie hätte es auf die Erziehung der Deutschen gewirkt, fragte Christa Uhlig, wenn der Titan - und nicht Goethes Wilhelm Meister - Pflichtlektüre an den Schulen gewesen wäre? Der Wilhelm Meister war nicht unbequem für die Nazis, den Titan hingegen hätte man als Aufruf lesen können, die Antifaschisten im Spanischen Bürgerkrieg zu unterstützen.

In den siebziger Jahren legte Harich sich, allerdings vorsichtiger geworden, wieder mit der Partei- und Staatsführung an: diesmal in Fragen der Umweltpolitik. Er war der erste Philosoph der Ostblockländer, vielleicht der erste Marxist, der die marxistische Wachstumsideologie ablehnte. Über "Harich und den Club of Rome" sprach der Wiener Journalist und ak-Autor Hannes Hofbauer, sein Beitrag ist in dieser Ausgabe abgedruckt. Weil er in der DDR nichts bewirken konnte, hielt Harich sich 1979 bis 1981 mit einem Langzeitvisum in Österreich und der BRD auf, um sich in der dortigen Ökologiebewegung zu engagieren. Doch die Grünen schreckten vor seiner Erkenntnis zurück, daß der drohende ökologische Kollaps nur planwirtschaftlich zu verhindern sei, durch einen Kommunismus ohne Wachstum (so der Titel seines leider vergriffenen Buches aus dem Jahre 1975).

Wieder in der DDR, begann Harich mit der Arbeit an einer marxistischen Würdigung seines einstigen Lehrers Nicolai Hartmann. Er verteidigte weiterhin Lukács und kämpfte vehement gegen eine Nietzsche-Renaissance in der DDR. Aber er blieb isoliert, nicht zuletzt wegen der Verleumdungen seines ehemaligen Kampfgefährten Walter Janka. Gerhard Zwerenz ging kurz auf den "dreißigjährigen Krieg" der beiden ein und bekundete seine Sympathie für Harich wie für Janka.

Das hätte Anlaß zu einer Diskussion geben können, zumal ein Referat zu dem Streit zwischen Harich und Janka fehlte. Doch im Ribbeck-Haus hatte man wenig Lust zum Disput. Die Moderatoren versuchten gar nicht erst, Bezugspunkte zwischen den unterschiedlichen Beiträgen herzustellen und eine Debatte anzuregen. So kam es auch zu keinem Gespräch über das äußerst umstrittene Nietzsche-Buch von Harich, für das er erst nach Jahren einen winzigen Verlag fand. Rupert Neudeck gehört zu den wenigen Journalisten, die sich für Harichs Nietzsche und seine Brüder (Kiro Verlag, Schwedt 1994) eingesetzt haben.

Seine letzten Lebensjahre widmete Harich vor allem der Politik. Die Alternative Enquetekommission war die letzte Basis für seinen Kampf für ein besseres Deutschland. Fritz Rische erinnerte an die Gründungsphase der "Alternativen Enquetekommission Deutsche Zeitgeschichte", und Gerhard Fischer hob die Bedeutung Harichs als deren Vorsitzender und Spiritus rector hervor.

Egon Krenz meldet

sich zu Wort

Der vielleicht wichtigste Beitrag der Tagung kam von Egon Krenz: Im November 1989 hat das SED-Politbüro einen Beschluß der Zentralen Parteikontrollkommission bestätigt, Harich zu rehabilitieren und wieder in die Partei aufzunehmen. Allerdings wurde dieser Beschluß nicht bekanntgegeben.

Merkwürdigerweise reagierte niemand im Saal auf diese Information von Krenz, nicht einmal Hans Modrow, damals Mitglied des Politbüros, der ebenfalls anwesend war. Wahrscheinlich verstanden nur wenige Konferenzteilnehmer die Tragweite dieser Bemerkung von Krenz. Jedenfalls fragte niemand, warum dieser Beschluß zu Ehren Harichs nicht veröffentlicht wurde.

Offenbar paßte die Rehabilitierung Harichs nicht in das Konzept von Leuten wie Walter Janka und Markus Wolf, die mit Blick auf hohe Staats- und Parteiposten für eine reformierte DDR eintraten. Denn ein

rehabilitierter Harich, nicht mehr verfemt und verleumdet, sondern ins Interesse der Öffentlichkeit gerückt, hätte weit mehr Gehör für seine Plattform vom Dezember 1989 gefunden: Darin forderte er eine Föderation der beiden Teilstaaten; erst zu einem späteren Zeitpunkt sollten sie zu einem neutralen, blockfreien Deutschland vereinigt werden, wobei die sozialen Errungenschaften der DDR erhalten bleiben sollten. Für einen Staatspräsidenten Walter Janka oder einen SED-Chef Markus Wolf und ihre Träume von einer gewandelten DDR wäre da kein Platz gewesen. Zudem war Harichs Rehabilitierung für Jankas Ruf nicht ungefährlich. Janka machte sich nämlich Ende 1989 als standhaftes SED-Opfer populär - obwohl er, entgegen anderen Aussagen, das SED-Parteibuch schon lange vor Harichs Rehabilitierung zurückerhalten hatte.

Harichs Rehabilitierung wurde aber geheimgehalten - mit katastrophalen Folgen für den Philosophen. Jahrelang mußte er seine Kraft in den Auseinandersetzungen mit Jankas "Schwierigkeiten mit der Wahrheit" aufzehren. Das Berufsverbot wirkte weiter. Auch nach der Wende durfte Harich, von dessen Vorlesungen seine ehemaligen Schüler noch heute begeistert erzählen, an der Humboldt Universität nicht mehr lehren. Fink wollte den unbequemen, standfesten Mann nicht berufen. An der Freien Universität wollte man den Kommunisten ebenfalls nicht; ein einsemestriger Lehrauftrag wurde nicht verlängert. Für Wolfgang Harich, den Streiter für ein geeintes, besseres Deutschland und einen der "größten deutschen Intellektuellen des 20. Jahrhunderts", gab es keinen Platz im wiedervereinigten Deutschland.

Angela Martin

34. Zwangsprostitution im KZ. Rezension

Buchbesprechung

Autor: Ulrike Jensen · Rubrik: Frauen; Geschichte des Faschismus; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak389/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:389:19

Christa Paul greift mit ihrem Buch "Zwangsprostitution - Staatlich errichtete Bordelle im NS" ein sehr schwieriges und heikles Thema der jüngeren deutschen Geschichte auf. Galten im "3. Reich" Prostituierte einerseits als "asozial" und wurden aufgrund dessen häufig in KZs eingewiesen, wurden andrerseits Frauen gezwungen, in staatlich errichteten Bordellen zu arbeiten. Bei der Beschäftigung mit diesem Thema stößt man auf eine Mauer des Schweigens. Die Frauen, die zur Prostitution gezwungen wurden, sind meist nicht bereit oder in der Lage, über diese Zeit zu berichten. Sie fühlen sich beschmutzt und benutzt und schweigen häufig selbst gegenüber ihren engsten Angehörigen und Freunden - aus Angst vor deren Reaktionen.

Lebenslanges Verschweigen dieses für die meisten der Frauen traumatischen Lebensabschnittes, Schuldgefühle, im Sinne der Nationalsozialisten "funktioniert" zu haben, Scham und Ekel vor anderen sowie vor sich selbst bestimmen das Leben dieser Frauen bis heute.

Doch nicht nur die Angst der Frauen, auch der Umgang mit dem Thema Sexualität in der Nachkriegszeit im allgemeinen und den Lagerbordellen im besonderen tragen dazu bei, daß dieses Thema heute, 50 Jahre nach Kriegsende, eigentlich immer noch keines ist.

Die Autorin gliedert ihr Buch in vier Hauptbereiche. Sie beschreibt zunächst die Situation der Prostituierten im NS, bzw. von Frauen, die als solche galten. Anschaulich werden die immer gefährlichere Situation dieser Frauen sowie deren ständig zunehmende staatliche Reglementierung geschildert. Deutlich wird auch auf die widersprüchliche Beurteilung der "Notwendigkeit" von Prostituierten hingewiesen: Wurde noch 1933 diejenige, die "öffentlich in auffälliger Weise oder in einer Weise, die geeignet ist, einzelne oder die Allgemeinheit zu belästigen, zur Unzucht auffordert oder sich dazu anbietet" verhaftet, wurden spätestens bei Kriegsbeginn mehr und mehr Stimmen laut, die nach Bordellen für die Soldaten verlangten, ja deren Notwendigkeit betonten. Vor diesem Hintergrund wurden die Prostituierten kaserniert, um sie so unter staatlicher Kontrolle zu halten und die Verbreitung von Geschlechtskrankheiten unter den Wehrmachtsangehörigen zu verhindern. Prostituierte, die sich dieser Kontrolle entzogen, machten sich strafbar. Zehntausende von ihnen wurden in Arbeitshäuser und KZs eingewiesen.

Doch nicht nur Prostituierte wurden verfolgt, wie Christa Paul eindrücklich darstellt, sondern ebenso Frauen, die - aufgrund des "Gesetzes zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre" strafbare - Beziehungen zu "nichtarischen" oder nichtdeutschen Männern hatten oder solcher bezichtigt wurden. Auch wegen "auffälligen sexuellen Verhaltens" (wie "starken erotischen Eindrucks", "häufig wechselnden Geschlechtsverkehrs" sowie "sexueller Erregbarkeit") oder "moralischen Schwachsinns" wurden Frauen festgenommen, teils sogar zwangssterilisiert. Unabhängig davon, ob diese Beschuldigungen bewiesen oder lediglich unterstellt worden waren, wurden auch diese Frauen verhaftet und in Lager wie beispielsweise das Frauen-KZ Ravensbrück verbracht.

Im zweiten - weitaus umfangreichsten - Teil des Buches thematisiert die Autorin die Bordelle in den KZs. Bereits ab 1942 wurden in den großen Männer-KZs Bordelle für die Häftlinge errichtet. Die Aussicht auf einen Besuch des Lagerbordells sollte die Arbeitskraft und Arbeitswilligkeit derjenigen männlichen KZ-Häftlinge erhöhen, die für das Deutsche Reich in Betrieben der Rüstungsindustrie oder in SS-eigenen Betrieben eingesetzt waren. Der "Bordellbesuch" für männliche KZ-Häftlinge wurde offiziell ab dem 15.3.1943 in einem Schreiben des SS-Obergruppenführers Pohl in eine Liste verschiedener Vergünstigungen, wie "Hafterleichterung", "Verpflegungszulagen", "Geldprämien" und "Tabakswarenbezug", eingereiht.

Besonders beklemmend sind die Teile des Buches, in dem die Meinungen, Aussagen und Zitate vieler männlicher Überlebender zum Thema "Lagerbordell" dargestellt werden. Christa Paul zeigt eindrucksvoll, daß kaum einer derjenigen, die sich zu diesem Thema äußern, die Situation der zur Prostitution gezwungenen weiblichen KZ-Häftlinge ernsthaft nachvollzieht. Sie beschreiben die Lagerbordelle meist nur aus der eigenen Sicht. Obwohl einige von ihnen betonen, daß die Frauen ja "auch Häftlinge" gewesen seien, und dadurch zeigen, daß sie sich der Zwangssituation der Frauen eigentlich bewußt waren, gibt es manche Aussagen, von

denen man zunächst nicht glaubt, daß sie von Häftlingen gemacht wurden, also von Menschen, die insofern das Schicksal der gefangenen Frauen teilten, als auch sie gefangengehalten und zur Arbeit gezwungen wurden. Die männlichen Häftlinge machten sich z.B. Gedanken darüber, ob sie durch die Einrichtung der Bordelle von der SS korrumpiert werden sollten, einige meinten sogar, die Bordelle seien eingerichtet worden, um die Homosexuellen unter ihnen "umzuerziehen".

Weiterhin seien die meisten von ihnen ja ohnehin körperlich nicht in der Lage gewesen, die Bordelle zu nutzen. Oft werden für das Bordell Euphemismen wie "die Einrichtung" oder "diese Baracke" benutzt, und manchmal wird auch erwähnt, daß die Frauen sich für diesen Dienst ja schließlich freiwillig gemeldet hätten.

Der ehemalige KZ-Häftling Eugen Kogon schreibt beispielsweise: "Die mitgebrachten Krankenblätter (der zum Bordelldienst abgestellten Frauen, U.J.) wiesen immerhin überstandene Krankheiten von einer Art aus, die nicht gerade einen übermäßig seriösen Lebenswandel ihrer vor-KL-Zeit dokumentierten. Bis auf wenige Ausnahmen haben sie sich in ihr Schicksal ziemlich hemmungslos gefügt." (S.85)

In einigen Berichten überlebender männlicher Häftlinge ist zumindest vom "erbarmungswürdigen Zustand" der Frauen die Rede, aber eine wirkliche Auseinandersetzung mit der Erniedrigung und der Scham, die die Frauen in den Bordellen empfunden haben müssen, findet meist nicht statt. Auch der Begriff "Arbeit" im Zusammenhang mit dem Bordelldienst der Frauen wird von den männlichen Mithäftlingen gar nicht oder nur in Anführungszeichen benutzt. Christa Paul schreibt dazu: "Die häufigen Erwähnungen der ‚freiwilligen` Meldungen der Häftlingsfrauen sind bemerkenswert. In den Berichten ehem. Häftlinge wird in keinem anderen Zusammenhang bzgl. der Arbeit der Häftlinge der KZs die ‚Freiwilligkeit` der Häftlinge, Arbeit zu verrichten, sei es in der Häftlingsselbstverwaltung, sei es in der Rüstungsindustrie, derart betont. Zwischen den Zeilen einiger Häftlingsberichte wird den Bordellarbeiterinnen Zuarbeit für die SS vorgeworfen. Ähnliche Vorwürfe werden gegen andere Häftlinge, die eine Arbeit übernommen haben, erhoben, wenn sie gegenüber ihren Mithäftlingen gewalttätig waren und/oder Mittel einsetzen, die das Leben ihrer Mithäftlinge bedrohten. Die Häftlingsfrauen in den Bordellen hatten die gleiche Motivation wie die meisten Häftlinge, durch Vergünstigungen für ihre Arbeit das KZ zu überleben. Sie werden verurteilt, obwohl sie keine Funktion hatten, mit der sie Macht über andere Häftlinge ausübten oder anderen Häftlingen Schaden zufügten." (S.38) Auch von einigen weiblichen Häftlingen des KZ Ravensbrück gibt es Aussagen, die durch ihre Unsensibilität und/oder Unkenntnis der wahren Situation erstaunen; bspw. diese aus einem unveröffentlichten Bericht einer Ravensbrücker Inhaftierten: "Zu dieser ‚Arbeit` meldeten sich unsere Prostituierten freiwillig und betrachteten es als Ehre, ausgewählt zu werden." (S.33)

Sehr deutlich stellt Christa Paul aber eines klar: "Freiwilligkeit" im Bezug auf die Meldung zum Bordelldienst hieß für die Frauen nur zu wissen, wofür sie sich meldeten, keinesfalls aber, daß sie diese Arbeit aus Überzeugung taten. Sie bedeutete für die Frauen lediglich die Möglichkeit, den meist tödlichen Arbeits-, Unterbringungs- und Lebensbedingungen des KZ Ravensbrück zu entkommen und dadurch die eigenen Überlebenschancen zu erhöhen. Zumal, wie Überlebende berichten, ihnen versprochen wurde, sie würden nach einem halben Jahr Dienst im Lagerbordell aus dem KZ entlassen werden (was nicht geschah). Es gab ebenfalls Frauen, die, ohne daß man ihnen vorher gesagt hatte, wohin sie kämen, für Lagerbordelle selektiert wurden, sowie solche, die man gegen ihren Willen zu dieser Arbeit zwang. Es wurden keineswegs nur Frauen, die als Prostituierte in die KZ eingeliefert worden waren, zur Arbeit in den Lagerbordellen verpflichtet, trotz vieler anderslautender Aussagen Überlebender. Man fragt sich beim Lesen dieser Berichte oft unwillkürlich, ob der Einsatz von "Berufsprostituierten" die Einrichtung und Führung der Lagerbordelle in den Augen vieler Zeitgenossen gerechtfertigt hätte.

Ein wichtiger Teil des Buches beschäftigt sich mit den Aussagen von Frauen, die im Lagerbordell arbeiten mußten. Wie gesagt, sind die meisten von ihnen nicht bereit, über diesen Aspekt ihrer Haftzeit zu sprechen. So gerät dieser Teil notwendigerweise sehr kurz, hinterläßt aber durch die persönlichen Schilderungen der Frauen einen tiefen Eindruck.

Sehr plakativ, fast stichwortartig ist der Teil, in dem über die Bordelle und die in ihnen herrschenden Lebensbedingungen in den einzelnen Lagern berichtet wird. Auch hier ist die schlechte Quellenlage der Grund: Die SS veranlaßte in den meisten KZs kurz vor Kriegsende die Vernichtung sämtlichen belastenden Aktenmaterials, so auch der meisten Akten der Bordelle. Die Rekonstruktion ihrer Geschichte wird so

notwendigerweise zum Puzzlespiel, das nur durch Hinzuziehung der raren Zeitzeugenaussagen ein vages Bild zeichnen kann.

Der dritte, ebenfalls sehr kurze Abschnitt des Buches beschäftigt sich mit Bordellen für Wehrmachtsangehörige und SS-Leute. Man war der Auffassung, daß man den Soldaten die Möglichkeit zum Geschlechtsverkehr geben, gleichzeitig aber, soweit möglich, Geschlechtskrankheiten vorbeugen müsse. Staatlich kontrollierte Bordelle waren in den Augen der Machthaber das geeignete Mittel, beide Ziele miteinander zu verbinden. Es gibt bisher kaum Forschungen zu diesem Thema, weder über die Rekrutierung der Frauen noch über ihre soziale und nationale Zusammensetzung. Christa Paul stellt eine These vor, nach der einige der Frauen - meist Polinnen und Russinnen, die sich weigerten, Zwangsarbeit in Deutschland zu leisten - anheimgestellt wurde, statt dessen in einem Wehrmachtsbordell zu arbeiten. In einigen Häftlingsberichten ist außerdem von Rekrutierungen im Frauen-KZ Ravensbrück die Rede. Trotz der strengen Rassengesetze ist davon auszugehen, daß auch Jüdinnen, Roma-Frauen oder Sintezza zur Arbeit in diesen Bordellen gezwungen wurden.

Über SS-Bordelle gibt es so gut wie keine Informationen, außer daß in der Nähe der meisten KZs eines eingerichtet wurde. Frau D., die gezwungen wurde, in einem solchen Bordell zu arbeiten, berichtet sehr eindrucksvoll über ihre Gefühle der Erniedrigung und den ständigen psychischen Druck.

Dieser Teil des Buches hat meiner Meinung nach trotz des wenigen zur Verfügung stehenden Quellenmaterials eine wichtige Aufgabe: dazu beizutragen, daß die erzwungene sexuelle Ausnutzung vieler Frauen im "3. Reich" möglichst vollständig ins Bewußtsein gebracht wird. Darüber hinaus wäre es notwendig, intensivere Forschungen zu diesem Thema einzuleiten, wozu dieses Buch einen wichtigen Einstieg bietet.

Im letzten Teil geht Christa Paul auf die Bordelle für Fremd- und Zwangsarbeiter ein. Die Grundidee ihrer Errichtung war, den Zwangsarbeitern den Geschlechtsverkehr nicht gänzlich zu verwehren, ihn vielmehr zu kanalisieren und zu kontrollieren. Eine Maßnahme war die Einrichtung von Bordellen, eine zweite war, darauf zu achten, eine annähernd gleiche Zahl von männlichen und weiblichen Zwangsarbeitern an einem Ort "einzusetzen". Damit hofften die Nationalsozialisten, einen zu engen Kontakt der Zwangsarbeiter mit der deutschen Zivilbevölkerung entgegenzuwirken und so die von ihnen gefürchtete "Gefährdung des deutschen Blutes" zu verhindern.

Eine vollständige Rekonstruktion der Vorgänge in den staatlich errichteten Bordellen im NS ist aus den bereits erwähnten Gründen kaum mehr möglich. Aber das Buch von Christa Paul hat doch einige beachtliche Ergebnisse vorzuweisen: Die staatlichen Bordelle im NS wurden ausschließlich zur Förderung der Arbeitsleistung und des Einsatzes der Männer eingerichtet. Waren es deutsche Soldaten, SS-Männer, ausländische Zwangsarbeiter oder sogar die sonst total entrechteten KZ-Häftlinge - ihnen allen wurde eines nicht abgesprochen: ihre Sexualität bzw. die Steigerung ihrer Leistungen durch die Möglichkeit sexueller Betätigung. Frauen wurden durch die nationalsozialistische Gesetzgebung und die Festschreibung ihrer Rolle als Ehefrau und Mutter eine selbstbestimmte Sexualität abgesprochen. Einerseits wurden sie aufgrund sexueller Betätigung verhaftet und geächtet, andererseits gezwungen, Sexualität - oder das, was die Männer dafür hielten - "beruflich" auszuüben. All dies zeigt das Buch von Christa Paul eindrucksvoll.

Was dieses Buch in hohem Maße leistet, ist, das heute noch tabuisierte Thema der staatlich errichteten Bordelle aus weiblicher Sicht zu beleuchten und dabei die betroffenen Frauen, ihre Situation und ihre Gefühle in den Vordergrund zu stellen. Endlich wird ihnen eine Stimme gegeben, sie kommen zu Wort, es wird nicht nur über sie gesprochen. Und vielleicht macht dies auch denjenigen - heute sicher nur noch wenigen - von ihnen Mut, die bisher schwiegen.

Ulrike Jensen

in "1999 Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts" , Nr.1/96

Christa Paul, Zwangsprostitution. Staatlich errichtete Bordelle im NS, Edition Hentrich, Berlin 1994, 143 S., DM 29,80

35. Volksverhetzer erneut vor Gericht. Berufungsverhandlung gegen Siegerist und Hempen geplatzt

Autor: Hamburger Bündnis Kein Fußbreit ... · Rubrik: Rechtsradikale, Altnazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak389/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:389:07

Die Berufungsverhandlung gegen die beiden Vorsitzenden der Deutschen Konservativen, Joachim Siegerist (49) und Uwe Hempen (50) ist am 20.03.96, dem ersten Prozeßtag, geplatzt. Die Strafverteidigerin von Siegerist hatte nach Meinungsverschiedenheiten mit ihrem Klienten ihr Mandat kurz vor Prozeßbeginn niedergelegt. Voraussichtlich im Herbst wird das Verfahren erneut aufgerollt.

Joachim Siegerist wurde vom Hamburger Amtsgericht im April 1994 wegen Aufstachelung zum Rassenhaß, Volksverhetzung und Beleidigung erstinstanzlich zu 18 Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt, nachdem er wegen ähnlicher Delikte bereits mehrfach verurteilt worden war. Der Geschäftsführer, Uwe Hempen, erhielt in der gleichen Sache eine Haftstrafe von acht Monaten. Beiden Angeklagten werden zwei Rundschreiben der Deutschen Konservativen vom 17. August und 12. Oktober (Auflage nach eigener Angabe 17.000 Stück) zur Last gelegt, die sich durch eine besonders widerliche Form "ausländerfeindlicher" und "antisemitischer" Hetze auszeichnen. "Zigeuner" werden darin als "übles, kriminelles Pack" beschimpft, welche "rauben, stehlen, betrügen und bedrohen" und sich aufführen wie die "von Nazis verfolgten Juden".

Bei "Die Deutschen Konservativen e.V." (DDK), als dessen Vorsitzender Siegerist fungiert, handelt es sich um die Nachfolgeorganisation der "Konservativen Aktion" (KA). Die KA wurde Anfang der 80er Jahre in Hamburg von dem Dreigestirn Ludek Pachmann, Gehard Loewenthal und Siegerist als Wahlformation und "nationale Sammlungsbewegung" innitiiert. Bei den Hamburger Bürgerschaftswahlen 1987 erlitt die "neurechte" Politformation Bruchlandung: Die KA kam auf 0,1% der abgegebenen Stimmen. Ihr Parteiprojekt war nicht zuletzt wegen der "Allüren" ihres Vorsitzenden Siegerist weniger erfolgreich als die neu entstandene Konkurrenz die "Republikaner" und verschwand Ende der 80er in der politischen Bedeutungslosigkeit.

Siegerist verlegte sein Engagement nach Lettland. 1993 wurde er auf der Liste der heutigen "National-konservativen Partei" ins lettische Parlament gewählt. Sein Mandat, das er den DDK-Symphatisanten als "ersten großen außenpolitischen Erfolg" verkaufte, nahm er jedoch kaum wahr. Im August 1995 wurde er wegen häufigen, unentschuldigten Fehlens vor die Tür gesetzt. Anfang 1995 gründete er eine eigene politische Partei Latvijai ("Für Lettland"), die in Lettland auch "Siegerist-Partei" genannt wird und aus den Parlamentswahlen 1995 mit 15% der abgegebenen Stimmen als drittstärkste Kraft hervorging. Siegerist konnte wegen fehlender Lettischkenntnisse für "seinen" Laden, aufgrund der von der nationalistischen Rechten zur politischen Isolierung der russischen Minderheit in Lettland eingeführten Sprachenreglung, selbst nicht kandidieren.

Immer wieder wurde gegen Siegerist der Vorwurf erhoben, daß seine aufwendige Wahlpropaganda mit dunklen Geschäften finanziert werde. Das Deutsche Zentralinstitut für soziale Fragen (der sogenannte "Spenden-TÜV") wirft ihm vor, er "vermenge in Lettland auf undurchschaubare Weise politische und humanitäre Aktivitäten". Nach einem ZDF-Bericht geriet die von ihm geleitete "Aktion Reiskorn e.V." 1993 in die Schlagzeilen: Spenden waren demnach auf die Ladentische seiner Geschäfte in Riga umgeleitet worden. Außerdem wird Siegerist im Zusammenhang mit einem - gerichtlich nicht ausgeräumten - Verdacht auf Antiquitätenschmuggel und Bestechung lettischer Zollbeamten genannt.

Diese Hintergründe werden in der Berufungsverhandlung keine Rolle spielen. Sie könnten aber eine Rolle spielen, wenn eine verstärkte antifaschistische Öffentlichkeit die Anerkennung der Gemeinnützigkeit des von Siegerist geleiteten "Reiskorn e.V." in Frage stellt.

Hamburger Bündnis Keinen Fußbreit den Faschisten.

Quellenhinweise:

Frankfurter Rundschau, 20.3.96. Neue Züricher Zeitung, 2.11.95. Hamburger Morgenpost, 15.7.93 und 29.5.93. Hamburger Abendblatt, 29.5.93. Antifaschistische Nachrichten 21/95 & 1/96.

"Reiskorn e.V."

In Harburg unterhält Siegerist eine Art Abgeordnetenbüro (Großmoorbogen 15, 21079 Hamburg, Tel.: 040/7665050, Fax:040/7655332), das als inoffizielle Parteivertretung und als Kontakt des Reiskorn e.V. dient. Wozu es wirklich dient, beantwortete Siegerist in einer halbseitigen Anzeige der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 02.05.1995: "Ich will nicht, daß Lettland Schulden macht. Westliche Investoren sind mir lieber als westliche Kredite. Deswegen werde ich der westlichen Wirtschaft - vor allem aber der deutschen - den roten Teppich ausrollen.

(...)

Lettland liegt vor der deutschen Haustür. Etwa 1.000 Kilometer von Hamburg. Ideale Flug-, Fähr- und Straßenverbindungen. Kaum ein Land in der Welt ist so deutschfreundlich wie Lettland. Rund 750 Jahre gemeinsame Geschichte und Kultur.

(...)

Zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften wird es bei mir keinen Kampf geben, sondern eine Sozial-Partnerschaft. Im Moment verdient ein lettischer Arbeiter keine 10% dessen, was ein deutscher Arbeiter in der Tasche hat. 25% für die nächsten Jahre - das halte ich für gerecht. Das ist gut für Lettland und gut für die Deutschen. Ein Geschäft auf Gegenseitigkeit. Lettland ist Brückenkopf für Rußland - und bald auch China.

(...)

Demnach wird es den größten Markt geben, den die Welt je hatte - und alles wird über die lettische Hauptstadt Riga gehen: Deutschland, Lettland und China. Keine Utopie, sondern Gesetz des Marktes.

(...)

Mein politisches Programm für Lettland: ... Aufbau einer gesunden Landwirtschaft. Anlehnung an West-Europa, aber klare Ablehnung der entmündigenden Euro-Bürokratie, die jeden freien Landwirt zerstört.

(...)

Ich würde die deutsche Wirtschaft belügen, wenn ich verspreche: Schon heute ist die Zeit für westliche Investitionen in Lettland reif. Erst muß ich die Wahl gewinnen und mein Programm durchsetzen. Wenn Sie Interesse in Lettland und am Baltikum haben, dann können Sie folgendes machen.

a) Setzten Sie sich schriftlich mit meinem Büro in Verbindung. Ich werde anständigen und seriösen Unternehmen nach der Wahl alle Wege in Lettland persönlich ebenen.

b) Unterstützen sie die lettischen Menschen schon heute mit humanitärer Hilfe aller Art - vor allem mit Medikamenten, Schuhen und Textilien. Rufen Sie mich deswegen persönlich an. Ich organisiere die Hilfstransporte selber."

36. Der Ökologen Lust, der Frauen Frust. Eine feministischen Kritik an der Studie "Zukunftsfähiges Deutschland"

Eine feministische Kritik an der Studie "Zukunftsfähiges Deutschland"

Autor: BUKO-Frauen · Rubrik: Umweltpolitik; Frauen · CD-Datei: daten/aksuche/ak389/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:389:38

In den Diskussionen um die Bewältigung der ökologischen Krise spielt inzwischen das Konzept der "nachhaltigen Entwicklung" eine beherrschende Rolle. Mit der Studie "Zukunftsfähiges Deutschland" hat das "Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie" eine ökologische Umbau-Vision für die Bundesrepublik vorgelegt. Der folgende Text ist ein Thesenpapier von Frauen aus dem Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO), dem Dachverband von "Dritte-Welt"-Gruppen, in der BRD.

1. Die ökologische Modernisierung der Diskriminierung

"Neue Zeitstrukturen allein bringen noch keine Lockerung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau, wenn nicht beide dazu motiviert sind." (Zukunftsfähiges Deutschland, S. 355)

Dies ist eine der vernichtend seltenen und entsprechend flauen Stellen in der Studie des Wuppertal Instituts, an der das Geschlechterverhältnis explizit erwähnt wird. Ansonsten erscheinen in allen Umbauentwürfen, in Aussagen über Politik, Unternehmen und Management nur Männer. Frauen tauchen nur als Konsumentinnen auf, nie als Akteurinnen des anzustrebenden "Umbauplans". Das Geschlechterverhältnis als solches wird nicht problematisiert - auch nicht, wenn es um konkrete Umbaustrategien gehen soll.

Es wird an keiner Stelle explizit erwähnt, daß Frauen die Lasten tragen werden, die sich aus dem "ökologischen Umbau" ergeben. Aus den Szenarien wird klar, daß die Ausbeutungsstrukturen weiter verschärft werden. Die Studie formuliert eine Blaupause für eine Modernisierung, "Verschlankung" und Legitimierung angestammter Unterdrückungs- und gesellschaftlicher Diskriminierungsverhältnisse. Sie ist ein Vorschlag zur Modernisierung des kapitalistischen Patriarchats und ein Angriff auf die Lebenssituation von Frauen.

2. Effizienz für die Männer ...

Die Studie geht von einem Naturbegriff im Stil neuzeitlicher Naturbeherrschung aus. Natur wird als Ressource begriffen, sie wird aus dem Gesellschaftlichen ausgegrenzt, als Gegenstand wirtschaftlicher Optimierung genutzt. D.h. zu Natur wird immer das erklärt, auf das kostenlos zugegriffen werden kann.

Zwar betont die Studie auch, daß Natur Qualitäten hätte, die nicht bemessen werden können. Andererseits arbeitet sie mit eben demselben Vernutzungsbegriff (technologisch optimierte Ressourcenvernutzung; Stichwort: Effizienzrevolution). Natur wird beherrscht, geteilt und in ihrer Teilung zugerichtet - jetzt noch effizienter. Die Effizienzrevolution setzt auf neue Technologien und technologische Optimierung. Dabei wird ein absolut unkritischer Technologiebegriff verwandt; einige Bereiche von Technologie, die eine zunehmende kommerzielle Bedeutung erhalten (wie zum Beispiel Reproduktionstechnologie), werden als solche nicht erwähnt. Gerade die Reproduktionstechnologie verdeutlicht den zugrundegelegten Naturbegriff und die daraus resultierenden Konsequenzen für Frauen.

Durch die unreflektierte und unkritisch positive Verwendung des Technologiebegriffs stützen die Autoren die Weiterentwicklung auch solcher Technologien. Die Kehrseite der Attacke auf "Natur" und Frauen ist die Eröffnung einer (öko-)technologischen Spielwiese für die Männer: Optimierung, Quantifizierung, Wachstum, Wettbewerb.

3. ... Suffizienz für die Frauen

"Energiebewußtes Verhalten schließt dann beispielsweise den Verzicht auf immer neue elektrische Anwendungen (zum Beispiel elektrische Dosenöffner) genauso ein, wie die Rückbesinnung auf energiesparende Verhaltensweisen, die an die natürlichen Möglichkeiten angepaßt sind (zum Beispiel Wäschetrocknen an der Leine anstatt im Wäschetrockner)." (S. 341)

Die technische, Vernutzung optimierende Effizienz, die in ihrer Entwicklung und Anwendung den Experten vorbehalten bleibt, wird durch die Suffizienz - d.h. den Verzicht - von jederfrau untermauert. Ein ökologisch-ökonomisch erfolgreiches Deutschland teilt sich nach dem Modell der Studie in einen effizienten, weltmarktorientierten Hochlohnsektor und einen Niedriglohnsektor. Diese "formelle Ökonomie" formiert sich wie gehabt auf dem Rücken eines unbezahlten Reproduktionssektors. Dessen Bedeutung und Wertschätzung wird zwar von den Autoren mit moralischen Appellen aufgewertet. Dabei übersehen sie jedoch geflissentlich, daß gerade die beiden letztgenannten Bereiche ohnehin zum "natürlichen Betätigungsfeld" der Frauen gerechnet werden. Das heißt, daß die Kosten dieses gesellschaftlichen Umbaus in erster Linie von Frauen getragen werden.

Konkrete Einsparungsvorschläge richten sich aufgrund des individualistischen Ansatzes der Studie in erster Linie an die Haushalte, nicht etwa an die Industrie oder gegen die Unmengen von Ressourcen, die zur Aufrechterhaltung dieser Art des Wirtschaftens und Regierens nötig sind. Sie stellen sich dar in der Abschaffung von Küchengeräten, Energieeinsparungen, Ernährungsumstellung, die in erster Linie Frauen erhebliche Mehrarbeit abverlangen.

Dies wird in der Studie ganz "objektiv" begründet: Durch das institutsintern entwickelte statistische Verfahren des "letzten Verbrauchs" erscheinen alle verbrauchten Energiemengen und Ressourcen als Mittel zur Befriedigung "unserer" Bedürfnisse. Dies ist ein gelungenes Beispiel für interessengeleitete Wissenschaft par excellence, die scheinbar objektive Grundlagen zu liefern trachtet.

Eine "erfolgreiche" Umsetzung der Studie würde die Dichotomie verschärfen, die Technik für Männer vorsieht und das Sparen und Managen von Mangel den Frauen vorbehält: die Privatisierung der Pflege- und Versorgungsarbeit; die Jagd auf die ökologischen Qualitätskäufe; die häusliche Organisation des Alltags, die mit weniger finanziellen und technischen Mitteln mehr leisten und immer mehr ökologische Zerstörung kompensieren soll.

4. Männliche Identifikationsangebote

Die Studie wimmelt nur so vor Angeboten vermeintlich neuer, weil ökologisch legitimierter, männlicher technischer Identität. Eines von zahllosen Beispielen: "Vor diesem Hintergrund stellt eine Strategie der Langlebigkeit eine neue und faszinierende Aufgabe dar: Management, Ingenieure, Entwickler, Konstrukteure, Marketingfachleute, Facharbeiter usw. verwenden ihr Wissen und ihr Können darauf, die Produkte ökologiegerecht zu gestalten." (S. 202) Wir hätten uns einen ähnlich emphatischen Tonfall bei einem Szenarium von Männern in der täglichen Versorgungsarbeit gewünscht. Diese Emphase ist jedoch der appetitlichen Darbietung dualwirtschaftlicher Konzepte vorbehalten - die die genannten Blindheiten (absichtsvoll) weitertransportieren.

Dualwirtschaftliche Konzepte tauchten und tauchen immer dann auf, wenn die Lohnarbeitsmärkte für männliche, weiße Arbeiter zu eng werden.

"Auf diese Weise könnte ein Niedrigarbeitskostensektor mit akzeptablen Einkommen entstehen, denn Arbeit ist genug da, sofern sie nur bezahlbar ist. Für Millionen Menschen, die sonst keinerlei Chance haben, im Hochlohnsektor Arbeit zu finden, täte sich wieder eine realistische Arbeitsperspektive auf. Darüber hinaus würde dieses Konzept den Übergang in den ‚ersten Arbeitsmarkt` des weltmarktorientierten Sektors erleichtern und umgekehrt: wer aus dem Hochlohnsektor herausfällt, kann im ‚zweiten Arbeitsmarkt` wieder eine sinnvolle Beschäftigung finden." (S. 356)

Der Niedriglohnbereich als schier unerschöpftliches, gut ausgebildetes Arbeitskräftereservoir: Zugriff genügt, denn "Arbeit ist genug da, sofern sie bezahlbar ist". Über den ganz eigenen Zynismus hinaus, den diese Argumentationsfigur wiedergibt, ist der Arbeitsbegriff der Studie - gelinde ausgedrückt - antiquiert: Arbeit ist das, was bezahlt wird. Punkt. Über diese Betrachtungsweise helfen auch vereinzelte Appelle bezüglich der (moralischen? oder bezahlten?) Aufwertung von Reproduktionsarbeit nicht hinweg.

Reproduktionsarbeit ist und bleibt in diesem Modell das Restreservoir, angesiedelt hinter dem Auffangbecken Niedriglohnsektor. Daß auch an diesem Punkt die traditionelle Rollenzuschreibung für Frauen perpetuiert und verfestigt wird, dürfte klar sein. Dazu gehört auch die klassische Zuschreibung, nicht nur kochen und putzen, sondern auch menschliche Wärme produzieren zu sollen.

"Zwar empfinden viele Menschen die Kommerzialisierung ihres Lebens als Verlust an sozialer Wärme, und manchen gelingt es sogar, diese Entwicklung zumindest in Teilbereichen umzukehren. Aber insgesamt erscheint die Substitution von menschlichem Miteinander durch Geld als säkularer Trend, der noch kaum gebrochen ist." (S. 174)

Daß es unmöglich ist, in einer durchkommerzialisierten Welt Menschen zu Hause umfassend zu reproduzieren und soziale Wärme herzustellen, darauf verwenden die Autoren der Studie keinen Gedanken. Sie verwenden auch keinen Gedanken darauf, daß eben diese Arbeit des Putzens, Hegens und Pflegens zur Zeit vermehrt gerade von den im "aufgeklärten Eigennutz" handelnden KonsumentInnen an billige, wenngleich gut ausgebildete Frauen aus den osteuropäischen Ländern abgeschoben wird. Ihre Sorge gilt allein der Frage, wie auch in Zeiten von Standortkonkurrenz und Massenarbeitslosigkeit noch positive Identitätsangebote an Männer gemacht werden können.

5. Ringen um internationale Standortvorteile?

In der Studie wird die Standortdebatte und damit auch ein positiver Bezug auf Konkurrenz im Weltmarktrahmen gepflegt. Weltmarktkonkurrenz und der Umbau von Südländern durch international, sprich von der westlichen Welt eingefädelten Strukturanpassungsprogrammen gehen systematisch zu Lasten der Frauen in den südlichen Ländern. "Empowerment" als Einbindung in den Markt ist dabei als eine weitere Strategie der Subsumierung unter dieses alles bestimmende Ausbeutungsverhältnis zu sehen.

In der Studie wird systematisch verschwiegen, daß die Konkurrenzfähigkeit der Nordländer vor allem auf der optimalen Vernutzung weiblicher Billigarbeit in den Südländern beruht und auch weiter beruhen soll. Jedenfalls wäre uns das entgangen, daß auch die stumpfsinnigen Tätigkeiten des Siliziumlötens und Elektrogerätemontierens wieder in den heimischen Umweltraum zurückgeholt werden sollen. "Globale Gerechtigkeit" bedeutet für die Studie ausschließlich, daß die natürlichen Ressourcen (= der globale Umweltraum) "gerecht" zwischen den verschiedenen nationalen Staatsbürokratien aufgeteilt werden sollen. Die Ausbeutung von fremder Arbeit im internationalen Maßstab, und das heißt vor allem die Ausbeutung globaler Frauenarbeit durch die Konzerne des Nordens, wird in keinster Weise als ungerecht empfunden.

Zur Nord-Süd-Frage versucht die Studie einen nicht haltbaren Balanceakt. Einerseits kritisiert sie die herkömmlichen internationalen Organisationen und ihre die südlichen Länder benachteiligende, ausbeuterische Politik. Andererseits will sie genau diese Institutionen ausbauen und benutzen, um Naturnutzung international zu regulieren und zu verteilen, zum Beispiel bei der CO2-Emission oder der Nutzung der Ozeane. Das internationale Institutionensystem hat zusammen mit der kapitalistischen Weltmarktkonkurrenz in der Vergangenheit die Chancen des Südens zunichte gemacht. Wieso sollte dies plötzlich unter ökologischen Vorzeichen bei ständig knapper werdenden Ressourcen anders sein?

6. Nachhaltige Herrschaft

Durch die Ausblendung von Macht- und Herrschaftsverhältnissen arbeitet die Studie mit einer Vorstellung von einer Spielwiese gleichberechtigter Organisationen, die sich auf dem Tummelplatz von freiem Meinungsbild und gemeinsamer Entscheidungsfindung die Grundlage für den friedvollen Umbau einer ökologischen Gesellschaft schaffen. Da solch ein naives Bild gesellschaftlicher Auseinandersetzung und Organisation nicht die bisherigen ökologischen und sozialen Katastrophen erklären kann, bestehen die Lösungsangebote lediglich darin, mehr vom Selben zu fordern. Zu den existenten Strukturen sollen weitere hinzukommen, um der globalen Megaverwaltung der Natur beizukommen: der ökologische Rat, ein Umweltgerichtshof, ein Infrastrukturministerium. Eine wichtige Rolle wird auch Umweltverbänden, Bürgerinitiativen, alternativen Forschungseinrichtungen (sic!) und NGOs aller Formen und Größe zugeschrieben.

Unterbelichtet bleibt, wer wen wozu legitimiert, wie Partizipation im nationalen und internationalen Rahmen "gesichert" werden soll, wie Entscheidungsfindungen im kommunalen, regionalen, nationalen und internationalen Rahmen organisiert werden können. Konsequenterweise bleibt ebenso unterbelichtet, daß das vorgestellte Demokratiemodell gerade mal die Integration vereinzelter VertreterInnen marginalisierter Randgruppen zuläßt, VertreterInnen, die aufgrund der Kräfteverhältnisse nahezu ausschließlich der Stabilisierung des Modells dienen. Darin liegt die Absurdität des Gedankenkonstruktes der abstrakten Gleichheit. Außerdem wird deutlich, welcher Omnipotenzanspruch hinter dem Denken in Modellen, Plänen,

Quanten und Quoten steckt. Natur und Gesellschaft müssen in dieser von Grund auf naturwissenschaftlichen Herangehensweise planbar, machbar und beherrschbar sein.

Nach allen Erfahrungen der sozialen Bewegungen hat die Institutionalisierung immer zu einer Vermännlichung der Repräsentation geführt. Die Eskalation solcher "Demokratisierungsstrukturen" führt zum systematischen Ausschluß all derer, die für den Markt männlich-autonomer "Zivilöffentlichkeit" nicht genug männliches Wissen, männliche Unabhängigkeit und kapitalistisches Geld mitbringen.

7. Ich plane, also bin ich

Seit Beginn der Nachhaltigkeitsdebatte legen auch "linke" Männer eine Diskussions- und Veröffentlichungswut an den Tag, die geradezu unheimlich ist. Anscheinend läßt sich das "Theorievakuum" der letzten Jahre vortrefflich mit den kompletten Dimensionen der Umwelt- und Entwicklungsthemen ausgleichen, ist es doch wieder eine Möglichkeit, ein Konzept für die ganze Welt auszuarbeiten. Wo hingegen wirkliche praktisch-politische Auseinandersetzungen um Technokratie, Gen- und Reproduktionstechnik, Subsistenz etc. geführt worden sind, sind diese Auseinandersetzungen hauptsächlich von Frauen initiiert und getragen worden. Genau hier liegt aber der Schlüssel für eine emanzipatorische und dann auch ökologische Gestaltung von Zukunft. In weiblicher Verzichtsethik und männlicher Planungswut liegt er nicht.

Frauen aus der "Danke für den Fisch"-Gruppe des BUKO (Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen)

Zum Weiterlesen:

Küchenkoller. Feministische Kritik an Nachhaltigkeit. FORUM entwicklungspolitischer Aktions-gruppen Nr. 201. Inhalt u.a.: Good girls go sustainable, bad girls go everywhere (Claudia Bernhard); Keine Frage guten Willens. Zukunftsfähiges Deutschland, Krise der Reproduktion und weibliche Gestaltungsmacht (Irmgard Schultz, ISOE Frankfurt); Flexibel, mobil und unbezahlt. Feministische Verkehrspolitik (Ute Beik u. Meike Spitzner, Wuppertal Institut); Ökokapitalismus. Die blinden Flecken der Nachhaltigkeits-Debatte (Christa Müller, ITPS Bielefeld); Warten auf's Leporello. Die AG Frauen des Forum Umwelt und Entwicklung (Angela Häußler, Uni Gießen). DM 7,- plus Porto. Bezug: Redaktion FORUM

Zum Weiterdiskutieren:

Workshop: Feministische Kritik an nachhaltiger Entwicklung und Perspektiven aus der Subsistenzdebatte. Bremen, 27. April 1996, 14.00 - 19.00 h. Voraussichtlich im bdp-Haus, Am Hulsberg 136. Veranstaltet von: Weltladen, LEGO, FORUM.

Zum überregionalen Austausch:

Nachhaltige Herrschaft - herrschende Nachhaltigkeit. 20. Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen. Heidelberg 16.-19. Mai 1996. AG 5: Feministische Kritik an der Nachhaltigkeit. Anmeldung und Programm: BUKO-Geschäftsstelle, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg, 040/395156, Fax 3907520.

Kontaktadressen:

Weltladen an der Uni, c/o AStA, Bibliothekstraße, 28359 Bremen

eMail: weltladen a link-hb.comlink.de

Redaktion FORUM, Buchtstr. 14/15, 28195 Bremen, 0421/325156, Fax: 3378177.

37. Tödliche Bayer-Pestizide

Autor: Philipp Minkes, Coordination gegen Bayer-Gefahren e.V. · Rubrik: Umweltpolitik; Imperialismus und Weltwirtschaft · CD-Datei: daten/aksuche/ak389/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:389:04

Die meisten Pestizide, die heute eingesetzt werden, sind gesundheitlich bedenklich oder sogar nachgewiesenermaßen schädlich. Seit Jahren weist die Coordination gegen Bayer-Gefahren zusammen mit anderen Initiativen auf diese Gefahren hin. Diese Arbeit hat nun zu einem Teilerfolg geführt: Bayer stoppt in Deutschland den Verkauf des grundwasserschädigenden Total-Herbizids Diuron an Kleingärtner. Die Deutsche Bahn AG verzichtet auf den Einsatz von Diuron auf ihren Gleisanlagen.

Bayer produziert als fünftgrößter Pestizidhersteller der Welt eine enorme Giftfracht, die Mensch und Umwelt stark belastet; dies insbesondere in den Ländern der "Dritten Welt". Die Ackergifte reichern sich in der Nahrung an und führen zu Gesundheitsschäden. Nach Schätzungen der WHO werden weltweit jährlich 2 Millionen Menschen durch Pestizide vergiftet (die Dunkelziffer beträgt ein Vielfaches dieser Zahl), mindestens 40.000 von ihnen sterben.

Pestizidschleuder

Deutsche Bahn AG

In der Vergangenheit setzte die Bahn hauptsächlich auf Atrazin, daß trotz seines Verbots auch heute noch das am häufigsten im Grundwasser nachwiesene Pestizid ist. Mehr und mehr verbrauchte die Bahn dann Diuron von Bayer. Bis zu dem jetzt verkündeten Verzicht der Deutschen Bahn Diuron weiter einzusetzen, wurden die Schotterbetten der Gleiskörper regelmäßig mit diesem Pestizid besprüht, um das Wachstum von Wildkräutern zu verhindern. Durch das Fehlen einer belebten Bodenzone unterhalb des Schotters werden die Pflanzenbehandlungsmittel im Untergrund nicht zurückgehalten und abgebaut, so daß sie mit dem Regenwasser ins Grundwasser gelangen.

Die von Greenpeace 1994 durchgeführte Befragung von 518 Gesundheitsämtern zur Pestizidbelastung des Trinkwassers brachte über 100 Diuron-Funde im Grundwasser ans Tageslicht. Dabei ist die Grundwasserbelastung nur ein Teil des Problems, denn noch größere Mengen geraten über Drainage und Kanalisation in Bäche und Flüsse und somit letztlich ins Trinkwasser. Diuron gehört zu den dreizehn in Deutschland am häufigsten im Grundwasser nachgewiesenen Pestizidwirkstoffen.

Bayer in Mittelamerika

Kein zweiter deutscher Konzern ist in Mittelamerika so massiv präsent wie Bayer. Sowohl im Bereich Pharma als auch im Sektor Pestizide ist der mittelamerikanische Markt einer der lukrativsten in der "Dritten Welt" überhaupt.

In Mittelamerika findet man in jedem noch so kleinen Dorf "Agrarzentren" für Pflanzenschutzmittel und Spritzmaschinen. Die Läden sind meistens in den Farben des jeweiligen Herstellers angestrichen - am häufigsten in den Bayer-Farben grün und blau. Die Besitzer erhalten Kredite von den Pestizid-Großhändlern, im Gegenzug verkaufen sie dann hauptsächlich die Marken der jeweiligen Konzerne. Im Angebot sind die stärksten Mittel, die überhaupt auf dem Markt sind, von Bayer beispielsweise die Produkte Nemacur, Folidol, Disyston, Tamaron, Lebaycid, Cupravit und viele andere. Die VerkäuferInnen sind häufig jugendliche Aushilfen, die auf Nachfrage kaum über Informationen über die gefährlichen Stoffe verfügen; Sicherheitsdatenblätter sind in der Regel nicht vorhanden. Dennoch sind alle Präparate frei erhältlich. Der Umgang ist im Allgemeinem sehr sorglos, wozu die bunte Werbung sicher ihren Teil beiträgt. Die Mär, die von Bayer gerne verbreitet wird, daß alle Präparate von geschultem Personal an lizenzierte Anwender verkauft werden, klingt da wie ein zynischer Witz.

Im "Centro Agricola" in Antigua (Guatemala) stehen zum Beispiel offene Säcke mit dem berüchtigten Nemacur (das beispielsweise mit dem toxischen Ölsyndrom in Spanien in Verbindung gebracht wird), aus denen mit einer Schaufel das Granulat in Tüten abgefüllt und abgewogen wird, so wie beim Obsthändler nebenan. Ein Blick in ein Lehrbuch der Toxikologie lehrt einen das Fürchten: 500 mg Nemacur können einen erwachsenen Menschen tödlich vergiften!

Die Bemühungen der Weltgesundheitsorganisation WHO, die die Pestizide nach ihrer Gefährlichkeit klassifiziert und Verhaltensregeln für den Verkauf erläßt, werden durch den verantwortungslosen Export ins Lächerliche gezogen. Auch Bayer hat den Kodex der Welternährungsorganisation FAO unterschrieben, nach dem nur in solche Länder exportiert werden darf, in denen ein vollständiger Schutz der AnwenderInnen gewährleistet ist. Für Produkte wie Nemacur und Folidol, die zu der WHO-Klasse Ia (gleich extrem gefährlich) gehören, gilt laut der Selbstverpflichtung: "Verkauf nur an professionelle Anwender mit persönlicher Lizenz für das entsprechende Pestizid, für die die Pestizidausbringung der wesentliche Bestandteil ihrer Arbeit ist. Ausbringung nur mit Schutzanzug, Hand-, Augen-, Fuß-, und Atemschutz". In Wirklichkeit besitzen die Käufer in Mittelamerika nur in den seltensten Fällen eine persönliche Lizenz und tragen (wegen des tropischen Klimas) auch keine Schutzanzüge.

Dennoch weigert sich Bayer seit Jahren, die im FAO-Kodex zugesicherten Konsequenzen aus den häufig dokumentierten Mißständen zu ziehen und den weiteren Verkauf dieser Nervengifte einzustellen. Das Gegenteil ist der Fall. Durch aggressives Marketing soll sichergestellt werden, daß die Pestizide auch in Zukunft von Flugzeugen aus gleichmäßig über Plantagen und benachbarte Dörfer versprüht werden. Angesichts solcher Praktiken verwundert die hohe Zahl derer, die sich jedes Jahr mit Pestiziden vergiften, nicht.

Bayer indes können derartige Berichte nicht erschüttern. Auf der Hauptversammlung der Bayer-Aktionäre auf diese Mißstände angesprochen, fiel Bayer-Boß Schneider nichts besseres ein als die stereotype Aussage: "Wir vertreiben nur sichere Produkte".

Philipp Mimkes

Coordination gegen Bayer-Gefahren e.V. Postfach 150418, 40081 Düsseldorf. Tel.: 0211/333911 Fax: 333940

Spendenkonto: Postbank Essen,

Konto: 37 83 83 439, BLZ: 360 100 43

Bayer international

Costa Rica ...

Bayer exportiert das gefährliche Pestizid Nemacur auch nach Costa Rica. Nemacur wird in dem mittelamerikanischen Staat gegen Wurmbefall auf Bananenplantagen eingesetzt und hat schon tausendfach zu schweren gesundheitlichen Schäden bei den ArbeiterInnen geführt.

Wie der Präsident des Verbandes für geschädigte Plantagenarbeiter (ASOTRAMA), Freddy Minendes Chavez, mitteilt, sind mehrere Kinder nach dem direkten Kontakt mit Nemacur gestorben.

Nemacur, von der WHO als extrem gefährlich eingestuft, wird auch in Costa Rica - entgegen dem FAO-Kodex - frei verkauft. Die gefährliche Chemikalie wird in den Bananenplantagen mit Flugzeugen flächendeckend versprüht.

Ecuador ...

Pestizide bedrohen die Existenzgrundlagen der BäuerInnen von Ecuador. Das Kinderhilfswerk Children Mission Fonds (CMF) berichtet über einen permanenten Giftkrieg gegen Menschen und Umwelt. CMF-Projektleiter Knut Radicke kritisiert, daß Pestizidverkäufer von Bayer und anderen Konzernen durch das Land ziehen, T-shirts verteilen und mit Geschenken ihre Chemiegifte auf den Acker bringen.

Bayer ist im ecuadorianischen Markt mit verschiedenen Produkten vertreten, die von der Weltgesundheitsorganisation als extrem gefährlich eingeschätzt werden. Der Bayer-Wirkstoff Propineb etwa gilt als krebserzeugend und embryonenschädigend. Carbofuran gilt als krebserzeugend und erbgutschädigend und ist hochgiftig für die AnwenderInnen.

Philippinen ...

Auf philippinischen Bananenplantagen herrschen gesundheitlich katastrophale Bedingungen. Die ArbeiterInnen sind einer Fülle von Pestiziden ausgesetzt. Dabei spielt das Bayer-Pestizid Nemacur eine herausragende Rolle unter den angewandten Giften. Viele Frauen auf den Plantagen und in den

Verpackungshäusern können infolge von Tumorerkrankungen an der Gebärmutter keine Kinder mehr zur Welt bringen. Die meisten Männer leiden unter Kopfschmerzen, unter verschiedenen, zum Teil gefährlichen Hautveränderungen und unter Entzündungen der Leber.

Eine Reihe von Pestiziden sind mit einem staatlichen Anwendungsverbot belegt worden, darunter der als E 605 bekanntgewordene Bayer-Wirkstoff Parathion. Die Pestizidfirmen wurden durch die Regierung aufgefordert, verbotene Wirkstoffe unverzüglich vom Markt zu nehmen. Insgesamt sind dies mindestens 130.000 Liter Gift. Doch wohin damit? Der Vorschlag der staatlichen Behörde, die Firmen sollen die Pestizide zurückkaufen, stieß auf harsche Ablehnung. Die Verbrennung der Ackergifte scheiterte daran, daß Bayer als Betreiberfirma der einzigen Anlage auf dem Inselstaat, dies nicht kostengünstig vornehmen wollte. Statt dessen bot der Konzern an, die verbotenen Pestizide gegen zugelassene einzutauschen.

Doch schon deutet sich eine andere, für den Chemie-Multi weitaus günstigere Lösung an: Die im Lande befindlichen ca. 25.000 Liter Parathion sollen nun vermutlich in Regionen eingesetzt werden, in denen es Probleme mit Heuschrecken gibt. Auf diese Weise würde das staatliche Anwendungsverbot unterlaufen.

Philipp Mimkes

38. "... schon bist Du ein Verfassungsfeind." Der Versuch, sich die Opposition selber zu zimmern

Autor: Ulla Jelpke · Rubrik: CDU/CSU; PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak389/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:389:40

Im November 1995 trafen sich PolitikerInnen der CDU/CSU mit Vertretern der sogenannten "Neuen Rechten" zu einer Tagung der "Konrad-Adenauer-Stiftung". Bei den anwesenden Vertretern der "Neuen Rechten" handelte es sich vor allem um Personen aus dem Umfeld der Wochenzeitung "Junge Freiheit" wie Ulrich Schacht, Gunnar Sohn, Klaus Rainer Röhl, Rainer Zitelmann, die sich bemühen, nationales, rassistisches und geschichtsrevisionistisches Gedankengut zu intellektualisieren und so in konservative Zirkel zu verankern.

Thema dieser Veranstaltung war der Kampf gegen die "Alte Linke", wie schon auf anderen vorherigen Veranstaltungen der "Hanns-Seidel-Stiftung" und der "Konrad-Adenauer-Stiftung". Kein Wunder, daß über diese Veranstaltung die "Junge Freiheit" ausführlich berichtete und auch konkrete Ideen aus dieser Tagung vorstellte. So wurde hier unter anderem ein Zeitungsprojekt "Blick nach Links" andiskutiert, dessen Aufgabe darin bestehen sollte, Aktivitäten der Linken zu beobachten und für die Rechte besser angreifbar zu machen.

Es ist deswegen vielleicht kein Zufall, daß Anfang 1996 Abgeordnete der CDU/CSU-Bundestagsfraktion eine Kleine Anfrage über "verfassungsfeindliche Bestrebungen der PDS und ihres Umfeldes" in den Bundestag einbrachten.

Zu den Erstunterzeichnern dieser Anfrage gehört Hartmut Koschyk - seines Zeichens ehemaliger Generalsekretär des Bundes der Vertriebenen (BdV) und Vorsitzender des "Vereins für das Deutschtum im Ausland" (VDA).

Die PDS-Bundestagsgruppe hatte durch eine Unzahl kleiner Anfragen die Durchsetzung eines Teils des BdVs durch Mitglieder rechtsextremistischer Parteien und Gruppierungen nachweisen können. Wir konnten einer sich windenden Bundesregierung abtrotzen, die Zeitung "Der Schlesier" und die "Junge Landsmannschaft Ostpreußen" endlich als rechtsextremistisch einzustufen. Wir brachten die Vertriebenenverbände und die sie finanziell tragende Bundesregierung unter politischen Druck, weil wir die Zusammenarbeit dieser Verbände mit namhaften Rechtsextremisten dokumentierten und nachwiesen, daß die Bundesregierung Verbände wie die Landsmannschaft Ostpreußen mit erheblichen Bundesmitteln unterstützt, obwohl diese in ihrem Zentralorgan, dem "Ostpreußenblatt", Sympathien für die Holocaust-Leugner zeigt.

Dem VDA konnten durch die maßgebliche Arbeit der PDS-Bundestagsgruppe nicht nur enge organisatorische Verbindungen zum Rechtsextremismus nachgewiesen werden. Auch deckten wir Veruntreuungen öffentlicher Gelder seitens des VDA in Millionenhöhe auf. Staatssekretär Waffenschmidt mußte daraufhin aus dem VDA-Verwaltungsrat ausscheiden; dem VDA wurden die Bundesmittel in beträchtlichem Maße gestrichen. Der VDA war deshalb nicht mehr als Mittlerorganisation für die Bundesregierung einsetzbar.

Die Union - speziell jene, die durch unsere antifaschistische Aufklärungsarbeit unter Druck geraten waren, hatten also allen Grund für eine Revanche.

Die Bundesregierung, das Bundesinnenministerium und das Bundesamt für Verfassungsschutz hatten sich akribisch auf die Anfrage zur PDS eingelassen. So wurden in der Antwort der Bundesregierung nicht nur Dokumente des gera de einmal vier Wochen zurückliegenden PDS-Parteitages in Magdeburg zitiert. Das BMI gibt auch bereitwillig Auskunft über führende PolitikerInnen der PDS, so z.B. Lothar Bisky, Gregor Gysi, Sylvia-Yvonne Kaufmann, Michael Schumann u.a.

Dieses Vorgehen der Bundesregierung steht im Widerspruch zu dem an den Tag gelegtem Verhalten, wenn wir Aufklärung über Rechtsextremisten verlangen. Gerade der Staatssekretär, der verantwortlich zeichnet für die CDU-Anfrage über die PDS (Prof. Dr. Schelter), bügelt unsere detaillierten Anfragen regelmäßig mit Hinweis auf das Bundesverfassungsschutzgesetz ab: "Die Bundesregierung veröffentlicht personenbezogene Daten und wertende Stellungnahmen zur politischen Tätigkeit von Einzelpersonen im Bereich des Extremismus nur unter den Voraussetzungen des § 16 Abs. 2 BverfSchG."

Einstufungen von Organisationen wie dem "Witikobund" oder dem "Deutschen Seminar" und Zeitungen wie der "Jungen Freiheit" als rechtsextrem werden mit dem Verweis, daß "keine eindeutigen Anhaltspunkte i.S. von § 4 Abs. 1 Satz 3 i.V.m. § 3 Abs. 1 des BverfSchG" vorliegen, abgelehnt.

Derlei Bedenken kennt man bei der PDS nicht: Obwohl noch im letzten Verfassungsschutzbericht des Bundes differenziert festgestellt wird, daß nach Ansicht des Verfassungsschutzes lediglich linksextreme Strömungen in der PDS vorhanden seien, aber nicht die gesamte Mitgliedschaft als linksextrem einzustufen sei, hat Staatssekretär Schelter die Einstufung als "linksextrem" auf die gesamte Partei ausgedehnt.

Die Bundesregierung präsentiert folgende "tatsächlichen Anhaltspunkte" für die behauptete Verfassungsfeindlichkeit der PDS:

* Die PDS stelle "system- und strukturbedingte" Defizite der herrschenden Gesellschaftsordnung fest. Sie würde "umfassende Reformen" für unausweislich halten.

* Die PDS "strebe einen demokratischen, sozialen, ökologischen, zivilgesellschaftlichen Wandel der Bundesrepublik an, der den Weg zur Überwindung der Kapitalvorherrschaft eröffne".

* Die PDS sei "eine sozialistische Partei". Die PDS verstünde sich "zu einem beachtlichen Teil als außerparlamentarische Bewegung".

* Die PDS trete als Veranstalterin "antifaschistischer und antimilitaristischer" Aktionen auf, "an denen auch Autonome beteiligt waren".

* Die PDS beteiligt sich an Demonstrationen, auf denen behauptet wird, "es gibt keinen Grund, den Anschluß der DDR an die Bundesrepublik zu feiern".

Die Bundesregierung bleibt mit ihrem Versuch, die PDS in die verfassungsfeindliche Ecke abzuschieben, weit unter den Grundsätzen der Rechtsprechung, wie sie z.B. im KPD-Verbotsverfahren vor vierzig Jahren oder in den unseligen Berufsverbotspraktiken der 70er und 80er Jahren entwickelt worden sind. Dies zudem vor dem Hintergrund, daß die bundesdeutschen Berufsverbote erst vor wenigen Wochen vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte als menschenrechtswidrig verurteilt worden sind.

Diese Anfrage stellt mit Sicherheit den bislang schärfsten Angriff auf die PDS dar. Und man sollte nicht übersehen, wie hier der Verfassungsschutz instrumentalisiert wird. In einem politischen Intrigenspiel versucht die Bundesregierung, die PDS mit Geheimdienstmethoden politisch auszugrenzen. Die in vielen ostdeutschen Parlamenten einzige Oppositionskraft soll mit diesem Schmierentheater politisch unmöglich gemacht werden.

Die PDS kann dem in der Sache gelassen entgegentreten. Die Bundesregierung desavouiert sich mit diesen Vorwürfen selbst. Der Präsident des brandenburgischen Landesamtes für Verfassungsschutz, Wolfgang Pfaff, spricht von einer "krausen Verschwörungstheorie, ohne Belege" (Spiegel 10/96). Aufgrund des - von Pfaff so bezeichneten - "Blütenkranz(es) radikaler Einzeläußerungen von PDS-Mitgliedern" ein Parteiverbots- oder auch nur Berufsverbotsverfahren einzuleiten, würde sich als grundgesetzwidrig herausstellen und sich als weiterer Verstoß gegen die Europäische Menschenrechts-Konvention erweisen.

Die PDS sollte sich durch diese durchsichtige Denunziationskampagne nicht aus dem Konzept bringen lassen. Daß 1995 nicht weniger als 16.472 Ermittlungsverfahren wegen rechtsextremistischer Straftaten eingeleitet wurden, liegt durchaus an guter Recherche- und Öffentlichkeitsarbeit. Wir werden unbeeindruckt auch weiterhin die Zusammenarbeit von Konservativen und Rechtsextremisten - und damit der wirklichen Drahtzieher der CDU-Anfrage - ausleuchten und dies der Öffentlichkeit gegenüber transparent machen.

Ulla Jelpke

39. Bündnis für Arbeit - tot oder lebendig

Autor: gg. · Rubrik: Sozialpolitik; DGB/Regierung · CD-Datei: daten/aksuche/ak389/52.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:389:52

Tagtäglich wechseln die Schlagzeilen über den Fortgang des Bündnis für Arbeit. Von den Metallkapitalisten wurde das Bündnis schon Mitte Februar als gescheitert angesehen. Auf regionaler Ebene kommt der Zwickel-Vorschlag auch nicht voran. Jetzt entscheidet sich die Sache auf der betrieblichen Ebene - eine Entwicklung, die den Kapitalisten mit ihrer Strategie der kontinuierlichen Unterhöhlung der Flächentarifverträge entgegenkommt.

In den Betrieben - das verkünden die Unternehmer stolz - funktioniert das Bündnis für Arbeit bestens. Lohnzugeständnisse sind an der Tagesordnung, "freiwillige" Überstunden werden geleistet - alles für das Wohl des Unternehmens. Arbeitsplätze werden damit allerdings nicht geschaffen. Wie solche "Bündnisse" funktionieren, zeigt das Beispiel der Heizungsbaufirma Viessmann (6.500 Beschäftigte). Mit der Drohung, die Produktion von Standardheizkesseln mit 250 Stellen nach Tschechien zu verlagern, wird von den Beschäftigten eine wöchentliche Mehrarbeit von vier Stunden ohne Lohnausgleich verlangt. Stimmen sie der Verlängerung der Arbeitszeit zu, wird auf die Standortverlagerung verzichtet. Die Vereinbarung steht kurz vor dem Abschluß.

Immer größer wird der Druck auf die Gewerkschaften, in den Tarifverträgen betriebliche Öffnungsklauseln zuzulassen. "Der Beschäftigungspakt wird am Ende aus zahllosen solcher Betriebsvereinbarungen bestehen, oder es wird ihn nicht geben." Mit dieser Einschätzung dürfte der Kommentator des Handelsblatts nicht allzu weit von der Realität entfernt sein.

Inzwischen gibt es in einigen Branchen Abschlüsse, die unter dem Titel "Bündnis für Arbeit" firmieren. Den Beginn machte die Textilbranche, in der in den letzten drei Jahren rund 100.000 Arbeitsplätze wegrationalisiert wurden. Die seit Jahren von den Kapitalisten vorgetragenen "Wünsche" wurden bei diesem Tarifabschluß fast vollständig umgesetzt. Die Lohnerhöhung von 1,5% bleibt noch unter der Inflationsrate. Diese schon mehr als magere Erhöhung kann in Unternehmen, die sich in einer schwierigen wirtschaftlichen Lage befinden, teilweise oder ganz ausgesetzt werden. Als Gegenleistung soll auf betriebsbedingte Kündigungen verzichtet werden. Unternehmen mit einer guten Ertragslage wird eine Lohn- und Gehaltserhöhung bis zu 3% empfohlen. Die betriebliche "Gestaltungsfreiheit" wird besonders deutlich bei der Vereinbarung über die Arbeitszeit. Im Rahmen eines Jahresarbeitszeitkontos kann die tarifliche Wochenarbeitszeit von 37 Stunden um bis zu acht Stunden überschritten werden - ohne daß dafür Überstundenzuschläge gezahlt werden. Die Überstunden können in einem Zeitraum von 15 bis 18 Monaten vorrangig durch Freizeit ausgeglichen werden.

Besonders erfreut sind die Arbeitgeber, daß der Samstag als Regelarbeitstag mit einbezogen wurde und so eine Maschinenlaufzeit von 144 Stunden ermöglicht wird. Damit nicht genug: Zur Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit kann notfalls auch am Sonntag gearbeitet werden. Des weiteren sieht der Abschluß vor, daß durch freiwillige Vereinbarung bis zu 6,75% bzw. 130 Stunden im Jahr von der tariflich festgelegten Wochenarbeitszeit abgewichen werden kann. Im Gegenzug wird bei Nutzung dieser sog. Arbeitszeitkorridore auf betriebsbedingte Kündigungen verzichtet.

Als wenn die Schmerzgrenze noch nicht erreicht wäre, fordert der Vorsitzende der Gewerkschaft Textil Bekleidung, Arens, die Bundesregierung auf, endlich die Lohnnebenkosten zu senken und die Unternehmen steuerlich zu entlasten. Es verwundert nicht, daß dieser Abschluß von Kapitalisten und Wirtschaftsliberalen als beispielhaft für andere Branchen angesehen wird. Auf dieser Basis werden Arbeitgeber weiterhin Flächentarifverträge abschließen - Flächentarifverträge mit eindeutigen betrieblichen Öffnungsklauseln.

Demgegenüber wird das Modell der IG Metall (Lohnzugeständnisse bei Schaffung von 110.000 neuen Arbeitsplätzen) vom künftigen Arbeitgeberpräsidenten Hundt für untauglich erklärt. Der designierte Gesamtmetall-Präsident Stumpfe revidierte innerhalb eines Tages seine Aussage, das Bündnis für Arbeit sei tot. Ein Bündnis-Abschluß im Sinne des Vertrages in der Textilbranche würde auch von den Metallarbeitgebern sofort begrüßt werden.

Der DGB und die Einzelgewerkschaften sehen im Gegensatz dazu das Bündnis für Arbeit als höchst lebendig an. Verwiesen wird auf die Verhandlungen in Nordwürttemberg/Nordbaden oder auf die Vielzahl der Verhandlungen auf betrieblicher Ebene. Eine kritische Zwischenbilanz wird nicht gezogen; der Textilabschluß

wird nicht einmal problematisiert. Mit dem ursprünglichen Ziel des IG Metall-Vorschlags, Arbeitsplätze zu schaffen, hat auch der jüngste Abschluß in der Chemiebranche herzlich wenig zu tun, auch wenn in den ersten Stellungnahmen der IG Chemie die Schaffung von 25.000 Arbeitsplätzen herbeifabuliert wird.

Reale Zusagen kann die IG Chemie nicht vorweisen. Angesichts von Rekordgewinnen bei Bayer, BASF und Hoechst wirkt die Tariferhöhung von 2% wie der blanke Hohn. Als Gegenleistung will die Arbeitgeberseite ab Mitte des Jahres den Personalbestand halten. Bis zu diesem Zeitpunkt soll die Rationalisierungswelle in der Chemiebranche abgeschlossen sein. Angesichts dieses Abschlusses wird dem Bündnis für Arbeit von CDU bis Grünen eine hoffnungsvolle Zukunft angedichtet. Der stellvertretende IG-Metall-Vorsitzende Riester entblödete sich nicht festzustellen: "Wir beneiden die IG Chemie um ihre Arbeitgeber". (Hamburger Abendblatt, 30.3.96)

Es scheint so, als würde die IG Metall ihren eigenen Vorschlag nicht mehr sehr ernst nehmen. Die Drohgebärden, die Bündnisforderungen notfalls zu erkämpfen, machen auf die Metall-Unternehmer wenig Eindruck. Ihre Strategie, der IG Metall auf betrieblicher Ebene Zugeständnisse abzuringen, scheint voll aufzugehen. Auch wenn in Gewerkschaftsveröffentlichungen immer und immer wieder das Gegenteil behauptet wird: der Bündnis-Vorschlag hat die Gewerkschaften nicht in die Offensive gebracht.

In einer Zwischenbilanz kommen Klaus Lang (Leiter der Abteilung 1. Vorsitzender beim Vorstand der IG Metall) und Reinhard Kuhlmann (Leiter der Abteilung Grundsatz beim Vorstand der IG Metall) zu dem Schluß, daß das Bündnis für Arbeit "bislang ernüchternd, aber überhaupt nicht entmutigend" sei. "Es wäre naiv gewesen anzunehmen, daß Bundesregierung und Arbeitgeberverbände wegen der Bündnisinitiative ihren Charakter und ihre Politik grundlegend verändern würden. Die positiven publizistisch-politischen Wirkungen in der Öffentlichkeit und die entsprechenden Rückwirkungen auch auf die Mitglieder der Gewerkschaften sind andererseits offensichtlich. Insgesamt ist für die Gewerkschaften ein öffentliches Klima geschaffen worden, das ihre Gestaltungs- und Handlungsmöglichkeiten verbessert." (Gewerkschaftliche Monatshefte, 3/96)

Die Abschlüsse in der Textil- und Chemiebranche, die ja auch von den beteiligten Gewerkschaften als Beitrag zum "Bündnis für Arbeit" angesehen werden, deuten an, wie die gewerkschaftlichen Gestaltungs- und Handlungsmöglichkeiten weiter eingeschränkt werden. Dabei ist unbestritten, daß die IG Metall einen Abschluß nach Art der Textilbranche zur Zeit nicht mittragen würde. Wahrscheinlich wird es eine Einigung auf der Basis des Chemie-Abschlusses geben: Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen gegen Zugeständnisse bei der Flexibilisierung und Lohnverzicht.

gg. 30.3.96

40. "Sinkende Ruderboote und vergoldete Jachten." Großdemo gegen Sparhaushalt in Berlin

Autor: Ann Stafford · Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Sozialbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak389/48.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:389:48

Rund 30.000 Menschen demonstrierten am 27. März unter dem Motto "Den Haushalt kippen! Für eine Umverteilung von oben nach unten" gegen die Sparpläne des Berliner Senats. Mit dem Haushaltsstrukturgesetz sollten am darauffolgenden Tag drastische Sparmaßnahmen beschlossen werden. Im laufenden Jahr fehlen mindestens 5,3 Milliarden DM, und innerhalb von vier Jahren sollen insgesamt 31,8 Milliarden eingespart werden.

Der Nachtragshaushalt setzt die bereits laufende Umverteilung fort. In Berlin sind 20% der Bevölkerung arbeitslos oder von der Sozialhilfe abhängig, über 10.000 Flüchtlinge müssen in Sammelunterkünften mit um 20% verringerter Sozialhilfe leben, weit über 20.000 Menschen leben auf der Straße.

Mit dem Nachtragshaushalt soll bis 1999 jede fünfte Stelle im öffentlichen Dienst gestrichen werden, Studiengebühren von 100 DM sollen eingeführt werden, Fachbereiche geschlossen (im Gespräch ist die Zahnmedizin), Klassenfrequenzen an den Schulen erhöht werden, usw. Gekürzt wird vor allem bei sozialen Projekten. Die Zukunft des Sonderprogramms "Jugend mit Zukunft", mit dem der Senat Kinder- und Jugendprojekte unterstützt, war in der Haushaltsdebatte zwischenzeitlich gefährdet. Die Einsparungen treffen vor allem die sozial Schwachen. Einig waren sich die Projekte, daß die Abgeordneten bei ihren Diäten sparen sollten, anstatt einen Kahlschlag bei sozialen Projekten durchzuführen. Bei der Suchtprävention sowie der Drogenberatung, -therapie und -nachsorge soll noch in diesem Jahr mehr als eine Million Mark eingespart werden - diese Einsparungen könnten in der Zukunft ein Vielfaches an Kosten entstehen lassen.

Besonders von Schließung bedroht sind Frauenprojekte. Die Senatsverwaltung für Arbeit und Frauen erbringt bei Frauenprojekten Einsparleistungen von ca. 5.170.000 DM. Damit wird ein Minihaushalt von 30 Millionen (0,1 % des Berliner Gesamthaushalts) um fast 20% gekürzt. Zahlreiche Frauenbegegnungszentren sind akut gefährdet, wie das Frauenkulturzentrum "Begine" oder das Migrantinnenprojekt "Günes", das Weiterbildung in der Umwelt- und Solartechnik für Frauen anbietet. Eine Schließung würde bedeuten, daß immigrierten Frauen eine Chance genommen wird, aus den für sie oft typischen Berufen (Reinigungskraft, Küchenhilfe) auszusteigen. Der Arbeitskreis Autonomer Frauenprojekte kritisiert die Streichungen bzw. Kürzungen aufs Schärfste. Es handelt sich um eine gesellschaftspolitisch und arbeitsmarktpolitisch fatale politische Entscheidung fern jeglicher Sparzwänge. "Solange mit Parolen wie: ‚Alle sitzen in einem Boot` negiert wird, daß die Ruderboote von vielen Frauen und Frauenprojekten Löcher haben und sinken, während die patriarchalen Jachten vergoldet sind, büßt diese Regierung den Namen Volksvertretung ein."

Auch im lesbischen und schwulen Bereich sind Kürzungen eingeplant. Die Zuwendungssumme des Senats für Jugend und Familie an lesbische und schwule Projekte betrug bisher 550.000 DM, das sind 0,00125 Prozent des Berliner Haushalts von 44 Milliarden DM. Die Projekte werden durch die nun vorgesehene Kürzung um 35% Prozent in der Höhe von 192.500 DM massiv eingeschränkt.

Behindertenprojekte sind ebenfalls stark von Kürzungen betroffen. Außerdem wurde eine Gesetzesänderung in das neue Haushaltsstrukturgesetz geschmuggelt, die Paragraph 10 des Schulgesetzes betrifft: Die Integration von Behinderten in die allgemeine Schule wurde gleich in zwei Passagen einem Haushaltsvorbehalt unterworfen. Damit werden Behinderte durch den Sparzwang ausgegrenzt und in die Sonderschule verwiesen. Behinderten wird ein gleichberechtigter Zugang zur Bildung verwehrt - dies ist eine Diskriminierung, die dem Gleichstellungsgebot für Behinderte im Grundgesetz und in der Landesverfassung Berlins widerspricht.

An dem Demonstrationszug beteiligten sich auch Angehörige der Landwirtschaftlich-Gärtnerischen Fakultät der Humboldt-Universität. Sie brachten zahlreiche Trecker mit. Der Fakultät drohte die Schließung, möglicherweise wird nun eine Finanzierungslösung mit dem Land Brandenburg gefunden. Selbst der Akademische Senat der Humboldt-Universität hatte zur Demo mitaufgerufen. "Spart an den Prestigeprojekten statt an der ökologischen Forschung", lautete die Aufforderung der Fakultätsangehörigen an der Demo, denn "der Tunnel wird finanziert, die Fakultät wird abserviert". Sie wehrten sich gegen das Prinzip "global denken -

lokal sparen" und präsentierten gleich eine Rechenaufgabe: 5,3 Milliarden Einsparungssoll minus 4,5 Tiergartentunnel seien locker zu schaffen. Im Tiergarten, dem zentralen Park Berlins, sollen Auto- und Eisenbahntunnel weiterhin gebaut werden, obwohl die beteiligte Baufirma Maculan pleite gemacht hat. Bei dem Bauprojekt wird sogar die Spree umgeleitet.

Nicht nur bei den Großprojekten, auch andernorts könnte prima gespart werden: Ein Beispiel unter vielen ist die Gewerbesteuer. Sie soll erst 1998 von 340 auf 390 Punkte erhöht werden. Würde sie bereits in diesem Jahr erhöht, würden jährlich Mehreinnahmen von 350 Millionen Mark erzielt werden. Die CDU wehrt sich strikt dagegen, und dies obwohl die Berliner Gewerbesteuer unter dem bundesweiten Durchschnitt von 420 Punkten liegt. Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Eberhard Diepgen (CDU) erklärte zu den Sparzielen: "Wir haben die Chance genutzt, um die Trassen für die Zukunft Berlins zu legen und das Ziel erreicht: Sparen mit Augenmaß und Vernunft. Grundsätzlich gilt: Wir treten auf die Ausgabenbremse, ohne den Motor der wirtschaftlichen und kulturellen Investitionen abzuwürgen."

Bei der Demonstration war auch die Gewerkschaft Handel, Banken, Versicherungen dabei, die eine "Berliner Erklärung" für eine andere Gewerkschaftspolitik verfaßt hat. Sie rufen damit zur Gegeninitiative zum "Bündnis für Arbeit" auf und erwarten, daß den Menschen gesagt wird, was sie vom "Bündnis für Arbeit" erwarten müssen: "Mehr Arbeit für weniger Lohn, mit der größeren Wahrscheinlichkeit, arbeitslos zu werden. Frauen müssen weiterhin die Arbeitsplätze zugunsten der Männer räumen. Die Arbeitslosen haben noch weniger Arbeitslosenhilfe, müssen dafür aber mit mehr Repressalien und schlechteren Chancen auf bezahlte Arbeit rechnen. Jugendliche können zukünftig noch weniger auf ausreichende und qualifizierte Ausbildungsplätze hoffen. Ein Studium ist nur durch hohe Verschuldung finanzierbar, die uralte undemokratische ‚Elitebildung` hält wieder Einzug in die Universitäten." In der "Berliner Erklärung" wurden alle Betroffenen dazu aufgerufen, den Widerstand gegen diese Umverteilung von unten nach oben zu organisieren.

Mit der außerordentlich großen Teilnahme konnte das Berliner "Bündnis gegen Sozialkürzungen und Ausgrenzung" einen weiteren Erfolg verbuchen. Nach zwei großen Demonstrationen mit rund 10.000 Menschen im Dezember und Januar diesen Jahres (siehe ak 387/8.2.96) gingen nun noch mehr auf die Straße, um gemeinsam zu protestieren. Sämtliche Unkenrufe von nicht mehr existierendem Protest in der Stadt wurden Lügen gestraft. Die erste Demo wurde von 31 Organisationen unterstützt, inzwischen beteiligen sich mehr als 100 Gruppen am Bündnis. Im Gegensatz zu den ersten beiden Demos, über die in den meisten Medien kaum berichtet wurde, konnte die breite Bewegung nicht mehr ignoriert werden. Auf der Titelseite der "Berliner Zeitung" prangte farbig das Leittransparent, und selbst die "Tagesthemen" fühlten sich genötigt, die Demo zu erwähnen.

Daß das Berliner "Bündnis gegen Sozialkürzungen und Ausgrenzung" mehr kann, als nur Demos organisieren, will es im April beweisen. In der Zeit vom 15. bis 22. April sind weitere Aktionen geplant, bei denen der Widerstand fortgesetzt werden soll. Im August will die Berliner Finanzsenatorin Fugmann-Heesing einen weiteren Kassensturz vornehmen - dann wird wohl erneut Protest organisiert werden müssen. Die Forderung nach einer Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von oben nach unten soll mehr als ein Schlagwort sein, und das Bündnis fordert weiterhin eine materielle Grundsicherung von 1500 Mark plus Miete sowie gleiche Rechte für alle.

Ann Stafford

" Den Haushalt kippen!"

Im folgenden dokumentieren wir die Abschlußrede (leicht gekürzt) auf der Demo vom Bündnis gegen Sozialkürzungen und Ausgrenzung vom 27.3.96 in Berlin.

Der Senat läßt verbreiten, daß wir sparen, daß wir den Gürtel enger schnallen müssen. Die fetten Jahre seien vorbei. Fette Jahre? Für wen?

Für die Universitäten, denen bereits in den vergangenen Jahren 15.000 Studienplätze weggekürzt wurden? Für die Lohnabhängigen, von denen Jahr für Jahr mehr in die Arbeitslosigkeit gedrängt werden? Für die Sozial-, Kinder- und Jugendprojekte, deren Etat von Haushalt zu Haushalt kleiner wurde? Für die MigrantInnen, die in wachsendem Maße diskriminiert und mit Abschiebung bedroht werden? Für die Kulturlandschaft, der nicht nur das Schillertheater, sondern auch eine Unzahl kleinerer Projekte genommen

wurde? Für die Alten, Behinderten und Pflegebedürftigen, die nun lebensnotwendige Hilfe aus eigener Tasche zahlen müssen?

Ja, es waren fette Jahre, aber nicht für uns, sondern für die Nawrockis in der Olympia-GmbH, die sich Millionen in die eigene Tasche wirtschafteten. Für Sony und Daimler-Benz, denen der Zucker in Form von billigen Grundstücken am Potsdamer Platz in den Arsch geblasen wurde. Für die Immobilienhaie, die mit Bürohäusern satte Spekulationsgewinne machten, ohne Steuern zahlen zu müssen. Für die Staatssekretäre, von denen sich Berlin überdurchschnittlich viel leisten konnte. Für die Auto- und Baulobby, die an der automobilen Zurichtung der Stadt verdient haben und verdienen werden. Für Rechtsradikale, die in der Freiwilligen Polizeireserve auf Staatskosten ihre Law-and-Order-Phantasien ausleben durften. Die Haushaltspläne des Senats lassen nicht erkennen, daß mit dieser Politik nun Schluß gemacht wird. Während mit der Kürzungssense die Bildungs-, Sozial- und Kulturlandschaft in dieser Stadt abgemäht wird, werden die großen Unternehmen, die Spekulanten, die Lobbyisten mit Glacehandschuhen angefaßt.

Das hat nichts mit der Unfähigkeit der PolitikerInnen zu tun, sondern ist Bestandteil einer Politik, die Berlin zur internationalen Dienstleistungsmetropole und größten Hauptstadt aller Zeiten machen will. Die Herrschenden erzählen uns, wir müßten uns in Konkurrenz zu Paris, London oder New York begeben, um etwas zu gelten. Doch während sie von Notre Dame und Champs-Elysees säuseln, schweigen sie von den verelendeten Stadtrandgebieten und den horrenden Mieten in der Pariser Innenstadt; wenn sie von der Geschäftigkeit Londons schwärmen, schweigen sie über die zigtausend Quadratmeter leerstehender Büroräume; wenn sie vom Schmelztiegel New York schwätzen, schweigen sie über die Bronx und den Rassismus und die Armut in diesen Städten.

Sie schwafeln von den vielen Jobs, die die Bundesregierung und die großen Konzerne in diese Stadt bringen werden, ohne zu sagen, daß der Großteil davon schlecht bezahlt und für niedrige Qualifikationen sein wird. Sie reden über die wenigen Gewinner und verschweigen uns, daß es viele VerliererInnen geben wird, und daß dies die sozial Schwachen, die Ärmeren und Benachteiligten dieser Stadt sein werden. Und wir werden die VerliererInnen sein, wenn wir nicht anfangen, uns gegen diese Politik zu wehren. Wir müssen uns gemeinsam wehren, nicht nur in dieser Stadt, sondern auch darüber hinaus. Denn das, was sich in Berlin abspielt, ist kein Einzelfall. Es wiederholt sich in tausenden Städten und Kommunen im Kleinen, wie im ganzen Land mit der Standortfrage im Großen. Unter dem Vorwand, den Standort Deutschland sichern zu wollen, erpressen die Konzerne Lohnverzicht und zerschlagen mit den großen Parteien den Sozialstaat. Obwohl ihre Gewinne in den vergangenen Jahren beständig gestiegen sind, fordern sie für ihr Bleiben Steuersenkungen.

Die so entstehenden Haushaltslöcher sollen wir nun stopfen, durch Kürzungen, höhere Beiträge und Abgaben. Und so spielen sie denn die Arbeitenden gegen die Arbeitslosen aus, die Jungen gegen die Alten, die Einheimischen gegen die MigrantInnen, Westeuropa gegen Osteuropa, den Norden gegen den Süden.

Das muß ein Ende haben! Fangen wir an, uns zu wehren - hier und heute! Laßt uns die Proteste gegen diese Umverteilungspolitik von unten nach oben über den morgigen Tag hinaus tragen! Gehen wir gemeinsam auf die Straße, denn das ist unser Platz - nicht die Bettellobby in den Parlamenten. Es ist unsere einzige Chance, denn schenken werden sie uns nichts.

41. Voll im Trend - leider. Die Ausstellung "Tempolinsen und P2" zur DDR-Alltagskultur

Autor: Angela Martin · Rubrik: Kultur · CD-Datei: daten/aksuche/ak389/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:389:22

Die Ausstellung "Tempolinsen und P2" zur DDR-Alltagskultur, die in Berlin im Kreuzberg-Museum zu sehen ist, liegt voll im Trend. Skurrile Einkaufstaschen, "Schwalben" und Plaste-Teller erfreuen sich seit einiger Zeit einer erstaunlichen Beliebtheit. Eine Mischung von Ostalgie, Trotz und Modebewußtsein macht selbst solche Ostprodukte zu heißbegehrten Waren, die nach der Wende mit unglaublicher Schnelligkeit aus den Regalen verschwunden sind. Es soll sogar Leute geben, die für "Club-Cola" schwärmen.

Die Ausstellung, ein ziemliches Sammelsurium von Alltagsgegenständen für kleine Leute, bedient gleichermaßen Ostalgiker und zeitgeistbewußte Wessis. Sie ist bequem zu konsumieren, denn nur wenige Schrifttafeln fordern zum Lesen auf; niemand wird in dem Genuß der biederen Gemütlichkeit gestört, die Mobiliar und Haushaltsgegenstände aus dem sozialistischen Teil Deutschlands ausstrahlen.

Gedanken über die Vor- und Nachteile des Lebens in der DDR brauchen sich die Besucher nicht zu machen. Billige Mieten, subventionierte Grundnahrungsmittel, sichere Arbeitsplätze - Errungenschaften, auf die die DDR-Bürger mit Recht stolz sein konnten - interessieren die Ausstellungsmacher nicht. Auch die ökonomischen Schwierigkeiten, vor die sich die DDR, der von jeher ärmere und dünner besiedelte östliche Teil Deutschlands, gestellt sah, sind in dieser Ausstellung kein Thema. Nur ein leeres Regal mit "Ausverkauft"-Schildern weist auf Versorgungsengpässe hin.

"Tempolinsen und P2" bleibt an der Oberfläche. Auch damit liegt diese Ausstellung im Trend: Man scheut sich, zu belehren und läßt die Dinge "sprechen". Nur sagen die wenig, wenn man nicht eh schon viel über sie weiß. Doch wenn man westdeutschen Besuchern erklären muß, daß Tempolinsen ein Schnellgericht sind, in 10 Minuten fertig, dann kann man ihnen auch ruhig vermitteln, warum Tempolinsen, außerdem Küchenmaschinen, Mixer, Toaster, Schnellkochtöpfe usw. in den meisten DDR-Küchen zu finden waren, obwohl die Schwestern im Osten doch angeblich so arm waren: Haushaltsgeräte und Fertiggerichte sollten die Arbeitskraft der Frauen für die Berufstätigkeit freisetzen. Auch die Raumaufteilung der P2-Wohnungen, in deren Zentrum eine gut ausgestattete Küche lag, erleichterte den erwerbstätigen Frauen die Hausarbeit. Wenige Zahlen und Daten hätten gezeigt, wie die Berufstätigkeit von Frauen in der DDR gefördert wurde und daß sie dort viel verbreiteter war als in der BRD, der alten wie der "neuen". Doch solche Informationen findet der aufmerksame Betrachter nur versteckt in einer ganz anderen Abteilung der Ausstellung oder im Katalog.

Die Geschichte der DDR, ihre Prägung durch Kalten Krieg und Systemkonkurrenz, wird im Kreuzberg-Museum ebenfalls kaum sichtbar. Zwar garnieren einige Tafeln mit Jahreszahlen den bunten Eindruck von der ostzonalen Warenwelt - doch deren Erkenntnisgewinn für die Beschauer ist gering. Zum einen sind es immer wieder die gleichen Ereignisse, auf die hingewiesen wird (Gründung der DDR, 17. Juni, Mauerbau usw.), zum anderen sollen auch diese Daten "für sich selbst sprechen". Doch sie tun es ebensowenig wie die Exponate. Daher kann man zwar das Design z.B. von Fernsehern bewundern, aber wie viele DDR-Bewohner einen Flimmerkasten besaßen, ob sie zur gleichen Zeit eine "Fernsehnation" wurden wie die Bundesrepublikaner und was in der "Zone" vom Bildschirm flimmerte - das erfährt man in dieser Ausstellung nicht.

"Die Gegenstände, so anmutend sie für das Auge sein mögen, zeigen ihre Bedeutung nicht auf den ersten Blick, sondern tragen ihre vielfältigen Bedeutungen in sich", schreibt Andreas Ludwig, Leiter des Ausstellungsprojekts, im Vorwort zum Begleitbuch. Und wie begreift man die "vielfältigen Bedeutungen" der Gegenstände? Andreas Ludwig: "Phantasie, Erinnerung und Erklärungszusammenhang des Betrachters geben ihnen ihre besondere Dimension, ihre sensibilisierende Funktion." Sehr schön. So spart der Ausstellungsmacher Hirnschmalz. Schließlich vertraut er auf die "Kommunikation derer, die sich den Gegenständen stellen."

Die Scheu der Ausstellungsmacher vor Erklärungen führt manchmal dazu, daß bei Besuchern, die die DDR nicht kennen, irrige Vorstellungen erzeugt werden. Eine Abteilung der Ausstellung zeigt Bücher: Romane, Kinderbücher, Sachbücher - was man in einer öffentlichen Bibliothek der DDR so finden konnte. Aber mittendrin liegt Rudolf Bahros Buch "Die Alternative" - zwischen Bänden, die in der DDR veröffentlicht worden sind. Bahros "Alternative" ist dort jedoch nie aufgelegt worden; der ausgestellte Band ist 1977 in Köln

erschienen. Bahro wurde im August 1977 in der DDR verhaftet, nachdem der "Spiegel" Auszüge aus seiner Schrift abgedruckt hatte.

Die Ausstellung erzeugt vor allem Wiedererkennungseffekte - und natürlich freut man sich auch über das vom "Bauhaus" inspirierte Design. In Eisenhüttenstadt, wo "Tempolinsen und P2" zuerst gezeigt wurde, hörte man denn auch oft Ausrufe wie "So eine Lampe hatte ich auch" oder "Gut, daß wir diese Sachen nicht mehr anziehen müssen". Es hätte nur weniger kurzer Erläuterungen bedurft, um die Ausstellung für Berlin zu verbessern. Leider wurde diese Möglichkeit verschenkt. Man kann nur hoffen, daß das "Dokumentationszentrum Alltagskultur der DDR" in Eisenhüttenstadt, das diese Ausstellung aus seiner Sammlung zusammengestellt hat, das nächste Mal mehr als die "Vielfalt und Unterschiedlichkeit der Objektwelt der DDR" präsentiert, "von Hunderten von Schenkern zusammengetragen".

Angela Martin

Tempolinsen und P2. Eine Sammlung zur Alltagskultur der DDR.

Ausstellung des Dokumentationszentrums Alltagskultur der DDR, Eisenhüttenstadt, im Kreuzberg Museum

17. März bis 23. Juni, Adalbertstraße 95/96, Mittwoch bis Sonntag,

10999 Berlin-Kreuzberg, 14-18 Uhr.

Das Begleitbuch Tempolinsen und P2 ... Alltagskultur der DDR, das vor allem Interviews enthält, ist im be.bra verlag, Berlin, erschienen und kostet DM 19,90.

42. Schweizer Nationalliga: Antirassisten als Trikotsponsoren

Autor: Dietrich Schulze-Marmeling · Rubrik: Antifaschistischer Kampf; Schweiz · CD-Datei: daten/aksuche/ak389/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:389:17

"Als leistungsbewußte, dynamische Marke unterstützt Opel den Sport, z.B. als offizieller Sponsor des BSC Young Boys Bern", heißt es in einer Anzeige des Schweizer Fußballjahrbuchs 1992/93. Das war einmal. In der Saison 1995/96 mußte der vom Abstieg und Konkurs/Lizenzentzug bedrohte elffache Meister bislang ohne Trikotsponsor auskommen. Daneben gibt es aber auch noch ein politisches Problem: Im Wankdorf-Stadion treiben Rassisten ihr Unwesen.

Dies veranlaßte den TV-Journalisten Urs Frieden (früher Redakteur der Züricher WoZ), das Trikot der Young Boys zu kaufen. Ab sofort werden die Kicker auf ihrer Brust die Aufschrift "Gemeinsam gegen Rassismus" tragen. Mit seiner Unterschrift garantiert Frieden dem Verein bis Ende der Saison einen Sammelbetrag von 50.000 Franken. Sammelziel sind allerdings 100.000 Franken.

Die Vereinsführung war sofort kooperationsbereit, als Frieden sie mit seinem Angebot konfrontierte. Bis dahin hatte man dem Treiben der Rechtsradikalen eher hilflos zugeschaut. Der Verein geht mit dem Vertrag folgende Verpflichtungen ein: Spieler und Offizielle müssen den Antirassismus-Slogan auf dem Spielfeld und auch außerhalb "nachleben"; der Aktion wird kostenlos Platz in der Match-Zeitung, im Cluborgan und bei Lautsprecher-Durchsagen eingeräumt; Spieler und Offizielle halten sich für entsprechende Veranstaltungen und Pressetermine zur Verfügung; Hitlergrüße werden ebenso wie tätliche Angriffe auf AusländerInnen mit Stadionverbot bestraft. Hält der Verein diese Verpflichtungen nicht ein, wird von der Garantiesumme ein vertraglich vereinbarter Betrag abgezogen.

Die 50.000 Franken (und mehr) sollen im Schneeball-Prinzip zusammenkommen. Personen aus Sport, Politik und Kultur garantieren (zum Teil namhafte) Teilbeträge, die sie in ihrem Bekanntenkreis und am Arbeitsplatz sammeln wollen. Urs Frieden: "Ideelles Sponsoring war bisher eher selten. Daß aber ein solches jetzt noch mit einer Spendenkampagne und einem ‚Maßnahmenpaket` kombiniert wird, dürfen wir ganz unbescheiden als Weltneuheit bezeichnen. Bereits jetzt interessieren sich andere Vereine für dieses Modell. Das Know-how exportieren wir natürlich gerne."

Auch hiesige Promis und Fußballfans dürfen sich an der Antirassismus-Aktion und am sportlichen Überlebenskampf der Young Boys beteiligen. Beim Verein (Stadion Wankdorf, Postfach 61, CH-3000 Bern) gibt es einen Spendenbrief. Das Spendenkonto hat die Bezeichnung: BSC YB - Spendenkonto "Gemeinsam gegen Rassismus", SKA Bern, PC 30-3200-1; Konto Nr. 888888-01-1.

Dietrich Schulze-Marmeling

43. Der rote Faden. Die Lebenserinnerungen der Kommunistin Rita Sprengel. Annotation

Autor: F.H. · Rubrik: Geschichte der Kommunisten; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak389/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:389:13

Ein roter Faden zieht sich durch das Leben von Rita Sprengel: der des Zweifelns, des Kämpfens gegen Verbohrtheit und Opportunismus, ein keineswegs straff gespannter, gerader Lebensfaden. Die Entstehung ihrer Autobiographie ist dafür das beste Beispiel. Die ersten Arbeiten an dem Buch gehen in das Jahr 1969 zurück. Seitdem entstanden unter vielen Rückschlägen immer wieder neue Versionen der einzelnen Kapitel. Mehrmals stand ihre Autobiographie kurz vor der Druckreife, als die Zensurbehörden der DDR "Ausbesserungen" verlangten. Rita Sprengel merkt, wie ihre Kräfte immer mehr nachlassen, und beauftragt ihre Freundin Sigrid Jacobeit, den "roten Faden" herauszubringen. Die Auslieferung des Buches hat Rita leider nicht mehr miterlebt; sie starb kurz vorher im Dezember 1993.

In ihrer Jugend findet Rita, Tochter aus gutbürgerlichem Hause, in die Arbeiterbewegung und zur KPD. Nach dem Machtantritt der Nationalsozialisten leistet sie illegale Arbeit und kommt im Mai 1933 für ein Jahr in das KZ Mohringen in "Schutzhaft". Kaum frei, beginnt sie von neuem in einer Widerstandsgruppe zu arbeiten. Als sie die Flucht zweier jüdischer GenossInnen in die Schweiz vorbereitet, wird sie an die Gestapo verraten und zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Danach kommt sie in das Frauenkonzentrationslager Ravensbrück. Im Büro des angegliederten Siemens-Betriebes muß sie Zwangsarbeit leisten. Dort erstellt sie die Abrechnungen über die Produktion und fälscht sie, um die Sabotage der Häftlinge zu decken.

Nach ihrer Befreiung geht Rita Sprengel nach Berlin, um dort in der Stadtverwaltung mit den Besatzungsmächten zu Fragen des Arbeitsrechtes zusammenzuarbeiten. Hier bekommt sie von der SED das Angebot, sich mit diesen Fragen im Zentralkomitee unter Walter Ulbricht zu beschäftigen. Rita lehnt ab und geht statt dessen nach Dresden an das "Forschungsinstitut für Arbeitsökonomik". Gegen viele Widerstände beendet sie 1970 ihre Dissertation über leistungsabhängigen Lohn in der sozialistischen Planwirtschaft.

Das Buch beschreibt den außergewöhnlichen Lebensweg einer deutschen Kommunistin. Rita Sprengel erzählt aus der Zeit der Weimarer Republik und des Faschismus. Sicher ist dieser Teil kritisch zu betrachten, entstand er doch größtenteils in der Zeit der DDR. Doch ihre eigene kritische Sicht der Dinge macht das Buch einzigartig. Es ist geprägt von dem jahrelangen Ringen um eine wirklichkeitsnahe Darstellung. Das Nachwort von Wolfgang Jacobeit beleuchtet den Entstehungsprozeß und hilft, Ritas Beweggründe und ihre Art des Schreibens zu verstehen.

F.H.

Rita Sprengel: Der rote Faden. Lebenserinnerungen, Edition Hentrich, Berlin 1994, ISBN 3-89468-090-3, 331 Seiten, mit Abb.

44. Zapatisten rufen nach Berlin. 1. Europäisches Treffen für eine menschliche Gesellschaft ...

1. Europäisches Treffen für eine menschliche Gesellschaft und gegen den Neoliberalismus

Autor: Mexiko-Gruppe im FDCL, Berlin · Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Internationale Solidarität; Mexiko · CD-Datei: daten/aksuche/ak389/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:389:27

Es ist nicht notwendig, die Welt zu erobern.

Es reicht, sie zu erneuern.

Durch uns. Heute.

(Subcomandante Marcos)

"Die Phantasie an die Macht!" und "keine Macht für niemand!" waren vor mehr als einem Vierteljahrhundert in ganz Europa und in anderen Teilen der Welt Losungen für eine andere, solidarische, gerechtere, bessere Welt ohne Ausbeutung und Unterdrückung. Die Träume und Hoffnungen von damals scheinen heute von Alltag, Mutlosigkeit, Enttäuschungen, Sachzwängen, Niederlagen, Ohnmacht, Konkurrenz und Standortdebatten verdrängt, vergraben, vergessen.

Von der veröffentlichten Meinung weitgehend ignoriert, haben zehntausend Kilometer von unserem Land entfernt die seit Jahrhunderten unterdrückten Maya-Indianer im Südosten Mexicos die Auseinandersetzung über die Notwendigkeit einer gerechten, freien und demokratischen Welt erneut begonnen. Ihr bewaffneter Aufstand und Protest, ihr "Ya Basta" (Es reicht!) Anfang 1994 waren eine "Kriegserklärung" nicht nur an die mexikanische Regierung, sondern auch an die Herrschenden der Welt und die von ihnen weltweit durchgesetzte Politik der Globalisierung und Ausgrenzung. Und es war eine neue Art von "Kriegserklärung": nicht die Macht einer neuen revolutionären Vorhut sollte erkämpft werden, sondern eine neue Form von politischer Kultur, ein Freiraum für alle MexikanerInnen, um über sich, ihr Leben, ihre Probleme, die alltäglichen Unterdrückungen, die Politik der Mächtigen, gemeinsam nachzudenken und zusammen mit anderen die Forderungen nach Gerechtigkeit, Freiheit, Demokratie, Menschlichkeit und Würde Wirklichkeit werden zu lassen.

Anfang dieses Jahres schrieb die sich auf den legendären Bauernführer Emiliano Zapata beziehende Zapatistische Nationale Befreiungsarmee (EZLN) an die "Völker der Welt": "Über die Grenzen hinweg erniedrigt die Macht des Geldes die Würde, beleidigt die Ehrlichkeit und tötet die Hoffnungen. ... Statt Menschlichkeit bieten sie uns Börsennachrichten, statt Würde Globalisierung des Elends, statt Hoffnung Leere, statt Leben die Internationale des Terrors. Gegen die Internationale der Unmenschlichkeit, die der Neoliberalismus darstellt, müssen wir die Internationale der Hoffnung errichten, die Einheit und Zusammenarbeit all derer, die das Leben vorziehen - über Grenzen, Sprachbarrieren, Hautfarben, Kulturen, Geschlechter, Strategien und Denkrichtungen hinweg. ... Die Würde ist das Vaterland ohne Nationalität, die rebellische Unbeugsamkeit, die auf Grenzen, Zölle und Kriege pfeift. Die Hoffnung ist die Rebellion gegen Konformismus und Niederlage. Sie schulden uns das menschenwürdige Leben: das Recht zu regieren und uns selbst zu regieren, in einer Freiheit zu denken und zu handeln, die sich nicht auf die Unfreiheit der anderen stützt, das Recht zu geben und zu erhalten, was gerecht ist".

Das YA BASTA der Zapatistas ist eine Kriegserklärung gegen das weltweite neoliberale Projekt, dessen Auswirkungen nicht überall einheitlich sind, jedoch einer Grundidee folgen: Menschen dienen lediglich den Verwertungsinteressen einiger weniger Konzerne - wer als Arbeitskraft oder Konsument/in nicht in den Vermarktungsprozeß integriert werden kann, wird ausgegrenzt. Ob in der Europäischen Union (EU) oder in der Nordamerikanischen Freihandelszone (NAFTA), die neoliberalen Programme hinterlassen weltweit - wenn auch unterschiedlich brutal - schmerzhafte Spuren: Durch Privatisierungen, Rationalisierungen, steigende Lebenshaltungskosten, Lohnsenkungen, Sozialabbau und Einschränkungen im Gesundheits- und Bildungsbereich werden immer mehr Menschen - durch patriarchale Herrschaft insbesondere Frauen - an den Rand der Gesellschaft gedrängt. Europa wurde als Teil der Globalisierungs-Politik bereits "grenzenlos"; grenzenlos für die EU-GmbH, das Binnenmarktprojekt mit beschränkter Haftung für Demokratie, Lohnabhängige, AusländerInnen, Flüchtlinge, Umwelt, menschenwürdigeres Leben.

Der Anstoß und die Aufforderung der Zapatistas an alle Kontinente, sich über neue Möglichkeiten emanzipatorischer Politik zu verständigen, sehen wir als Chance, mit der Diskussion über neue Perspektiven hier bei uns zu beginnen und neue solidarische Verbindungen aufzubauen. Das 1. Europäische Treffen für eine menschliche Gesellschaft und gegen den Neoliberalismus soll deshalb eine Bestandsaufnahme der Auswirkungen neoliberaler Politik hier in Europa ermöglichen, verbunden mit dem Austausch unserer Erfahrungen über bisherige Widerstandsformen und der gemeinsamen Suche von Alternativen zur Europa- und weltweit herrschenden "neuen Weltordnung".

Die inhaltliche Vorbereitung des 1. Europäischen Treffens soll von den verschiedensten Gruppen, Initiativen und Einzelpersonen in ganz Europa verantwortlich getragen werden. Dabei sollten die verschiedenen Themen unter den drei Aspekten: Analyse, Widerstandsformen und Perspektiven, diskutiert werden. Organisatorisch ist es folgendermaßen gedacht: Eine kurze Darstellung der eigenen politischen Arbeit, inhaltliche Beiträge und/oder ein konkreter Vorschlag zu einer Arbeitsgruppe auf dem Treffen sollen spätestens bis zum 30. April an einen Sammelpunkt in der Schweiz geschickt werden, da dort fünfsprachig gearbeitet werden kann (spanisch, französisch, italienisch, englisch und deutsch). Dort werden die Inhalte sortiert und Kontakte zwischen den Gruppen hergestellt, die zu ähnlichen Themen arbeiten, so daß ein Austausch und die inhaltliche Koordination der Arbeitsgruppe schon im Vorfeld des Treffens möglich ist; z.B. zwischen einer Gruppe in Dänemark und einer in Spanien, die zum Thema Migration arbeiten. Wichtig ist, daß die Teilnehmenden nicht nur politische Stellungnahmen konsumieren, sondern ihre eigenen Ideen für das Treffen vorbereiten und einbringen. Die drei Aspekte, Analyse, Widerstand und Perspektiven, sollen wie ein roter Faden jede Arbeitsgruppe begleiten.

Als Ergebnis des Treffens wünschen wir uns, daß sich aus den Arbeitsgruppen und Diskussionen heraus erste Ansätze einer neuen radikalen und demokratischen Opposition herausbilden, die diesen Namen verdient. Eine solche Opposition kann aber heutzutage nur grenzüberschreitend sein. Und: Sie müßte durchgreifende Veränderungen in allen Bereichen des gesellschaftlichen und individuellen Lebens anstreben: in der Wirtschaft, im sozialen Leben, in der Politik und in der Kultur.

Wir laden alle Menschen europäischer und nicht-europäischer Herkunft ein, über Demokratie, Freiheit, Gerechtigkeit und Würde auf diesem Kontinent nachzudenken. Ein erster Schritt dazu ist unser gemeinsames

YA BASTA! ES REICHT! RAS-LE-BOL! IT'S ENOUGH! ARTIK BIKTIK! XBATNT!

Solidaridad Directa und Sammelpunkt für Themen, Stellungnahmen, Vorschläge:

Mexiko-Gruppe im FDCL, Gneisenaustr. 2a, D-10961 Berlin, Tel.: 030 - 69 46 101 (Mo 20 Uhr) Fax: 69 26 590

Solidaridad Directa, Postfach 8616, CH-8036 Zürich, Fax: 0041 - 1 - 27 190 12

Wir benötigen dringend Spenden für das 1. Europäische Treffen: Mexiko-Gruppe, B. Mulfinger, Berliner Volksbank, Kto. 120 17 200, BLZ: 100 900 00

45. Deutsche Antinationalisten und Kurdistan. J.W. im Kampf gegen "völkischen kurdischen Nationalismus"

Autor: Nora Mielke · Rubrik: Diskussion; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak389/49.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:389:49

Es gehört schon einiger Zynismus dazu, sich angesichts all des Polizeiterrors und Rassismus, den der deutsche Staat und seine Medien unter dem Vorwand des Newroz-Festes praktiziert haben, ausgerechnet darüber zu freuen, daß die türkische Regierung versucht, diesen Tag für sich - als "urtürkisch" zu reklamieren. In der jungen Welt vom 25. März 1996 amüsiert sich Justus Wertmüller insbesondere darüber, daß der türkische Kultusminister A. Oktay Güner, ehemaliger Chefideologe der faschistischen MHP, das Newroz zur Mobilmachung großtürkische Gefühle gemeinsam mit Amtskollegen anderer angeblicher Turkrepubliken feierte und es damit geschickt dem ach so völkischen kurdischen Nationalismus entreiße.

Es ist allerdings keineswegs eine neue Idee der türkischen Regierung, das Newroz-Fest für sich zu reklamieren. Seit Beginn der 90er Jahre wurden in den kurdischen Gebieten aus Militärhubschraubern schon des öfteren Flugblätter mit entsprechenden Behauptungen abgeworfen. Ebenfalls seit 1990 schickte das Kultusministerium (damals unter anderem Vorsitz) Tausende Broschüren an Schulen und Behörden, um den "wissenschaftlichen Nachweis" zu erbringen, daß Newroz ein urtürkisches Fest sei. (Vergleichbar den Broschüren, die von der türkischen Regierung weltweit an Bildungseinrichtungen verschickt werden, und die linguistisch beweisen sollen, daß es sich bei der kurdischen Sprache nur um ein "verderbtes Türkisch" handele.) Bereits seit mehreren Jahren tanzen Ausnahmezustands-Kommandanten (z.B. 1994 Ünal Erkan in Diyarbakir) relativ einsam um selbstentzündete Newrozfeuer.

Wertmüller behauptet, daß Newroz früher im gesamten osmanischen Raum gefeiert wurde. Darum geht es zwar überhaupt nicht, aber sei's drum: Weltweit gibt es Traditionen, den Frühlingsanfang (21.3.) auf die eine oder andere Art zu feiern. Die hiesigen Osterfeuer haben auch nichts mit Jesus zu tun, sondern wurden nach der Christianisierung eben umbenannt. Die osmanischen Herrscher hatten allerdings (mit Ausnahmen) für die früheren Religionen ihrer multireligiösen und multinationalen Untertanen wenig übrig - solange es sich nicht um die sogenannten Buchreligionen handelte (Judentum und Christentum) und auch die waren nicht immer geschützt. Die sogenannten Nicht-Buchreligionen hatten wenig zu lachen (siehe bis heute die Verfolgung der Yezidi). Zu diesen gehörte auch der Zoroastrismus in Persien (vor der Islamisierung), in dessen Zusammenhang das Newrozfest vermutlich entstanden ist. Auch als häretisch angesehene Abweichungen im Islam (Aleviten und verschiedene Strömungen des Volksislam) wurden teilweise brutal bekämpft. Nix da mit interkultureller Verbrüderung im Osmanischen Reich.

Wenn zentralasiatische sogenannte "Turkvölker" auch in der Vergangenheit teilweise Newroz gefeiert haben, so hat das wiederum nichts mit der osmanischen Geschichte zu tun. (Weder Kirgisen noch Turkmenen noch Kasachen haben jemals zum Osmanischen Reich gehört.) Wohl aber haben Teile dieser heutigen Staaten über lange Zeit zum persischen Einflußbereich gehört. Im Iran ist das Newroz (deutsch: neuer Tag) bis heute der offizielle Neujahrstag und höchster Feiertag im Jahr.

Soweit zu Wertmüllers "Fakten", die allerdings für die Beurteilung der politischen Frage unerheblich sind. Es ist letztlich unwichtig, wer zuerst Newroz gefeiert hat und ob das Newrozfest 2.600 oder 12 Jahre alt ist (auch wenn manche Kurdistan-Solidaritätsgruppen in jeder Veröffentlichung auf die "2.600 Jahre alte Geschichte" rekurrieren). Entscheidend ist aber, daß das öffentliche Feiern des Newroz-Festes seit Beginn der 90er Jahre ein wichtiger Faktor beim Umschlagen der Guerillabewegung in eine allgemeine Aufstandsbewegung (Serhildan) war.

Nicht die kurdische Bewegung hat den Nationalismus erfunden. Vielmehr ist sie eine Reaktion auf den bis ans Groteske gehenden und für Nicht-Türken immer wieder lebensbedrohenden türkischen Nationalismus. Es gibt kaum eine kurdische Familie, die nicht schon während der Massaker der 20er und 30er Jahre vertrieben wurde oder Angehörige verloren hat. Bei der Austreibung von rund einer Million Menschen kamen 1938 hunderttausende auf dem Hungermarsch um. Aufgrund solcher geschichtlichen Erfahrungen fühlen sich die meisten Kurden von Völkermord bedroht.

Die heute 20- bis 30jährigen Kurden wurden von Lehrern aus der damaligen Avantgarde der türkischen Linken krumm und blau geschlagen, wenn sie nicht korrekt türkisch sprachen. Oder sie wurden als Sieben- bis

Achtjährige(!) stundenlang in den Kellern der Internatsschulen (für mittellose Kinder) knöcheltief im kalten Wasser stehen gelassen, weil sie es gewagt hatten, untereinander kurdisch zu reden. Dieselben Lehrer, die versuchten, den Kindern die Grundthesen des Marxismus zu vermitteln, ernannten Spitzel innerhalb der Klasse, die zu melden hatten, welche Kinder privat oder im Schlafraum kurdisch sprachen.

Man kann mit Zitaten - sei es von irgendwelchen angeblichen Gurus wie Celasun oder auch vom schnauzbärtigen Oberguru himself - diverse "üble" Tendenzen innerhalb der PKK bzw. nahestehender Gruppen nachweisen. Kritik daran ist notwendig und wird in der Türkei (teilweise auch innerhalb der PKK) ohnehin weitaus qualifizierter vorgebracht, als Wertmüller dies vermag. Aber Programme oder Aussagen bestimmter Führer geben nicht unbedingt immer den Charakter einer Bewegung wieder.

Trotz all der Greuel, die der türkische Staat verübt, trotz der Teilnahmslosigkeit der Mehrheit der türkischen Bevölkerung demgegenüber und trotz der teilweise starken antikurdischen nationalistischen Mobilisierung in der türkischen Bevölkerung, gibt es in der kurdischen Bevölkerung keinen antitürkischen Nationalismus. Im Gegenteil: Die übergroße Empfänglichkeit für jede freundliche Geste, für jeden Türken, der auch nur einmal einen kurdischen Verein besucht oder sich für eine friedliche Lösung einsetzt, erinnert in fataler Weise an die Haltung mancher deutscher Juden, die dieses Scheißland auch dann noch liebten, als die Katastrophe schon abzusehen war.

Der türkische Hegemonialanspruch sei "nicht minder völkisch" als die kurdische Sache, meint Wertmüller und übersieht dabei, daß die Kurden ums Überleben kämpfen ohne irgendwelche Großmachtambitionen, während der türkische Staat (von NATO und BRD logistisch und militärisch ausstaffiert!) versucht, seine Großmachtinteressen bis nach Asien durchzusetzen. Dabei fällt auf, daß Wertmüller von der "türkischen Seite" spricht, als ob es um einen Konflikt "zwischen Türken und Kurden" ginge.

Angesichts der Rolle, die die BRD in diesem Konflikt einnimmt und angesichts all dessen, was sich in den letzten Tagen und Monaten in diesem Staat abgespielt hat (Selektion Schwarzhaariger an allen deutschen Bahnhöfen, Post- und Telefon-Überwachung, etc.) gäbe es für deutsche "Antinationalisten" genug Aufgaben, um den (eigenen) deutschen Nationalismus dieses Staates und dieser Gesellschaft zu bekämpfen. Aber zurückgelehnt im Sofasessel entpuppt sich die reine Lehre dann doch als reine Leere.

Nora Mielke (redaktionell gekürzt)

Dokumentation (junge Welt, 25.3.96):

Newroz - kurdisch, türkisch oder was?

"Seit 1000 Jahren feiern wir Newroz und seit zwei Jahren ist es angeblich türkisch!" beschwerte sich Ali Haydar Cilasun, früher Maoist und Internationalist, heute kurdischer Nationalist und Abgeordneter des kurdischen Exilparlaments in Brüssel, auf einer Veranstaltung in Berlin in der vergangenen Woche. Jahrzehntelang hat sich die offizielle Türkei um eine türkische Besetzung des 21. März nicht gekümmert und Newroz der kurdischen Minderheit überlassen. Kurdischen Nationalisten ist es in den letzten 15 Jahren dann auch gelungen, das Newroz-Fest zu einer rein kurdischen Angelegenheit zu machen und es mit dem Wunsch nach nationaler Unabhängigkeit gleichzusetzen. Die Massaker im Südosten des Landes 1992 beschrieben den blutigen Höhepunkt des türkischen Versuchs, Newroz einfach zu verbieten.

Seit dem 21. März 1995 hat die türkische Seite dazugelernt. Statt in jedem Newroz-Feuer einen Angriff auf den Bestand der türkischen Nation zu wittern, zündet man sie jetzt selbst an. Staatspräsident Demirel schoß am Donnerstag in Ankara mit einer Pistole in die Luft und eröffnete mit den Worten "allen Landsleuten (und nicht mehr, wie jahrzehntelang üblich, an alle ‚Türken` adressiert) ein glückliches Newroz-Fest" eine Fete. Ministerpräsident Yilmaz seinerseits feierte im kurdischen Igdir mit den Worten "ich finde nicht, daß Newroz ein offizieller Staatsfeiertag sein soll, ich will, daß es ein Festtag des Volkes sein soll" und dem mehrfachen Appell an die kurdisch-türkische Freundschaft. Newroz sei ein Symbol "für Liebe, Freundschaft, Frieden und Gemeinsamkeit und ist lange Zeit von der volksfeindlichen und separatistischen Terror betreibenden PKK ausgenützt worden", verkündete unterdessen zynisch Generalstabschef Ismail Karadayi in der bislang ersten "Newroz-Botschaft der Streitkräfte".

Die Frage "Was ist Newroz?" kann man mit einigen Anekdötchen aus dem Wörterbuch des kurdischen Nationalismus als Ausdruck "des Freiheitswillens der Kurden" beantworten (vgl. jW vom 22.3.). Man kann auch

genauer hinschauen und stellt dann fest, daß Newroz im ganzen ehemals osmanischen Raum verbreitet war. Newroz kann genauso an die kurdische Legende vom Schmied Kawa gebunden werden wie an die türkische von der Urheimat aller Türken im fernen Osten, wo man auch schon immer Newroz gefeiert habe.

Die offizielle Türkei hat mit ihrer Vereinnahmung einen geschickten Schlag gegen das mystisch-völkische Newroz-Gefeiere kurdischer Nationalisten geführt. Daß es dabei nicht nur um Völkerfreundschaft ging, wie Mesut Yilmaz vorgab, sondern sehr wohl auch um ein originär türkisches Newroz, demonstrierte Kultusminister Agah Oktay Güner, als er gemeinsam mit seinen Amtskollegen aus allen Turkrepubliken (Aserbaidshan, Kasachstan, Kirgisien, Tartaristan und Turkmenistan) in Ankara ein Newroz-Feuer anzündete.

Mit Newroz läßt sich eben nicht nur ein "heiliges Kurdistan" begründen, sondern genausogut der nicht minder völkische türkische Hegemonialanspruch über alle Länder mit turksprachiger Bevölkerung.

Justus Wertmüller

46. Lizenz zum Töten. Euthanasie-Befürworter Peter Singer will wieder in der BRD auftreten

Autor: Anti-Euthanasie-Gruppe Köln · Rubrik: Wissenschaftskritik · CD-Datei: daten/aksuche/ak389/47.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:389:47

Peter Singer ist ein australischer Philosoph, der für die Tötung von hilflosen und schwachen Menschen eintritt. Singer wendet sich grundsätzlich und ausdrücklich gegen die Allgemeingültigkeit von Menschenrechten und - mehr noch - gegen ein Lebensrecht für alle Menschen. Er stellt in seiner perversen "Bio-Ethik" behinderte Kinder, Kranke und Alte auf die Stufe von "menschlichem Gemüse" (human vegetables).

Singer benutzt als begriffliche Selektionsrampe eine Unterscheidung zwischen a) einigen Lebewesen mit "Personenstatus", die einen aggressiven Anspruch auf "Selbstverwirklichung" durchsetzen dürfen und b) anderen, die dieser "Maximierung von Glück" im Wege stehen und die zur materiellen, psychischen oder auch nur ästhetischen Belastung für die glücklichen Personen werden könnten (z.B. durch die notwendige Versorgung behinderter Neugeborener) oder die keinerlei Tauglichkeit für eine ökonomische Verwertung besitzen. Diese Singerschen Unpersonen dürfen seiner Bio-"Ethik" gemäß getötet werden. Singer ist ein Euthanasie- und Mordphilosoph.

Peter Singer war 1989 von einigen bundesdeutschen Professoren zu Vorträgen nach Marburg, Dortmund und Saarbrücken eingeladen worden, um mit seiner Hilfe einen "Tabubruch" durchzusetzen. Diese Vorträge wurden von Behinderten-Initiativen, Anti-Euthanasie-Gruppen, kritischen SonderpädagogInnen u.a. erfolgreich verhindert oder massiv gestört. Jetzt wollen ihm das Heidelberger "Institut für systematische Forschung" und die "Internationale Gesellschaft für systematische Therapie e.V." (IGST) erstmals wieder eine Auftrittsmöglichkeit verschaffen: Die IGST führt vom 1. bis 5. Mai 1996 in Heidelberg einen Kongreß mit dem Titel "Vernunft und Fundamentalismus in der Ethik" durch.

Mit dem erneuten Versuch, Singer in die BRD einzuladen und ihm ein öffentliches, "wissenschaftliches" Forum zu geben, soll ausprobiert werden, ob seine Tötungs-Ethik noch Anstoß erregt. Singers Bio-"Ethik" soll einerseits als "normale" Position in den innerwissenschaftlichen Diskurs eingeführt und diskutierbar gemacht werden. Andererseits dient sein Besuch als Test dafür, wie weit die Akzeptanz für die staatliche und medizinische Liquidation "unwerten" Lebens inzwischen gewachsen ist, und ob seine Thesen noch Anstoß erregen.

Per-Saldo-Moral

Warum wurde Singer 1989 daran gehindert, seine menschenrechtswidrigen Thesen zu verbreiten? Singer versucht sich vordergründig an einem Modell zur Lösung von Entscheidungssituationen, das nicht mit unbelegbaren "moralischen" Setzungen arbeitet. Zentrale Prämisse ist, daß eine Entscheidung/Handlung moralisch dann gut ist, wenn sie "per saldo für alle Betroffenen die besten Konsequenzen hat". (S. 30, alle Zitate aus: "Praktische Ethik", 2. Aufl. 1994)

Im "für alle" steckt die Fußangel: Gemeint ist hier nicht eine Gesellschaft gleichberechtigter Betroffener, sondern eine summarische Bilanz. Die Denkschule des "Utilitarismus" definiert das Wohl der Einzelnen im Vergleich zum Wohl der Gemeinschaft als etwas, das nichts zählt. (Du bist nichts, dein Volk ist alles.) Bioethiker, Euthanasie-Befürworter und Bevölkerungspolitiker definieren Glück als ein vom Individuum losgelöstes, abstraktes Maß, das in seiner Gesamtsumme maximiert werden muß. Das kann auch dadurch geschehen, daß einzelnen Menschen (belastenden Existenzen) Unglück zugefügt wird, solange und weil dies angeblich das Glück anderer um ein unvergleichlich größeres Maß erhöht. Beispiele: hohe Kosten für die Pflege von Behinderten, Medikamente für Todkranke, der Anblick von RollstuhlfahrerInnen im Urlaubshotel.

Dieses Kalkül macht eine Abwägung der Interessen aller Betroffenen. In diese Abwägung werden aber nur diejenigen einbezogen, die überhaupt Interessen haben können! Und dieser Personenkreis wird so bestimmt: "Die Fähigkeit zu leiden und sich zu freuen ist (...) eine Grundvoraussetzung dafür, überhaupt Interessen haben zu können (...) Ist ein Wesen nicht leidungsfähig oder nicht fähig, Freude (...) zu erfahren, dann gibt es nichts zu berücksichtigen". (S. 85)

Unter dieser Voraussetzung (von außen diagnostizierte fehlende Glück- und Leidensfähigkeit) sind auch aktive Tötungen erlaubt: "Sofern der Tod eines behinderten Säuglings zur Geburt eines anderen Säuglings mit besseren Aussichten auf ein glückliches Leben führt, dann ist die Gesamtsumme des Glücks größer, wenn der behinderte Säugling getötet wird" (S. 238).

Von Schnecken

und Säuglingen

Singer unterscheidet ausdrücklich zwischen einem Mitglied der Gattung homo sapiens (Mensch) und einer Person als "ein selbstbewußtes Wesen, (das) sich seiner selbst als distinkte Entität bewußt (ist), mit einer Vergangenheit und einer Zukunft. (...) Ein Wesen, das in dieser Weise seiner selbst bewußt ist, ist fähig, Wünsche hinsichtlich seiner eigenen Zukunft zu haben (...) Tötet man ein Schnecke oder einen 24 Stunden alten Säugling, so vereitelt man keine Wünsche dieser Art, weil Schnecken und Neugeborene unfähig sind, solche Wünsche zu haben." Das Ethische daran: "Die Tötung eines behinderten Säuglings ist nicht moralisch gleichbedeutend mit der Tötung einer Person. Sehr oft ist sie überhaupt kein Unrecht." (S. 244)

Nach Singer ist das zentrale Interesse einer Person, ihr Leben weiterzuführen. Nicht-selbstbewußte Wesen haben dieses Bestreben nicht. Daher kommt er zu der Schlußfolgerung: "Kein Säugling - mag er nun behindert sein oder nicht - hat in gleichem Maße Anspruch auf das Leben wie Wesen, die fähig sind, sich selbst als distinkte, in der Zeit existierende Entitäten zu sehen". (S. 233) Da manche Tiere durchaus über eine solche Fähigkeit verfügen würden, sei z.B. das Lebensrecht eines Schimpansen höher zu bewerten als das eines perspektivlosen Schwachsinnigen. Singer gefällt sich in der Pose des "Tierschützers", der durch die Aufwertung angeblicher "Tierrechte" die Gültigkeit unveräußerlicher Menschenrechte zersetzen will.

Qualitätskontrolle

für menschliches Leben

Diese Thesen sind nicht einfach Kopfgeburten eines abgedrehten Philosophen. Sie ordnen sich ein in einen Gesamtdiskurs über Qualitätskontrolle menschlichen Lebens, des Körpers und seiner Organe; der Kostenreduktion im Gesundheitswesen; der Deregulierung und Dehumanisierung von Forschung und Technik und der Abwertung von Menschen zu "Bevölkerungsbomben" und "Ballastexistenzen". Beispiele hierfür sind:

- Die Entscheidung des Bundesgerichtshofes vom September 1994, bei unheilbar kranken und entscheidungsunfähigen Patienten unter besonderen Voraussetzungen auch dann lebenserhaltende Maßnahmen einzustellen, wenn der Sterbeprozeß noch nicht eingesetzt hat.

- Der Entwurf der Bio-Ethik-Konvention des Europarats vom September 1995: "In Ausnahmefällen (...) kann an einer einwilligungs-unfähigen Person fremdnützige Forschung durchgeführt werden, wenn sie die Kenntnisse über den Zustand, die Krankheit oder Störung dieser Person erheblich verbessern kann und das Ziel hat, Personen mit einem ähnlichen Alters-, Krankheits- oder Störungsprofil zu nützen." (Art. 16.2)

- Die Genehmigung von Zwangssterilisationen an behinderten Menschen.

- Die Zulassung von medizinischen Menschenversuchen, um eine staatlich kontrollierte neue Todesdefinition auszuprobieren (z.B. der "Fall Erlangen").

- Die Ausbreitung ökofaschistischer Ideologien wie der des "Biozentrismus".

Wir sind aufgerufen, diesen Gesamtdiskurs aufzubrechen und uns der Unterordnung menschlichen Lebens unter ökonomisches Diktat und fatale Glücksvorstellungen zu widersetzen.

Anti-Euthanasie-Gruppe Köln

(redaktionell gekürzt)

Vorläufig letzte Meldung:

Am 2.4.96 meldet die Frankfurter Rundschau, daß Singer ausgeladen sei. Bitte erkundigt euch in Köln oder Essen, was weiter geplant ist.

Am Samstag, 13. April (ab 10 Uhr) findet in Köln ein bundesweites Treffen statt, um Aktionen zur Verhinderung des Singer-Auftritts zu planen.

Kontakt: Anti-Euthanasie-Gruppe Köln, c/o AStA der AfH (Abteilung für Heilpädagogik), Frangenheimstr. 4, 50931 Köln, (0221) 404231.

Weitere Kontakte: BioSkop und Bundesweites Forum der Krüppel- und Behinderteninitiativen, c/o Volker van der Locht, Grendplatz 4, 45276 Essen.

47. Quelldatei 24bu.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak389/24bu.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:389:24bu

BUs S. 13

1) Kostenlose Busfahrten für Leute, die ihre Angehörigen oder Bekannten im Knast besuchen wollen.

2) COINTELPRO in der Praxis: Der 21jährige Panther-Führer Fred Hampton (am Mikro) wurde im Dezember 1969 bei einem Polizeiüberfall auf das BPP-Büro in Chicago in seinem Bett erschossen.

S. 15

1) Szene aus "Panther": Bobby Seale (Courtney Vance) und Huey Newton (Marcus Chong) stellen sich der Polizei entgegen.

2) Filmemacher Mario und Melvin van Peebles.

48. Quelldatei 31.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak389/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:389:31

Umweltpolitik in Lateinamerika

MitarbeiterInnen bundesdeutscher Firmen in Mexiko-Stadt erhalten eine "Umweltverschmutzungszulage". Die Entstehung von Mega-Metropolen wie eben z.B. Mexiko-Stadt wird fälschlich der extremen Verstädterung vieler lateinamerikanischer Länder angelastet. Tatsächlich geht es um eine Landflucht, die mit der extrem ungleichen Besitzverteilung auf dem Land zu tun hat, also um die Frage des Bodeneigentums. Wir dürfen also, schreibt die ila-Redaktion, "Gottes verschlungene Pfade bewundern, die dazu geführt haben, daß der Nachfahre des Welser-Angestellten, der im Dienste seines Augsburger Landesherren manch Säckle Gold in die schwäbische (heute bayrische) Heimat brachte, im Dienste eines Münchner Elektro-Multis unter der Verstädterung Mexikos leidet." Nicht um einen soundsovielten Beitrag zur Umweltzerstörung geht es in der aktuellen Ausgabe. Vielmehr werden Informationen und Meinungen zur Erhellung der Frage, wie Umweltprobleme in Lateinamerika entstehen und was dort dagegen unternommen wird, geboten.

ila. Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika, Nr. 193 (März 1996). A4, 60 S., 8 DM. ISSN 0946-5057.

Kultur der Abschreckung

Um "Identitäten und Illegalisierung in Europa" geht es in der jüngsten Ausgabe der blätter des iz3w. Diese Begriffe umschrieben die repressiven und gewaltsamen Veränderungen in den europäischen Ländern der letzten Jahre, denen Flüchtlinge und "Fremde" ausgesetzt sind. "In den Ländern Westeuropas, die sich nach wie vor für den Hort der Zivilisation halten, etabliert sich eine Kultur der Abschreckung." Neben diesem Schwerpunkt wird das Spannungsverhältnis "Süd-Nord" (u.a. mit drei Beiträgen zu Südafrika) und "Nord-Süd" thematisiert. - Die blätter-Redaktion fürchtete noch vor rund einem halben Jahr, ihre Zeitschrift einstellen zu müssen. Dank zahlreicher Spenden und einer erheblichen Anzahl neuer AbonnentInnen ist die Weiterführung dieser mittlerweile letzten deutschsprachigen "Dritte-Welt"-Publikation mit umfassender Berichterstattung fürs erste gesichert. Wir gratulieren und freuen uns mit den KollegInnen in Freiburg!

blätter des iz3w, Nr. 212 (März/April 1996). A4, 52 S., 8 DM. - Jahresabo mit 8 Ausg. 60 DM: iz3w, Postfach 5328, 79020 Freiburg. - ISSN 0933-7733.

Jüdische Arbeitslager

Im Protokoll der Wannseekonferenz ist die Rede davon, daß die arbeitsfähigen Juden "straßenbauend" im Osten "zum Arbeitseinsatz" kommen sollten. Beim Bau der "Straße der SS", die von der polnischen Ostgrenze bis zum Schwarzen Meer führen sollte, wurde neben zwangsverpflichteten Ukrainern und sowjetischen Kriegsgefangenen eine große, jedoch nicht genau bekannte Anzahl von Juden eingesetzt. Hermann Kaienburg, u.a. Autor einer Monografie über das KZ Neuengamme, beschreibt in 1999 die Arbeitsteilung zwischen SS, Organisation Todt und deutschen Straßenbaufirmen bei diesem Unternehmen. - In weiteren umfassenden Beiträgen erörtert Walter L. Bernecker die Lage in Lateinamerika am Ende des Zweiten Weltkriegs, und Andrew Gordon untersucht das "Verschwinden der japanischen Arbeiterbewegung" am Beispiel des Stahlkonzerns Nippon Kokan in den fünfziger und sechziger Jahren.

1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts, H. 1, Januar 1996. 160 S., 18 DM. ISSN 0930-9977.

Flüchtlingskinder in der BRD

Jährlich sterben 14 Millionen Kinder an Hunger und behandelbaren Krankheiten in der "Dritten Welt". Gleichzeitig leiden dort 150 Millionen Kinder an Unterernährung. - Der Hamburger Arbeitskreis Asyl hat ein Kompendium zur "Situation minderjähriger Flüchtlinge in der BRD" zusammengestellt. Neben grundlegenden Informationen enthält das Heft eine Anzahl von Interviews mit bzw. Berichten von jungen Flüchtlingen u.a. aus Armenien, der Türkei, dem Libanon und Eritrea sowie eine Reportage über die 10.000 jüdischen Kinder, die Großbritannien nach dem Novemberpogrom 1938 aufnahm.

"Da dreht sich dir der Kopf um." Situation minderjähriger Flüchtlinge in der BRD. Asyl Nr. 7 (2., überarb. u. erw. Aufl.). A4, 52 S., 7 DM.

Atomindustrie

Nach Tschernobyl wurde kein neues AKW in der BRD in Betrieb genommen. Die Monatszeitung für Selbstverwaltung Contraste warnt indes vor einem "Comeback der Atomindustrie" und informiert in mehreren Beiträgen über das Treiben der "Atommafia" in den letzten beiden Jahren. Des weiteren enthält die März-Ausgabe u.a. das "3. Sozialpolitische Manifest" - nach 25 Jahren Arbeitsgemeinschaft sozialpolitischer Aktionsgruppen (AG SPAK) ein Entwurf anstehender Arbeit "in den nächsten 25 Jahren".

Contraste. Monatszeitung für Selbstverwaltung. Nr. 138 (März 1996). A3, 16 S., 8 DM. ISSN 0178- 5737.

Organisationsfrage

und Sexualität

In ihrer Null-Nummer stellte Arranca! die Organisationsfrage, in der vierten Ausgabe fanden sich eine "Einschätzung" und "Fragen zum Organisationsansatz". In der aktuellen Nr. 8 jetzt der Abschied vom bisherigen Hoffnungsträger, der Antifaschistischen Aktion - Bundesweite Organisation (AA-BO), die von Arranca! in der erwähnten vierten Ausgabe als "relevantester Organisationsansatz in der radikalen Linken" qualifiziert worden war. - Schwerpunktmäßig und über einige Dutzend Seiten geht es im vorliegenden Heft jedoch um den "SEXualmoralischen Verdrängungszusammenhang". Wer die derzeitigen Debatten über Sexualität verfolge, der - meint die Redaktion - könne den Eindruck haben, "der radikalen Linken gehe es vor allem um die Durchsetzung moralischer Tabus und nicht etwa um ein lustvolles, sexuelles Leben." Wenn es denn mit der Organisationsfrage erstmal nichts ist, wird doch immerhin eine ehrwürdige Tradition wiederbelebt, war es doch Kunzelmann, der Ende der roaring sixties forderte, die Bewegung möge gefälligst seinen Orgasmusschwierigkeiten mehr Beachtung geben.

Arranca! Nr. 8, Frühjahr 1996. A4, 104 S., 7 DM.

Antifaschismus

Große Teile der linken Literatur aus den sechziger bis zu den achtziger Jahren sind heute kaum noch zu finden. Auch am Thema interessierte Antiquariate können es sich nicht leisten, mit dieser fast unverkäuflichen Literatur ihre Regale zu füllen. Eine Ausnahme ist "Fäustels Buchrecycling", ein Versandbetrieb, der es sich auch nicht leisten kann, aber trotzdem seit ein paar Jahren bemüht ist, linke Literatur wieder in Umlauf zu bringen. Hierbei handelt es sich um Publikationen von den 50er Jahren bis zum Anfang der 90er Jahre, vorwiegend aus der ehemaligen DDR und aus westdeutschen DKP-nahen Verlagen, die zu sehr günstigen Preisen angeboten werden. Soeben ist die neuste Liste, diesmal wieder speziell zum Thema "Antifaschismus", erschienen.

Antifa-Liste, Februar 1996. Zu beziehen bei: Fäustels Buchrecycling, Volker Rohde, Stroofstr. 15, 53225 Bonn, oder FAX beim Pahl-Rugenstein-Verlag 0228-634968.

49. Quelldatei 34.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak389/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:389:34

LeserInnenbriefe

Unbewegt

Sehr geehrte Damen und Herren vom ak,

hiermit kündige ich mein ak-Abonnement.

Ich bin nicht mehr gewillt eine Zeitung zu lesen, die sich zunehmend zur Hauspostille der Gesellschaft für bedrohte Völker entwickelt. Die Nationalitätenkonflikte in Irland, im Baskenland, Kroatien/Bosnien-Herzogowina oder die Sache der Palästinenser und Euer Eintreten für Waffengänge der NATO im ehemaligen Jugoslawien mag Euch nationalrevolutionär bewegen, mich nicht. Die eingesparten Abokosten kommen künftig der "Jungen Welt" und "konkret" zugute.

T.R., Gilching

Verärgert

GenossInnen,

(...) Schon seit einiger Zeit bin ich unzufrieden mit und regelrecht verärgert über bestimmte politische Tendenzen im ak. Daß ich mich nicht früher zu Wort gemeldet habe, hat u.a. damit zu tun, wie sich die Öffnung des ak abspielt, die alles andere als eine "Radikalisierung" des ak zu bringen verspricht.

Aber gerade in der jetzigen Situation ist radikale linke Kritik an den kapitalistischen bzw. imperialistischen Entwicklungen allgemein und der spezifisch deutschen Entwicklung im besonderen nötiger denn je. Während sich nun Deutschland seit der "Wiedervereinigung" Stück für Stück zu neuer Großmachtgröße aufschwingt, macht sich z.B. kt. lieber Gedanken darüber, ob nicht ein "Weltpolizist" in der Welt für Ruhe und Ordnung sorgen könnte (ak 384, PDS beim Nachdenken erwischt). Sein Vorschlag lautet dann, wir sollten für eine "Demokratisierung" der UNO kämpfen. Denn analog zum "bürgerlichen Rechtsstaat", der als ein "historisch gar nicht vermeidbares Stadium" zu sehen sei und als "Fortschritt" zu gelten habe, sollen wir als Linke helfen, die UNO zu "zivilisieren".

Antje Vollmer läßt grüßen! Diese politischen Perspektiven werden uns also vom ak an prominenter Stelle angeboten. Das ist die "linke" Begleitmusik für das deutsche Streben nach dem ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat. Früher war der ak bekannt dafür, daß er die Grünen für solche reformistischen Positionen kritisiert und ihnen ein Abgleiten in die parlamentarische Anpassung vorgeworfen hat. Kein Zufall ist in dem Zusammenhang, daß kt. das alles in dem Bestreben geäußert hat, die Ex-Genossin Andrea Lederer vor den Angriffen der bösen "j.W." zu verteidigen. Denn ähnlich wie die Grünen früher denken auch Andrea/Teile der PDS heute über konkrete Mitgestaltung des Systems nach, anstatt die "undankbare" Aufgabe zu übernehmen, die radikale Kritik z.B. an der UNO öffentlich deutlich zu machen. Aber damit gewinnt man/frau ja keine WählerInnenstimmen. Außerdem wird in diesen Kreisen lieber über Regierungsbeteiligungen "nachgedacht".

Ich habe auch keine Kritik an kt.s Artikel aus euren Reihen gelesen, so daß ich davon ausgehe, daß die Redaktion diese Meinung nicht falsch findet. Somit findet ihr es also richtig, daß ein "gewaltfreies Zusammenleben" ja bisher praktisch nie geklappt hätte und es deswegen eben nicht ohne gewisse "abgestufte Formen von Gewalt" ginge. Natürlich nur um den Frieden zu sichern gegen "gewaltsame Verstöße", was wohl meint gegen Staaten, die gegen "moralische Normen" verstoßen.

Konsequent fordert kt. dann ja auch das "Nachdenken" über solche Konfliktregelungen von uns und landet zwangsläufig bei der reaktionären Forderung nach einem "Weltpolizisten", der es dann schon richten wird. Die Hilflosigkeit der "Linken", in der Welt nichts zu sagen zu haben, schlägt um in "Realpolitik", die als utopisches Denken daherkommt. Denn diese "Zivilisierung" der internationalen Strukturen dauert "möglicherweise ... mehr als hundert Jahre ...". Aber die "Schlußfolgerungen" seien für jeden "Sozialisten bitter", doch "das politisch-moralische Dilemma ist praktisch nicht auflösbar." Ja, ja, die Verhältnisse sind eben nicht so!

Hier wird eine Argumentation aufgebaut, die leicht abgewandelt auch zur Befürwortung von Kampfeinsätzen, zur Bestrafung "der Serben" als Aggressoren gegen eine "Friedensordnung" führen kann usw., das Tor nach rechts ist weit geöffnet. Da bieten sich die "faschistischen" Serben ja geradezu an, die Kampfeinsätze deutscher Tornados vielleicht nicht ganz so verkehrt zu finden. Das Ganze natürlich immer versehen mit einer gehörigen Portion "Betroffenheit" über unschuldige Opfer der natürlich rein serbischen Aggression.

Langer Rede kurzer Sinn - bei dieser Art "Utopiediskussion", die immer darauf abzielt, als Linke irgendwie direkt "eingreifen" zu wollen, kommt nichts als affirmative Politik heraus. Diese hat in einer linken Zeitung nichts zu suchen. Wobei die Forderung nach "demokratisierten" globalen Strukturen nicht weniger utopisch ist als etwa die nach der sofortigen Auslösung Deutschlands.

Mit dieser Anpassung an "gegebene" Strukturen möchte ich nichts zu tun haben (...).

Mit kommunistischem Gruß

R.W.

50. Quelldatei 35.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak389/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:389:35

Kalender

KZ Neuengamme

Vor 50 Jahren wurde der Lagerführung des KZ Neuengamme im Hamburger Curio-Haus der Prozeß gemacht. Dieses Ereignisses wird mit Vorträgen und Filmen gedacht.

10.4.96, 19 Uhr: Der Curiohaus-Prozeß in der zeitgenössischen Berichterstattung (Vortrag von Carmen Lange). Der Kindermord vor Gericht (Vortrag von Günter Schwarberg). - Curio-Haus, Rothenbaumchaussee 15, Hamburg.

14.4.96, 14 Uhr: Die Kinder vom Bullenhuser Damm (Dokumentarfilm, BRD 1983). Der Ärzteprozeß - Nürnberg 1946/47 (Dokumentarfilm, BRD). - KZ-Gedenkstätte Neuengamme, Jean-Dolidier-Weg, Hamburg.

22.4.96, 19 Uhr: Der Neuengamme-Prozeß - Zeitzeugen erinnern sich (mit ehemaligen KZ-Häftlingen und Zeugen der Anklage, einem Prozeßdolmetscher u.a.). - Curio-Haus, Rothenbaumchaussee 15, Hamburg.

Simone de Beauvoir

Zehn Jahre nach dem Tod von Simone de Beauvoir sind ihre Texte immer noch aktuell und spannend. Helga Flamm, Weiterbildnerin, stellt ihre Bedeutung insbesondere für die Diskussion in der Frauenbewegung dar.

15.4.96, 19 Uhr. Die Neue Gesellschaft, Rothenbaumchaussee 19, Hamburg.

15.4.-19.4.96. Bildungsurlaub für Frauen. Umdenken, Politisches Bildungswerk, Max-Brauer-Allee 116, 22765 Hamburg. Teilnahmegebühr: 170 DM.

Frauen forschen

Im Rahmen der allgemeinen Vorlesungen an der Universität Hamburg (offen für alle) stellen Hamburger Wissenschaftlerinnen und Künstlerinnen ihre Forschungsergebnisse vor.

15.4.96: Das weibliche Subjekt der "Political Correctness". PC-Diskurs und neuer Antifeminismus (Dr. K. Frank, Linguistin).

22.4.96: Frauen und betriebliche Weiterbildung (Monika Grünhagen, Dipl.-Soziologin).

29.4.96: Forschen - und dann? Zur beruflichen Orientierung in einem Orchideenfach (Bettina Nock, Dipl.-Psychologin und Ethnologin).

Die Vorlesungen finden jeweils montags, 19-21 Uhr, im Hörsaal G, Hauptgebäude der Universität, Edmund-Siemers-Allee 1, Hamburg statt.

Jüdische "Displaced Persons"

150.000 jüdische Flüchtlinge, sog. Displaced Persons (DPs) aus Mittel- und Osteuropa, lebten zwischen 1945 und 1949 in Lagern in der amerikanischen Besatzungszone Deutschlands. Einer dieser Flüchtlinge, der Warschauer Ephraim M. Robinson, ein engagierter Freizeitfotograf, dokumentierte das Leben im DP-Lager: den Kindergarten, Schulunterricht, Versammlungen, Hochzeiten und Demonstrationen. Das Fritz Bauer Institut zeigt in Zusammenarbeit mit dem Jüdischen Museum München diese Fotografien in einer Ausstellung.

17.4.-17.5.96, Mo.-Fr. 9-17 Uhr, Mi. 9-19.30 Uhr. Amerika-Haus, Staufenstr. 1, Frankfurt/M.

"Die Rolle der ‚Displaced Persons` seit 1945" ist das Thema eines Studientages, der von der Gedenkstätte Hadamar in Zusammenarbeit mit dem Fritz Bauer Institut durchgeführt wird.

20.4.96, Hadamar. Info: Fritz Bauer Institut, Rheinstr. 29, 60325 Frankfurt/M.

Frauen und Rassismus

Prof.Dr. Birgit Rommelspacher spricht zur Dominanzkultur in unserer Gesellschaft und führt ein eintägiges Seminar zum selben Thema in Nürnberg durch.

19.4.96, 20 Uhr: Vortrag mit Diskussion (nur für Frauen), Stadtteilzentrum Desi, Brückenstr. 23, Nürnberg. (Das Zentrum ist mit dem Rollstuhl zu befahren.)

20.4.96, 10-16.30 Uhr: Seminar. FiBiDoZ, Gostenhofer Hauptstr. 50, Nürnberg. Teilnahmegebühr 25 DM, Verpflegung 10 DM. Anmeldung beim FiBiDoZ erforderlich. (Die Räume sind nur über Treppen zu erreichen, aber die Veranstalterinnen helfen gerne.)

Bioethik, Eugenik und "Euthanasie"

Für Oktober 1996 ist die Verabschiedung einer sogenannten Bioethik-Konvention geplant. Der Entwurf für diese Konvention ist der erneute Höhepunkt eines längeren Prozesses, der als Biologisierung der Gesellschaft bezeichnet werden kann. Die Antifaschistische Gruppe im Prenzlauer Berg lädt in Zusammenarbeit mit dem Gen-ethischen Netzwerk zu einer Veranstaltungsreihe zu dieser Problematik.

23.4.96: Erfassen und Verwerten - Zur Bioethik-Konvention des Europarats.

30.4.96: Der Pannwitzblick (Video).

7.5.96: Zur Geschichte von Eugenik und "Euthanasie".

Die Veranstaltungen beginnen jeweils um 19.30 Uhr und finden statt im Baobab, Winsstr. 53, Berlin.

Nürnberger Prozeß

Zum 50. Jahrestag des Nürnberger Kriegsverbrechertribunals und der Rolle Hitlers spricht Prof.Dr. Kurt Pätzold bei einer Veranstaltung der Marxistischen Abendschule (MASCH).

24.4.96, 19 Uhr, Pferdestall, Raum 138, Allende-Platz 1, Hamburg.

"Frieden denken - Frieden leben"

Seit 25 Jahren gibt das selbstverwaltete Projekt "antimilitarismus information" (ami) einen monatlichen Informationsdienst heraus. Aus Anlaß dieses Jubiläums veranstaltet ami eine Tagung unter dem Motto "Frieden denken - Frieden leben". Nebst einer einleitenden Podiumsdiskussion zu den Perspektiven der Friedensarbeit sind Arbeitsgruppen mit AktivistInnen der Friedensbewegung geplant. Wobei, wird im Aufruf versprochen, das Geburtstagsfest "natürlich auch nicht fehlen" werde.

3.-5.5.96, Berlin. - Info: ami-Verlag, Elßholzstr. 11, 10781 Berlin.

Im Labyrinth der Bilder

Eine Fachtagung für Frauen aller Nationen über "Eingewanderte und deutsche Frauen in der interkulturellen Bildungsarbeit" führt "Die Brücke" in Essen durch. Neben Vorträgen u.a. zum Thema "Frauenselbst- und Fremdbild im interkulturellen Vergleich" werden zwei Workshops - Wie sehe ich sie, wie sieht sie mich?; Wie wird sie, wie werde ich dargestellt? - angeboten.

10.-12.5.96, Essen.- Programm und Anmeldung (bis zum 10.4.96) bei: Ökologie-Stiftung NRW, Union Gewerbehof, Huckarder Str. 12, 44147 Dortmund.

Schickt Eure Veranstaltungshinweise! Per e-mail, per Post

oder als Fax. Annahmeschluß für ak 390 ist der 23.4.96.

51. Quelldatei 36.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak389/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:389:36

Baden-Württemberg, +, +, +, +

, 1996 , , 1992 ,

Wahlberechtigte, 7.201.465, , 7.154.575,

Wähler, 4.859.496, , 5.014.446,

Wahlbeteiligung, 67,5%, , 70,1%,

Ungültige Stimmen, 76.135, , 65.247,

CDU, 1.974.366, 41,3%, 1.960.016, 39,6%

SPD, 1.198.969, 25,1%, 1.454.477, 29,4%

Republikaner, 437.186, 9,1%, 539.014, 10,9%

Grüne, 580.636, 12,1%, 467.781, 9,5%

FDP, 458.482, 9,6%, 291.199, 5,9%

DKP, 1.783, 0,0%, 794, 0,0%

Graue, 12.171, 0,3%, 28.719, 0,6%

Nichtwähler, 1.863, 0,0%, -,

Tierschutzpartei, 10.511, 0,2%, -,

Naturgesetzpartei, 6.200, 0,1%, -,

ÖDP, 69.701, 1,5%, 93.604, 1,9%

PBC, 23.185, 0,5%, 27.272, 0,6%

Andere, 3.434, 0,1%, ,

Sitze: CDU 69 (64),, SPD 39 (46),, B 90/GRÜNE 19 (13),, FDP 14 (8),, REPs 14 (15), +, +, +, +

Schleswig-Holstein, +, +, +, +

, 1996 , , 1992 ,

Wahlberechtigte, 2.111.573, , 2.091.342,

Wähler, 1.516.613, , 1.500.410,

Wahlbeteiligung, 71,8%, , 71,7%,

Ungültige Stimmen, 14.618, , 12.501,

SPD, 597.729, 39,8%, 687.427, 46,2%

CDU, 559.070, 37,2%, 503.510, 33,8%

DVU, 64.330, 4,3%, 93.295, 6,3%

FDP, 86.226, 5,7%, 82.963, 5,6%

Grüne, 121.913, 8,1%, 74.014, 4,9%

SSW, 38.283, 2,5%, 28.245, 1,9%

DKP, 437, 0,0%, -,

DLVH, 3.138, 0,2%, -,

ÖDP, 1.581, 0,1%, -,

PBC, 231, 0,0%, -,

WSH, 28.212, 1,9%, -,

Sitze:

SPD: 33 (45),, CDU: 30 (32),, DVU: - (6),, FDP: 4 (5),, Grüne 6 (-),, SSW 2 (1), +, +, +, +

Rheinland-Pfalz, +, +, +, +

, 1996 , , 1991 ,

Wahlberechtigte, 2.986.342, , 2.928.865,

Wähler, 2.115.058, , 2.163.556,

Wahlbeteiligung, 70,8%, , 73,9%,

Ungültige Stimmen, 51.546, , 38.149,

SPD, 821.480, 39,8%, 951.695, 44,8%

CDU, 798.132, 38,7%, 822.449, 38,7%

FDP, 184.416, 8,9%, 146.400, 6,9%

Grüne, 142.666, 6,9%, 137.139, 6,5%

Republikaner, 71.460, 3,5%, 43.480, 2,0%

ÖDP, 10.885, 0,5%, 19.355, 0,9%

Solidarität, 386, 0,0%, 2.376, 0,0%

Graue, 14.297, 0,7%, -,

NPD, 7.619, 0,4%, -,

Naturgesetz, 6.199, 0,3%, -,

PBC, 3.398, 0,2%, -,

Statt Partei, 2.592, 0,1%, -,

, +, +, +, +

Sitze: SPD: 43 (47),, CDU: 41 (40),, FDP: 10 (7),, Grüne: 7 (7), +, +, +, +

52. Tschernobyl ist überall

CD-Datei: daten/aksuche/ak389/akw.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:389:akw

26. April 1986 - Super-GAU im Atomkraftwerk Tschernobyl. Unmittelbar nach dem Unfall starben 31 Menschen, 135.000 mußten evakuiert werden. Die Zahl der "stärker strahlenbelasteten Menschen" - was in vielen Fällen heißt: der Todeskandidaten - wird von Experten auf mehr als 600.000 geschätzt. Der Super-GAU hat so die Zerstörung jeder Lebensperspektive in Tschernobyl bewirkt und die weiträumige Verseuchung eines Gebiets, in dem hunderttausende Menschen leben. Aber schon der "Normalbetrieb" eines AKWs ist tödlich. Für den Betrieb eines AKW werden jährlich riesige Mengen Uranerz gefördert. Diese Abbaugebiete werden großflächig verseucht. Die Folge für die dort Lebenden sind Krebserkrankungen, denn vor radioaktiver Strahlung ist nirgendwo Schutz möglich. Der massive Widerstand gegen AKWs in den siebziger Jahren und der Super-GAU in Tschernobyl haben bewirkt, daß in der BRD seit Jahren kein neuer Reaktor in Betrieb genommen worden ist. Projekte wie der "Schnelle Brüter" in Kalkar wurden zu Milliardenruinen, Investitionen in Höhe von insgesamt 15 Milliarden DM mußten abgeschrieben werden. Die Hard liner des nuklear-industriellen Komplexes - Siemens und RWE unter Schützenhilfe exponierter Machtpolitiker wie Schröder und Stoiber - bereiten dennoch ein Comeback der Atomindustrie vor. Der in Garching bei München geplante neue Forschungsreaktor (FRM II) soll einen Weltrekord als ergiebigste Neutronenquelle aufstellen. Im neuen Reaktor soll hochangereichertes Uran eingesetzt werden, das in der vorgesehenen Konzentration atombombentauglich ist. Die für den FRM II beabsichtigte Betriebsweise steht damit im Gegensatz zu dem weltweiten Programm zur "Anreicherungsreduzierung in Forschungsreaktoren", das die US-Administration 1978 startete, um die Weiterverbreitung von Atomwaffen zu begrenzen. Der Einsatz von hochangereichertem Uran wurde international geächtet. Die BRD gab 1984 das Versprechen ab, zukünftig auf waffenfähiges Material zu verzichten. Dementsprechend wurden die bundesdeutschen Forschungsreaktoren in den folgenden Jahren umgestellt. Bundesregierung und Wissenschaftsrat haben jedoch 1995 die Verwendung hochangereicherten Urans endgültig gebilligt. Obwohl nach dem Urteil des Projektleiters für den Forschungsreaktor auch ein geringerer Anreicherungsgrad des Urans "ohne Qualitätseinbußen" möglich sei, bestehen bayrische Staatsregierung und TU München auf der Verwendung hochangereicherten, waffenfähigen Urans. Seite 4

53. Sozialisten und Juden

CD-Datei: daten/aksuche/ak389/as.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:389:as

Der Anspruch der Arbeiterbewegung, eine klassenlose Gesellschaft zu errichten, war seit Anbeginn Teil des allgemeinen Kampfes um Menschenrechte und soziale Emanzipation. Juden waren in dies Bestreben anfangs nur bedingt eingeschlossen. Anarchistische Theoretiker wie Bakunin und manche Führer der französischen Frühsoziali- sten machten Juden für das Elend der Arbeiter im Kapitalismus verantwortlich oder qualifizierten sie rundweg als "Feinde der Menschheit". Deutsche und österreichische Sozialdemokraten hingen Ende des letzten Jahrhunderts der gefährlichen Illusion an, die antijüdischen Ressentiments proletarisierter Kleinbürger in antikapitalistische Bahnen lenken zu können. Mario Keßler zeichnet in seinem Beitrag zum Verhältnis von Sozialismus und Antisemitismus diese Entwicklung nach und erörtert daran anschließend die Haltung der russischen Sozialdemokratie am Beispiel der Argumentation Lenins gegenüber dem "Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbund", der für eine eigenständige jüdische Organisation innerhalb der russischen Arbeiterbewegung eintrat. Seite 24

54. Sofortige Stillegung aller Atomanlagen!

CD-Datei: daten/aksuche/ak389/demakw.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:389:demakw

Die Anti-AKW-Initiativen rufen am zehnten Jahrestag der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl, am Samstag dem 27.4.96, zu sechs zentralen Großdemonstrationen auf.

Biblis: Anderthalb Jahre nach dem Super-GAU von Tschernobyl wäre in Biblis beinahe ähnliches passiert. Durch ein klemmendes Ventil drohte im AKW Biblis A der Ausfall der Reaktorkühlung. Demo-Beginn um 13 Uhr am Kirchplatz

Krümmel: Im Umkreis des AKW Krümmel sind in den vergangenen Jahren auffallend viele Menschen an Leukämie erkrankt. Die Betreiber sind den Nachweis schuldig geblieben, daß Krankheit und Tod nicht durch das AKW verursacht werden.

Demo-Beginn um 11.30 Uhr in Geesthacht Post, ca. um 14 Uhr am AKW

München: In Garchingen soll der Forschungsreaktor FRM II gebaut werden, für dessen Betrieb hochangereichertes, waffenfähiges Uran vorgesehen ist.

Demo-Auftakt um 12 Uhr am Rotkreuzplatz

Ahaus: In das Zwischenlager Ahaus rollte bereits der 305. Castor-Behälter mit Atommüll. Demo-Beginn zum Atommüllager um 12 Uhr am Rathausplatz

Magdeburg: Viele andernorts nicht durchsetzbare "Problemlösungen" werden seit dem Einigungs-Vertrag in der ehemaligen DDR "entsorgt". Ein Hauptumschlagplatz für Atommüll ist Magdeburg. Sterndemo um 11 Uhr zum "Zentralen Platz"

Wyhl: Kein AKW in Wyhl! Vor über zwanzig Jahren konnte die Anti-AKW-Bewegung erstmals den Bau eines AKW verhindern.

Demo-Beginn um 15 Uhr am Münsterplatz in Breisach am 28.4.96

55. Spendenziel erreicht!

CD-Datei: daten/aksuche/ak389/spend.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:389:spend

Im November 1995 baten wir unsere Leserinnen und Leser, 50.000 DM zu spenden, um die Herausgabe der Zeitung für ein weiteres Jahr finanziell zu sichern. Die Resonanz war toll. Kleine und große Spenden trudelten auf unserem Konto ein. Selbst Cocktails wurden für ak gemixt und getrunken.

Wir werden uns bemühen, auch in diesem Jahr weiter gegen den Zeitgeist zu schreiben, den Finger in die Wunden des Imperialismus zu bohren und auch mit Hintergrundwissen zu glänzen.

Allen Spenderinnen und Spendern ein herzliches Dankeschön.

Die ak-Redaktion

Spenden-Liste

Spenden bis ak 388 47.611,00

Neueingänge

O.P., Hamburg 50,00

5 St. Pauli Fans, Hamburg 148,00

I.F., Oldenburg 20,00

C.P., Frankfurt 200,00

D.P., Wallerfangen 20,00

W.H., Köln 100,00

S.A., Berlin 500,00

N.N., xy 25,00

S.B., Weil der Stadt (Hausen) 200,00

N.N., xy 50,00

N.N., xy 200,00

S.K., xy 100,00

M.Q., Stade 25,00

M.M., Ibbenbüren 250,00

Cocktails für ak, Hamburg 1.035,00

M., Berlin 250,00

M.S., Hamburg 300,00

Summe seit ak 388 3.473,00

Gesamt 51.184,00

56. Türken, Kurden und Deutsche

CD-Datei: daten/aksuche/ak389/tuerkei.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:389:tuerkei

In der Türkei ist eine neue Regierung gebildet worden, bei der es sich faktisch um ein Kriegskabinett handelt.

(Seite 20)

Etwa zeitgleich wurde in der BRD auf den Straßen, in den Medien und im Parlament die Jagd auf KurdInnen betrieben. Im Vorfeld und während der Newroz-Feiern und -Demonstrationen sind in acht deutschen Städten 1.271 Demonstrantinnen festgenommen worden. Das Kurdistan-Informationszentrum wurde im ARD als "PKK-Zentrale" bezeichnet, in der ausgeführt würde, was "Öcalan aus Syrien anordnet". Volkes Stimme antwortete mit dem Wunsch: "Kurden nach Auschwitz". Waren an einzelnen Orten schon bis zu 10.000 Polizisten im Einsatz, um Demonstrationen zu verhindern, reichte das Bundeskabi-nett Ende März ein Bündel von Maßnahmen nach, mit dem vorgeblich "die gewalttätigen Ausschreitungen von Ausländern" bekämpft werden sollen. Tatsächlich handelt es sich um den Versuch, Abschiebungen künftig im Ex- und Hopp-Verfahren durchführen zu können.

Ab Seite 5

57. Nach den Landtagswahlen:

CD-Datei: daten/aksuche/ak389/wahls1.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:389:wahls1

Freibrief für Grünkohl

Seitdem es in Deutschland die parlamentarische Demokratie gibt, sind die damit verbundenen Risiken für die Herrschenden stets überschaubar geblieben. Der alte Traum der Sozialdemokratie, mit 51% der Stimmen den arbeitenden Menschen Freiheit und Sozialismus zu bescheren, konnte schon deshalb nicht als Illusion entlarvt werden, weil die SPD (und die Linke insgesamt) nie auch nur in die Nähe der magischen Zahl vordringen konnte. Gerade in Zeiten der Krise, die - rein theoretisch - das Aufbegehren der Ausgebeuteten und Unterdrückten begünstigen, sucht stets eine satte Mehrheit der Deutschen ihr Heil mehr oder weniger weit rechts.

Die Ergebnisse der Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein bestätigen dieses Pauschalurteil. Gemessen an den offiziellen Arbeitslosenzahlen war die wirtschaftliche Situation 1992 noch vergleichsweise rosig. Obwohl das Thema Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrise alle drei Länderwahlkämpfe beherrschte, haben die Bonner Regierungsparteien, insbesondere die FDP, zugelegt. Die sozialdemokratische Opposition dagegen erlitt bei dieser zur "kleinen Bundestagswahl" hochgeredeten Volksbefragung Verluste.

Die Wahlforscher haben für diesen erstaunlichen Vorgang eine einfache Erklärung: Für den Wahlausgang sei es "von schicksalhafter Bedeutung" gewesen, "daß in der öffentlichen Wahrnehmung die Krisensymptome

Fortsetzung Seite 8

wie Massenarbeitslosigkeit, Firmenpleiten oder Staatsverschuldung im wesentlichen als Probleme der internationalen Konkurrenz, des wirtschaftlich-technologischen Strukturwandels und als Vorboten einer allgemeinen Modernisierungskrise erschienen. Die Krise wurde nicht in erster Linie als Gerechtigkeits- oder gar Verteilungsproblem wahrgenommen und bewertet." (Arbeitsgruppe Wahlen der Uni Freiburg)

Maßgebliche Teile der SPD haben diese massenhaften Wahrnehmungsstörungen noch gefördert. Von Schröder stammt der Satz, es gebe nur den Unterschied zwischen "moderner" und "unmoderner" Wirtschaftspolitik; gleichzeitig ließ er damit durchblicken, daß seine Partei noch nicht auf der Höhe der Zeit sei, solange er selbst nicht den Kurs bestimme. Lafontaines Gefolgsleute trugen mit ihrer Kampagne gegen die "Aussiedler" wahrscheinlich zum guten Abschneiden der Rechtsextremen, mit Sicherheit aber zur weiteren Ausgrenzung unerwünschter Nicht-Deutscher bei. Das "Gerechtigkeits- oder Verteilungsproblem" ist für diese SPD kein Wahlkampfthema mehr. Und der sozialdemokratisch dominierte DGB wird mit seinen "Bündnis"-Angeboten brüsk abgewiesen - von denselben Kapitalisten, die früher den "Konfrontationskurs" der Gewerkschaften geißelten und "Sozialpartnerschaft" einklagten.

Die Ergebnisse der drei Landtagswahlen haben die Unternehmer in ihrer kompromißlosen Haltung bestärkt. Der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) gab sogleich die Direktive aus, die kommenden eineinhalb Jahre, in denen keine Wahlen stattfinden, zu "standortsichernden Entscheidungen und zum Abbau der Arbeitslosigkeit" zu nutzen. Die Bundesregierung müsse die damit verbundenen Konflikte "austragen und durchstehen"; die Wahlergebnisse seien ein "Votum für die konsequente Umsetzung" des 50-Punkte-Programms der Bundesregierung für Investitionen und Beschäftigung.

Die Bonner Regierungsparteien stehen zum Vollzug bereit. CDU-Generalsekretär Hintze versprach, die 50 Punkte des Aktionsprogramms sollten nun "Zug um Zug" verwirklicht werden. In Gewerkschaftskreisen werden die darin vorgesehenen Maßnahmen zum Sozialabbau zu Recht als "Katalog der Grausamkeiten" bezeichnet: Der Anspruch auf Arbeitslosengeld soll eingeschränkt, die Arbeitslosenhilfe gekürzt, der Kündigungsschutz aufgeweicht werden; beschlossen ist ferner ein Modell zur "Eindämmung" der Frühverrentung; ebenfalls "eingedämmt" werden soll der Anspruch auf Kuren - wegen hoher Kosten und "Mißbrauch" durch keineswegs todkranke Arbeitnehmer. Steuererleichterungen für Selbständige und andere Wohlhabende werden dagegen ausgeweitet: Das schafft Arbeitsplätze, z.B. in Privathaushalten - für ein paar Mark und ohne soziale Absicherung.

Die gebeutelten Sozialdemokraten sollen von der Bonner Koalition künftig vor vollendete Tatsachen gestellt werden: Mit der "mühseligen, aufreibenden und die Sache verwässernden Konsenssuche" (Hintze) soll nun Schluß sein. Da wird der SPD auch ihre Bundesratsmehrheit nicht viel nützen - sie muß mitmachen, wenn sie sich nicht öffentlich wegen ihres "Blockadeverhaltens" ohrfeigen lassen will.

In Fragen der "inneren Sicherheit" werden die Regierungsparteien auf Druck gegenüber der SPD weitgehend verzichten können. Anläßlich des kurdischen Neujahrsfestes Newroz taten sich sozialdemokratische Innenminister und Polizeipräsidenten als Exponenten des starken Staates hervor: Für KurdInnen ist das Demonstrationsrecht faktisch abgeschafft. Unter den großen Parteien umstritten ist noch, welche weiteren Verschärfungen im Ausländerrecht durchgedrückt werden sollen.

Die jetzt von der Innenministerkonferenz vereinbarte "Altfallregelung" für AsylbewerberInnen könnte zum Modell für die Konsensfindung werden: Ein Aufenthaltsrecht gibt es gerade mal in ca. 3 bis 6 Prozent der fraglichen "Altfälle" - wenn die BewerberInnen bestimmte "Integrationsmerkmale" vorweisen können (keine Vorstrafen, ausreichend Einkommen und Wohnraum). In allen anderen Fällen soll abgeschoben werden - "im Rahmen des geltenden Rechts" (Beckstein, CSU), das von der informellen großen Koalition nach Belieben den "deutschen Interessen" angepaßt wird.

Wo die politische Generallinie so eindeutig abgesteckt ist und von einer so breiten Mehrheit getragen wird, darf es hier und da auch ein rot-grünes "Reformbündnis" geben. Notfalls dient es als Schreckgespenst, das den nächsten rechten Wahlsieg sichern hilft.

Js.